

Ph. Pr. 1054.

Schumann

6 R

<36613522880017



<36613522880017

Bayer. Staatsbibliothek

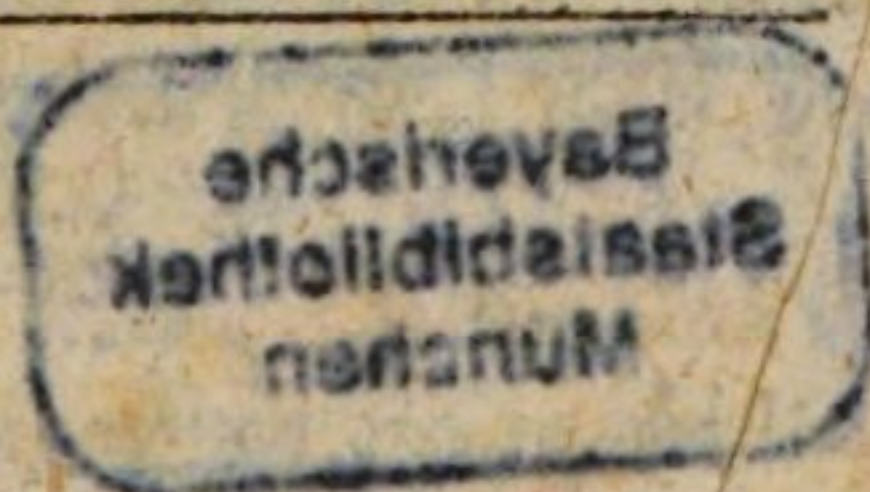
Philos. Tus Nat. Instit. 1724.

R

Wissenschaftliches
Naturrecht

von

M. Joh. Christian Gottlieb Schaumann.



Μὴ κρίνετε κατ' ὄψιν, ἀλλὰ τὴν δικαίαν κρίσιν
κρίνατε.

H A L L E,
bey Johann Jacob Gebauer,
1792.





V o r r e d e.

Nie ist die Achtung der Wissenschaft, welcher diese Schrift gewidmet ist, so sehr in Gefahr; nie der Verdacht gegen sie so allgemein gewesen und so laut geworden, als itzt, da mehrere ihrer Lehren ins Leben überzugehen anfangen. Die Erfahrung scheint es nun zu beweisen, was schon früher behauptet worden ist, dass die metaphysischen Theorien über die Rechte der Menschen eitle Träumereyen sind, für's wirkliche Leben nicht passen, und, wenn sie in dasselbe hineingezwungen werden, den Saamen der Unruhe und Widersetzlichkeit in dem Herzen des Menschen befruchten und Verwirrung und Elend hervorbringen.

Welchem Freunde der Metaphysik, und der Rechtslehre, kann diese Erfahrung gleichgültig seyn, die so richtig und zugleich so vorwurfsvoll für die Wissenschaft zu seyn scheint? Denn richtig und vorwurfsvoll für das Naturrecht ist doch wol die, jedem Unbefangnen bey der Beobachtung der gegenwärtigen Begebenheiten sich aufdringende, Bemerkung, dass zwar die grosse Noth in Frankreich einen Aufstand des Volks hervorbringen musste, dass aber nimmermehr die Wuth des Pöbels in so himmelschreyende Thaten ausgebrochen wäre und bis zu diesem Augenblicke fortgedauert hätte,

wenn

wenn nicht ein Mirabeau und seine Genossen die Empörung in ein System gebracht und nach Principien des sogenannten *droit naturel, inalienable, et sacré*, constituirt hätten. —

So muss sich denn wol die Metaphysik, d. h. die reine Vernunft, die in ihr spricht, alles Urtheilens über die rechtlichen Verhältnisse der Menschen begeben. — Ehe wir aus jenen Erfahrungen und den auf sie gegründeten Behauptungen diesen Schluss herleiten, lässt uns zuvor ein paar Fragen abfertigen, die einem jeden zuerst hätten einfallen sollen, aber doch fast gar nicht zur Sprache gebracht sind. „Sind denn die Sätze, die man metaphysisch und philosophisch genannt hat, und deren Anwendung aufs Leben Gefahren droht und Verwirrung hervorbringt, auch wirklich Grundsätze der reinen Vernunft und des ihnen gegebenen Namens würdig? Sind die aus ihnen abgeleiteten Folgerungen consequent und mit Vernunft und Einsicht gemacht? „ —

Auf alle diese Fragen getraue ich mir, mit einem lauten Nein zu antworten: denn sind nicht die meisten der sogenannten naturrechtlichen Sätze (z. B. im Naturstande [und das erklärt man durch: nach dem Naturrecht] sind alle Menschen unumschränkt frey und gleich; im Naturstande giebt's keinen Rang u. s. w.) offenbar bloß historisch und also empirisch? sind die aus diesen Sätzen hergeleiteten Folgerungen (z. B. Unterschied der Stände ist rechtlich unmöglich, Geburtsadel eine Kränkung der Rechte der Menschheit u. d. g.) wol nach richtigen Gesetzen der Logic von der ruhigen Vernunft gemacht worden? lässt sich nicht beynahe von allen, die dergleichen Sätze gepredigt haben, urkundlich dardun, dass sie durch Neid, Rachsucht, Eigennutz, Eitelkeit, Aufklärungs-
kitzel,

kitzel, und die besten unter ihnen durch eine gewisse menschenfreundliche Schwärmerey zu diesen Predigten getrieben wurden? Kann man endlich Lehrsätze, welche sich auf einen (eingebildeten) Stand beziehen, in welchem jeder nach Laune und Belieben handelt und keine Ordnung ist (Naturstand), für die philosophischen Principien ausgeben, nach welchen die Rechtsverhältnisse der Menschen in einem (wirklichen) Stande der Ordnung (Staat) zu bestimmen sind? — Weder *Plato's Republik*, noch *Rousseau's Contract social* verdient den Namen eines metaphysischen Systems: jene sowohl, als dieser enthalten nichts anders, als eine Anwendung an sich oft sehr richtiger Principien auf erträumte Menschen und menschliche Verhältnisse. Noch vielweniger können die unzähligen Schriften, welche sich aus rousseauischen Phantasieen entsponnen haben, auf das Prädicat „philosophisch“, Anspruch machen; denn sie sind nichts weiter, als Producte der beliebten Aferphilosophie, welche sich in unsern Tagen unter dem Namen Popularphilosophie verbreitet hat *).

* 3

Wir

*) *Anm.* Man hat auf *H. Reinhold's* Anklage gegen die Popularphilosophie dadurch eine invidiam zu werfen gesucht, daß man Männer, wie *Wieland*, *Herder*, *v. Dahlberg* u. a. in die Reihe der Popularphilosophen gestellt hat. Offenbar hat man hier vergessen, daß zwischen Popularphilosophie und populärem Philosophiren ein großer Unterschied ist. Wer Wahrheiten, die aus der Tiefe der Vernunft geschöpft sind, auf eine gemeinfaßliche Weise vorträgt, der philosophirt populär, und ist der Mann, der wie *Socrates* die Philosophie vom Himmel auf die Erde ruft: wer hingegen Wahrheiten, die nur aus der Tiefe der Vernunft geschöpft werden können, auf der Oberfläche des gemeinen Menschenverstandes finden zu können meynt,

ist

Wir dürfen demnach für die Achtung der Wissenschaft, welche durch den Namen Naturrecht bezeichnet werden soll, nicht fürchten, und vor dem gegen sie erregten Verdacht nicht erschrecken. Nicht die metaphysischen Theorien der Rechte, sondern jene für metaphysisch ausgegebne, unbestimmte und zum Theil unsinnige Philosopheme werden und müssen ihre Achtung verlieren; werden und müssen, als verdächtig und gefährlich, aus der Schule und dem Leben verbannt werden.

Nur laßt uns darauf bedacht seyn, das Naturrecht von dergleichen unächtten Sätzen zu reinigen und es endlich einmal zur Würde der Wissenschaft zu erheben! denn wer vermag es zu leugnen, daß es bis itzt noch durch manche unphilosophische Theoreme verunstaltet und der wissenschaftlichen Würde, die es nur durch die Metaphysik erhalten kann, noch nicht theilhaftig ist?

Daß aber das Naturrecht in wissenschaftlicher Hinsicht noch so weit hinter der Moral, Logic u. s. w. steht, davon scheint mir unter andern vornehmlich die Ursache in dem Mangel einer bestimmten Idee des Naturrechts und in der Vernachlässigung einer gründlichen, metaphysischen Erörterung seiner Grundbegriffe und Grundsätze zu liegen. Die meisten Naturrechtslehrer
gehn

ist ein Popularphilosoph. Dieser kann übrigens sehr metaphysisch, so wie der Metaphysiker sehr populär, vortragen. — Manches harte Wort, was H. R. gegen die Popularphilosophen gesagt hat, hat mir wahrlich sehr wehe gethan, weil es Männer traf, die ich als meine Lehrer dankbar verehere oder als meine Freunde aufrichtig achte; aber begreifen läßt es sich leicht, wie ein Mann, dessen scharfer Blick alle die verderblichen Folgen dieser Aferphilosophie entdeckte, auf die Verfechter derselben unwillig werden und so schreiben konnte.

gehn über die Begriffe von Gesetz, Recht, Verbindlichkeit, Befugniß, Zwang u. s. w. leicht hin, und die meisten Systeme des Naturrechts enthalten nichts anders, als das positive Recht des sogenannten Naturstandes. Daher die Unbestimmtheit in den naturrechtlichen Entscheidungen; daher die Widersprüche zwischen unsrer Wissenschaft und dem positiven Recht; daher die Verachtung des Naturrechts von positiven Rechtsgelehrten und der positiven Jurisprudenz von Naturalisten. Ich begreife nicht, wie man so lange Zeit hindurch das *Jus Naturale* und *Positivum* als zwey ganz einander entgegengesetzte Wissenschaften hat ansehen können. Freylich war das Naturrecht, in der Gestalt, in welcher es meistens vorgetragen wurde, das grade Gegentheil von der positiven Jurisprudenz; aber, ganz abgesehen von dieser falschen Behandlung des erstern, wodurch kann die letztere sonst zu einem wissenschaftlichen System verknüpft werden, als durch Hülfe naturrechtlicher Principien? ohne welche überhaupt kein positives Recht denkbar ist. Auf dem Grunde ächter Grundsätze des Naturrechts ruhet das römische, ruhet das preussische Recht: und Ulpian und die übrigen Väter der römischen Jurisprudenz waren gründlichere Kenner des wahren Naturrechts, als Plato und Aristoteles; die Verfasser des preussischen Gesetzbuchs sind unvergleichbar größere Rechtsphilosophen, als Rousseau.

Ich glaube, die Herausgabe des gegenwärtigen Versuchs nicht allein durch mein individuelles Bedürfnis, einen bequemen Leitfaden für meine academischen Vorlesungen zu haben, rechtfertigen zu können. Nicht dieses Bedürfnis allein, sondern zugleich der Wunsch, durch diese Arbeit etwas zur wissenschaftlichen Vervollkommnung des

VIII

Naturrechts beyzutragen, hat mich zur öffentlichen Bekanntmachung derselben bestimmt. Ich erkläre dies hier, nicht als wenn ich mir einbildete, den Gegenstand meines Wunsches errungen zu haben; sondern weil ich mich nicht schäme, es von jedermann bemerken zu lassen, daß meine Kraft bey weitem nicht groß genug war, um den vorgesetzten Zweck zu erreichen; und weil ich mich nicht scheue, die Kritik zur strengsten Prüfung meines Versuchs aufzufordern.

Daß ich keiner Schwierigkeit, keinem noch so subtilen Begriffe aus dem Wege gegangen bin, und keine Mühe und keinen Kampf gescheut habe, wird mein Versuch selbst beweisen. Darum aber glaube ich auch ein Recht zu haben, mir flüchtige und einseitige Beurtheilungen desselben zu verbitten; nicht weil ich ihn für besonders wichtig halte, sondern weil ich wenigstens das bey meiner Arbeit gelernt habe, daß man über die Materien, woyauf sie sich bezieht, nur nach langem, reiflichem, allseitigem, und ruhigem Nachdenken, ein Urtheil fällen kann. Mag es an mir und meiner Lage oder an der Sache selbst liegen, mich hat oft die Erörterung eines einzigen Begriffs, die Darstellung eines einzigen Satzes nicht Stunden, nicht Tage, sondern Wochen gekostet. Die Zeit und die Mühe meiner Arbeit würde um ein gutes Theil verringert worden seyn, wenn die vortreffliche Reinholdische Abhandlung im Junius des diesjährigen teutschen Merkurs ein halbes Jahr früher erschienen wäre; indess kann ich auch itzt dieses köstlichen Fragments, welches ich doch bey der letzten Durchsicht meiner Arbeit noch zum Theil benutzen konnte, nicht ohne die innigste Dankbarkeit gegen den achtungswürdigen Verfasser erwähnen. — Ueberhaupt habe ich bey kei-

ner,

ner meiner Arbeiten (die ich wahrlich nicht aus Affectation gering und unvollkommen nenne) so lebhaft, als bey der gegenwärtigen, gefühlt, was ich meinen Lehrern und Vorgängern schuldig bin, und wünsche in Rücksicht auf mich nichts so sehr, als von ihnen für einen ihrer nicht unwürdigen Schüler erkannt zu werden. Ich nenne keinen von den Männern, die in diesem Augenblick meinem dankvollen Herzen alle gegenwärtig sind: meine Schrift selbst wird sie nennen, wenn ich nicht ganz unglücklich gearbeitet habe. Doch kann ich nicht umhin, es hier ausdrücklich zu sagen, daß unser verehrungswürdiger Eberhard durch seine scharfsinnige und ihrem Zwecke ganz entsprechende Opposition gegen meine Inauguralschrift mir zu einer völligen Revision meiner naturrechtlichen Begriffe die erste Veranlassung gegeben, und dadurch die Summe der Wohlthaten vermehrt hat, wofür ihm mein Herz schon längst durch die reinsten Hochachtung dankt.

Kein Ton ist in philosophischen Schriften unschicklicher, als der Ton der Anmaßung, der Machtsprüche, der Animosität. Es ist kein Verdienst für mich, daß er meine Schrift nicht befleckt hat; denn ich verabscheue ihn. Nur muß man Widersprüche und Tadel einer Meinung, nicht mit Machtsprüchen und Bitterkeit gegen Personen verwechseln. Um dies zu verhüten, und es zu zeigen, daß mir durchaus nur die Sache im Auge gewesen ist, habe ich sehr oft gar nicht einmal den Namen des Vertheidigers einer Meinung, die mir falsch schien, genannt, und würde überhaupt und besonders da, wo ich Namen nennen mußte, es noch mehr einzukleiden gesucht haben, wenn nicht theils meine Achtung gegen die Männer, von welchen ich aus Ueberzeugung abwich,

zu groß, theils die Complimentsprache für den philosophischen Schriftsteller unschicklich wäre. Weit entfernt, mich den Männern, mit welchen ich nicht übereinstimmen konnte, gleich setzen zu wollen, erkenne und fühle ich vielmehr, dass es mein größtes Lob ist, ihr würdiger Schüler zu heißen. Der Raum und die Sprache hat es mir nicht erlaubt, allen meinen Behauptungen das Wort der Bescheidenheit „so scheint es mir“, beyzufügen; ich ersuche daher jeden Leser, es da, wo es fehlt, zu suppliren.

Ueber die Einrichtung meiner Schrift selbst könnte ich, wenn ich lange Vorreden liebte, noch manches sagen: sie mag sichst aber selbst rechtfertigen. Eine und die andre Anmerkung gehört nicht zum System des Naturrechts selbst; erhielt aber in demselben einen Platz, weil sie mir, in scientifischer oder practischer Rücksicht, ein Wort zu seiner Zeit zu seyn schien.

Und nun überlasse ich diese Schrift dem Schicksal, das sie verdient; belohnt genug, wenn sie die Zwecke, welchen sie gewidmet ist, nicht ganz verfehlt; wenn sie insonderheit etwas dazu beyträgt, einer Ermahnung Eingang zu verschaffen, die in der gegenwärtigen Zeit (wo es einige recht darauf anzulegen scheinen, alle heiligen Bande der Gesellschaft aufzulösen) nicht oft genug wiederholt werden kann: Παρακαλῶ οὖν πρῶτον πάντων ποιεῖσθαι δεήσεις — — — ὑπὲρ πάντων ἀνθρώπων ὑπὲρ βασιλέων καὶ πάντων τῶν ἐν ὑπεροχῇ ὄντων· ἵνα ἡρεμον καὶ ἡσύχιον βίον διάγωμεν ἐν πάσῃ εὐσεβείᾳ καὶ σεμνότητι.

I n h a l t.

Prolegomena S. 1 - 68.

Erster Theil.

Reines Vernunftrecht S. 69. ff.

**Titel I. Erörterung des Begriffs von einem Rechte
S. 72 - 109.**

**Titel II. Grundsatz des wissenschaftlichen Naturrechts
S. 110 - 136.**

Zweyter Theil.

Naturrecht im eigentlichen Sinne S. 137. ff.

Abtheilung I. Theorie der Menschheit S. 140. ff.

Titel I. Menschheit S. 140 - 144.

Titel II. Kritik des Naturstandes S. 144 - 149.

**Abtheilung II. Theorie der ursprünglichen Rechte des
Menschen S. 149. ff.**

**Titel I. Rechte in Beziehung auf unser eignes Sub-
ject S. 150 - 154.**

**Titel II. Rechte in Beziehung auf andre Subjecte
S. 155 - 179.**

**Titel III. Rechte in Beziehung auf die vernunftlose
Natur S. 180 - 183.**

**Abtheilung III. Theorie der erwerblichen Rechte des
Menschen S. 184. ff.**

**Cap. I. Rechtliche Theorie des Eigenthums S. 186 -
210.**

**Cap. II. Rechtliche Theorie der Verträge S. 211 -
249.**

**Cap. III. Rechtliche Theorie der Gesellschaft S. 249 -
267.**

Anhang zum eigentlichen Naturrecht S. 267 - 270.

Drit-

Dritter Theil.

Kritische Einleitung in das Recht der allgemeinsten und wichtigsten positiven Verhältnisse der Menschen S. 271. ff.

Cap. I. Kritische Einleitung in das Recht der häuslichen Gesellschaften S. 275. ff.

Tit. I. Familienrecht S. 275 - 276.

Tit. II. Eherecht S. 276 - 279.

Tit. III. Rechte zwischen Eltern und Kindern S. 280 - 286.

Tit. IV. Rechte zwischen Herrn und Diener S. 286 - 288.

Cap. II. Kr. Einl. in das Recht der Gemeinden S. 289. ff.

Tit. I. Gemeinde überhaupt S. 289 - 291.

Tit. II. Kirchengemeinde S. 291 - 308.

Cap. III. Kr. Einl. in das Recht bürgerlicher Gesellschaften und Staaten S. 309. ff.

Tit. I. Grundbegriffe S. 309 - 318.

Tit. II. Staatsrecht S. 318 - 343.

Tit. III. Allgemeines Privatrecht S. 344 - 347.

Cap. IV. Kr. Einl. in das Völkerrecht S. 347. ff.

Tit. I. Grundbegriffe S. 347 - 350.

Tit. II. Thetisches Völkerrecht S. 350 - 353.

Tit. III. Gesandtschaftsrecht S. 353 - 358.

Tit. IV. Kriebsrecht S. 358 - 369.

Tit. V. Hypothetisches Völkerrecht S. 369 - 372.



Prolegomena.

— — Σὺ δὲ ταῦτα μετὰ Φρεσὶ βάλλεο σῆσιν.
Καί νυ δίκης ἐπάκουε, βίης δ' ἐπιλήθεο πάμπαν.
Τόνδε γὰρ ἀνθρώποισι νόμον διέταξε Κρονίων,
Ἰχθύσι μὲν καὶ θηρσὶ καὶ οἰωνοῖς πετεεινοῖς
Ἔσθειν ἀλλήλους, ἐπεὶ ἔ' δίκη ἐστὶν ἐπ' αὐτοῖς·
Ἀνθρώποισι δ' ἔδωκε δίκην, ἣ πολλὸν ἀρίστη
Γίνεται — — — —

Hesiodi ἔργα καὶ ἡμέραι βιβλ. α.

PROLOGUE

The first of the three parts of the work is a history of the
theology of the Church from the time of the Apostles to the
present day. The second part is a history of the Church
from the time of the Apostles to the present day. The third
part is a history of the Church from the time of the Apostles
to the present day.

History of the Church from the time of the Apostles to the present day.



Prolegomena.

Begriff und Plan der Prolegomenen des Naturrechts.

§. 1.

Prolegomena des Naturrechts sind der Inbegriff von Begriffen, Sätzen und Kenntnissen, die zum Studium dieser Wissenschaft vorbereiten, und deswegen vor derselben vorge-
tragen werden.

§. 2.

Wenn diese Prolegomena (§. 1.) zweckmässig seyn sollen, so muß ihr Inhalt von der Beschaffenheit seyn, daß dem Gemüthe dadurch die zum Studium des Naturrechts nothwendige und nützliche *Einsicht* und *Stimmung* gegeben werden kann.

§. 3.

Das Gemüth hat die zum Studium des Naturrechts erforderliche *Einsicht*, wenn es sich *a)* auf dem Gebiete der Wissenschaft orientiren kann; *b)* mit ihren *Theilen*, *Quel-*

len, *Hülfsmitteln* und ihrem *Zustande* im allgemeinen bekannt ist; und c) die *Gesetze* und *Regeln* inne hat, welche den Plan für das Studium der Wissenschaft und die zur Ausarbeitung desselben nöthigen *Kenntnisse* und *Fertigkeiten* bestimmen.

Anm. Sich auf dem Gebiet einer Wissenschaft *orientiren*, heisst den Gesichtspunct ins Auge fassen, auf welchen man bey der Bearbeitung der W. seine Aufmerksamkeit zu richten hat, um in derselben den richtigen Weg zu gehen, und nicht über die Grenzen der W. auszuschweifen. — Wer also eine *bestimmte* Idee von einer Wissenschaft und ihrem eigentlichen Zwecke hat, kann sich für dieselbe orientiren.

§. 4.

Die zum Studium des Naturrechts erforderliche *Stimmung* (§. 2.) hat das Gemüth, wenn es mit *Interesse* für dasselbe erfüllt ist, wozu eine deutliche Vorstellung von dem *Zusammenhang* der Wissenschaft mit den (möglichen und wirklichen) *Zwecken*, und dem (nothwendigen) *Endzweck* des Menschen die nothwendige Bedingung ist.

§. 5.

Es theilen sich daher die Prolegomena des Naturrechts (§. 1.) in folgende Abschnitte:

I. Begriff und Möglichkeit des Naturrechts (§. 3. und Anm.).

II.

- II. Theile d. N. R. (§. 3. b.)
- III. Quellen und Hülfsmittel d. N. R. (daf.)
- IV. Züge zur Geschichte d. N. R. (daf.)
- V. Methodenlehre des N. R. (daf. c.)
- VI. Darstellung des Zusammenhangs d. N. R. mit den Zwecken und dem Endzweck des Menschen (§. 4.)

Erster Abschnitt.

Begriff und Möglichkeit des Naturrechts.

Man vergleiche bey der Untersuchung über den Begriff des Naturrechts:

Hufeland's Versuch über den Grundsatz des N. R. Leipzig.

Desselben Lehrsätze des N. R. Jena. S. 6. §. 12. ff.

Reinhold's Beytrag zur genauern Bestimmung der Grundbegriffe der Moral und des Naturrechts in dem neuen teutschen Merkur 1792. Junius. — und die unten anzuführenden Lehrbücher unsrer Wissenschaft.

§. 6.

Das *Naturrecht* ist ein Theil derjenigen Wissenschaft, welche mit dem allgemeinen

Namen *Rechtswissenschaft* (*jurisprudentia*) bezeichnet wird.

§. 7.

Rechtswissenschaft (§. 6.) ist die Wissenschaft der gesetzlichen Möglichkeit, nach eigenem Willen zu handeln.

Ann. 1. Die Wissenschaft der Sittlichkeit beschäftigt sich mit einer systematischen Beantwortung der Frage: „was soll ich?“, — die Rechtswissenschaft mit der Frage: „was darf ich.„? —

2. Die W. der Sittlichkeit im Gegensatz gegen Rechtsw. ist W. der gesetzlichen (moralischen) Nothwendigkeit, seinen Willen der Bestimmung des Gesetzes (Sittengesetzes) unterzuordnen.

§. 8.

Die Rechtswissenschaft (§. 7.) begreift 1) diejenige W., für welche der Sprachgebrauch den Namen *Naturrecht* (*jurisprudentia naturalis*) bestimmt hat; 2) das *positive Recht* (*jurisprudentia positiva*).

§. 9.

Naturrecht (§. 8.) ist die Wissenschaft der *moralischen* Möglichkeit, nach eigenem Willen zu handeln. *Positives Recht* die Wissenschaft der *bürgerlichen* (politischen) Möglichkeit, nach eigenem Willen zu handeln.

Ann. Da *eigener Wille* der Person, im Gegensatz gegen den durchs Moralgesetz bestimmten, nichts anders heißen kann, als der *Wille*, in so fern er durch Naturge-

gesetze (§. 107.) bestimmbar ist, so läßt sich der Begriff des N. R. auch so fassen: N. R. ist die Wissenschaft der moralischen Möglichkeit, nach Naturgesetzen (Trieben) zu handeln.

§. 10.

Die Wissenschaft der durchs Sittengesetz bestimmten Möglichkeit nach Naturgesetzen zu handeln, (§. 9.) heist *Vernunftrecht* (*jurisprudentia rationalis*), in wie fern ihre Principien aus dem moralischen Gesetze der Vernunft abgeleitet und durch dasselbe bestimmt werden; *Naturrecht* aber (*jus naturae*), in wie fern diese durchs Sittengesetz bestimmte Principien auf den Menschen, als Menschen, (die Menschennatur) angewendet werden.

Ann. 1. Eine der Hauptursachen der Unbestimmtheit, welche sich in so vielen Definitionen des N. R. findet, liegt darin, daß die beiden Gesichtspuncte, nach welchen das Wesen des N. R. bestimmt werden kann, — der *Gegenstand* (die *Materie*) und der *wissenschaftliche Character* (die *Form*) desselben — nicht genau genug unterschieden und gehörig gewürdigt wurden.

2. Abgesehen von den ganz falschen Definitionen, die den Begriff unsrer Wissenschaft durch ganz unächte und heterogene Merkmale bestimmen, fehlt es den übrigen entweder an *Praecision*, z. B. N. R. ist die W. von den natürlichen Gesetzen der Menschheit und ihrer Anwendung; oder an *Ausführlichkeit*, z. B. N. R. ist

Philosophie über die äußere moralische Grenze des Zwangs; oder an *Ursprünglichkeit* der Merkmale, z. B. N. R. ist die W., welche die Zwangsrechte des Menschen im Naturstande lehrt. — Fast alle diese und ihnen ähnliche Definitionen sagen etwas wahres, aber nichts wissenschaftliches.

3. Was im römischen Gesetzbuch *Jus naturae* oder *naturale* genennt wird, ist von unserm Naturrecht wohl zu unterscheiden. s. L. 1. §. 3. ff. de justit. et jure. pr. Instit. h. t.

4. Was ist von der Unterscheidung in *philosophisches* und *juristisches* N. R. zu halten?

5. Wie sehr man sich bey der Untersuchung über den wesentlichen Character des N. R. verirren und verwirren kann, lerne man aus *Nic. Brehm's* Schrift über das wahre Wesen des N. R. als eine ächte juristische Grundwissenschaft betrachtet. Leipzig 1789.

6. Ueber einige Ursachen der ungewissen Grenzen unsrer W., besonders in frühern Zeiten, sehe man weiter unten den *vierten* Abschnitt.

§. II.

Der (§. 9.) gegebne Begriff des Naturrechts reicht hin, diese Wissenschaft von allen mit ihr verwandten Wissenschaften zu unterscheiden.

Ann. 1. Verwandte W. des N. R. sind *Moral* (§. 7. A. 1. u. 2.), *positive Jurisprudenz* (§. 9.), *Politik*, *Philosophie des Rechts*, *technisch-practische* und *moralisch-practische Philosophie*.

2. So

2. So wie man die *Rechtswiss.* durch Wissenschaft der Rechte erklärt hat, so hat man auch die Moral durch Wiss. d. Pflichten zu definiren geglaubt, aber hier sowol als dort gegen das logische Gesetz der Ursprünglichkeit der Merkmale in einer Definition gefehlt. — Die Moral *lehrt* Pflichten, macht ihre wissenschaftlichen Zurüstungen zu diesem Behuf; aber ihr *wissenschaftliches* Gepräge hat sie nicht durch die *Pflichtenlehre*, sondern durch die *Freyheitslehre*.

3. Politik ist die Wissenschaft der zur Ausübung und Erhaltung der Rechte zweckmässigsten Mittel.

4. Ueber technisch- und moralisch-practische Philosophie sehe man *Kant's Kritik der Urtheilskraft*. Einleitung. S. XI. ff.

§. 12.

Die Frage, ob ein Naturrecht möglich sey, kann einen doppelten Sinn haben. Sie kann 1) bedeuten, lassen sich reine Vernunftgesetze denken, aus welchen bestimmt werden kann, was rechtsgemäfs, was rechtswidrig (§. 155.) sey? Sie kann 2) aber auch den Sinn haben, läßt sich ein Naturrecht als *Wissenschaft* denken?

Ann. Man hat diese Frage noch in manchem andern Sinne, zuweilen auch wol in allen möglichen — und unmöglichen — Bedeutungen *zugleich* genommen. Daher das vage Disputiren über dieselbe, daher die unbestimmten und den Fragenden nicht befriedigenden Antworten.

Man sehe nur in einige Compendien des Naturrechts, die nicht zu den ältesten gehören.

§. 13.

In dem ersten Sinne genommen, muß jeder die Frage (§. 12.) bejahen, der dem Menschen Vernunft (§. 111.) zuschreibt, und diese für dasjenige Vermögen erkennt, welches die menschliche Willkühr legislatorisch bestimmt. Das Selbstbewußtseyn lehrt ihn, dafs, so wie gewisse Bestimmungen seiner Willkühr (§. 113.) kraft der *kategorischen Imperative nothwendig*, so andere kraft der *Permissivgesetze* (§. 140. A. 5.) der Vernunft blofs *möglich* sind.

§. 14.

Auch in dem zweyten Sinne genommen, fällt die Antwort auf die Frage über die Möglichkeit des N. R. (§. 12.) bejahend aus. Denn die Wissenschaft, deren Begriff oben (§. 9.) aufgestellt ist, hat kein transcendentes Etwas, keine äufsern Naturerscheinungen, sondern ein in und durch die Vernunft selbst gegebenes Etwas, zum Gegenstande. Zu diesem also liegt der Schlüssel, nicht *über* oder *aufser* uns (wie bey manchen Fragen der speculativen Philosophie und Naturkunde), sondern *in* uns und unserm reinen Denken, und es muß daher eine

Er-

kenntnifs desselben aus Principien (Wissenschaft) möglich seyn.

1. *Kant's Kritik der reinen Vernunft*, n. A. S. 504 — 512.

2. *Dubia juris Naturae etc.* (auct. J. F. Hombergk zum Fach). *L'esistenza della Legge naturale impugnata e sostenuta da Carlo Antonio Pilati.* in Venezia. — Deutsch von *Winning*. Lindau.

Flatt's Ideen zur Revision des N. R. in s. vermischten Versuchen. Leipzig N. 1.

Hufeland's Versuch über den Grundsatz des N. R. Fünfter Abschnitt.

3. Sehr scharfsinnige Einwürfe gegen die Möglichkeit des N. R. hat H. *Flatt* in seinen Versuchen gemacht. Sie treffen indess die Möglichkeit des N. R. als *Wissenschaft* nicht: indem sich aus ihnen nichts weiter ergiebt, als — was jeder zugeben muß — dafs in einem *Naturstande*, wo das Recht des *Stärkern* gilt, der Ausübung des rechtmäßigsten Zwangs widerstanden, und derselbe oft, statt einer Schutzwehr des Rechts, eine Quelle gröfserer Uebel seyn werde. S. 101. ff. — Der leidige *Naturstand* und *Zwang* hat der zweckmäßigen Bearbeitung des N. R. sehr im Wege gestanden.

Zwey-

Zweyter Abschnitt.

Theile des Naturrechts.

§. 15.

Eine jede Wissenschaft muß mit der Feststellung des Grundes (Form) anfangen, in welchem sich die mannigfaltigen zu derselben gehörenden Erkenntnisse (Materie) gründen, und durch welchen sie zu *einem* systematischen Ganzen verbunden werden.

§. 16.

Das wissenschaftliche Naturrecht geht daher (§. 15.) von der Erörterung der Grundbegriffe und Darstellung des Grundsatzes, wodurch seine Materialien zur Einheit des Systems verbunden werden, aus.

§. 17.

Diese Erörterung der Grundbegriffe und Darstellung des Grundsatzes (§. 16.) macht den *ersten* Theil des w. N., welcher *reines Vernunftrecht* (*jurisprudentia rationalis*) heißt, in wie fern er durch bloße Vernunft a priori zu Stande gebracht wird; *Metaphysik der Rechte*, in wie fern er die rationale Grundlage der ganzen Rechtswissenschaft ist; und *metaphysische Anfangsgründe des Naturrechts*, in wie fern er insonderheit die reinen Elemente des w. N. R. enthält.

§. 18.

§. 18.

In dem zweyten Theile des wissenschaftlichen Naturrechts werden die Grundbegriffe und der Grundsatz des reinen Vernunftrechts (§. 17.) durch Beziehung auf die Verhältnisse, in welchen der Mensch vermittelt seiner Natur sich befindet, zur Bestimmung der Rechte des Menschen, als *Menschen*, angewandt.

§. 19.

Dieser Theil des w. N. R. (§. 18.) heist das *angewandte Vernunftrecht* — und *Naturrecht im eigentlichen Sinne*, in wie fern es der Zweck desselben ist, die Rechte zu bestimmen, welche dem Menschen unter Voraussetzung seiner Natur zukommen.

§. 20.

Das Naturrecht im eigentlichen Sinne (§. 19.) zerfällt in zwey Hauptstücke, deren eines die Lehrsätze enthält, welche die *unmittelbar* mit der Menschennatur verknüpften Rechte (*absoluten Rechte der Menschheit*) bestimmen; das andere aber diejenigen Rechte darstellt, welche unter Voraussetzung von Veränderungen, die in und durch den Menschen, als *Menschen*, möglich sind, demselben zukommen können (*hypothetische Rechte der Menschen*).

§. 21.

§. 21.

Das *erste Hauptstück* des w. N. R. (§. 20.) kann, weil es die Rechte, die *dem* Menschen im allgemeinen (in thesi) zukommen, darstellt, mit dem passenden Namen *thetisches N. R.* (Jus Naturae theticum) bezeichnet; das *zweyte*, welches die Rechte, die *den* Menschen unter Voraussetzung (natürlicher) Veränderungen (in hypothefi) zukommen können, bestimmt, *hypothetisches N. R.* (Jus Naturae hypotheticum) genannt werden.

§. 22.

Weil das Naturrecht vorzüglich für die wirklich existirenden Verhältnisse der Menschen wichtig ist; und aus ihm allein über die in denselben geltenden Rechte gründlich geurtheilt werden kann: überdies auch die *positiven* rechtlichen Einrichtungen der Menschen erst zu naturrechtlichen Betrachtungen die Veranlassung gaben; so fing man bald an über die wichtigsten positiven (bürgerlichen) Verhältnisse naturrechtlich zu philosophiren, und diese Philosopheme der Wissenschaft selbst einzuverleiben,

§. 23.

Alle Lehrbücher und Systeme des N. R. — einige ältere, z. B. das *Meiersche*, Halle 1769. u. a. ausgenommen — enthalten daher besondere Capitel von dem *Eherechte*, *Staatsrechte*, *Völkerrechte* u. f. w.

§. 24.

 §. 24.

Genau genommen läßt sich ein Ehe-
recht, bürgerliches, Staatsrecht etc. in ei-
nem System des *Naturrechts* nicht denken,
weil die wirklichen Rechte, die mit diesen
positiven Verhältnissen zusammengehören,
allein aus den darüber existirenden positiven
Bestimmungen, Gesetzen, Conventionen
u. s. w. zu beurtheilen sind. Weil aber doch
diese Bestimmungen, Gesetze u. s. w. selbst
nach den Grundgesetzen des reinen Vernunft-
rechts geprüft werden können und müssen,
und den natürlichen Rechten des Menschen
nicht *widerstreiten* dürfen; so läßt sich eine
Kritik derselben in einem System des N. R.
sehr gut als möglich gedenken.

§. 25.

Deswegen (§. 24.) werden auch die
jenen Materien (§. 23.) gewidmeten Abhand-
lungen aus *diesem* System des N. R. nicht ver-
wiesen; sondern finden in dem *dritten* Theile
desselben ihre Stelle, welcher durch den Ti-
tel: „*Kritische Einleitung in die Rechte der
allgemeinsten und wichtigsten positiven Verhält-
nisse der Menschen*“, bezeichnet wird.

§. 26.

Diese allgemeinsten und wichtigsten po-
sitiven Verhältnisse der Menschen entstehen
aus der gesellschaftlichen Verbindung; und
da die Gesellschaften sich in dieser Beziehung
in

in *häusliche* und *bürgerliche* eintheilen lassen; so zerfällt der *dritte* Theil des w. N. R. (§. 25.) hiernach in die „*kritische Einleitung in's häusliche Recht*“, (*jus oeconomicum*), und in die *kr. Einl. ins bürgerliche Recht* (*jus civile universale*).

Dritter Abschnitt.

Quellen und Hülfsmittel des Naturrechts.

§. 27.

Die *Quellen* des wissenschaftlichen Naturrechts sind:

- 1) *die Gesetzgebung der reinen Vernunft* für das reine Vernunftrecht (§. 17.).
- 2) *Kenntniß der Natur des Menschen* für das eigentliche Naturrecht (§. 19.).
- 3) *Kenntniß der häuslichen und bürgerlichen Verhältnisse der Menschen* für die kritische Einleitung in die Rechte der allgemeinsten und wichtigsten positiven Verhältnisse der Menschen (§. 25.).

§. 28.

Nachfolgende Wissenschaften (§. 29.) können als *Hülfquellen* des w. N. R. angesehen werden, weil sie dadurch, daß sie dem Verstande hieher gehörige Begriffe und der

Ur-

Urtheilskraft Gelegenheit geben, ihre Fertigkeit in scharfen Unterscheidungen und fruchtbaren Vergleichen zu erhöhen, der Vernunft das Geschäft erleichtern, die Materialien unsrer Wissenschaft zur systematischen Einheit zu verbinden.

§. 29.

Zu diesen Hülfswissenschaften des N. R. (§. 28.) gehören 1) *Moral*, 2) *Menschenlehre* oder philosophische Anthropologie, 3) *Geschichte* überhaupt und *Geschichte der Menschheit* und der *Entstehung und Veränderung der positiven Verhältnisse der Menschen* insbesondere, 4) *positives Recht*, 5) *Geschichte des Rechts*, 6) *Philosophie des Rechts*, 7) *Politik*.

§. 30.

Hilfsmittel zum Studium des Naturrechts sind:

1) *Eigne Beobachtung* der — populären und philosophischen — Meinungen der Menschen über Recht und Unrecht, und *Erfahrungen*, wie sie sich bey den Revolutionen unsrer Zeit machen lassen.

2) *Zweckmäßige mündliche Unterweisung*.

3) *Unterricht aus Schriften*.

§. 31.

Die brauchbarsten literarischen Hilfsmittel zum Studium des w. N. R. sollen unter folgenden Rubriken angeführt werden.

Schaum. Naturre.

B

1) *Mo-*

1) *Moral und (moralisch-) practische Philosophie überhaupt.*

Christ. Wolfii Philosophia practica universalis. Frankfurt und Leipzig.

Ejusdem Philosophia moralis s. *Ethica*. Halae.

Desselben Vernünftige Gedanken von der Menschen Thun und Lassen zur Beförderung ihrer Glückseligkeit. Halle.

Ethica philosophica. Auct. *Alex. Gottlieb Baumgarten*. Halae.

C. A. Crusius Anweisung vernünftig zu leben. Leipzig.

A System of Moral Philosophy in three Books, written by the late *Francis Hutcheson*. London. — Deutsch in zwey Bänden zu Leipzig.

Instituts of Moral Philosophy. By *Adam Ferguson*. Edinburgh. — Deutsch mit einigen Anmerkungen von *Chr. Garve*. Leipzig.

M. Payley Grundsätze der Moral und Politik, a. d. Englischen übersetzt mit einigen Anmerkungen und Zusätzen von *C. Garve*. Leipzig.

J. Bernh. Basedow's practische Philosophie für alle Stände. Ein weltbürgerlich Buch etc. Dessau. N. A.

Feder's Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens. I. Abth. Göttingen. N. A.

Desselben Untersuchungen über den menschlichen Willen etc. III. Th. Göttingen u. Lemgo.

Eberhard's Sittenlehre der Vernunft. Berlin. N. A.

Platner's philosophische Aphorismen. II. Th. Leipzig. N. A.

Kant's Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Riga.

Desselben Kritik der practischen Vernunft. Riga.

Schmid's Versuch einer Moralphilosophie. Jena. N. A.

§. 32.

2) *Reines Vernunftrecht.*

Hieher gehören alle die Schriften, in welchen über die metaphysischen Elemente des wissenschaftlichen N. R. philosophirt wird. Man könnte hier eine große Menge kleiner Schriften und Dissertationen aufführen, die zum Theil in *Meisters* bekannter Bibliotheca juris naturae et gentium im dritten Theile stehen; man begnügt sich aber — außer den nachher anzuführenden Systemen und Compendien des N. R. — hier folgende Schriften zu nennen:

Sulzer's Versuch einen festen Grundsatz zu finden, um die Pflichten der Sittenlehre und des Naturrechts zu unterscheiden. in f. vermischten Schriften. Leipzig.

Moses Mendelssohn Jerusalem, oder über religiöse Macht und Judenthum. Berlin. S. 29. ff.

Zöllner über Moses M. Jerusalem. Berlin.

Selle über Freyheit, Moralität, Gesetze und Rechte der menschlichen Handlungen, in der Berlinischen Monatschrift von 1783. 84.

Flatt's Ideen zur Revision des Naturrechts, oder Prolegomena eines künftigen Zwangsrechts. in seinen vermischten Versuchen N. 1. Leipzig.

Hufeland's Versuch über den Grundsatz des Naturrechts. Leipzig. verglichen mit desselben Lehrrätzen des N. R. und mehrere Recensionen dieses Verfassers in der allgemeinen Literaturzeitung.

Reinhold's Theorie des Vorstellungsvermögens, 1. Th. S. 89. ff. und mehrere — vor allen übrigen Bearbeitungen derselben Gegenstände sich auszeichnende — Abhandlungen des tieffinnigen Verfassers in d. neuen teutschen Merkur, z. B. die oben (Prolegom. I. Abschn.) angeführte, zur Ehrenrettung des N. R., zur Ehrenrettung des positiven Rechts, u. a. m.

§. 33.

3) *Eigentliches Naturrecht.*a) *Systeme des Naturrechts.*

Hugonis Grotii de jure belli ac pacis libb. III. cum notis variorum et commentariis *Henrici de Cocceji*, nec non introductione *Samuelis de Cocceji*. Laufannae. — Französisch von *Jean Barbeyrac*, unter dem Titel: Le droit de la guerre et de la paix par Hugues Grotius. Leyde.

Th. Hobbesii Elementa philosophiae. Sectio III. de cive. Paris. — Die Elementa philosophica de cive, besonders gedruckt zu Amsterdam und zuletzt zu Geneve.

Sam. Puffendorffii Jurisprudentiae universalis elementa. Lugd. Batav.

— — — de Jure naturae et gentium, libr. VIII. Londin. Scanor. — cum notis *Hertii*, *Barbeyracii* et *Mascovii*. Francofurti et Lipsiae. — Französisch von *Jean Barbeyrac*. Amsterdam.

— — — de officio hominis et civis. Lond. Scan. — cura *Treueri*. Leipzig. — cum notis variorum. Lugd. Batav. —

Chr. Thomasiai Institutionum jurisprudentiae divinae libri III. Frankfurt und Leipzig. — auch zu Halle.

Ejusd. Fundamenta juris naturae et gentium ex sensu communi deducta. Halae.

Nic. Hieron. Gundlingii Jus naturae et gentium connexa ratione novaque methodo elaboratum et a praesumptis opinionibus aliisque ineptiis vacuum. Halae.

— — — Via ad veritatem Jurisprudentiae naturalis. *ibid.*

Adam Fr. Glasfey's Recht der Vernunft. Frankfurt u. Leipzig.

Chr. Wolfii Jus naturae, methodo scientifica pertractatum. Francof. Lips. et Halae.

— — — Institutiones juris naturae et gentium. Halae. — Deutsch. Halle. — Französisch mit Anmerkungen von *Elias Luzac*. Leyden.

Principes du Droit de la Nature et des gens par *J. J. Barlamaquai* avec la suite du Droit de la Nature, qui n'avoit point encore paru. par *Mfr. de Felice*. Yverdon.

Fortunati de Felice Leçons du Droit de la Nature et des gens. daselbst.

Joh. Jac. Schmaussens neues Systema des Rechts der Natur. Göttingen.

G. Fr. Meier's Recht der Natur. Halle.

Lampredi Jus Naturae. Livorno.

Leop. Friedr. Fredersdorff's System der Rechte der Natur auf bürgerliche Gesellschaft. — schaf-

schaften, Gesetzgebung und das Völkerrecht angewandt. Braunschweig.

§. 34.

b) Lehrbücher des Naturrechts.

J. Gottl. Heineccii Elementa juris naturae et gentium commoda auditoribus methodo adornata. Halae.

Joach. Georg. Daries Institutiones Jurisprudentiae universalis, in quibus omnia juris naturae et gentium capita in usum auditorii sui methodo scientifica explanantur. Jenae.

J. Chr. Claproth's Grundriß des Rechts der Natur. Göttingen.

S. Chr. Hollmanni Jurisprudentiae naturalis primae lineae. Göttingen.

God. Achenwalli jus naturae in usum auditorum. Göttingae.

Caroli Antonii de Martini de lege naturali positiones, in usum auditorum. Vindob. — Deutsch. daselbst.

Friedr. Guil. Pestel Fundamenta jurisprudentiae naturalis, delineata in usum auditorum. Lugd. Bat.

Dan. Nettelbladt Systema elementare universae Jurisprudentiae naturalis, in usum praelectionum academicarum adornatum. Halae.

Feder's Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens. Zweyte Abth. Göttingen.

Höpfner's Naturrecht des einzelnen Menschen, der Gesellschaften und Völker. Gießen.

Schlettwein's Rechte der Menschheit, oder der einzige wahre Grund aller Gesetze, Ordnungen und Verfassungen. Gießen.

Ulrich Initia philosophiae iusti seu juris naturae socialis et gentium. Jenae.

Madihn Grundsätze des Naturrechts, zum Gebrauch seiner Vorlesungen. 1. Th. Absolutes Naturrecht. Frankfurt a. d. Oder.

Hufeland's Lehrsätze des Naturrechts, zu Vorlesungen. Jena.

Das reine Naturrecht, von *Th. Schmalz*. Königsberg.

Neues System eines aus der Menschheit entwickelten Naturrechts, von *Abicht*. Bayreuth.

§. 35.

c) Commentare, Repertoria etc. des Naturrechts.

Jo. Georg. Kulpis Collegium Grotianum super jure belli ac pacis in academia Giefsensi XV. Exercitationibus institutum. Giefsae.

J. G.

J. G. Heineccii Praelectiones in Hug. Grotii de j. b. ac p. libros III. Berol.

Titel's Geist des Grotius, oder leichte und zusammenhängende Darstellung des natürlichen Kriegs- und Friedensrechts einzelner Menschen, Gesellschaften und Völker. Zürich. (die Coccejischen u. a. Commentare bey den Ausgaben des Grotius.)

Nic. Hieron. Gundling's ausführlicher Discours über das Natur- und Völkerrecht. Frankf. u. Leipzig.

H. Köhler's Meditationes und Annotationes über dessen Natur- und Völkerrecht. Herausgegeben von J. M. Hörffelmann. Jena.

Jo. G. Daries Discours über sein Natur- und Völkerrecht. Jena.

Questions de droit naturel et observations sur le Traité du droit de la nature de M. le Baron de Wolf. par M. de Vattel. a Berne. — deutsch. Mietau u. Leipzig.

H. Köhleri Juris naturalis ejusque cum primis cogentis methodo systematica propositi Exercitationes VII.

J. J. Schmauffii Dissertationes juris naturalis, quibus principia novi systematis ex ipsis naturae humanae instinctibus extruendi proponuntur. Gottingae.

G. Mascovii Quaestiones selectae juris naturae et gentium inter Grotium et Puffendorhium controversae. Lipsiae.

Gottfr. Achenwall observationes juris naturae et gentium. Goettingae.

Schotti Dissertationes juris naturalis. Tübingen. und sehr viele andere Schriften mehr.

§. 36.

4) Die zur kritischen Einleitung in's Recht der häuslichen und bürgerlichen Gesellschaften gehörigen Schriften werden an ihrem Orte beygebracht werden.

§. 37.

5) *Hilfswissenschaften des Naturrechts.*

α) *Menschenlehre.*

Hobbessii Elementa philosophiae, vornehmlich die Sectio de homine.

B. Spinozae ethica ordine geometrico demonstrata.

Chr. Wolfii Psychologia empirica methodo scientifica pertractata. Francofurti et Lipsiae.

— — — Psychologia rationalis methodo scientifica pertractata. Ibid.

C. C. E. Schmid's empirische Psychologie. Jena. u. a. m.

§. 38.

§. 38.

β) *Geschichte überhaupt und Geschichte der Menschheit etc. insbesondere. z. B.*

Herodotus, Thucydides, Polybius — Livius, Tacitus, Sallustius, Suetonius — Hume, Robertson, Goldsmith — Barthélemy — Jo. Müller, Schmidt, Schiller.

J. Iselin über die Geschichte der Menschheit. Zürich, und nachher Basel.

P. Zambaldi Saggi per servire alla storia dell'uomo. Venezia. — Deutsch. Leipzig.

Sketches of the History of Man. By H. Home. Edinburgh N. A. — Deutsch. Leipzig.

Dunbar's Essays on the History of Mankind. London. — Deutsch. Leipzig.

Herder's Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit. Riga.

C. Meiners Grundriß der Geschichte der Menschheit. Lemgo.

Dessen Abhandlungen im Göttingischen historischen Magazin von M. und Spittler. Hannover.

Ad. Weishaupt's Geschichte der Vervollkommnerung des menschlichen Geschlechts. Frankfurt u. Leipzig.

Discours sur l'origine et les fondemens de l'inégalité parmi les hommes. Par J.

J. J. Rousseau. Amsterdam — und in der Zweybrücker Ausgabe. 1. Tome.

An Essay on the History of civil Society.

By *Adam Ferguson.* Edinburgh. —

Deutsch. Leipzig.

Observations concerning the diversity of ranks in civil society. By *John Miller.* London. — Deutsch. Leipzig.

Chr. Meiners Geschichte der Ungleichheit der Stände unter den vornehmsten Europäischen Völkern. Hannover. u. a. m.

§. 39.

γ) *Geschichte des Rechts überhaupt und des positiven insbesondere.*

De l'origine des loix, des Arts et des Sciences et de leur progrès chez les anciens peuples par *Msr. le President Goguet.* Paris. — Deutsch. Lemgo.

Heineccii Historia juris civilis romani et germanici.

— — — Antiquitatum Romanarum Jurisprudentiam illustrantium Syntagma. Francofurti.

Brunquelli Historia juris romani et germanici. Jenae.

Bachii Historia jurisprudentiae romanae. Lipsiae.

The history of the decline and fall of the Roman Empire. By *Edw. Gibbon.* London.

don. Vol. IV. c. 44. — Deutsch. Wien und Leipzig. Die Geschichte des röm. Rechts ist auch besonders übersetzt und herausgegeben von H. Hugo zu Göttingen.

Reitemeier's Encyklopädie und Geschichte der Rechte in Deutschland. Göttingen.

Hugo's Lehrbuch der Rechtsgeschichte bis auf unfre Zeiten. Berlin.

§. 40.

δ) *Positives Recht.*

Es würde zu weitläufig seyn, hier die vielen schätzenswerthen Schriften älterer und neuerer Rechtsgelehrten zu nennen. Ich begnüge mich zwey Bücher anzuführen, deren Werth unschätzbar ist, und deren Dauer ewig seyn wird.

- 1) das *Corpus juris civilis Romani* — ein großes, bis zur Bewunderung reichhaltiges *Aggregat* gedachter Rechtsfätze und genauer Rechtsbestimmungen, und
- 2) das *Allgemeine Gesetzbuch für die Preussischen Staaten.*

§. 41.

ε) *Philosophie des Rechts und Politik.*

Plato de republica, und de legibus — *Aristotelis Ethica et Politica* — *Cicero de officiis, und de legibus.*

Il Principe. Di *Niccolo Machiavello*. In Venezia. lateinisch, Helmstädt. deutsch, Hannover. vergl. mit

Anti-Machiavell, ou Examen du Prince des Machiavell, avec des notes historiques et critiques. A la Haye.

Chr. Wolf's vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen zur Beförderung der Glückseligkeit. Halle.

De l'esprit des loix, par Msr. le Pref. de *Montesquieu*. à Londres.

An Inquiry into the principles of political Oeconomy etc. By Sir *James Stewart*. London.

An Inquiry into the Nature et Causes of the Wealth of Nations. By *Adam Smith*. London. — Deutsch, Leipzig.

Helvetius de l'esprit, und de l'homme. Deux-Ponts.

Cajetan Filangieri Scienza della Legislazione. Napoli. — Deutsch, Anspach.

Cicero von den Pflichten, nebst philosophischen Anmerkungen und Abhandlungen von *C. Garve*.

Oeuvres posthumes de Frederic II. Berlin.

Reflections on the Revolution in France etc. by *Edmund Burke*. London — Deutsch, Wien. — Eine deutsche Ueber-

Uebersetzung aller Schriften von diesem berühmten Verfasser hat H. Rehberg in Hannover ankündigen lassen.

E. Brandes politische Betrachtungen über die französische Revolution. Jena.

— — — über einige bisherige Folgen der französischen Revolution in Rücksicht auf Deutschland. Hannover. — und ausser vielen andern durch die grosse Begebenheit in Frankreich veranlassten Schriften, die *Recensionen* der staatswissenschaftlichen, besonders die französische Revolution betreffenden Schriften in der *Allgemeinen Literaturzeitung* und den *göttingischen gelehrten Anzeigen*, mehrere Abhandlungen von *Wieland*, *Reinhold* u. a. im *deutschen Merkur*, verschiedene Aufsätze und Anmerkungen in *Schlötzer's Staatsanzeigen*, *Archenholz Minerva* u. s. w.

Vierter Abschnitt.

Züge zur Geschichte des Naturrechts.

Man vergleiche ausser dem, was in Vorreden oder Einleitungen zu den Systemen und Compendien des N. R. von den Verfassern bemerkt ist,

G. Chr. Gebaueri Nova juris naturalis historia, quam auxit et auditorum in usum edidit Ericus Christ. Klevesahl. Wetzlar. Hufeland's oben (§. 6. und 32.) angezogenen Versuch im vierten Abschnitt.

§. 42.

Sobald der Mensch in Verbindung mit andern Menschen kömmt, und seine Handlungen nicht blos auf sich, sondern auch auf andere zu beziehen hat — aber auch nicht eher — werden in ihm die Gedanken von Rechten, welche ihm zukommen, und von niemand verletzt werden dürfen, geweckt.

§. 43.

Die Veränderungen der Gedanken der Menschen über ihre Rechte sind dem Gange der menschlichen Bildung überhaupt parallel. *Zuerst* wird der Mensch in Rücksicht seiner Handlungen und der hierauf sich beziehenden Gefinnungen und Vorstellungen den Gesetzen seiner physischen Natur gemäß bestimmt — *er ist sinnlich* — dann fängt er an, die Wirkfamkeit eines höhern Principis — des Verstandes — in sich wahrzunehmen, und auf die Rathschläge desselben zu hören — *er wird klug* — und nähert sich endlich — durch viele für den irdischen Menschen vielleicht niemals ganz zu ersteigende Stufen — dem Ziele seiner Bestimmung, erkennt die über die blinden Triebe der Sinnlichkeit und die

die veränderlichen Regeln der Klugheit erhabne — freye und unveränderliche — Gesetzgebung der Vernunft, und seine Pflicht, *weise zu werden.*

§. 44.

Es lassen sich daher in der Geschichte der Entwicklung und Veränderung der Begriffe der Menschen über ihre Rechte drey Perioden unterscheiden:

- 1) die Periode der *Sinnlichkeit*,
- 2) die Periode des *Verstandes*,
- 3) die Periode der *Vernunft*.

§. 45.

In der Periode der Sinnlichkeit (§. 44.) giebt es keine andere Gesetze, als die egoistischen Triebe der Sinnlichkeit, und keine andere Grenzen der sinnlichen Begierden, als die, welche seine Macht dem Individuum steckt; das sogenannte Recht ist hier demnach kein anderes, als das *Recht des Stärkern*. So wie *Tugend* und *Stärke*, so sind auch *Recht* und *Macht* in dieser Periode eins und dasselbe. Man urtheilt hier nicht aus dem, was *da seyn soll*, über das, was *ist* und *geschieht*, sondern was nach der sinnlichen Erfahrung des einzelnen geschieht, das hat in seinen Augen *practische Allgemeinheit* und *Nothwendigkeit*. Weil von der Gottheit an bis zu den Thieren herab, so urtheilt *Brennus*, der Stärkere den Schwächern seinen eigennützi-

gen Trieben unterordnet; *so muss* das auch so seyn. In dieser Periode hat, in Rücksicht auf die sogenannten Rechte, das mächtigere Geschlecht einen grossen Vorzug vor dem minder mächtigen, das stärkere Alter vor dem schwächeren; haben grosse Völkerschaften einen grossen Vorzug vor den kleinern. Man weiss nichts von Eigenthum und Achtung für dasselbe. — *Fremdling* und *Feind* (hostis) sind gleichbedeutende Namen — es wird nicht gefragt, was *darfst* du? sondern, was *vermagst* du? —

Ann. 1. Diese Periode verificirt sich bey den rohesten, besonders nomadischen, jagenden Völkern, wie ältere und neuere Nachrichten lehren. —

2. Die im Text gelieferte Schilderung wird durch die von den alten Schriftstellern uns aufbewahrten Aeufserungen mächtiger Heerführer, Gesandten mächtiger Nationen und Erzählungen von denselben bestätigt. So sagt *Brennus* bey *Plutarch* (Παραλληλα, τμημα πρωτ. Καμιλλος, p. 247. edit. Stephan.) um sein und seiner Nation Recht zu Eroberungen zu beweisen: τῶ πρεσβυτάτῳ τῶν νόμων ἀκολοῦθῶμεν, ὃς τῶ κρείττονι τὰ τῶν ἡττόνων δίδωσιν, ἀρχόμενος ἀπὸ τῆ δεξιᾶς, καὶ τελευτῶν εἰς τὰ ἀριστερά· καὶ γὰρ τέτοις ἐκ φύσεως ἔνεστιν, τὸ ζητεῖν πλεονεχέειν τὰ κρείττονα τῶν ὑποδεεσέων. — Bey *Livius* im 5ten B. 35 cap. antworten die Gallier den Römern auf die Frage, was sie für ein Recht hätten, fremdes Eigenthum für sich zu verlangen u. s. w.: *se in armis jus ferre*

ferre, et omnia fortium virorum esse. —

In *J. Caesar's* Schrift de bello gallico, L. 1. c. 36. sagt Ariovistus: Jus esse belli, ut, qui vicissent, iis, quos vicissent, quemadmodum vellent, imperarent und eben-
dasselbst Lib. 6. c. 23. heisst es von den Germaniern: Civitatibus maxima laus est, quam latissimas circum se vastatis finibus solitudines habere. hoc proprium virtutis existimant, expulsos agris finitimos cedere, nec quemquam prope se audere consistere — latrocinia nullam habent infamiam, quae extra fines civitatis sunt — atque ea juventutis exercendae ac desidia minuéndae causa fieri praedicant.

3. *Lucretius* in seinem Gedicht de rerum natura L. V. v. 956. ff. führt unter andern von den *ersten* Menschen folgende Züge an:

Nec commune bonum poterant spectare, nec ullis

Moribus inter se scibant nec legibus uti,

Quod cuique obtulerat praedae fortuna, ferebat,

Sponte sua sibi quisque valere et vivere doctus. — und

Cicero schildert sie in oratione pro Sextio c. 42. als Leute, qui neque naturali neque civili jure descripto fusi per agros ac dispersi vagabantur, tantumque habebant, quantum manu ac viribus per caedem ac vulnera aut eripere aut retinere potuerant. — vergl. *Taciti* Historiarum Lib. IV. c. 17. wo *Civilis* sagt: „Dii fortioribus adsunt.“ —

§. 46.

Es zeigen sich indess mit der Zeit die grossen Nachtheile des Rechtes des Stärkern. Man kann nie auf den ruhigen Genuß dessen, was man hat, rechnen, man ist unaufhörlichen Kämpfen mit dem Uebermächtigen oder Uebermüthigen und den daraus entspringenden Gefahren ausgesetzt — auch der Stärkste kann nicht sicher dafür seyn, daß nicht früher oder später ein noch Stärkerer ihm das Seinige nehme. (Le plus fort n'est jamais allés fort, pour être toujours le maitre. *Rousseau contrat social*, ch. III.) Diese Nachtheile bereiten den Uebergang aus der Periode der Sinnlichkeit (§. 45.) in die *Periode des Verstandes* (§. 44.) vor. — Die Noth weckt den Verstand, sich ins Mittel zu legen, und macht den Menschen zu der Ueberzeugung geneigt, daß es doch wol eine andere Regel seiner Handlungen gebe, als seinen eigennützigen Willen; und ein anderes Maass seiner Rechte, als seine Macht.

§. 47.

Man fängt an, auf Mittel zur Sicherheit seines Lebens, seiner Ruhe, seines Vermögens zu denken, und eine das Verhältniß des Einen gegen den Andern bestimmende Ordnung zu wünschen. Es entstehen bürgerliche Gesellschaften; es treten Gesetzgeber auf; es werden Rechtsregeln festgesetzt,
und

und Gerichte bestellt: es entsteht ein Unterschied unter förmlichem und wirklichem Recht. Durch fortgehende Erfahrung und erhöhte Cultur wird die Sammlung der Rechtsbestimmungen immer vollständiger, und werden die Regeln selbst immer bestimmter: man fängt an, genauer über die Gründe des Rechts nachzuforschen, und den Zusammenhang desselben mit den erhabensten Begriffen der menschlichen Vernunft zu ahnen.

§. 48.

Ganze Völkerschaften folgen hierin bald dem Beyspiel einzelner Menschen nach. Auch sie läßt die Noth bald fühlen, daß öffentliche Wohlfahrt mit dem Recht des Stärkern unvereinbar sey. Auch sie erkennen daher außerfinnliche Gründe des Rechts an, und ein Völkerrecht über sich, welches freylich das Recht des Stärkern nicht ganz verdrängt, aber doch die Ausübung desselben in einigen Fällen verhindert, oder doch verzögert.

Anm. 1. In dieser Periode entstehen nach und nach Rechtswissenschaft, Philosophie des Rechts, Politik u. s. w.

2. Es lassen sich in dieser Periode des Verstandes, so wie in der P. d. Sinnlichkeit noch viele Abtheilungen machen, die durch sehr deutliche Merkmale scharf genug unterschieden werden könnten; ich darf indeß, so viel wichtiges sich auch sagen ließe, hier nicht weitläufiger

seyen: doch wird vielleicht an einem andern Orte in einer ausführlichen Geschichte des Rechts dieser Gegenstand umständlicher behandelt werden.

§. 49.

Aber mit dieser Periode (§. 46 — 48.) schliessen sich die Untersuchungen des menschlichen Geistes über die Rechte des Menschen noch nicht, er wird vielmehr — da er nur erst der Sinnlichkeit etwas Feld abgewonnen — zu immer neuen Forschungen gereizt, um auf die *Periode der Vernunft* vorzubereiten, und seinem Rechtsgebäude die Einheit und Haltung zu geben, die er für alle seine Werke fordert.

§. 50.

Klugheit und Politik, deren Regeln in der Periode des Verstandes (§. 46 — 48.) die Rechte des Menschen bestimmen, können zwar vor *einigen* nachtheiligen Folgen des egoistischen, jeder ihn einschränkenden Ordnung sich widerspenstig entgegensetzenden, sinnlichen Triebes (Antagonism der menschlichen Anlagen für die Gesellschaft) verwahren, aber sie selbst und ihren Ursprung doch nicht ganz aufheben. Klugheit und Politik allein machen zwar dem *barbarischen Kämpfen ohne Vorwand* allmählig ein Ende, aber führen statt derselben *taktische Kriege mit rechtfertigenden Deductionen* ein; sie machen

chen den *Faustkampf* feltner, aber das *Streiten mit Sophismen* aller Art häufiger: sie verhindern die Privatausübung von *Gewaltthätigkeit*, aber erlauben dafür dem *Betruge und der List* ein freyeres Spiel. Weit entfernt, den eigennützigen Trieb aus dem Herzen des Menschen auszurotten, machen sie ihn nur raffinirter und desto gefährlicher, und führen statt des Rechts des Stärkern das Recht des Schlauern ein, — oder lehren vielmehr die Kunst, jenes auf eine feinere, den unmoralischen Zweck der Selbstsucht um desto sichrer erreichende Weise auszuüben. —

§. 51.

So schleichen sich dann, statt der äußern Unruhe und Gefahr in der Periode der Sinnlichkeit (§. 45.), noch quaalenvollere Uebel in die menschliche Gesellschaft ein, und die, welche zur Abwehrung dieser und anderer Uebel bestellt worden, die Wächter der Ruhe und die Erhalter der Ordnung, tragen durch Unterordnung des allgemeinen Menscheninteresse unter das Interesse ihrer zügellosen Leidenschaften nicht wenig dazu bey, das Heer dieser Uebel zu verstärken.

§. 52.

Diese Uebel (§. 50. 51.) überzeugen endlich den Menschen, daß Klugheit, allein und mit Stärke verschwifert, ihn nicht zum Ziel der Ruhe und Sicherheit führen kann.

Er sucht daher festere Stützen derselben, und findet sie in der moralischen Gesetzgebung der Vernunft. Er erkennt den Zusammenhang seiner Rechte mit dem Endzweck der Sittlichkeit, urtheilt von diesem erhabensten Standpunct aus über dieselben, und fühlt das dringende Bedürfnis, die auf Erhaltung seiner Rechte abzweckende Ordnung dem System der moralischen Freyheit immer angemessener zu machen.

§. 53.

Wir nähern uns, sichtbarer als jemals, der glücklichen Periode, wo die Vernunft die Gesetze geben, und die Menschen ihnen nicht bloß so lange Gehorsam leisten werden, als sie nicht Macht genug haben, ihnen ungehorsam zu seyn. Das Daseyn des Gefühls der Uebel und Gefahren, welche mit den durch eigennützige Politik eingerichteten Rechtsverhältnissen der Menschen verknüpft sind, hat sich schrecklich genug angekündigt: aber auch zur Freude des Weltbürgers die Ueberzeugung von dem innigen Zusammenhange des Rechts mit dem höchsten Endzweck des Menschen in den Lehren der Weisen unter dem Volke und in den Erklärungen und Handlungen philosophischer Fürsten. Und dieses Gefühl und diese Ueberzeugung wird dann auch, je mehr sie sich ausbreitet, die bürgerlichen Gesellschaften der Vereinigung zu einem

nem weltbürgerlichen Ganzen näher bringen, durch welches allein Gesetzmäßigkeit mit der Freyheit der Staaten in Harmonie gebracht, und die Einheit eines moralisch begründeten Systems derselben vorbereitet werden kann.

Anm. 1. Man vergl. *Kant's Ideen* zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. Berlin. Monatschr. 1784. November, S. 386. ff.

Desselben Kritik der Urtheilskraft S. 387. ff.

2. Wie sehr die Fürsten unsrer Zeit von dem über alle eigennützige Begierde erhabnen Grunde der menschlichen Rechte überzeugt sind, beweisen die Handlungen und Erklärungen *Stanislaus Augustus*, des weissen Königs der Pohlen, bey Gelegenheit der Gründung der neuen Constitution seines Reichs: beweist das *Allgemeine Preussische Gesetzbuch* durch die Grundsätze, nach welchen es verfaßt ist, und in vielen seiner einzelnen Gesetze.

3. Möchten nur nicht — auf der einen Seite, gutmeynende und nicht gutmeynende Lobpreiser gewaltsamer Revolutionen (für welche ein Volk nicht eher reif ist, als bis es derselben nicht mehr bedarf) und auf der andern, niedrige Apologeten des alle Gesetze verachtenden Despotismus — die Annäherung des Menschengeschlechts zur Periode der Vernunft aufhalten wollen! —

 §. 54.

So bewährt sich denn auch in der Geschichte der Veränderung der Gedanken der Menschen über Recht und Unrecht (§. 45 - 53.) die Wahrheit des der teleologischen Urtheilskraft bey jeder sorgfältigen Beobachtung sich darbietenden Urtheils: *dass der grösste Feind der Sittlichkeit — der eigennützige Trieb — zu seiner eignen Unterdrückung mitwirken muss, und dass, so wie der sinnliche Mensch durch Schaden klug, so der kluge durch Uebel zur Weisheit geführt wird.*

§. 55.

Schon die Geschichte der Schicksale des Begriffs von Rechten in den Gedanken des Menschen (§. 42 — 54.) lässt auf die Geschichte des Naturrechts, als Wissenschaft, einen Schluss machen. Selbst der rohe Begriff dieser Wissenschaft konnte erst späterhin entstehen, und eine lange Zeit musste verfließen, ehe man nach diesem Begriffe zu arbeiten anfang, und — vollendete.

§. 56.

Ehe ein Aggregat von Erkenntnissen irgend einer Art sich in die Form der Wissenschaft schmiegt, muss schon viel vorgearbeitet, müssen viele Materialien zusammengetragen, und manche vergebliche Versuche zu

zu ihrer systematischen Verbindung gemacht seyn.

§. 57.

Einzelne zum Naturrecht gehörende Sätze und Betrachtungen finden sich schon bey den ältern griechischen und römischen Schriftstellern, z. B. bey *Plato*, *Aristoteles*, *Xenophon*, den *Stoikern*, *Cicero* u. a. Indefs, ein abgefondertes oder gar wissenschaftliches Naturrecht sucht man in diesen Schriften vergebens.

§. 58.

Unter den Ursachen, welche die griechischen und römischen Weisen von der Construction eines reinen Vernunftrechts abhielten, sind die vornehmsten:

a) das dringendere Bedürfnis einer positiven Gesetzgebung.

b) die unmittelbare oder mittelbare Theilnahme dieser Männer an der Staatsverwaltung.

c) die ihnen noch nähern Beyspiele von Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft und Errichtung eines dieselbe bestimmenden Gesetzsystems durch Weise — wodurch in ihnen der Reiz der bloßen Speculation geschwächt wurde. Sie entwarfen lieber gleich Regierungsformen (Platonische Republiken), als bloße Theorien.

d) der

d) der natürliche Gang des menschlichen Geistes, der vom besondern zum allgemeinen fort-, und vom niedern zum höhern heraufgeht.

§. 59.

Auch in dem Corpus juris Romani finden sich manche Bemerkungen, welche aus Principien des Naturrechts geschöpft sind.

§. 60.

In der Folge wurde die abgesonderte Bearbeitung des Naturrechts verhindert theils durch die Sensation, welche das römische Recht machte, und das hierauf allein sich beziehende Studium der Rechtsgelehrten; theils durch Hierarchie und Scholastik.

§. 61.

Von der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts an entdeckt man die ersten rohen Anfänge einer besondern Behandlung des juris naturalis und der Unterscheidung desselben vom positivo. Die Männer, welche sie versuchten, waren *J. Oldendorp*, *Nic. Hemming*, *Benedict Winkler*, und *Matthias Stephani*. Es können indess die Versuche dieser Männer, zwar wol mit als *Veranlassungen* zur nachherigen wissenschaftlichen Bearbeitung des Naturrechts, aber nicht als *Anfang* desselben angesehen werden. Denn der Name jus naturale war wol da, aber nicht die *Idee* der Wissenschaft: auch wagte man
es

es damals noch nicht, die Rechte und die Gesetze, worauf sie gegründet sind, der Kritik der Vernunft zu unterwerfen.

J. Oldendorpii εισαγωγή seu elementaris introductio ad studium juris naturae, gentium et civilis. Col. Agrippin. 1539. cur. C. A. Martini, Vindobon. 1758. auch in Oldendorpii opp. T. I. 1559.

Nic. Hemmingii de Lege Naturae methodus apodictica. Viteb. 1562.

Bened. Winkleri, Soltquellensis, principiorum juris libri quinque, in quibus genuina juris tam naturalis quam positivi principia et firmissima jurisprudentiae fundamenta ostenduntur, ejusdem summus finis ob oculos ponitur et divina auctoritas probatur. Lipsiae, 1615.

Matth. Stephani methodica tractatio de arte juris. Gryphisw. 1615.

§. 62.

Soviel erhellt aber doch aus diesen ersten unvollkommenen Versuchen (§. 61.), daß man anfang, höhere Principien des Rechts, als Corpus juris und Gewohnheit, zu ahnen und denselben nachzuforschen. Allein *theologische* und *positiv-juristische* Vorurtheile leiteten die Forscher irre. Man glaubte, die höchsten Principien des Rechts in der *Bibel* (z. B. dem Decalogus) und dem *geoffenbarten Willen des höchsten Gesetzgebers* (Got-

(Gottes) suchen zu müssen; und, weil man aus Gewohnheit und dem Geist des Zeitalters gemäß das positive Gesetzbuch im Wesentlichen für so unveränderlich als die Bibel hielt, so zielten auch die Bemühungen mehr dahin, die einmal geltenden Rechtsregeln mit den Ausprüchen der Bibel zu *vereinigen*, als nach denselben zu *beurtheilen*.

§. 63.

Ohne Vergleichung mehr geschah für die künftige Erhebung des Naturrechts zur Wissenschaft durch den gelehrten, viele und mancherley Kenntnisse in sich vereinigenden Geschäftsmann *Hugo Grotius*, dessen Name in einer Geschichte des Naturrechts mit vorzüglicher Achtung genannt zu werden verdient. Von der Mangelhaftigkeit und Unbestimmtheit der positiven Rechtsbegriffe und Sätze (vornehmlich im Völkerrecht) aus eigener Erfahrung überzeugt, und durch seine anderweitigen kritischen Beschäftigungen geübt, fühlte er das Bedürfnis und die Kraft, sichern Rechtsprincipien nachzuspüren, und sie in der *natura rationali et sociali*, und dem *sensu, qui communis dicitur*, (de Jure b. ac p. l. 1. 12.) aufzufinden. Indess liefert er selbst noch kein System des Naturrechts, sondern macht nur bey Gelegenheit seiner vorzüglich ins Völkerrecht eingreifenden Arbeit einzelne naturrechtliche Erörterungen: be-
stätigt

stätigt die Wahrheit seiner Behauptungen — was er auch in den Prolegomenis zu seiner Schrift dagegen sagt — mehr durch die *exstimatio gentium* und die *testimonia Philosophorum, Historicorum, Poetarum et Oratorum*, als durch Argumente der reinen Vernunft: ist durchaus nicht frey von einer aus theologischen Vorurtheilen entspringenden Aengstlichkeit, und überhaupt mehr philosophirender Rechts- als Naturrechtslehrer.

§. 64.

Hugo Grotius gegenüber trat ein Mann auf, der, vermöge seines philosophischen Scharffsinns, und da einmal der — schüchterne — Anfang gemacht war, die Gründe der Rechte des Menschen im Menschen selbst aufzusuchen, viel für die wissenschaftliche Bearbeitung des Naturrechts hätte leisten können — *Thomas Hobbes*. Aber so wie seinen Vorgängern theologische und juristische, so verrückten diesem *individuelle* Vorurtheile den wahren Gesichtspunct. Seine naturrechtlichen Sätze — denn ein System des N. R. zu liefern, fiel ihm selbst nicht einmal ein — sind ein bloßer Ausdruck seiner Empfindungen über die Schicksale, die der Fanatismus über ihn und sein Vaterland verhängte. Wo sein in speculative Betrachtungen versenkter Geist des Herzens vergiftet, philosophirt er
treff-

trefflich. Er hat vielen Einfluss auf die nachfolgenden Versuche im Naturrecht gehabt.

§. 65.

Die Bahn war nun gebrochen: viele Materialien herbeygeschafft: particulare Versuche zur Vereinigung derselben geschehen: die ganze Sache fing an, Sensation zu machen. Alles dies konnte einen Mann, der sich zu gelehrten Beschäftigungen dieser Art bestimmt hatte, einladen, das angefangne Werk weiter zu führen, und die vor ihm liegenden, systematisch zugerichteten Materialien, architectonisch zu verbinden.

§. 66.

Der Mann, der den Beruf hiezu in sich fühlte, und ihm folgte, war *Samuel Pufendorf*. Er war der erste, der es versuchte, das Aggregat von naturrechtlichen Erkenntnissen, welches er in den Schriften seiner Vorgänger (§. 57 — 64.) vorfand, in ein System zu verbinden. Doch verfuhr er hiebey — durch seine Vorgänger verführt — mehr *historisch* als *philosophisch*, suchte den Schlussstein seines Systems nicht in der *Vernunft*, sondern in *Trieben* (der Gefelligkeit) und *Gott*; ging mehr darauf aus, gegen anderer (Hobbes, Grotius) Behauptungen, als für sich bestehende Dogmen darzustellen, und konnte sich noch nicht aus den Fesseln
der

der Gewohnheit und der Schule zur freyen, a priori gegründeten Wahrheit erheben.

Anm. Pufendorf und seine Anhänger werden *Socialisten* genannt.

§. 67.

Ihm — dem ersten Professor juris naturae et gentium und einem grossen Staatsmann — folgten viele nach. Die Periode der Hoffnung für's wissenschaftliche Naturrecht beginnt. — Man fängt an zu streiten, dadurch werden die naturrechtlichen Begriffe und Sätze deutlicher und bestimmter: man macht Anwendungen, dadurch wird das Naturrecht interessanter: Philosophen, ihres Namens werth, legen Hand an, dadurch wird die Wissenschaft gründlicher.

§. 68.

Christian Thomafius, in seiner ersten Schrift ein Anhänger des socialistischen Lehrbegriffs, giebt durch seine nachherigen Angriffe desselben manche neue Ansichten, und trägt unmittelbar und mittelbar (durch seine Schüler) zur Vervollkommnung der Wissenschaft bey.

§. 69.

Von nun an erscheinen naturrechtliche Systeme in mancherley Gestalten. Philosophen und Juristen arbeiten mit gleichem Eifer. Aber es fehlt an einem bestimmten Begriff der Wissenschaft und einer genauen

Schaum. Naturr.

D

Grenz-

Grenzlinie. — Philosophen fangen an, um das Naturrecht recht fest zu gründen, bey- nahe die ganze practische Philosophie hinein- zuziehen: Rechtsgelehrte verarbeiten es zu einer Propaedeutik der positiven Jurispru- denz: auch fehlt es nicht an Empirikern, die das Naturrecht zu einer Geschichte des Verhältnisses der menschlichen Triebe zur Gesellschaft und der gesellschaftlichen Rechte herabwürdigen wollen. — Nur einige füh- len das Bedürfnis einer genauern Abfonde- rung des N. R. von ähnlichen Wissenschaften, und schränken es auf sogenannte vollkommne Pflichten und Rechte ein. Die Polemik des N. R. wird gröfser.

§. 70.

Zu merken sind in dieser Periode die Commentatoren des *Grotius* — *Heinrich* und *Samuel* von *Cocceji* — der kritische *Treuer* — der um die philosophische Erörterung vieler naturrechtlichen Begriffe sehr verdiente *Wolf* und seine Nachfolger, z. B. *Achenwall* u. a. — *Köhler* — *Gundling* — *Schmaufs* — *Claproth* — u. f. w.

§. 71.

Die Beziehung, in welche man das Naturrecht auf der einen Seite mit der Theo- logie gestellt hatte, und in welcher es auf der andern Seite mit den positiven Gesetzen und den Einrichtungen der bürgerlichen Ge-
sell.

gesellschaft *steht*, waren der Bearbeitung des N. R. eben nicht vortheilhaft. Man hielt gewisse Dogmen der Theologen, so wie die Sententien Justinian's, Tribonian's u. s. w. für untrüglich und unveränderlich: und von diesen niedergedrückt, wagte es der Geist nicht, sich zu dem Standpunct zu erheben, von welchem er den wahren Zweck der Wissenschaft hätte entdecken können.

§. 72.

Indessen — die durch unsern *Leibnitz* mit vielumfassender Gelehrsamkeit verschwi-
sterte gründliche Philosophie, und die da-
durch theils unmittelbar, theils mittelbar und
allmählig bewirkte, zur richtigen Würdigung
alles dessen, was sich auf Menschen bezieht,
nothwendige Aufklärung, mußte den Zeit-
punct herbeyführen, wo die eigenthümliche
Würde unsrer Wissenschaft anerkannt wurde.
Er kam: man räumte der Vernunft ihr Recht
ein: Freyheit zu denken und seine Gedanken
zu äußern, wurde als Urrecht der Menschen
öffentlich bestätigt. Von nun an erhebt sich
das Naturrecht von einer Sklavin positiver
Dogmen zur freyen Wissenschaft, und die
Naturrechtslehrer von dem ängstlichen Bemü-
hen, die Gesetze der Vernunft mit den Ver-
ordnungen der Menschen zu vereinigen, zur
Kritik der willkührlichen Verfügungen nach

dem einzigen untrüglichen Codex — der Vernunft.

§. 73.

Die Philosophen haben das Verdienst, das Naturrecht seinem Zweck und der Würde einer Wissenschaft genähert zu haben — *Feder* — *Mendelssohn*, *Eberhard*, *Garve*, *Ulrich* u. a. — und unser Vaterland hat die Ehre, daß es in seinem Schoosse erzeugt, gepflegt, und zu seiner itzigen Vollkommenheit erhoben ist.

§. 74.

Vor allen andern Behandlungen zeichnet sich diejenige aus, welche das Naturrecht durch einen der philosophischen Rechtslehrer unsrer Zeit — Herrn *Hufeland* — erfahren hat.

§. 75.

Große Hoffnung für unsre Wissenschaft giebt von der einen Seite der *Eifer* unsrer Gesetzgeber, ihre Gesetze der Bestimmung des Menschen immer angemessner zu machen; und von der andern — die kritische Philosophie. Der Name des unsterblichen Königs von Preussen, und des erhabnen Pflegers der Gerechtigkeit in den brandenburgischen Staaten, von *Carmer* — und *Kant* und *Reinhold* werden in der Geschichte des Naturrechts — wie in der Geschichte der Menschheit — unsterblich seyn.

§. 76.

§. 76.

Es läßt sich in der Geschichte des Naturrechts die Geschichte der Veränderung seiner *Form* von der Geschichte der Veränderung seines *Inhalts* (Materie) unterscheiden.

Anm. Doch hat die Veränderung der einen Einfluß auf die andere. Je weiter die Grundideen und Principien waren, desto mehr ließ sich unter denselben begreifen: und je mehr Materialien man für die Wissenschaft herbeyführte, desto weiter mußte man ihre Principien machen.

§. 77.

In Beziehung auf die Geschichte der *Form* des N. R. (§. 76.) lassen sich die Bearbeiter desselben in *philosophirende Rechtslehrer* und in *Naturrechtslehrer* unterscheiden.

Anm. Zu jenen gehören *Hugo Grotius* (§. 63.), die *Cocceji's* (§. 70.) — *Nettelbladt*.

§. 78.

Die *Naturrechtslehrer* (§. 77.) theilen sich in *unphilosophische* (populäre) und *philosophische* (Systematiker).

Anm. 1. Zu jenen — welche der Wissenschaft unächte Principien zum Grunde legen, gehören 1) die *Empiriker*, z. B. *Pufendorf*, *Schmaufs*, *Rousseau* u. a. 2) die *Theologen*, z. B. *Seldenus*, *Cumberland*, *Heineccius* u. s. w. Mehrere, z. B. *Pufendorf*, sind *Empiriker* und *Theologen* zugleich.

2. Die *Systematiker* umfassen entweder die ganze Wissenschaft, oder nur einige we-

sentliche Theile derselben (philosophische Fragmentisten). — Zu jenen, *Wolf, Feder, Höpfner, Ulrich, Hufeland* (§. 73. 74.) — Zu diesen, *Mendelssohn, Garve*, und vor allen andern *Reinhold* (§. 73. 75.).

§. 79.

In Beziehung auf die Geschichte der *Materie* des N. R. (§. 76.) lassen sich die *Naturrechtslehrer* in *Latitudinariern* und *Rigoristen* theilen.

Ann. 1. Zu den Latitudinariern, *Wolf* — *Thomasius* — *Nettelbladt* — *Schlettwein* (Rechte d. M. §. 58. f.) — Der erste Rigorist war *N. H. Gundling*, hernach mehrere — *Höpfner* — vorzüglich *Hufeland*.

2. Ursachen der Ueberhäufung des *Naturrechts* mit ihm fremden Objecten.

Fünfter Abschnitt.

Methodenlehre des Naturrechts.

§. 80.

Die allgemeinen Gesetze des Plans der wissenschaftlichen Behandlung des *Naturrechts* sind dieselben, welche die Methode einer Wissenschaft überhaupt bestimmen.

§. 81.

Das erste, worauf der Bearbeiter unsrer Wissenschaft seine architectonische Geschicklichkeit anzuwenden hat, ist die Hervorbringung

gung der *Form*, in welche die mannigfaltigen zum Naturrecht gehörigen Erkenntnisse systematisch zu ordnen sind.

§. 82.

Diese Form (§. 81.) nun, wodurch das Mannigfaltige, welches den Inhalt (die *Materie*) unsrer Wissenschaft ausmacht, zur Einheit eines Systems verbunden, und sein Umfang sowol, als die Stelle der Theile gegen einander bestimmt wird, kann nicht durch Abstraction aus *empirischen Datis* (der äussern oder der innern Erfahrung) zu Stande kommen, sondern die *reine practische Vernunft* bringt sie *durch* und *aus* sich selbst *a priori* hervor. Denn schon aus dem allgemeinen Begriff der Wissenschaft (§. 9.) ergiebt es sich, dafs sie es nicht mit — Erkenntnissen von etwas, das nach Naturgesetzen *da* oder *möglich ist*, und der systematischen Anordnung derselben nach Principien der *theoretischen Vernunft* — zu thun hat; sondern dafs sie eine *practische Wissenschaft* ist, mithin ihre Erkenntnisse aufs Sittengesetz zu beziehen, und durch dasselbe zu bestimmen hat.

§. 83.

Die innige reale Verbindung zwischen den Objecten der practischen (moralischen) Ideen macht bey Construction der Form unsrer Wissenschaft eine scharfsinnige Vorsichtigkeit doppelt nöthig; damit man nicht die

Grenzen der unterschiednen practischen Wissenschaften verwirre.

Ann. 1. Principia justi, honesti, decori.

2. Eine große Schwierigkeit in der Grundlegung des Naturrechts entsteht aus der beyspiellosen Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit des Begriffs, dessen Bestimmung und Anwendung Zweck der Wissenschaft ist, des Begriffs *Recht*.

§. 84.

Von der Darstellung der Form, d. h. der Idee, welche durch die ganze Wissenschaft herrscht, und des Princip, auf welches sich der Inhalt derselben gründet, wird nun der Fortgang zur Darstellung der besondern (materialen) Lehrsätze des Naturrechts gemacht.

§. 85.

Diejenigen Theoreme, welche die allgemeinsten — nichts, als die ursprüngliche Natur des Subjects, worauf sich die ganze Wissenschaft bezieht, voraussetzenden — Rechtsverhältnisse des Menschen bestimmen, machen den Anfang.

§. 86.

Von den ursprünglichen Rechtsverhältnissen des Menschen (§. 85.) geht man zur Betrachtung derjenigen über, welche nur unter *Voraussetzungen* stattfinden, und stellt zunächst diejenigen dar, die auf Veränderungen beruhen, welche sich nach der Natur
des

des Menschen in seinen Verhältnissen zur Welt zutragen müssen, z. B. Handlungen, Verträge, Gesellschaft, Streitigkeiten u. s. w.

§. 87.

Mit hinlänglichen Datis aus den vorhergehenden Untersuchungen versehen, kann man nun die Anwendung der allgemeinen Rechtsgesetze auf die bürgerlichen Verhältnisse der Menschen machen, und die Wissenschaft dadurch bis zu dem Punkte führen, der die Grenze und die Verbindung zwischen ihr und der positiven Rechtswissenschaft bezeichnet.

§. 88.

Die Befolgung nachstehender Regeln ist für die zweckmäßige Bearbeitung und das Studium des Naturrechts von Wichtigkeit.

1) Zur zweckmäßigen Behandlung des N. R. ist vor allem eine innige Bekanntschaft mit den Begriffen und dem System der Moral erforderlich; denn vom Sittengesetze erhalten alle und jede Rechtsgesetze die Sanction.

2) Hypothesen und historische Voraussetzungen sind zur *Gründung* von Rechten untauglich.

3) Eine richtige Kenntniss der menschlichen Natur ist durchaus nothwendig, um die richtigen Gesichtspuncte ins Auge zu fassen,

fassen, nach welchen diese oder jene Rechtswahrheit zu betrachten ist.

4) Man muß nicht ohne alle Kenntniß des positiven Rechts an die Bearbeitung des Naturrechts gehen, weil man dadurch auf manche Seite aufmerksam gemacht wird, von welcher sich ein Recht oder eine Verbindlichkeit darstellen läßt.

5) Aber man lasse durch positive Rechtsgesetze sein naturrechtliches Urtheil nicht misleiten. Viele von den eigentlichen Juristen haben in ihrer Bearbeitung des Naturrechts wider diese Regel verstossen.

6) Man muß Geschichte überhaupt und Geschichte der Menschheit insbesondre inne haben, um den Grund auffinden zu können, warum manches unter den Menschen als Recht angenommen ist, wozu sich kein *allgemeiner* philosophischer Grund findet, und um die Veränderungen beurtheilen zu können, die in den natürlichen Rechtsverhältnissen der Menschen entstanden sind und entstehen mußten.

7) Man muß die Fragen, was ist recht, was ist Pflicht, was ist gut, was ist gewöhnlich, nicht mit der Frage: wozu hat man ein Recht, verwechseln.

8) Man suche sich endlich eine möglichst vollständige Belesenheit in den naturrechtlichen Schriften zu erwerben, und beson-

sonders auch mit den Controversen unsrer Wissenschaft bekannt zu werden, um sich vor Einseitigkeit zu sichern, und zwischen den mannigfaltigen Wegen und Irrwegen den richtigsten und besten Weg auszufinden.

Sechster Abschnitt.

Darstellung des Zusammenhangs des Naturrechts mit den Zwecken und dem Endzweck des Menschen.

§. 89.

Wenn man sich die theoretische Beziehung, in welcher das Naturrecht mit der *Wissenschaft* von dem Endzwecke des Menschen (Moral) steht, vorstellt: wenn man erwägt, daß, wie diese *Heiligung* des *Willens* (Gesetzmäßigkeit der *Gesinnung* vor dem foro interno), so jenes *Rechtmäßigkeit* der *Erscheinungen* des Willens (Gesetzmäßigkeit der *Handlungen* vor dem foro externo) zum Zweck hat; daß also unsre Wissenschaft theils das moralische Gesetzbuch der Vernunft vollendet, theils das Medium ist, wodurch die bürgerliche Gesetzgebung mit der sittlichen verbunden wird: wenn man endlich bedenkt, daß sie auf nichts geringers zielt, als den Streit über die Rechte der Menschheit

und

und des Menschen durch den unparteyischen Spruch der Vernunft zu entscheiden; so wird man über den Rang, der dem Naturrecht in der Reihe der Wissenschaften anzuweisen ist, nicht zweifelhaft seyn.

§. 90.

Noch empfehlungswürdiger erscheint das Naturrecht von Seiten seiner practischen Beziehung auf den Endzweck des Menschen. Es macht die Erkenntniß von der Würde des Sittengesetzes noch anschaulicher, und ladet durch die interessante Anwendung desselben zur Unterordnung unter seine Vorschriften dringender ein. Es überzeugt von der Unverletzbarkeit der Bande, durch welche sich die Menschen zu größern oder kleinern Ganzen verknüpfen, von der Heiligkeit des Eigenthums und der Verträge, und von der Wohlthätigkeit und nothwendigen Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer verschiedenen Verhältnisse: und trägt durch diese Erkenntniß und Ueberzeugung zur Beförderung des großen Zwecks der Sittlichkeitslehre, durch welche es sein Fundament zu Stande brachte, dankbar bey, indem es Gerechtigkeit, Redlichkeit und Treue befördern hilft, und die Befehlenden und Gehorchenden lehrt, gute Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaften zu seyn.

§. 91.

§. 91.

Vorzüglich wichtig ist der Einfluss, den das *Studium* des Naturrechts auf den Geist und das Herz derjenigen hat, der ihm seinen Fleiß weihet. Es lehrt den denkenden Geist, sich über die niedrigen Standpuncte falscher Politik und schändender Selbstsucht, aus welchen der gemeine Haufe über Recht und Unrecht urtheilt, zu dem erhabensten Standpuncte — der Bestimmung des Menschen — hinaufzuschwingen, von welchem aus allein die Rechte der Menschheit dem Willen des höchsten Gesetzgebers im Menschen gemäß bestimmt werden können: und von welchem aus die im Schoosse egoistischer Begierden, oder des Neides oder der Rachsucht erzeugten Vorurtheile — wie Nebel vor dem Licht der Sonne verschwinden. Auf diesen Standpunct geführt, gewöhnt sich der Geist, auch die nicht *pflichtmäßigen* Handlungen aufs Gesetz der Sittlichkeit zu beziehen, und sich in allem, was ihn angeht, unter die Disciplin der Vernunft zu fügen.

§. 92.

Diese Veredlung der Denkungsart (§. 91.) kann nicht ohne die wohlthätigsten Folgen für die Sinnesart geschehen. Sie theilt dem Herzen die Stimmung mit, die der Erfüllung der Pflichten gegen andre so günstig ist: sie flößt Achtung gegen die Rechte

Rechte der Menschen ein: macht die Idee von dem brüderlichen Verhältniß, in welchem wir alle — Unterthanen *eines* Gesetzgebers, vor dem kein Ansehn der Person gilt — zu einander stehen, lebendiger und practischer: macht menschliche Fürsten, gehorsame Bürger, unauflösliche Staaten. —

§. 93.

Aufser diesem allgemeinen — wohlthätigen Zusammenhang mit dem höchsten Zwecke des Menschen (§. 89 — 92.) hat die Wissenschaft des Naturrechts noch besondern Nutzen für zufällige Zwecke und Verhältnisse der Menschen. Ist es gleich nicht einem jeden möglich, diesen Nutzen unmittelbar aus der Quelle der Wissenschaft zu schöpfen; so kann ihm derselbe doch mittelbar zu Theil werden.

§. 94.

Die *Regierer der Völker* interessirt das Naturrecht, indem es sie den Zweck ihres erhabnen Geschäftes und die unerschütterlichen Stützen ihrer grossen Vorrechte kennen lehrt.

§. 95.

Der *Adel* lernt aus unsrer Wissenschaft seine eigenthümlichen Vorzüge richtiger würdigen: und erhält eine tiefere Einsicht in die Gründe derselben, die Mittel ihrer Erhal-

haltung, und seine Pflicht, billig und gerecht gegen den Nichtadel zu seyn.

§. 96.

Den *Geistlichen* lehrt sie die Grenzen seiner Befugnisse, das nöthige Verhältniß seines Standes zur ganzen bürgerlichen Gesellschaft und die Unrechtmäßigkeit hierarchischer Anmaaßungen kennen.

§. 97.

Der *Bürger* erkennt aus ihr das Gesetz, welches ihm seine Rechte, aber auch seine Pflichten im Staate bestimmt: lernt Gerechtigkeit gegen die höhern Stände, Gehorsam gegen seinen Regierer, Zufriedenheit mit seinem bürgerlichen Loos, gegründet auf dankbare Anerkennung der großen Wohlthat des Schutzes und der Sicherheit im Staate.

§. 98.

Insonderheit ist das Naturrecht von Wichtigkeit für die Classe von Menschen, deren Berufspflicht es ist, für ihre Mitbrüder zu denken; und für die mit den Gesetzen der theoretischen und practischen Vernunft harmonirende Aufklärung derselben thätig zu seyn — *für den Gelehrten*. Wichtig

a) für den *Philosophen*, als einer der Haupttheile der practischen Philosophie.

b) für

b) für den *Historiker*, um über die Weltbegebenheiten, so fern sie in der menschlichen Willkühr gegründet sind, richtig zu urtheilen, und pragmatisch zu lehren.

c) für den *Theologen* — theils als *Gelehrten*, zur gründlichen Kritik mancher kirchlichen Dogmen, z. B. von der Erbfünde, Erlösung u. f. w., zur Einsicht über das Recht der Symbole, die kirchliche Gewalt u. d. g. theils als *Volkslehrer*, zur würdigen und nützlichen Führung seines Amts, wozu vorzüglich die Pflicht gehört, durch die ihm verstatteten Mittel der religiösen und moralischen Belehrung mitzuwirken, daß die Mitglieder seiner Gemeinde gehorsame, ruhige und zufriedene Staatsbürger werden und bleiben.

d) für den *Rechtsgelehrten*,

α) als *Gesetzgeber* — Aus dem Naturrecht allein kann er den Zweck der Gesetzgebung, die legislatorischen Rechte u. f. w. kennen lernen.

β) als *Rechtslehrer* — Ohne naturrechtliche Principien und Einsicht kann er die positiven Gesetze und ihre Gründe nicht zweckmäfsig erörtern.

γ) als *Geschäftsmann* — In allen Stücken, wo das Gesetz schweigt, keine Analogie ihn aushilft, und die richterliche Bestimmung seinem Ermessen überlassen ist, be-

bedarf er des Naturrechts, als subsidiarischen Rechts.

δ) besonders als *Criminalrichter* — um über den Zweck der Strafen, die Gründe der Imputation u. d. gl. gründlich zu urtheilen, und zur Verbesserung der hierauf sich beziehenden Gesetzgebung verhältnismässig mitzuwirken.

§. 99.

Aber — wendet man ein — der *Schade*, den das Studium des Naturrechts und die Ausbreitung seiner Resultate hervorbringt, zerstört allen vortheilhaften Einfluss, den es haben könnte. — Die Ideen von Independenz im Naturstande, von ursprünglicher Gleichheit aller Menschen in Rücksicht auf Rechte und Rang, von Befugniss, sich jeder Unterdrückung von was immer für einer Art entgegenzusetzen u. s. w. bringen Unzufriedenheit mit der so wohlthätigen bürgerlichen Ordnung hervor, verwirren die nothwendigen Standes-Unterschiede, und untergraben die Throne der Fürsten.

§. 100.

An diesem Schaden (§. 99.) ist die *Wissenschaft* nicht Schuld. — Nur einseitige, uneingeweihte, mit dem Geist und den Principien der Wissenschaft ganz unbekannte,

Schamm. Naturr.

E

sich

sich so nennende Freunde oder gar Lehrer derselben, können ihn stiften, und haben ihn leider! hie und da — unter dem gemisbrauchten Namen: „Vertheidiger der Rechte der Menschheit,, durch Ausbreitung ochlokratischer Maximen, die freylich nichts andres, als bürgerliche und moralische Zügellosigkeit, Irreligiosität, und endlich Pöbeltyranny zur Folge haben konnten, und durch unvorsichtige Popularisirung esoterischer Wahrheiten — aus Unverstand und unkritischer Schwärmerey, oder aus niedrigem Eigennutz und Bosheit wirklich gestiftet. Der eingeweihte Kenner der erhabnen Wissenschaft sieht diesen Unfug frivoler Feinde der menschlichen Ruhe und Ordnung mit Unwillen; denn *Er* kehrt von dem Studium derselben mit der festgegründeten Ueberzeugung von diesen Wahrheiten zurück:

1) *Die bürgerliche Gesellschaft ist zur Ruhe und Glückseligkeit und moralischen Cultur des Menschen die nothwendige Bedingung.*

2) *Die Aufhebung des Unterschieds der Stände ist physisch und rechtlich unmöglich, aber die Ausrottung des die Menschen eigentlich und allein trennenden Hochmuths — der höhern gegen die niedern und der niedern gegen die höhern — ist möglich und zu hoffen.*

3) *Die*

3) *Die Thronen der Fürsten werden und müssen ewig stehen: nur das beherrschte Volk kann frey seyn.*

Anm. 1. Ein grosser Theil des im Text (§. 99. 100.) bemerkten Schadens unvorsichtig ausgebreiteter und einseitig vorgestellter Rechtsideen kömmt auf Rechnung *mancher* Zeit-, schöngeistiger, und populärer Schriften. Es wäre sehr zu wünschen, daß das ehemals geltende Gesetz, esoterische Wahrheiten auch in der esoterischen Sprache zu behandeln, nicht abgeschafft wäre, oder doch wieder geltend gemacht würde. Nicht alle können alles tragen. Die Popularisirung aller Resultate theologischer, politischer und rechtlicher Untersuchungen hat den Haufen nicht, wie man vorgiebt, zur *Aufklärung*, nicht einmal zur *Klugheit*, geführt, sondern zum *Vorwitz* verführt, und er steht also gerade auf dem Punct, wo für *vernünftige* Cultur am wenigsten zu hoffen ist.

2. Auch die neuere Pädagogik — oder vielmehr einige neue Pädagogen und Pädagogen — sind wegen der übernehmenden laxen Denkungsart und daraus entspringenden üblen Folgen verantwortlich: denn viele ihrer Theorien und Plane führen geradezu auf Methodenlosigkeit im Lernen und im frühern häuslichen Leben, die denn nichts anders zur Folge haben kann, als Zügellosigkeit im Begehren und Handeln, und

für das spätere und bürgerliche Leben von dem größten Nachtheile ist. — Manche treffende hieher gehörende Bemerkung macht Hr. Rehberg in seiner practischen Schrift unter dem (zu viel und zu wenig sagenden) Titel: *Prüfung der Erziehungskunst*, Seite 164 — 190. Leipzig.

Wissenschaftliches
N a t u r r e c h t.

Erster Theil.

Reines Vernunftrecht

oder

metaphysische Anfangsgründe des
Naturrechts.

Τῷτό ἐστι νόμος, ὃ πάντας ἀνθρώπους προσήκει
πειθεσθαι διὰ πολλὰ, καὶ μάλιστα, ὅτι πᾶς ἐστι νόμος
εὖρημα μὲν καὶ δῶρον θεῷ, δόγμα δὲ ἀνθρώπων φρονί-
μων, ἐπανόρθωμα δὲ τῶν ἐκχσίων καὶ ἀκασίων ἀμαρ-
τημάτων, πόλεως δὲ συνθήκη κοινὴ, καὶ ἣν ἅπασι
προσήκει ζῆν τοῖς ἐν τῇ πόλει.

*Demosthenes in oratione adversus
Aristogitonem.*

2019-10-17

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

1895

Rechts Verhältnisse



Des
wissenschaftlichen Naturrechts
Erster Theil.

Reines Vernunftrecht,
oder
metaphysische Anfangsgründe
des Naturrechts.

Plan dieser Abhandlung.

§. 101.

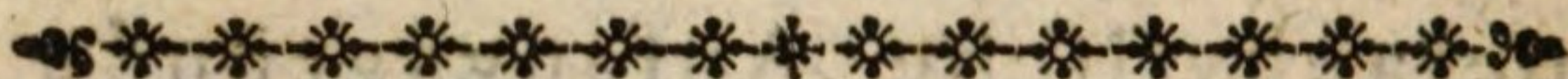
Das reine Vernunftrecht hat die Bestimmung, die Form und das Fundament des wissenschaftlichen Naturrechts darzustellen: und in dieser Hinsicht den Grundbegriff desselben zu bearbeiten und sein Princip zu deduciren (§. 17.).

§. 102.

Es zerfällt daher (§. 101.) dieser Theil des w. N. R. in zwey Hauptstücke, deren eines die *Erörterung des Begriffs* von einem Rechte, das andere die *Deduction des Grundsatzes* unsrer Wissenschaft enthält.

§. 103.

Der Begriff von einem Rechte, und durch ihn die Wissenschaft, die ihn zum Object hat, hängt mit den Begriffen der Sittlichkeit genau zusammen, oder ist vielmehr selbst ein moralisch-practischer Begriff: zu seiner Erörterung also eine Darstellung der mit ihm in Beziehung stehenden und auf ihn leitenden Wahrheiten der practischen Vernunft erforderlich.

*Erster Titel.***Erörterung des Begriffs von einem Rechte.****Erster Abschnitt.***Vorbereitung aus der practischen Philosophie.*

§. 104.

Grundsatz I.

Was im reinen Selbstbewußtseyn gegeben ist, ist *allgemeingültig*, d. h. es hat in seiner Allgemeinheit und Nothwendigkeit den Character, der es zu der Anforderung berechtigt, daß alle, die ein Bewußtseyn haben, es annehmen (gelten lassen).

§. 105.

§. 105.

Erklärung I.

Bestimmen (determinare) heisst etwas festsetzen: das Richtmaass (Norm) einer Bestimmung heisst *Regel*: eine Regel mit dem Character der Allgemeinheit und Nothwendigkeit, *Gesetz* (lex).

Ann. 1. determinatum. indeterminatum. determinabile. determinans. ratio determinans. *determinatio activa et passiva.* Lambert's Anlage zur Architectonik, 2. Band. XVI. Hauptstück. Wolf's Ontologie, P. 1. S. 2. cap. 2.

2. Gesetze *an sich* verstatten keine Ausnahme: *nulla regula sine exceptione.*
3. Der Inbegriff der Gegenstände, auf welche sich ein Gesetz bezieht, heisst die *Sphäre* dieses Gesetzes.
4. Auch das *Urtheil* oder der *Satz*, in welchem eine allgemeine und nothwendige Regel vorgestellt oder ausgedruckt wird, heisst Gesetz.

§. 106.

Erklärung II.

Alles, was von uns als ein bestimmbares, bestimmtes oder zu bestimmendes (§. 105.) Object vorgestellt wird (kritisch möglich, wirklich oder nothwendig ist), gehört entweder zum Gebiet (ditio) des Begriffs *Natur*, oder zum Gebiet des Begriffs *Freyheit*. Was, als zu jenem gehörend, gedacht wird, heisst *physisch*; was unter dem Freyheits-

heitsbegriffe steht, *moralisch*. *Natur* ist der Inbegriff aller Gegenstände des (äufsern und innern) Sinnes (Sinnenwelt). *Freyheit* ist eine von der Natur unabhängige Causalität, und begreift also das unter sich, was nicht durch Natur bestimmt wird (die freyen Entschliessungen moralischer Wesen — moralische Welt).

§. 107.

Erklärung III.

Gesetze (§. 105.), deren Sphäre (§. 105. A. 2.) in dem Gebiet des Naturbegriffs (§. 106.) liegt, heissen *Naturgesetze* (physische Gesetze): diejenigen aber, welche sich auf Objecte des Freyheitsbegriffs (§. 106.) beziehen, *Freyheitsgesetze* (moralische Gesetze).

Anm. 1. Naturgesetz ist nicht zu verwechseln mit der *Lex naturalis*, oder *Lex naturae*, von welcher die Naturrechtslehrer von *Grotius* an in ihren Abhandlungen reden. man vergl. z. B. *Wolf's* *Philosophia practica*, Pars 1. §. 135. u. v. a.

2. Nach der Eintheilung der Natur in die *sinnliche* und *geistige* sind auch die Naturgesetze entweder Gesetze der *sinnlichen* oder Gesetze der *geistigen* Natur. Jene bestimmen *blindlings*: diese *mittelft Vorstellungen*.

§. 108.

Erklärung IV.

Gesetze (§. 105.), die (für das Erkenntnisvermögen) eine allgemeine Norm dar-

darstellen, welcher gemäß etwas (wirkliches oder mögliches) nothwendig *bestimmt* ist, heißen *theoretische*: die (für das Willensvermögen) eine allgemeine Richtschnur enthalten, nach welcher etwas (Handlungen) erst zu bestimmen ist, *practische* Gesetze.

Anm. 1. Naturgesetze können sowol *theoretisch* (wie die physicalischen, chemischen, psychologischen), als auch *practisch* (wie die Regeln der Kunst, der Geschicklichkeit, der Klugheit u. s. w.) seyn: *Freyheitsgesetze* sind nur practisch, und werden auch κατ' ἐξοχην practische Gesetze genannt. *Physisch* - (technisch -) *practische* und *moralisch* - *practische* Gesetze. *Vorschriften*. Gesetze im eigentlichen Sinne. *Form* und *Materie* der Gesetze (*ratio legis*).

2. Naturgesetze characterisiren sich durch ein *Muss*. Freyheitsgesetze durch ein *Soll*. Jene wirken *verfügend*, und die Gegenstände ihrer Sphäre sind ihnen *unterworfen*: diese wirken *verordnend*, und ihre Gegenstände sind ihnen *untergeordnet*.

3. Zu den (practischen) Naturgesetzen gehören auch die Vorschriften, welche dem Subject durch ein von ihm verschiedenes Subject gegeben werden. *Lex positiva. divina. humana*. Ueberhaupt sind alle practische Vorschriften Naturgesetze, wenn ihr Bestimmungsgrund empirisch (material) ist (der Natur der Dinge gemäß), und durch Affection des untern Begehrungsvermögens seine Causalität vermittelt wird: *Freyheitsgesetze* aber, wenn ihr

ihr Bestimmungsgrund von allem Sinnlichen rein (formal — nichts als *Vernunftmäßigkeit* enthaltend) ist, und das obere Begehrungsvermögen bestimmt.

4. *Lex prohibitiva. praeceptiva. permissiva. perfectiva. primitiva. derivativa.*

5. Ist mit dem Begriff des Gesetzes der Begriff eines Gesetzgebers (legislator) nothwendig verknüpft? Woher bey so vielen, besonders ältern, Naturrechtslehrern die diese Frage bejahende Meinung? — S. Pufendorf J. N. i. c. 6. §. 5. u. a. m.

§. 109.

Lehnsatz aus der philosophischen Anthropologie.

Der Mensch hat, als ein sinnlich-vernünftiges Naturwesen, *Sinnlichkeit* und *Vernunft*.

§. 110.

Vermittelt der Sinnlichkeit (§. 109.) hat der Mensch die Fähigkeit (Receptivität), durch Naturgesetze (theoretische und physich - practische) (§. 107. 108. A. 1.) bestimmt zu werden.

Ann. Der Mensch ist in Rücksicht auf seine Sinnlichkeit ein *passives* Wesen.

§. 111.

Kraft seiner Vernunft (§. 109.) hat er das Vermögen, durch's Freyheitsgesetz (§. 107. 108.) sich selbst zu bestimmen (Spontaneität).

Ann.

Ann. Vernunft, in wie fern sie durchs Freyheitsgesetz bestimmend ist, heist *practisch*: und der Mensch, als vernünftiges Wesen, ist *activ*.

§. 112.

Erklärung V.

Der Mensch hat *Willen* (*voluntas*), d. h. ein Vermögen, sich selbst den in ihm liegenden Bestimmungsprincipien (der Natur und Freyheit) gemäß zu bestimmen.

Ann. 1. Jeder Act des Willens heist ein *Wollen* (*velle*) — ist er durchs Sitten- (Freyheits-) Gesetz gewirkt, ein *reines* — durchs Naturgesetz, ein *empirisches* (unreines) Wollen. — *Begehren*. *Volitio*. *Nolitio*. *Appetitio*. *Aversatio*. *Volitio et Nolitio antecedens, consequens*.

§. 113.

Erklärung VI.

Der Mensch hat *Willkühr* (*arbitrium*), also ein Vermögen, zwischen dem Bestimmtwerden (durchs Naturgesetz) und der Selbstbestimmung (durchs Sittengesetz) zu wählen.

Ann. *Sinnliche. moralische Willkühr. lubitus.*

§. 114.

Folgesatz.

Also kann der Mensch durch physische und durch moralische Gesetze (§. 107.) bestimmt werden.

§. 115.

§. 115.

Erklärung VII.

Freyheit (moralische) ist das Vermögen, sich (von der sklavischen Unterwürfigkeit unter Naturgesetze loszumachen, und) durchs Sittengesetz selbst zu bestimmen.

§. 116.

Also (§. 111. 112. 113.) *der Mensch* (in abstracto) hat *Freyheit* (§. 115.): die (einzelnen) Menschen können frey seyn.

Ann. 1. In wie fern die Person durchs Gesetz ihrer eignen practischen Vernunft (§. 111. *Ann.*) sich selbst bestimmen kann, nennen wir sie *frey* (über den blinden Despotism der Naturgesetze erhaben): in wie fern sie aber durch dieses Gesetz (ihrer Willkühr [§. 113.] wegen) nicht *nothwendig* bestimmt wird, sondern sich auch durch Naturgesetze bestimmen lassen kann, ist sie *ungebunden*. Das Gesetz (der N. u. Fr.) hat das Befehlen, die Person das Thun und Lassen. *Freyheit der Person. Freyheit der Vernunft. Freyheit des Willens. Substantia libera. liberale. servile. indoles erecta. abjecta. imperium animae in semet ipsam. servitus moralis.*

2. Jamne vides igitur, quamquam vis externa multos

Pellit et invitos cogit procedere saepe
Praecipitesque rapit, tamen esse in
pectore nostro

Quiddam, quod contra pugnare, ob-
stareque possit. ! —

Lucretius de rerum natura, L. I. v. 276. sq.

§. 117.

§. 117.

Erklärung VIII.

Wirkungen, in wie fern ihre Causalität in der selbsteignen Kraft des Subjects liegt, heißen *Handlungen* (actiones). Eine Handlung, in wie fern sie durch den Willen (§. 112.) wirklich geworden ist, heisst eine *Willenshandlung*.

§. 118.

Der ganze Mensch steht theils unter der Gesetzgebung der Natur, theils unter der Gesetzgebung der Freyheit (§. 110. 111.), also auch seine Kräfte, also auch die Wirkungen (Erscheinungen) derselben — seine Handlungen (§. 117.).

Ann. 1. Alle Handlungen (§. 117.) der Menschen sind entweder *Natur* - oder *Freyheitshandlungen* (actiones naturae — libertatis) — H. der sinnlichen, geistigen Natur — mechanische, organische, animalische, menschliche H.

2. *nothwendige* (necessariae) — *freye* (liberae) — *freywillige* (spontaneae), *gezwungene* (coactae) — *willkührliche* (arbitrariae), *nicht willkührliche* (non arbitrariae) — *willige* (voluntariae), *unwillige* (involuntariae) — *unmittelbar* und *mittelbar freye Handlungen* (actus animae elicitum et imperatum).

3. *frey* heisst eine Handlung, deren erste Ursache in der Selbstbestimmung des Subjects (durchs Sittengesetz) liegt. — *freywillig* ist die Handlung, in wie fern sie von

von dem eignen Willen des Subjects ursachlich abhängt. — Eine wohlthätige Handlung z. B. ist *frey*, in wie fern die Person sich zu derselben durch die Einsicht, sie sey Pflicht, bestimmte: *freywillig*, in wie fern sie durch nichts dazu gezwungen wurde.

4. *innere* (internae), *äußere* Handlungen (externae act.). — *actio positiva. privata.* — *Factum. Factum commissionis et omissionis.*

5. *Bestimmungen* (innere und äußere) der Handlung. *Umstände* — (determinationes intrinsecae et extrinsecae actionis. — *circumstantiae*).

§. 119.

Grundsatz II.

Die practische Vernunft (§. 111. Anm.) giebt im reinen Selbstbewußtseyn das Gesetz: In jedem Falle, wo eine Bestimmung durchs Sittengesetz und ein Naturgesetz (§. 107.) zugleich möglich ist, soll deine Willkühr sich nach jenem, nicht nach diesem richten, und dein Wille sich durch *jenes* selbst bestimmen, nicht durch *dieses* bestimmen lassen: oder: Die durch Naturgesetze mögliche Bestimmung (des untern Begehrungsvermögens) soll der Bestimmung (des obern Begehrungsvermögens) durchs Sittengesetz net werden.

§. 120.

Erklärung IX.

Das Verhältniß einer Handlung (Willenshandlung §. 117.) zum Sittengesetz heißt *Moralität* im weitern Sinne des Worts (Sittlichkeit): und die Handlungen selbst *moralisch*, in wie fern sie (vermöge ihrer Moralität) aufs Sittengesetz bezogen werden können.

Anm. 1. Auch der Person selbst schreibt man Moralität und das Prädicat moralisch zu, in wie fern sie durch ihren Willen in Verhältniß zum Sittengesetze steht.

2. *Innere, äußere Moralität einer Handlung.*

§. 121.

Erklärung X.

Moralität im engern Sinne (moralische Güte) schreibt man einer Handlung (§. 117.) zu, in wie fern sie durch einen vom Sittengesetz bestimmten Willen (§. 112.) wirklich geworden ist: und nennt die Handlung selbst in dieser Rücksicht *moralisch-gut*.

Anm. Auch der Person selbst wird Moralität in diesem Sinne und der Titel moralisch-gut beygelegt.

E

XI.

H

keine

Moralität

),

sie

correlatum

eng

er

sie hat

m.

F

den

den Character der *Immoralität* (Unfittlichkeit), und ist *immoralisch* (unfittlich), wenn sie durch einen von einem Naturgesetz dem Sittengesetz zuwider bestimmten Willen wirklich geworden ist, (wenn bey der Collision das Sittengesetz von einem Naturgesetz [das obere Begehrungsvermögen also von dem untern] überwunden ist).

Anm. Diese Begriffe lassen sich leicht auch aufs handelnde Subject anwenden.

§. 123.

Erklärung XII.

Den innern Bestimmungsgrund (die *Maxime*), aus welchem eine Handlung quillt (§. 117.), nennen wir ihre *Form* (Geist): das, was von der Handlung den (innern oder äufsern) Sinnen erscheint, ihre *Materie* (Buchstaben).

§. 124.

Erklärung XIII.

Legalität im weitern Sinne (Gesetzmäßigkeit) schreibt man der Handlung zu, in wie fern sie einem Gesetze angemessen ist: *Legalität* im engern Sinne (*äußere* Gesetzmäßigkeit), in wie fern blos ihre *Materie* (§. 124.) dem Gesetze gemäß ist.

§. 125.

Grundsatz III.

Alle Willenshandlungen (§. 117.) sollen nicht blos dem Sittengesetze gemäß *erschei-*

scheinen, sondern auch dem Geiste (§. 123.) nach ihm angemessen *seyn*: nicht *blos materielle*, sondern auch *formelle* Legalität (Moralität §. 121.) haben. (§. 119. Grundf. II.).

§. 126.

Grundsatz IV.

Einige freywillige Handlungen (§. 118. A. 3.) kündigt das Gesetz der practischen Vernunft (§. 111. A.), in einem kategorischen Imperativ, als *nothwendig* an.

§. 127.

Erklärung XIV.

Handlungen, welche ein Gesetz (§. 101.) als *nothwendig* vorstellt, schreibt man *gesetzliche Nothwendigkeit*; Handlungen, welche das Sittengesetz als solche, die *unbedingt* geschehen *sollen*, ankündigt, *moralische Nothwendigkeit* zu. Die im Gesetz vorgestellte Nothwendigkeit der *Ausübung* einer Handlung heist *Gebot*: die Handlung selbst, in so fern ihre Ausübung *nothwendig* ist, *geboten*, und diese ihre Beschaffenheit, daß sie *geboten* ist, ein *Gebotenseyn*. Für das Subject der gebotnen Handlung ist das Gebot ein *Geheiß* — die Person *soll*.

Anm. 1. Den anscheinenden Widerspruch zwischen Freyheit und moralischer Nothwendigkeit hebt der Begriff der *Autonomie*. — *Heteronomie*.

2. Auch das Ungebundenseyn der Person wird durch die moralische Nothwendig-

keit einiger ihrer Handlungen nicht aufgehoben. Das Gesetz überläßt freylich dergleichen Handlungen nicht der Willkühr der Person: aber in der Willkühr dieser steht es, ob sie dem Gesetze Folge leisten will. (m. vergl. §. 116. Anm.).

3. *Verbot. verboten. Verbotenfeyn. Untersagung. nicht sollen.*

§. 128.

Erklärung XV.

Der im Gesetze (§. 101.) liegende Grund der gesetzlichen Nothwendigkeit (§. 127.) einer Handlung (das aus dem Gesetze abzuleitende Urtheil [Auspruch d. G.], daß eine Handlung gesetzlich nothwendig sey), heißt *Forderung*; und die Folge dieser Forderung für die (unter dem Gesetze stehende) Person, *Verbindlichkeit* (obligatio), d. h. die gesetzliche Nothwendigkeit, der Forderung des Gesetzes gemäß zu handeln. Die Person selbst wird in dieser Beziehung *verbunden* (obligata) genannt, und ihr Verhältniß zum Gesetze ein *Verbundenfeyn*. Auch *Handlungen*, zu welchen die Person verbunden ist, werden *Verbindlichkeiten* genannt.

Anm. 1. Die Verbindlichkeit wird eingetheilt in *natürliche* und *positive* (naturalis et positiva), *innere* und *äußere* (interna et externa), *absolute* und *hypothetische* (absoluta et hypothetica), *absolute* und *relative* (absoluta et relativa), *bejahende* und

und *verneinende* (affirmativa et negativa), *vollkommne* und *unvollkommne* (perfecta et imperfecta), *persönliche* und *dingliche* (personalis et realis), *active* und *passive* (activa et passiva) u. s. w.

2. Die Unterscheidung der Verbindlichkeiten in *vollkommne* und *unvollkommne* ist offenbar erst durch den gerichtlichen Gebrauch des Begriffs Verbindlichkeit entstanden. Wo einer Person eine Handlung nicht bloß durchs Sittengesetz (in foro interno) als *moralisch*, sondern auch durch ein positives Gesetz (in foro externo) als *bürgerlich* nothwendig angekündigt wurde — wo sie zu etwas nicht bloß durch innere Gründe, sondern auch durch äußere Antriebe bestimmt wurde — da, sagte man, ist eine *vollkommne* Verbindlichkeit: und nannte *unvollkommne* dann die, zu deren Genügeleistung das forum externum nicht anhalten konnte. Soll diese Distinction in der reinen practischen Philosophie einen Sinn haben; so muß man unter *vollkommner* Verbindlichkeit das Bestimmteyn der Person verstehen, dessen Nothwendigkeit im Gesetze selbst *hinreichend* begründet ist (zu deren Existenz durchs Gesetz allein alles gegeben ist, die mithin für alle [durch etwas außer dem Gesetze bestimmte] Fälle und ohne Ausnahme *ist*): unter *unvollkommner* aber, das Bestimmteyn der Person, dessen Nothwendigkeit außer dem Gesetze noch etwas erfordert (zu deren Daseyn durchs Gesetz allein nicht alles gegeben ist, die mithin nur

für die Fälle, wo das etwas auſſer dem Geſetze exiſtirt, *eintritt.*)

§. 129.

Erklärung XVI.

Der im Sittengeſetze (§. 107. f.) liegende Grund der moralifchen Nothwendigkeit einer Handlung (das aus dem Sittengeſetz abzuleitende Urtheil, [Ausſpruch d. S. G.] daſs eine Handlung moralifch nothwendig ſey) heiſst *Verpflichtung* (*obligatio moralis*): die Folge dieſer Verpflichtung für die (unter dem Sittengeſetze ſtehende) Perſon, *Pflicht* (*officium*), d. h. die moralifche Nothwendigkeit, ſich der Verpflichtung des S. G. unterzuordnen. Die Perſon ſelbſt wird in dieſer Beziehung *verpflichtet* (*moraliter obligata*) genannt, und ihr Verhältniß zum Sittengeſetz ein *Verpflichtetſeyn*. Auch *Handlungen*, zu welchen die Perſon verpflichtet iſt, heiſſen *Pflichten* (eine Pflicht). —

Anm. 1. Auch die Pflichten hat man, wie die Verbindlichkeiten (§. 128. A. 1.) eingetheilt. — Ueber vollkommne und unvollkommne Pflichten vergl. man die 2te *Anm.* des 128. §.

2. *Pflichtmäßigkeit. Pflichtwidrigkeit. Pflichtmäßig. Pflichtwidrig.* (§. 129. vergl. mit §. 124.). *Pflichten gegen uns. Pflichten gegen andere.*

3. Die Begriffe von Verpflichtung, verpflichtet, Pflicht, können nur in Beziehung auf *ſinnlich-vernünftige* oder überhaupt

haupt *endlich* - vernünftige Wesen gedacht werden, die, als solche, auch durch *Naturgesetze* bestimmt werden können: denn nur diesen kann sich das Sittengesetz in dem Imperativ: *ihr sollt* (*ihr sollt heilig seyn*) ankündigen. In Beziehung auf ein Wesen, das *allein* durchs Moralgesetz bestimmt ist, verwandelt sich das *Sollen* in ein *Seyn* (*ich bin heilig*), ist das Sittengesetz nicht *imperativ*, sondern *constitutiv*. Die Begriffe von moralischer Möglichkeit, Nothwendigkeit und Wirklichkeit, von Freyheits- und Naturgesetz fließen in Eins zusammen — in *Gott* — dem *Unbegreiflichen*. —

4. Man vergl. (*Fichte's*) Versuch einer Kritik aller Offenbarung, §. 2. — So wenig der Begriff von Pflicht auf den *allein* Vernünftigen bezogen werden kann, eben so wenig paßt er auf *allein* sinnliche Wesen, z. B. Thiere.

§. 130.

Erklärung XVII.

Der in einem Naturgesetz (§. 107. ff.) liegende Grund der physischen Nothwendigkeit einer Handlung (das aus einem Naturgesetz abzuleitende Urtheil [die Erfahrung], daß eine Handlung physisch nothwendig sey) heisst *Unterwerfung*: die Folge dieser Unterwerfung für die Person ist *Unterwürfigkeit*, d. h. die physische Nothwendigkeit, sich der Nöthigung des Naturgesetzes zu fügen. Die Person selbst wird in dieser Beziehung *unter-*

worfen (subjecta) genannt, und ihr Verhältniß zu dem Naturgesetz ein *Unterworfenseyn*. Eine Handlung, in Rücksicht deren die Person einem Naturgesetz unterworfen ist, heisst ein *Mufs*.

Ann. *Verworfen* — das grade Gegentheil von *edel* — ist dasjenige endliche moralische Wesen (der Mensch), welches sich ausschliessend nach Naturgesetzen (durchs untere Begehrungsvermögen) bestimmt — von welchem Gott — das personifizierte moralische Gesetz — sein Angesicht abgewandt hat. — Der edle ist und handelt *erhaben*, der verworfne ist und handelt *niedrig*. (*Ihr seyd von unten her, ich bin von oben herab: Ihr seyd von dieser Welt: Ich bin nicht von dieser Welt — wo ich hingehet, da könnet ihr nicht hinkommen. Ev. Johan. cap. 8. v. 23. u. 21. vergl. v. 34. 35.*)

§. 131.

Erklärung XVIII.

Zwang (coactio) ist jede Bestimmung der Person durch Naturgesetze (§. 107. 108.). In Beziehung auf *Verpflichtung* (§. 129.) verhält sich die Person *activ*: in Beziehung auf *Unterwürfigkeit* (§. 130.) *passiv*. Verpflichtung hängt mit *Freyheit* (§. 115.), Unterwürfigkeit mit *Zwang* zusammen.

Ann. *Nöthigung* (necessitatio). *Noth* (necessitas).

§. 132.

§. 132.

Erklärung XIX.

In wie fern eine Handlung sowohl nach dem moralischen als nach physischen Gesetzen nothwendig ist, in so fern heisst sie *Schuldigkeit* (debitum). Wer zu einer solchen Handlung nicht durch's Moralgesez, sondern blos durch Naturgesetze bestimmt wird, thut *nur* seine Schuldigkeit, und hat *kein Verdienst*: wer sich aber zu derselben durch's Sittengesetz bestimmt, der thut seine *Pflicht* und *Schuldigkeit*, und hat Verdienst.

Ann. Es werden nicht alle, die zu mir sagen: Herr, Herr! in das Himmelreich kommen, sondern die den *Willen* thun meines Vaters im Himmel. Matth. 7, 21. vergl. Joh. 6, 44. Es kann niemand zu mir kommen, es sey denn, dass ihn ziehe der Vater, der mich gesandt hat. v. 65.

§. 133.

Erklärung XX.

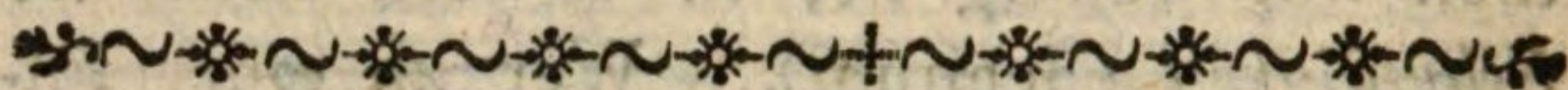
Eine moralisch - nothwendige Handlung, in wie fern sie durch Naturgesetze wirklich gemacht (erzwungen) werden kann, heisst eine *Zwangspflicht* (officium cogens).

Ann. 1. Hier begnüge ich mich mit der bloßen Erklärung des Begriffs.

2. Zwangspflicht (officium cogens) ist von der Pflicht zu *zwingen* (officium cogen-di) wohl zu unterscheiden. Die letztre

ist eine *unvollkommne*, die erstere eine *vollkommne* Pflicht. (§. 129. 128. A. 2.).

3. Jede Schuldigkeit (§. 132.) ist eine Zwangspflicht. Jede Pflicht überhaupt eine *Gewissenspflicht*.



Des ersten Titels

Zweyter Abschnitt.

Begriff von Recht und dem eigentlichen Object des wissenschaftlichen Naturrechts.

§. 134.

Die Pflichtenlehre (Moral) entläßt ihre Schüler mit dem Spruch: *Bey allem, was ihr (endliche Wesen) thut, sollt ihr aufsehen aufs Gesetz der Freyheit (Heiligkeit), welches das höchste Gut anfängt und vollendet.*

§. 135.

Mit diesem Spruch (§. 134.) übergiebt die Weisheitslehre ihren Schüler ihrer jüngern Freundin — der *Rechtslehre*, die das Schlußgesetz der Moral zu ihrem Anfangsmotto macht, und, nachdem sie ihre Schüler durch das *Honeste vivere* eingeweiht hat, ihr eigentliches Geschäft, über das *Alterum*

non

non laedere, suum cuique tribuere zu commentiren, beginnt.

Ann. §. 3. Inst. de Justitia et Jure. L. 10. §. 1. ff. de J. et J. 2. §. 1. Inst. de J. et J. und L. 10. §. 2. ff. de J. et J. Jurisprudentia est *divinarum* atque *humanarum* rerum notitia, *justi* *injustique* scientia.

§. 136.

Obgleich das Sittengesetz die ganze *Gesinnung* der Person (den Geist ihrer Handlungen) bestimmt (§. 119.), und bey *allen* freywilligen Handlungen die Rücksicht auf seine Sanction gebietet (§. 134.); so bestimmt es doch nicht die ganze *Willkühr* der Person, sondern stellt ihr einige freywillige Handlungen frey.

§. 137.

Da nun aber in einem jeden endlichen Wesen nur zwey Bestimmungsprincipien — der Sittlichkeit (moralischer Bestimmungsgrund) und der Natur (Naturtrieb) — sind; so kann der Satz des vorigen Paragraphs keinen andern Sinn haben, als diesen: Das Sittengesetz erklärt, dafs die Person in Hinsicht auf die freywilligen Handlungen, welche nicht moralisch nothwendig sind (§. 126. 127.), sich durch Naturtriebe bestimmen lassen könne.

§. 138.

Erklärung XXI.

Freywillige Handlungen (§. 118. A. 3.), zu denen sich das handelnde Subject laut eines
nes

nes Gesetzes (§. 101.) nach eignem Willen (lubitus) bestimmen kann, heißen *gesetzlich-möglich*: freywillige Handlungen also, zu denen sich das handelnde Subject laut des Sittengesetzes nach Naturtrieben bestimmen kann, *moralisch - möglich*. Die im Gesetz vorgestellte Möglichkeit der *Ausübung* einer Handlung heisst *Gestattung* (permissio): die Handlung selbst, in so fern ihre Ausübung möglich ist, *erlaubt*, und diese ihre Beschaffenheit, daß sie erlaubt ist, ein *Erlaubtseyn*. Für das Subject der erlaubten Handlung erfolgt aus der Gestattung des Gesetzes *Erlaubniss* (licentia) — die Person *darf*, d. i. sie hat das gesetzliche Vermögen, eine Handlung auszuüben.

Anm. 1. Nichtgestattung. unerlaubt. Unerlaubtseyn. keine Erlaubniss haben. nicht dürfen. — Das Erlaubte ist von dem blos Erlaubten zu unterscheiden. Das Gesetz, welches der Person etwas heisst, spricht gebietend: ich will, darum sollst du. Das Gesetz, welches der Person eine Erlaubniss giebt, spricht gestattend: es mag seyn: du darfst.

2. Hieraus erhellt schon vorläufig die Unbestimmtheit der (auch von mir in meiner lateinischen Abhandlung de principio Juris Naturae p. 31. gebrauchten) Formel: Man *darf* das thun, *was* Pflicht ist, und *weil* es Pflicht ist. Man kann die Formel des Dürfens weit bestimmter so fassen: Was nicht *Pflicht* ist (was man nicht

nicht *soll* —) das *darf* man: wozu man nur, um etwaniges Mißverstehen zu verhüten, hinzusetzen darf: Was *nicht* Pflicht ist (pflichtwidrig, was man *nicht soll*), das darf man auch nicht. — Offenbar versteht man in jener *unbestimmten* — *nicht unrichtigen* — Formel unter *dürfen* nicht ein Vermögen, welches sich auf ein Gesetz gründet, dem das handelnde Subject untergeordnet ist, sondern ein Vermögen, das ein Gesetz, dem andere, vom handelnden Subject verschiedene, untergeordnet sind, zum Grunde hat — ein Vermögen, die äußern der Pflichtübung sich entgegensetzenden Ursachen aus dem Wege zu schaffen. Man vergl. *Wolffii Philosophiam practicam universalem*, Tom. I. §. 158. sqq.

§. 139.

Erklärung XXII.

Der im Gesetze (§. 101.) liegende Grund der gesetzlichen *Möglichkeit* einer Handlung (§. 138.) (das aus dem Gesetze abzuleitende Urtheil [Auspruch des G.], daß eine Handlung gesetzlich möglich sey) heißt *Befugung*, und die Folge dieser Befugung für die (unter dem Gesetze stehende) Person, *Befugniss*, oder die gesetzliche *Möglichkeit*, nach eignem Willen zu handeln. Von der Person sagt man in dieser Beziehung, *sie ist befugt*, d. h. sie hat das gesetzliche Vermögen, sich dieser Befugniss zu bedienen: nennt ihr

ihr Verhältniß zum Gesetz ein *Befugtseyn*, und die Handlungen selbst, *Befugnisse*.

§. 140.

Erklärung XXIII.

Der im Sittengesetz liegende Grund der moralischen Möglichkeit einer Handlung (§. 138.) (das aus dem Sittengesetze abzuleitende Urtheil [der Ausspruch des S. G.], daß eine Handlung moralisch-möglich sey) heisst *Berechtigung*: und die Folge dieser Berechtigung für die (unter dem Sittengesetz stehende) Person, ein *Recht* (jus), oder die *moralische Möglichkeit, nach Naturtrieben zu handeln*. Von der Person sagt man in dieser Beziehung, *sie ist berechtigt*: d. h. sie hat das Vermögen, sich ihres Rechts zu bedienen: nennt ihr Verhältniß zum Sittengesetz ein *Berechtigtseyn*, und die damit zusammenhängenden Handlungen *Rechte*.

Ann. 1. Fast alle Philosophen und Juristen, welche die Erörterung des Begriffs Recht (im naturrechtlichen Sinne) beschäftigt hat (ausgenommen *Wolf* und *Ulrich*, der überhaupt unter die scharfsinnigsten Bearbeiter des Naturrechts zu zählen ist, und einige andere), haben das Object des Begriffs von einem Rechte in der Beschaffenheit *der Handlungen* gesucht, und nicht, wie doch nothwendig ist, in einer Beschaffenheit (*facultas*) des handelnden Subjects (der Person). Sie haben daher auch anstatt des Begriffs „ein
Recht

Recht, den Begriff *Recht*, (der sich allerdings auf eine Beschaffenheit der Handlung, *rectitudo actionis*, bezieht) erörtert. Dafs aber der Gegenstand des Begriffs von einem Rechte in einer facultas der Person zu suchen sey, darauf kann schon der gemeine Sprachgebrauch führen, nach welchem man z. B. von seinem Rechte nachlassen, auf seinem Rechte bestehen, sein Recht durchsetzen, Rechte erwerben kann u. s. w., welches alles in Beziehung auf Beschaffenheiten von Handlungen sich gar nicht, oder sehr gezwungen, sagen läfst. — An dieser Verwechslung sehr verschiedner Begriffe ist offenbar der deutsche Sprachgebrauch schuld, der für den Begriff Recht in Bezug auf das handelnde Subject und auf Handlungen ein und dasselbe Hauptwort, recht, Recht, ein Recht, hat, und auf die nothwendige Unterscheidung derselben nur durch den leicht zu übersehenden Artikel *ein* aufmerksam macht. (Hieraus läfst sich auch begreifen, warum die, welche diesen Gegenstand *lateinisch* behandelten, von *dieser* Seite nicht so leicht fehlten.) Hiezu kömmt noch dies. Die Erörterer des Begriffs Recht erinnerten sich an das Gesetz der Logik, welches für eine Definition *Ursprünglichkeit* der Merkmale des Definitums fordert. Um diesem Gesetz Genüge zu leisten, forschten sie ganz richtig nach dem in allen Fällen zum Grunde liegenden Merkmal des zu definirenden Begriffs, und fanden dieses in der *Congruenz* mit einem Gesetze. So
weit

weit ganz recht, d. h. den Gesetzen der Logik congruent. Allein so gut man das Gesetz der Ursprünglichkeit beobachtet hatte, so sehr verstieß man gegen das Gesetz der *Präcision*. Recht im allgemeinsten Sinne umfaßt alles, was sich auf eine Norm oder Gesetz beziehen läßt (wie der *Sellische* Versuch einer Erörterung dieses Begriffs in der Berlin. Monatschrift 1784. Februar. 4. p. 112. des mehreren zeigt). Recht im moralischen Sinne, worauf es hier nur ankömmt, die ganze Sphäre der moralischen Gesetzgebung — also alle moralische Objecte und Subjecte. — Was mit der moralischen Gesetzgebung nicht stimmt, liegt über die Grenzen des Begriffs Recht hinaus. Hier beging man nun entweder den Fehler, daß man den Begriff „ein Recht“, der sich auf etwas *innerhalb* der moralischen Sphäre liegendes (moralische Subjecte) bezieht, auf das ganze Gebiet der Moral ausdehnte: oder man bezog ihn auf moralische Objecte, da man ihn auf (endliche) moralische Subjecte hätte beziehen sollen. Hieraus erklärt sich denn auch der Ursprung der oben (§. 139. A.) als unbestimmt characterisirten Formel: „Wozu man verpflichtet ist, dazu hat man auch ein Recht.“ Bestimmt und wahr heißt es: Es *ist* Recht, seine Pflicht zu thun: unbestimmt hingegen, und daher nur einseitig wahr, sagt man: Man *hat* ein Recht, seine Pflicht zu thun. (Schon dieser Ausdruck „man *hat* ein Recht“, hätte darauf führen können, daß hier

hier an ein *Vermögen der Person*, (nicht an eine *Beschaffenheit der Handlung* zu denken sey: nur *jenes* hat man: diese ist nur.) Man vergl. *Wolfs* Ph. pract. un. §. 64. 65. und §. 157 — 159. und seine *Theologia naturalis*, T. 1. §. 950. sqq. Der sonst so consequente Wolf ist unerachtet seiner richtigern Definition vom Jus doch durch den verwirrten Sprachgebrauch zur Inconsequenz verführt worden.

2. Aus der im Text gegebenen Bestimmung des Begriffs „ein Recht“, ergibt sich 1) daß in demselben das Merkmal der *Congruenz* mit dem Sittengesetze vorkömmt (*moralisches Vermögen*); dadurch erhält der Begriff eine Stelle in der moralischen Sphäre, und wird von seinem Gegenteil, *Unrecht*, unterschieden: 2) daß in demselben das Merkmal der moralischen *Möglichkeit*, nicht Nothwendigkeit, (*moralisches Vermögen*) sich nach Naturtrieben zu bestimmen, gedacht wird: wodurch dem Begriff *seine* Stelle in der moralischen Sphäre angewiesen, und er von *Pflicht*, die auch ihre Stelle in dieser Sphäre hat, unterschieden wird.
3. Ueber die mancherley Bedeutungen und Erklärungen von jus, Recht, s. *meine* Inauguralschrift de Principio juris naturae cap. II. §. 16. sqq. und die daselbst citirten Schriften.
4. Wer sich in meiner Definition an dem Ausdruck „Naturtriebe“, aus Unbekanntschaft mit der eigentlich philosophischen Bedeutung desselben stoßen sollte, der

lese ad interim: ein Recht ist das moralische Vermögen, sich nach seinem eignen Willen zu bestimmen. Es ist charakteristisch für den Geist unsrer Zeit in moralischer Rücksicht, daß man sich unter dem *eigenen Willen*, fast allgemein, den *sinnlich* (natürlich), nicht *sittlich* (moralisch) bestimmten Willen der Person denkt. *Rechte gegen uns selbst. Rechte gegen andere.*

5. Rechte also hängen, so wie Pflichten (§. 129.), vom Sittengesetze ab. Dieses aber spricht in Beziehung auf Rechte nicht: du *sollst*, sondern: du *magst*. Seine Formel ist hier nicht *imperativ*, sondern *permisiv*. *Rechtmäßigkeit. Rechtmäßig. Fug und Recht.*
6. Um Recht in Beziehung auf Naturgesetze (s. A. 1.) von Recht in Beziehung auf moralische Gesetze zu unterscheiden, ist der Ausdruck „*richtig*“, und „*Richtigkeit*“, der eigentlich das, was in Beziehung auf Naturgesetze recht heißt, bezeichnen soll, brauchbar. Der richtige Weg, das richtige Maas ist philosophisch richtiger, als der rechte Weg, das rechte Maas etc.
7. Von der Gottheit so wenig, als von dem vernunftlosen Thier, kann der Begriff *ein Recht* praedicirt werden. Wir *sinnlich*-vernünftige Wesen aber haben Pflichten sowohl gegen die eine, als gegen die andern.
8. Um den völligen Parallelismus der Begriffe, die zur Sphäre der gesetzlichen *Nothwendigkeit* (§. 128 — 130.) gehören, mit

mit denen, die im Gebiete der gesetzlichen *Möglichkeit* (§. 139.) liegen, bemerklich zu machen, gebe ich folgendem Satze, der zum eigentlichen System der *rechtlichen* Begriffe nicht gehört, hier eine Stelle: Der in einem Naturgesetz liegende Grund der natürlichen Möglichkeit einer Handlung (das aus einem Naturgesetz abzuleitende Urtheil [die Erfahrung], daß eine Handlung natürlich möglich sey) heißt *Befreyung* (Erlösung): die Folge dieser Befreyung für die Person, *Freyheit* (libertas), oder das natürliche Vermögen, sich unabhängig von Naturgesetzen (nach dem Sittengesetz) zu bestimmen. Das Vermögen, sich dieser Freyheit zu bedienen, ein *Freyseyn*, und die Handlungen selbst, *freye H.* (act. liberae). M. vergl. §. 111. 114. ff. —

§. 141.

Erklärung XXIV.

Ob nun gleich das Sittengesetz der Person in einem Rechte (§. 140.) das Vermögen giebt (es der Person möglich macht), nach Naturtrieben zu handeln, so macht es *ihr* doch zugleich bey dieser Bestimmung selbst das *Auffehn* aufs Sittengesetz zur *Pflicht* (moralisch nothwendig) (§. 134.). Dies giebt die Idee von der *Form* eines Rechts, worunter man das Verhältniß der Gefinnung des Rechthabenden (der Person) zum Sittengesetze versteht, und sie von der Materie ei-

nes Rechts unterscheidet, worunter die Handlungen, in Rücksicht welcher eine Person das sittliche Vermögen, sich nach Naturtrieben zu bestimmen, hat, (die Erscheinungen eines Rechts) verstanden werden.

§. 142.

Erklärung XXV.

In wie fern ein Recht (§. 140.) durch das Aufsehn der Person aufs Sittengesetz erkannt wird, heisst es *formales Recht* (*jus formaliter tale*): in wie fern es sich in der Beziehung von *Erscheinungen* aufs Sittengesetz, als ein Recht characterisirt, *materiales Recht* (*jus materialiter tale*).

Anm. 1. Die Eintheilung in materiales und formales Recht ist nicht zu verwechseln mit der Eintheilung in *förmliches* und *wirkliches* Recht (*jus formale et reale*).

2. Die Frage des formalen Rechts ist das bekannte: Ist's Recht vor Gott? ist's recht vor seinem Angesicht? (vor dem die *Gesinnung* richtenden moralischen Gesetzgeber). — Die Frage des materialen Rechts aber: *hast* du ein Recht (bist du befugt) *dazu*?

3. In abstractem Sinne — nicht als Vermögen einer Person (in concreto) betrachtet, heisst formales Recht ein Recht, in wie fern bey demselben Beziehhlichkeit der *Gesinnung* einer Person aufs S. G.: materiales Recht, in wie ferne Beziehhlichkeit der *Erscheinungen* aufs S. G. vorkommt. Du hast *unrecht* gehandelt, spricht

Spricht das forum des formalen Rechts zu dem Diebe: du hattest kein Recht, das Gut des andern zu stehlen, spricht das forum des materialen Rechts zu ihm.

§. 143.

Erklärung XXVI.

Formales Recht (§. 142.) heisst *innerliches* Recht (*jus internum*): in wie fern es bloß durch die *Gefinnung* der Person bestimmt wird (also nur ein *forum internum* zulässt). Materiales Recht (§. 142.) heisst *äusserliches* Recht (*jus externum*), in wie fern es durch die moralische Gesetzmäßigkeit seiner *Erscheinungen* bestimmt wird (also ein *forum externum* zulässt).

Ann. Formales innerliches Rech (weil es von der moralischen *Gefinnung* des Rechthabenden abhängt,) kann nicht Object des *Naturrechts* seyn, sondern ist ein Gegenstand der *Moral*. —

§. 144.

Erklärung XXVII.

Innerliches Recht heisst *Gewissensrecht*, in wie fern es dem Rechthabenden nur in seinem *eigenen* Bewusstseyn (*conscientia*) gegeben wird.

§. 145.

Erklärung XXVIII.

Ein aus der *ausschliessenden* Beziehung einer *Erscheinung* aufs Sittengesetz sich erge-

bendes Recht heisst *strenges Recht* (*jus strictum*). Strenges Recht heisst das *äußerste Recht* (*jus extremum, summum*), in wie fern es an der äußersten Grenze der Rechtmäßigkeit liegt, über welche hinaus es auch nicht mehr äußerliches Recht wäre.

Ann. Summum jus, summa injuria.

§. 146.

Erklärung XXIX.

Soll die Eintheilung in *vollkommnes* und *unvollkommnes* Recht einen philosophischen Sinn haben, so kann *vollkommnes Recht* (*jus perfectum*) nichts anders bedeuten, als *Einheit des Gewissensrechts und des strengen Rechts*: *unvollkommnes Recht* (*jus imperfectum*), das *isolirte Daseyn des einen oder des andern*.

Ann. 1. Von meinem begüterten Schuldner mein Capital wiederzufordern, habe ich ein *vollkommnes Recht*: denn es kann dies mit meiner durchs Sittengesetz bestimmten Gesinnung bestehen, und auch mein Verfahren ist seiner Materie nach rechtsgemäfs. — Von dem Manne, dem ich das Leben rettete, Dankbarkeit zu fordern, habe ich ein *unvollkommnes Recht*: denn ob es mir gleich moralisch möglich ist, Dankbarkeit zu *erwarten*, so ist doch die Materie dieses meines innerlichen Rechts nicht so beschaffen, daß ich sie zu *fordern befugt* wäre. — Der begüterte Gläubiger, der seinen armen Schuldner von Haus und Hof jagt, hat *unvoll-*

unvollkommenes Recht. Denn obgleich vor dem Foro externo seine *Handlung* rechtsgemäfs ist, so verwirft doch das Forum conscientiae die *Gefinnung*, aus der eine solche Handlung quillt, als gesetzwidrig.

2. Facultas. aptitudo. *ἀξία.* — τὸ προσαρμόζον καὶ τὸ πρέπον. Justitia expletrix. συναλλακτική. ἐπανορθωτική. Justitia attributrix. διανεμετική. Aristotelis Ethic. Nicomach. Lib. V. c. 3. sqq.

§. 147.

Erklärung XXX.

Da die Gesetze der *Vernunft* für alle vernünftige Wesen gleichlautend sind, indem Vernunft sich selbst nicht widersprechen kann: so nimmt das Sittengesetz, dadurch, daß es mir das (moralische) Vermögen giebt, nach Naturtrieben zu handeln, andern das (moralische) Vermögen, mir darin hinderlich zu seyn: und macht es mir dadurch, daß es andern die *Unmöglichkeit* erklärt, gegen mein Recht etwas vorzunehmen, *möglich*, diese etwanigen Unternehmungen aus dem Wege zu räumen. Dies führt zu dem Begriffe eines *Zwangsrechts* (jus cogens), worunter man ein Recht versteht, in welchem zugleich die Möglichkeit enthalten ist, es durch Zwang (§. 131.) geltend zu machen.

Ann. Man braucht Zwangsrecht und Recht zu zwingen synonymisch, unerachtet sie doch — wie schon die Parallele mit Zwangspflicht und Pflicht zu zwingen an-

deutet — unterschieden sind. *Zwangsrecht* heisst nemlich ein Recht, in wie fern in demselben zugleich die moralische *Möglichkeit*, den etwanigen Widersacher des Rechts mit Zwang abzuhalten, enthalten ist. — *Recht zu zwingen* heisst das moralische Vermögen, *wirklich* (in einem bestimmten Falle) Zwang auszuüben. Das Recht des Gläubigers gegen den Schuldner ist ein *Zwangsrecht*: das sittliche Vermögen des Gläubigers, den Bezahlung weigernden Schuldner mit Zwang anzuhalten, ein *Recht zu zwingen*.

§. 148.

Erklärung XXXI.

Das Zwangsrecht (§. 147.) ist ein *innerliches* (*jus cogens formaliter tale*), in wie fern das moralische Vermögen zu zwingen durch ausdrückliche Rücksicht aufs Sittengesetz erhalten wird: es ist ein *äusserliches* (*jus cogens materialiter tale*), in wie fern es durch äussere Erscheinungen bestimmt wird.

Ann. Das Zwangsrecht verhält sich also zur Pflicht zu zwingen (§. 133. A. 2.) nicht wie Folge zum Grunde. Wo es mir durch's Sittengesetz *nothwendig* wird, Zwang zu gebrauchen, kann es mir ja nicht zugleich *bloß möglich* werden, ihn anzuwenden.

§. 149.

Erklärung XXXII.

Das Zwangsrecht heisst *natürliches Recht* (*jus naturale*), in wie ferne es das sittliche Ver-

Vermögen giebt, gegen den Widersacher unfreier Rechte nach Naturgesetzen zu verfahren (§. 131.). Dieses natürliche Recht läßt, wie das Zwangsrecht, die Eintheilung in innerliches und äußerliches (§. 148.) zu.

§. 150.

Das *strenge natürliche Recht* ist der eigentliche Gegenstand des Naturrechts (*Jurisprudentia naturalis*). — So weit das *Freyheitsgesetz* reicht, reicht das Gebiet der *Moral*: die mithin die ganze Gefinnung des Menschen und alles, was mit derselben in Beziehung steht, umfaßt, und vermöge ihres Gebots: „*Alle freywillige Handlungen sollen aus einem reinen Herzen quillen*“, die moralisch-nothwendigen Handlungen sowohl, als die moralisch-möglichen begreift. (formales — innerliches — Gewissensrecht). An der Gränze der Sphäre des Freyheitsgesetzes, wo die Möglichkeit nach *Naturgesetzen* zu handeln und zu behandeln eintritt, fängt das Gebiet des *Naturrechts* an. Dieses macht daher alles zu seinem Object, was in den freywilligen Handlungen (Pflichten und Rechten) nach *Naturgesetzen* bestimmbar ist. Die *Moral* bearbeitet die Pflichten und Rechte für den *Willen*: das Naturrecht für *Handel und Wandel*: und beide zusammen führen also ein Gebäude auf, in dem die Menschheit sicher wohnen kann, weil sein Grund selbst

unerschütterlich ist, und dem auf ihm aus mannigfaltigen Materialien aufgeführten Gebäude die Unvergänglichkeit zusichert.

Anm. Der Begriff von dem Rechte, welches den Gegenstand des Naturrechts ausmacht, ist also genau genommen nicht aus der Moral geschöpft (nicht durch die Moral gegeben), sondern nur mit Hülfe des der Moral, so wie der ganzen praktischen Philosophie, zum Grunde liegenden Sittengesetzes *deducirt*.

§. 151.

Erklärung XXXIII.

Nothrecht (*jus necessitatis*) ist das sittliche Vermögen, sich nach Naturtrieben zu bestimmen, wo die Bestimmung nach dem Sittengesetz (physisch) unmöglich ist.

Anm. 1. *Status necessitatis* — (*irregularis* — *extraordinarius*). *Status necessitatis extremae. favor necessitatis.* — *Necessitas absoluta et hypothetica?* —

2. Die übrigen Eintheilungen von Jus, deren Zergliederung theils gar nicht, theils hier noch nicht in meinem Plan liegt, füge ich in historischer Rücksicht hier bey: *Bejahendes, verneinendes R.* (*jus affirmativum et negativum*). *natürliches und positives R.* (*j. naturale et positivum*). *unbedingtes und bedingtes R.* (*j. absolutum et hypotheticum*). *absolutes und relatives R.* (*j. absolutum et relativum*). *ursprüngliches und abgeleitetes R.* (*j. originarium et derivativum*). *angebournes und hinzugekommenes R.* (*j. connatum et ad-*

ven-

ventitium). *vollständiges und unvollständiges R.* (j. plenum et minus plenum). *völliges und nicht völliges R.* (j. completum et incompletum). *eingeschränktes und uneingeschränktes R.* (j. limitatum et illimitatum). *gegenwärtiges und zukünftiges R.* (j. praesens et futurum). *persönliches und dingliches R.* (j. personale et reale). *ganz persönliches R.* (j. personalissimum) u. s. w. u. s. w.

§. 152.

Erklärung XXXIV.

Wo die sittliche Möglichkeit, nach Naturtrieben zu handeln, fehlt, da ist *kein Recht*.

Ann. Was also *Pflicht* (§. 129.) ist, kann nicht *ein Recht* (§. 140.) seyn, denn da hebt die *Nothwendigkeit* die *Möglichkeit* auf. Was *Unrecht* ist (§. 154.), kann nicht *ein Recht* seyn, denn da hebt die *Unmöglichkeit* die *Möglichkeit* auf.

§. 153.

Erklärung XXXV.

So wie alles, was (wegen seiner *Congruenz* mit dem moralischen Gesetz) im Gebiet der moralischen Gesetzgebung gedacht werden kann, *Recht* (§. 180. A. 1.) im allgemeinsten (moralischen) Sinne (*rectum*) heisst, so heisst alles das, was (weil es dem Sittengesetze nicht congruirt) in einem moralischen Reiche nicht gedacht werden kann, *nicht Recht* (*minus rectum*).

§. 154.

§. 154.

Erklärung XXXVI.

Unrecht (injuria) ist die dem moralischen Gesetz zuwiderlaufende (moralisch unmögliche) Bestimmung nach Naturtrieben. Was aus einer solchen Bestimmung erfolgt, heißt *unrechtmässig*, und trägt den Character der *Unrechtmässigkeit* (injustum).

Anm. 1. Unrecht scheint zuweilen auch die aus der injuria erfolgende Kränkung der Rechte eines andern zu bezeichnen. Unrecht leiden. Unrecht thun. Doch kann man allgemein mit der im Paragraph gegebenen Erklärung ausreichen, indem in allen vorkommenden Redensarten, wo Unrecht diese passive Bedeutung zu haben scheint, nicht sowohl das Wort Unrecht, als vielmehr das mit ihm verknüpfte Verbum oder Beywort, an die Folgen des activen Unrechts erinnert.

2. Unrecht, als Gegenheil von Recht im allgemeinsten Sinne (§. 140. A. 1.), heißt überhaupt die moralische Unmöglichkeit.

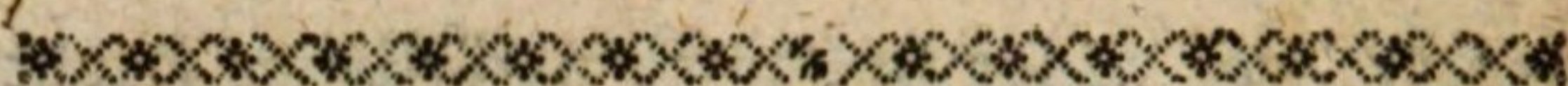
§. 155.

Erklärung XXXVII.

Wer in dem Bewusstseyn, kein innerliches und äußerliches Recht (§. 143.) zu haben, (nicht *berechtigt* zu seyn, §. 140.) handelt, handelt *ungerecht* (in foro interno et externo): wer im Bewusstseyn, kein innerliches Recht zu haben, handelt, *thut nicht recht*:

recht: wer wider strenges, natürliches Recht handelt, handelt *rechtswidrig*.

Ann. *Gerechtigkeit* ist die Richtung des Willens, vermöge deren man alles aufs Sittengesetz bezieht, und *nur* durch dasselbe bestimmt wird (der Gerechte thut seine Pflicht und Schuldigkeit (§. 132.) — vor ihm gilt kein Ansehn der Person — er lohnt und straft nach (moralischem) Verdienst u. s. w.). *Strenge* (äussere) *Gerechtigkeit* ist die *ausschliessende* Beziehung der *Erscheinungen* aufs Sittengesetz. — *Billigkeit* ist die Richtung des Willens, vermöge deren man nicht blos die Materie, sondern auch die Form seines Rechts (§. 141.) aufs Sittengesetz bezieht, bey seinem strengen Rechte (§. 145.) auch an seine Pflichten (§. 129.) denkt). *Un-gerechtigkeit* ist die Richtung des Willens, vermöge deren man sich dem Sittengesetz zuwider nach Naturtrieben bestimmt. *Unbilligkeit* ist die Richtung des Willens, vermöge deren man auf seinem strengen Rechte (§. 145.) besteht.



Zweyter Titel.

Grundsatz des wissenschaftlichen Naturrechts.

Erster Abschnitt.

Nothwendigkeit und Eigenschaften eines naturrechtlichen Grundsatzes, und Erfordernisse zur Deduction desselben.

§. 156.

Das Naturrecht soll eine Wissenschaft seyn (§. 9.): es erfordert daher zu seiner Möglichkeit ein Princip, wodurch dem in ihm begriffenen Mannigfaltigen die systematische Einheit (articulatio), welche das Wesen der Wissenschaft ausmacht, gegeben wird.

Anm. 1. S. Kant's Kritik der reinen Vernunft. Methodenlehre. III. Hauptstück. S. 860. ff. vergl. *Wolffi* Philosophia rationalis s. Logica. Disc. praelim. §. 30. et T. 2. §. 594.

2. Principium essendi, fiendi, cognoscendi. complexum, incomplexum. causale, non causale.

3. Ueber den Begriff eines Principiums und die Erfordernisse desselben finden sich sehr

sehr tiefsinnige Bemerkungen in *Lambert's*
Anlage zur Architectonik. Zweyter Band.
XV. Hptst. Zusammenhang.

§. 157.

Das Object des Naturrechts ist das strenge natürliche Recht (§. 150.): das Princip des N. R. muß also zur systematischen Bestimmung dieses Objects hinreichen.

§. 158.

Strenges, natürliches Recht ist etwas, was nur durch Gesetze bestimmt werden kann: das Princip der Wissenschaft desselben muß demnach das *allgemeine* (§. 57.) Gesetz enthalten, wodurch es bestimmt wird.

§. 159.

Da der Gegenstand des Naturrechts (§. 157.) nicht in das Gebiet der Naturbegriffe (§. 106. 140. ff.) gehört, so kann er nicht durch *empirische* Gesetze bestimmt werden.

§. 160.

Das Gesetz, nach welchem das Object unfreier Wissenschaft zu bestimmen ist, muß von der *practischen* (§. 111. Anm.) Vernunft gegeben werden.

§. 161.

Da hier nicht von *Pflichten* (§. 129.), sondern von *Rechten* (§. 140. ff.) die Rede ist, so kann das Grundgesetz des Naturrechts nicht *imperativ*, sondern muß *permissiv* seyn. (§. 140. Anm. 5.).

§. 162.

§. 162.

Nicht *formales*, sondern *materiales* (§. 142. ff.) Recht, ist der Inhalt der Wissenschaft: ihr Grundsatz also muß sich nur auf dieses, nicht auf jenes beziehen.

§. 163.

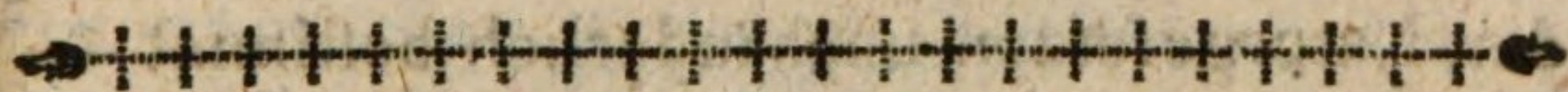
Die Deduction des Grundsatzes des Naturrechts geht von dem obersten Gesetze der Sittlichkeit, dem alles, was zur Sphäre des Freyheitsbegriffs (§. 106.) gehört, untergeordnet ist, aus — bezieht auf dieses die Naturgesetze des sinnlich-vernünftigen Wesens (des Menschen), um das Verhältniß dieses zu jenem zu bestimmen — und leitet daraus als Resultat den Grundsatz unsrer Wissenschaft ab.

Anm. 1. Kritik der verschiednen Grundsätze des N. R. und der Deduction derselben. Consensus gentium. Instinctus naturalis. Conformatio creaturae rationalis cum creatore. Voluntas divina. Finis Dei. Finis mundi. Convenientia cum sanctitate divina. Septem praecepta Noachidarum. Decalogus. Status integritatis. Lex caritatis. Natura hominis. Socialitas. Conserva te ipsum. Pacem externam ante omnia sectare. Quod tibi vis fieri, idem quoque alteri facias. Quilibet in societate humana ex voluntate Dei alteri obligatur, ad ea facienda, quae tranquillitatem et pacem inter homines necessario conservant, et ad contraria vitanda. Quicquid ad tranquillitatem generis

neris humani necessarium est, illud jure naturae praecipitur. Neminem laede. Suum cuique. Perfice te ipsum. Vermindere anderer Vollkommenheit nicht. Störe anderer Glückseligkeit nicht. Jeder darf andere zwingen, daß sie das Böse unterlassen. Verhindere, daß deine Vollkommenheit nicht gemindert werde.

Vergl. *Hufelands Versuch über den Grundsatz des Naturrechts.*

2. Einige, z. B. *Gribner, Glasfey* u. m. wollen gar kein Princip: andere geben statt eines wissenschaftlichen Grundsatzes einen empirischen Satz: andere statt eines Gesetzes der practischen Vernunft eine politische Regel: andere für ein Princip der Rechte ein Princip der Pflichten: noch andere statt eines Grundsatzes des materialen Rechts ein formales Rechtsgesetz.



Des zweyten Titels

Zweyter Abschnitt.

Deduction des Grundsatzes des wissenschaftlichen Naturrechts.

§. 164.

Erklärung XXXVIII.

Unter einem sinnlich - (endlich-) vernünftigen Wesen verstehen wir dasjenige, welches nicht bloß (vermöge seiner Vernunft)

Schaum. Naturr.

H

unter

unter der Gesetzgebung der Freyheit (§. 106. ff.) steht, sondern auch (vermöge seiner Sinnlichkeit, Endlichkeit) Naturgesetzen (daf.) unterworfen ist.

§. 165.

Folgesatz.

Es können also die Kräfte des sinnlich-vernünftigen (§. 164.) Wesens, in welchen die Causalität seiner Handlungen liegt, mithin die Handlungen (§. 117.) selbst, theils durch Naturgesetze, theils durch das Freyheitsgesetz bestimmt werden.

§. 166.

Allgemeiner Erfahrungssatz.

Einige Handlungen (§. 117.) sinnlich-vernünftiger Wesen (§. 164.) sind nach blinden Naturgesetzen unabänderlich bestimmt — z. B. die mechanischen, organischen, und einige animalische Handlungen des Menschen. — Andre werden nach theoretischen Gesetzen der geistigen Natur durch Vorstellungen bestimmt — z. B. die Handlungen der Einbildungskraft, des Denkens, Schliessens u. f. w. — Diese können, in wie ferne sie durch Naturgesetze unabänderlich bestimmt sind oder bestimmt werden, nicht zur Sphäre (§. 105. A. 2.) des Freyheitsgesetzes gehören.

§. 167.

§. 167.

In Rücksicht andrer Handlungen ist die Willenskraft des sinnlich - vernünftigen Wesens (§. 164.) sowohl durch Naturgesetze, als durchs Freyheitsgesetz (§. 106. ff.) bestimmbar: sie stehen ganz in der Willkühr (§. 113.) der Person, die sich also, in wie ferne sie nicht physisch - nothwendig sind, in Beziehung auf sie durch Naturgesetze bestimmen lassen, oder durchs moralische Gesetz selbst bestimmen kann.

§. 168.

Die Willenskraft, in wie ferne sie durch Naturgesetze bestimmbar ist, heisst die *untere* (facultatis volendi pars inferior): in wie ferne sie durchs Freyheitsgesetz (Gesetz der practischen Vernunft) bestimmt werden kann, die *obere* (facultatis volendi pars superior). Jene wird materialiter vermittelt des Gefühls der Lust und Unlust, diese formaliter unmittelbar durch die Vernunft bestimmt. Jene also wird empirisch in Bewegung gesetzt: diese rational, und bringt ein *reines* Wollen hervor (in dem nichts, aufser der Vernunft, wirksam ist).

§. 169.

Erklärung XXXIX.

Der *subjective* Bestimmungsgrund des Willens eines sinnlich - vernünftigen Wesens (die Regel, nach welcher sich ein s. v. Indi-

viduum in Bestimmung seines Willens richtet) heisst *Maxime*, die, in wie ferne sie von der Willkühr des Individuums gewählt ist, *Maxime der Person*, in wie ferne sie die Causalität der Handlung enthält, *Maxime der Handlung* genannt wird.

§. 170.

F o l g e s a t z.

Die Maximen (§. 169.) sinnlich-vernünftiger Wesen können also (§. 167.) entweder durch Naturgesetze oder durch's Freyheitsgesetz bestimmt seyn (aus einem Natur- oder aus dem Freyheitsprincip abgeleitet seyn).

§. 171.

Alle physische Maximen fließen aus dem Princip: Ich *will*, was, und weil es mir als ein Gut (*bonum*) erscheint, ich will *nicht*, was und weil es mir als ein *Uebel* (*malum*) erscheint. Alle vernünftige Maximen fließen aus dem Princip: Ich will, was und weil es die Vernunft *gut* heisst: ich will *nicht*, was und weil es die Vernunft *nicht* gut heisst.

Anm. Man übersehe nicht die Zweydeutigkeit, welche der Sprachgebrauch in den Ausdruck *gut* heissen gelegt hat. Es kann einmal so viel bedeuten, als: etwas für gut (tauglich zu irgend einem Zweck) erkennen: hernach aber auch so viel, als das lateinische *ratum esse jubere*. —

Wenn

Wenn man diese Ambiguität bemerkt und ins Licht gestellt hätte, würde — glaube ich — mancher Streit über das Moralprincip leichter geendigt seyn. — Dafs ich den Ausdruck in dem letztern, d. h. philosophisch-richtigem Sinne für das *sic volo*, *sic jubeo*, nehme, versteht sich wol von selbst.

§. 172.

Sobald ein sinnlich-vernünftiges Wesen (§. 164.) diese Bemerkung macht, dafs seine Maximen entweder durch Naturgesetze oder durch's Freyheitsgesetz bestimmt werden können (§. 170.), drängt sich ihm die Frage auf: Was soll ich thun? Soll ich mich durch physische Gesetze bestimmen lassen, oder durch's Vernunftgesetz selbst bestimmen? —

Ann. Schon diese jedem sinnlich-vernünftigen Wesen (nicht dem *sinnlichen*, d. h. *thierischen* Menschen) sich aufdrängende Frage muß vorläufig auf die Vermuthung führen, dafs es nicht in dem Plan des Menschen liegt, nach Instinct (bloßen Naturtrieben) bestimmt zu werden. Wäre dies, so würde jene Frage gar nicht entstehen.

§. 173.

Das Forum, welchem das sinnlich-vernünftige Wesen diese Frage (§. 172.) zur Entscheidung vorlegt, ist eben das, bey welchem es in ähnlichen Fällen Rath (*consilium*) sucht — das Forum der *Vernunft*: und hier

erhält es denn folgende bestimmte und unbedingte Entscheidung:

Die Maximen deiner freywilligen Handlungen (§. 170.) sollen aus dem Gesetzsystem der Vernunft, und nicht aus dem Aggregat der Naturgesetze geschöpft seyn.

§. 174.

Grundsatz IV.

Diese Entscheidung der Vernunft (§. 173.) enthält zugleich das oberste (formale) Princip der Sittlichkeit, welches sich in dieser Formel darstellen läßt:

Die Maximen deiner freywilligen Handlungen sollen durch die Vernunft bestimmt seyn (sie sollen nicht durch irgend ein Object (materialiter) bestimmt seyn, und durch deine untere Willenskraft dich bewegen: sondern die reine Vernunft soll ihre Quelle seyn, und ihre Vernunftmäßigkeit (Form) dich durch deine obere Willenskraft bestimmen).

Anm. 1. Die Vertheidiger eines hypothetischen Imperativs, z. B. des Principis der Glückseligkeit oder der Vollkommenheit, verwechseln offenbar den historischen (empirischen) Gang der moralischen Bildung der Menschen mit dem reinen Plan der moralischen Vernunft. Auf die Frage: wodurch werden die Menschen zuerst bewogen, den moralischen Vorschriften Folge zu leisten? müssen wir freylich aus der Erfahrung antworten: dadurch, daß sich ihnen die Befolgung der moralischen Gesetze

— setze als das beste Mittel, glückselige, vollkommne Menschen zu werden, darstellt: aber diese Frage der *Glückseligkeits- und Klugheitslehre* ist ja nicht die Frage der *Moral* (Weisheitslehre). Diese fragt vielmehr, wann *ist* der Mensch ein *sittlicher* Mensch, oder, wodurch characterisirt sich die reine Sittlichkeit; und kann also ihre Antwort nicht aus der Erfahrung (*Natur* der Menschen), sondern muß sie aus der Vernunft geben. Der Mensch *ist* sittlich gut, antwortet sie, wenn in ihm die *Revolution* vorgegangen ist, durch welche sich das reine Vernunftgesetz über die Naturgesetze (Triebe) erhoben hat, und der Character der reinen Sittlichkeit ist reine Vernunftmäßigkeit. Wer da weiß, was lange Gewohnheit, besonders *theoretische* und *practische* Gewohnheit zugleich, auf die Richtung des Denkvermögens für einen tyrannischen Einfluß hat, den wird es nicht befremden, daß bey manchen die Vorstellung von einem *kategorischen Imperativ*, als Princip der Sittlichkeit, so gar keinen Eingang finden kann.

2. Hätten die Vertheidiger was immer für eines *hypothetischen Imperativs*, als Princip der Sittlichkeit, ganz consequent verfahren wollen; so hätten sie auf manche ganz unsittliche Folgen stoßen, und die Idee einer für alle endlich-vernünftige Wesen (Menschen) geltenden Pflichtenlehre ganz aufgeben müssen. Dies bemerkten die scharfsinnigsten unter ihnen selbst, und schoben daher bey der Be-

stimmung der einzelnen Pflichten — ohne daß sie selbst es zugeben wollten oder wollen — den kategorischen Imperativ unter. Dieser lautet: du *sollst*, was und *weil* es die Vernunft gebietet. Ueber den einen Theil desselben: du *sollst*, was die Vernunft gebietet, sind alle vernünftige Moralisten einig; aber nicht über den andern. Du *sollst*, sagen nemlich die Vertheidiger des bedingten Moralprincips, was die Vernunft gebietet, *weil* es deiner Glückseligkeit oder Vollkommenheit oder Natur u. s. w. angemessen ist — d. h. vorausgesetzt, daß du glücklich oder vollkommen werden, oder deiner Natur gemäß leben willst, mußt du der Vernunft gehorchen. Sagt nun hierauf jemand: *ich will* die Glückseligkeit nicht, zu welcher der Vernunftgehorfam ein Mittel ist, denn ich kann meine Freuden aus andern Quellen mit leichterer Mühe und weniger Aufopferung schöpfen: *ich will* die Vollkommenheit nicht, zu welcher mich eure Moral führt, denn ich suche auf einem bequemern Wege Einheit unter meine Zwecke und Mittel zu bringen; *ich bedarf*, um meiner Natur gemäß zu leben, eurer Pflichtenlehre nicht, denn dazu verhilft mir mein individuelles Gefühl am besten: so antworten die Freunde jener bedingten Principien (wenn sie nicht etwa gar den ganzen Einwurf mit einer Appellation an das Gefühl abweisen), du *mußt* das, was wir Glückseligkeit, Vollkommenheit, Naturangemessenheit nennen, wollen, und können.

können auf das dieser Antwort ganz natürlich folgende *Warum?* nichts anders erwiedern, als, weil du sonst kein *vernünftiger Mensch* bist, und das kann doch wol nichts anders heißen, als, *weil* es die Vernunft gebeut, und *ist* nichts mehr und nichts weniger als der *kategorische Imperativ*. — Die Freunde des Glückseligkeitsprincips, die noch einen Schritt weiter von der reinen Sittlichkeit (in wissenschaftlicher, und, wenn sie consequent sind, auch in practischer Hinsicht) entfernt sind, haben auch noch eine Ausflucht mehr, ehe sie dem unbedingten Moralgesetz huldigen. Sie antworten nemlich demjenigen, welcher ihr Mittel zur Glückseligkeit verwerfen will: du jagst einer falschen Glückseligkeit nach, denn zur wahren Glückseligkeit ist Zufriedenheit oder Gewissensruhe die *erste Bedingung*, und diese kannst du auf deinem Wege nicht erlangen. — Zufriedenheit und Gewissensruhe bedeutet aber nach den eignen Erklärungen jener Moralisten das Bewusstseyn, gut gehandelt zu haben, und dieses *gut* kann doch nicht in Beziehung auf jenen Einwurf so viel als *klug* in Rücksicht auf die Mittel seiner Glückseligkeit heißen, sondern muß, wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, so viel als *vernunftmässig* bedeuten. So müssen sich also auch diese hartnäckigsten und den meisten Anhang findenden Widerfacher der unbedingten Vernunftgesetzgebung zuletzt unter den Schutz derselben zurückziehen, wenn sie nicht den

Feinden aller Moralität den entscheidendsten Sieg überlassen wollen.

3. Diejenigen Moralsysteme, welche das *reine* (formale) Gesetz der Vernunft einem sinnlichen Triebe (denn das ist und bleibt doch der Glückseligkeitstrieb seinem *Ursprunge* und seiner *Befriedigung* nach immer) unterwerfen, würden *schon früher* ihre schädlichen, alle Tugend und gute Ordnung untergrabenden, practischen Folgen gezeigt haben (denn man ist — wenn's nur dem Wohlbefinden gilt — im practischen consequenter, als im theoretischen), wenn nicht einestheils wahr wäre, was der Sprecher der reinen Vernunft (Kritik der practischen Vernunft, S. 62.) sagt: daß die Stimme der Vernunft in Beziehung auf den Willen deutlich, unüberschreybar, selbst für den gemeinsten Menschen vernehmlich sey: und wenn nicht anderntheils die unbedingte Sprache der Religion: *Gott wills*, die Rechte der Vernunft unterstützt, und dem blinden Despotism der Sinnlichkeit entgegengearbeitet hätte. Aber leider! haben viele unsrer sogenannten Volkslehrer auch die Stütze der Religion, der moralischen Vernunft zu entziehen gesucht, indem sie von der alten Methode der ehrwürdigsten Männer (denen sie durch den Namen Orthodoxen alle Autorität nehmen zu können glauben) Gott als den *Heiligen* und *Gerechten* darzustellen, abweichen, und von *nichts* als *Liebe* und *Güte* Gottes redeten, und die Menschen nicht durch den Willen Gottes,

tes, sondern durch den eigennützigen Trieb zu Gott zu ziehen suchten. *Bahrdt's* theologische und moralische Schriften haben von dieser Seite unermesslichen Schaden gestiftet — und wie viele Schriftsteller und Lehrer sind seinem wahrhaft ketzerischen Beyspiel nachgefolgt! — Was diese mit aus Rousseaus — zum Theil mißverstandnen, zum Theil nur zu gut verstandnen — Phantazien entsprungen oder belebten moralischen und theologischen Ideen in Rücksicht auf Erziehung für Wirkungen gehabt haben, weiß jeder, der dem Unfug einiger neuern pädagogischen Meister und Knaben zugefehn hat. Die gewiss immer allgemeiner werdende Erkenntniß von dem wahren Character der reinen Sittlichkeit muß eine gänzliche Revolution auf dem Felde der moralischen Erziehung bewirken, und den bisher beliebten ganz entgegengesetzte Ideen von Gehorsam, moralischer und litterarischer Behandlung, dem Verhältniß der Religion zur Erziehung u. s. w. hervorbringen. — Von den politisch-practischen Wirkungen der heteronomischen Moralsysteme schweige ich. — Der einsichtsvolle Theil meiner Leser versteht mich, für ihn bedarfs also keiner weitem Bemerkungen, aber auch keiner Entschuldigung über die beygebrachten.

4. Will man in einzelnen zweifelhaften Fällen prüfen, ob eine *Maxime rein-vernünftigen* Ursprungs (aus reinem Herzen geflossen) sey; so thue man es nach der

For-

Formel, welche unser *Kant* aus dem Heiligthum der Menschenvernunft — ein Palladium der reinen Sittlichkeit — hervorgebracht hat: Kannst du wollen, daß die Maxime deiner Handlung Princip einer allgemeinen Gesetzgebung würde, nach welchem also auch andere gegen dich verfahren? — Auf diese Weise wird man entdecken können, ob und was etwa in dieser Maxime unreiner Zusatz des empirischen Interesse sey. — Durch diese Prüfung wird man erkennen können, ob die Maxime durch die Vernunft bestimmt sey: denn was durch reine Vernunft bestimmt ist, paßt in das allgemeine Gesetzsystem derselben, und was in dieses paßt, ist durch Vernunft bestimmt.

§. 175.

Aber, wirft diesem Gebot der Vernunft (§. 174.) der Mensch (das *sinnlich*-vernünftige Wesen) ein: wie kann ich dieser Forderung nachleben? ich kann mich doch mir selbst nicht entziehen; ich kann daher, weil mein Begehrungsvermögen doch auch unter Naturgesetzen steht, nicht bloß durch die Vernunft bestimmt werden.

§. 176.

Auf diesen Einwurf antwortet die Vernunft: Ich will keineswegs durch mein Gebot deine Natur zerstören, ich selbst heiße es dir vielmehr, in diesem oder jenem Stücke deinen Naturtrieben zu folgen, weil ich
ohne

ohne dies im *Menschen* selbst nicht bestehen könnte. *Unterordnung* deiner Naturtriebe unter mein Gesetz befiehlt mein Gebot, und nicht *Unterdrückung* und *Ausrottung* derselben.

§. 177.

Das formale Grundgesetz der Sittlichkeit (§. 174.) bestimmt den *Willen* (Maximen, Gefinnung, Geist der Handlungen) des sinnlich-vernünftigen Wesens; aber auch die *Erscheinungen* des Willens (Materie, Handlungen selbst), in wie fern sie von diesem ursächlich abhängen, sind ihm untergeordnet.

§. 178.

Grundsatz V.

Das allgemeinste Gebot der Vernunft in Hinsicht auf die Materie des Willens, ist: *Du sollst, so weit du durch Freyheit Herr über die Natur* (also auch über die Erscheinungen deines Willens) *bist, diese dem Sittengesetz anzupassen suchen.*

§. 179.

Der Zweck also, den die Vernunft den Handlungen als Ziel vorschreibt, und der, weil er keinem andern untergeordnet ist und keinen andern voraussetzt, *Endzweck* heisst, ist *Harmonie des Reichs der Natur mit dem Reiche der Freyheit* (§. 178.), d. h. das höchste Gut (*bonum perfectissimum*), und es läßt sich daher der allgemeinste materiale Grundsatz

satz der Sittlichkeit (als Gebot) auch so ausdrücken :

Du sollst das thun, was nothwendig ist, um das höchste Gut zu realisiren.

§. 180.

Aus diesem Gebote der Vernunft (§. 179.) ergiebt sich unmittelbar das Verbot:

Du sollst das nicht thun, was der Realisation des höchsten Guts widerstreitet.

§. 181.

Zwischen diesen beiden Gesetzen, von denen das eine (§. 179.) das moralisch-nothwendige (§. 127.), das andere (§. 180.) das moralisch-unmögliche (§. 154.) darstellt, liegt das Gesetz des moralisch-möglichen (§. 138.) in der Mitte, und lautet so:

Du darfst das thun, womit die Realisation des höchsten Guts bestehen kann.

Anm. Was die Vernunft weder gebietet, noch auch verbietet, das ist weder moralisch-nothwendig, noch moralisch-unmöglich, also moralisch-möglich. Nun gebietet die Vernunft das, was nothwendig ist zur Realisation des höchsten Guts (§. 179.), und verbietet, was dieser widerstreitet (§. 180.); was also weder nothwendig ist zur Realisation des höchsten Guts, noch auch derselben zuwiderläuft, d. h. womit die Realisation d. h. G. bestehen kann, das ist moralisch-möglich, das darf also die Person.

§. 182.

§. 182.

Das höchste Gut (§. 179.) besteht aus dem obersten, unbedingten Gute (*bonum supremum, purum*) *der reinen Sittlichkeit*, und aus dem untergeordneten, bedingten Gute (*bonum subordinatum, conditionatum*) *einer der Sittlichkeit proportionirten Glückseligkeit.*

§. 183.

Der von der moralischen Gesetzgebung der Vernunft aufgegebenen Endzweck (§. 179. 182.) bezieht sich also auf die Vernunft selbst, d. h. die Vernunft ist *Zweck an sich selbst.*

§. 184.

Also auch jedes vernünftige Wesen ist *Zweck an sich selbst*, mithin auch das sinnlich-vernünftige.

§. 185.

Hiedurch (§. 184.) wird nun der Stand des sinnlich-vernünftigen Wesens in foro externo (sein Verhältniß zur übrigen Welt) bestimmt. Es ist Zweck an sich selbst, und jeder hat es als Zweck an sich selbst anzuerkennen.

§. 186.

Grundsatz VI.

Hieraus ergeben sich nun die materialen (in foro externo geltenden) Grundsätze der moralischen Unmöglichkeit und Möglichkeit.

Der

Der Grundsatz der moralischen Unmöglichkeit (Lex prohibitiva) stellt sich dar in der Formel:

Du hast kein Recht (§. 140.) zu solchen Handlungen, welche das sinnlich-vernünftige Wesen zu einem Mittel herabwürdigen.

§. 187.

Grundsatz VII.

Den materialen Grundsatz der moralischen Möglichkeit (lex permissiva) enthält folgende Formel:

Du hast ein Recht zu den Handlungen, mit welchen die Würde des sinnlich-vernünftigen Wesens, als Zweck an sich selbst, bestehen kann.

§. 188.

Lehrsatz 1.

Ein jedes Recht (§. 140. ff.) ist ein Zwangsrecht (§. 147.).

Beweis.

1) Da das Sittengesetz in dem Rechte dem Einen das moralische Vermögen giebt, nach Willkühr zu handeln; so muß es, weil es sich selbst nicht widersprechen kann, eben dadurch dem Andern unmöglich werden, den Berechtigten einzuschränken.

2) Weil es nun aber dem Andern durch's Sittengesetz unmöglich gemacht wird, den Berechtigten (auf welche Art es auch sey) einzuschränken (nr. 1.); so muß es durch eben

eben dieses Gesetz *diesem möglich* werden, jener Einschränkung entgegenzuwirken, also auch Zwang dagegen anzuwenden.

3) Jedes Recht schließt demnach die sittliche Möglichkeit ein, sein Recht durch Zwang geltend zu machen, und ist also ein Zwangsrecht (§. 147.).

Folgesatz.

Jedes *innerliche* Recht ist demnach ein *innerliches*: jedes *äusserliche* ein *äusserliches* Zwangsrecht (§. 148.).

Anm. 1. In dem obersten Grundsatz des Naturrechts, welches alle strengen natürlichen Rechte der sinnlich-vernünftigen Wesen enthalten soll, kann der Begriff des Zwangsrechts nicht vorkommen, weil Zwang und Recht wesentlich verschiedene Begriffe sind, deren Verknüpfung nicht aus dem Sittengesetze allein erkannt werden kann. Das Urtheil, ein Recht ist ein Zwangsrecht, ist synthetisch, und wird allererst durch Beziehung der aus dem Sittengesetze unmittelbar erfolgenden *lex permissiva* (§. 187.) auf ein nach Naturgesetzen mögliches Factum (Einschränkung des Berechtigten) zu Stande gebracht.

2. Diejenigen obersten Grundsätze des Naturrechts, welche zugleich den Begriff des Zwangs enthalten, sind nicht Grundsätze des Zwangsrechts, sondern des *Rechts zu zwingen* (§. 147. *Anm.*). Das Naturrecht soll aber nicht blos die Frage beantworten: *Wann* habe ich ein Recht zu zwingen? sondern überhaupt: Was ist in

foro externo für ein mir zustehendes Recht zu erkennen? —

3. Wie ist der Satz zu verstehen: Jedem Rechte steht eine Pflicht gegenüber?

§. 189.

Lehrsatz II.

Ein jedes äusserliches Zwangsrecht ist äusserlich unverlierbar.

Beweis.

Da das Sittengesetz jeden Zwang, der gegen ein Zwangsrecht ausgeübt wird, *ohne Einschränkung und Ausnahme* für rechtswidrig (§. 155.) erklärt, und es also keinen Fall geben kann, wo der Angriff auf ein Zwangsrecht in Beziehung auf den Angreifer rechtsgemäfs, und die Vertheidigung gegen den Angriff rechtswidrig wäre; da überdies physische Vorfällenheiten gar keinen Einfluss auf ein Recht, als Recht, haben; so kann ein Zwangsrecht durch nichts äusserlich aufgehoben werden, und ist mithin äusserlich unverlierbar.

Anm. Ob nun gleich kein Zwangsrecht jemals äusserlich aufgehoben werden kann, so kann es doch aufhören ein *innerliches Recht* (§. 143.) zu seyn. Dieses geschieht 1) wenn die bloße *Möglichkeit* des Zwangs zur moralischen *Nothwendigkeit* wird, das Zwangsrecht sich (innerlich) in eine *Pflicht* zu zwingen verwandelt, z. B. der Zwang des keuschen Mädchens gegen den Verführer. 2) Wenn die Ausübung des

des Zwangs *innerlich* (in foro interno) *unmöglich* wird, z. B. der Zwang des reichen Gläubigers gegen den ganz unvermögenden Schuldner. — Auf das Forum externum, vor welchem die Gesinnung gar nicht in Beurtheilung gezogen wird, hat indess diese Veränderung der Form des Rechts (§. 141.) keinen Einfluss.

§. 190.

Erklärung XL.

Von seinem Rechte (§. 140.) *nachlassen*, heisst, sich des durchs Gesetz erhaltenen Vermögens, nach Naturtrieben zu handeln, (ganz oder zum Theil) in einem bestimmten Falle begeben.

§. 191.

Lehrsatz III.

Man darf von seinem Rechte, als Rechte, nachlassen.

Beweis.

Von dem, was das Sittengesetz nicht als nothwendig vorstellt, darf man nachlassen (§. 190.). Nun aber ist ein Recht etwas, was vom Sittengesetze nicht als nothwendig vorgestellt wird; also darf man von seinem Rechte, als Rechte, nachlassen.

Anm. 1. Zuweilen gebietet das Sittengesetz, von seinem Rechte nachzulassen. Hierüber philosophirt die *Moral*.

2. Man vergleiche über diesen ganzen Abschnitt des reinen Vernunftrechts die

oben (§. 31. 32.) citirten Schriften von Kant und Reinhold, und überdies Kant's Kritik der Urtheilskraft, Einleitung S. XI. ff. und 2ter Theil, S. 383. ff.

(Fichte's) Versuch einer Kritik aller Offenbarung, S. 1. ff.



Dritter Titel.

Allgemeine Gesetze des reinen Vernunftrechts.

§. 192.

Du hast ein Recht, deine vernünftige Natur zu erhalten und zu vervollkommen.

Du hast ein Recht, deine sinnliche Natur zu erhalten und zu vervollkommen.

Du hast ein Recht, die Dinge (res), welche zur Erhaltung und Vervollkommnung deiner v. und s. Natur als Mittel dienen können, zu gebrauchen.

Du hast ein Recht, dich mit deines gleichen, wenn sie selbst es wollen, zur Erhaltung und Vervollkommnung deiner sinnlich-vernünftigen Natur zu vereinigen.

In wie ferne du, gleich deinen Brüdern, Zweck an dir selbst bist, in so ferne hast du ein Recht, dich ihnen gleich zu setzen.

Du hast ein Recht, der eigne Richter deiner Gesinnungen zu seyn.

Du

Du hast ein Recht, dich von keinem nach blossen Naturgesetzen (als blosses Mittel) behandeln zu lassen.

Du hast ein Recht, jeden Angriff (rechtswidrigen Zwang) mit Zwang von dir abzuhalten.

Du hast ein Recht, den Verletzer mit Zwang anzuhalten, dass er wieder gut mache.

Du hast ein Recht, für die Erhaltung und Vervollkommnung Anderer rechtsgemäss thätig zu seyn.

Anm. Sollte jemandem bey diesen allgemeinen Rechtsgesetzen der Einwurf einfallen, dass einige derselben Pflichtgesetze seyen, so bedenke er, dass hier von den Handlungen, wie sie *in foro externo* erscheinen, die Rede ist. Hier nimmt selbst das, was innerlich (*in foro conscientiae*) Pflicht ist, äusserlich die Gestalt des Rechts an; denn hier wird nicht gefragt, handelt die Person *recht*? sondern, darf die Person in diesem Falle nach ihrem eignen Willen handeln? —

§. 193.

Erklärung XLI.

Collision der Rechte (*collisio jurium*) ist das Zusammentreffen mehrerer Rechte, die einander gegenseitig einschränken oder aufheben.

Anm. 1. Collisionsfall. collidirende Rechte (*jura concurrentia*).

2. Von Collision der Pflichten (oder vielmehr der sinnlichen Erscheinungen des

moralischen Willens) kann im N. R. nicht gehandelt werden.

§. 194.

Erklärung XLII.

Ein Recht, welches hinreichende materiale (in Foro externo gültige) Gründe hat, heisst ein *befestigtes* (jus munitum), und in Vergleichung mit einem minder befestigten, das *stärkere* (jus fortius). Dasjenige, welches weniger befestigt ist, als das, womit es verglichen wird, heisst das *schwächere* (jus debilius).

§. 195.

Collisionsgesetz.

Das stärkere Recht geht im Collisionsfall dem schwächern vor.

§. 196.

Hieraus ergeben sich folgende besondere Regeln:

Das materiale Recht geht dem formalen vor.

Das äusserliche Recht geht dem innerlichen vor.

Das vollkommne Recht geht dem unvollkommenen vor.

Ann. Amor in foro externo incipit a se ipso. Qui prior est tempore, potior est jure etc.

§. 197.

Sind die collidirenden Rechte von gleicher Stärke (§. 194.), so *schränken* sie sich ent-

entweder *blos ein*, oder *heben sich gegenfeitig auf*.

§. 198.

Für den ersten Fall gilt das Gesetz:

Jeder muss von seinem Rechte so weit nachlassen, dass alle neben einander bestehen können.

§. 199.

Den zweyten Fall entscheidet das Gesetz:

Dasjenige Recht geht vor, welches mit der Würde des sinnlich-vernünftigen Wesens, als Zweck's an sich selbst, am nächsten zusammenhängt.

Ann. Wer einen Vortheil sucht, muss demjenigen nachstehen, der nur einen Nachtheil abwenden will.

§. 200.

Erklärung XLIII.

Der Zeitpunkt, in welchem man genöthigt wird, sich wegen der Unmöglichkeit der Selbstbestimmung durch's Sittengesetz, Naturgesetzen zu unterwerfen, heisst *Nothfall* (*casus necessitatis*).

Ann. *Casus summae* s. *extremae necessitatis*.

Necessitas summa s. *extrema. gravis.* Cicero de inventione rhetorica, Lib. II. c.

57.: Puto igitur esse hanc *necessitudinem*, cui nulla vi resisti potest, quae neque mutari, neque leniri potest. — Atque etiam hoc mihi videor videre, esse quasdam *cum adjunctione necessitudines*, quasdam *simplices*

plices et absolutas. — Ac summa quidem necessitudo videtur esse honestatis: huic proxima, incolumitatis, tertia ac levissima, commoditatis, quae cum his nunquam poterit duabus contendere.

§. 201.

Für diesen Fall (§. 200.) gilt folgendes Gesetz:

Du hast ein Recht, wenn die Selbstbestimmung durch's Sittengesetz (physisch) unmöglich ist, nach Naturgesetzen zu handeln und zu behandeln.

Ann. Nothrecht (§. 151.). moderamen inculpatae tutelae. Nothwehr ist kein Nothrecht. Necessitas est exlex.

Wissenschaftliches
N a t u r r e c h t.

Zweyter Theil.

Angewandtes Vernunftrecht

oder

Naturrecht im eigentlichen
Sinne.

Πάντα καλῶς ἔχειν τὰ δοκοῦντα ἅπασιν; καὶ πῶς
δυνατὸν, τὰ μαχόμενα καλῶς ἔχειν; οὐκ ἄρα ἀρκεῖ τὸ
δοκεῖν ἑκάσῳ πρὸς τὸ εἶναι· οὐδὲ γὰρ ἐπὶ βαρῶν, ἢ μέ-
τρων, ψιλῇ τῇ ἐμφάσει ἀρκούμεθα, ἀλλὰ κανόνα
τινὰ ἐφ' ἑκάστου εὕρομεν. Ἐνταῦθα οὖν οὐδεὶς κανὼν
ἀνωτέρω τοῦ δοκεῖν; καὶ πῶς οἶόν τε ἀτέκμαρτα εἶναι
καὶ ἀνεύρετα τὰ ἀναγκαιότατα ἐν ἀνθρώποις;

Epictetus beyin Arrian. II. II.

Wissenschaftliches
N a t u r e t h e

Zweiter Teil.
Angewandtes Vermögen
oder
Naturrecht im eigentlichen
Sinne.

Die Natur ist dasjenige, was sich
von selbst aus der Natur ergibt;
dasjenige, was sich aus der Natur
ergibt, ist dasjenige, was sich
aus der Natur ergibt. Die Natur
ist dasjenige, was sich aus der
Natur ergibt. Die Natur ist das
jenige, was sich aus der Natur
ergibt. Die Natur ist dasjenige,
was sich aus der Natur ergibt.



Des
wissenschaftlichen Naturrechts
Zweyter Theil.

Angewandtes Vernunftrecht
oder
Naturrecht im eigentlichen
Sinne.

Plan dieser Abhandlung.

§. 202.

Das angewandte Vernunftrecht, oder Naturrecht im eigentlichen Sinne, hat den Zweck, durch Beziehung der Grundgesetze des reinen Vernunftrechts auf die Menschheit diejenigen Rechte zu bestimmen, welche dem Menschen unter Voraussetzung der Menschheit zukommen, und unter Voraussetzung mensch-möglicher Veränderungen zukommen können (§. 19 — 21.).

§. 203.

Es muß daher dieser Theil des wissenschaftlichen Naturrechts von der Darstellung dessen, was zur Menschheit gehört, ausgehen,

hen, dann die *ursprünglichen* (thetischen, *jura originaria*, *thetica*), und endlich die *erwerblichen* (hypothetischen, *jura adquisita*, *hypothetica*) Rechte bestimmen.

§. 204.

Es zerfällt demnach das Naturrecht im eigentlichen Sinne in *drey* Abtheilungen, deren *erste* die Theorie der *Menschheit*, die *zweyte* die Theorie der *ursprünglichen*, und die *dritte* die Theorie der *erwerblichen Rechte* enthält.



Erste Abtheilung.

Theorie der Menschheit.

Erster Titel.

M e n s c h h e i t.

§. 205.

M*enschheit* heisst der Inbegriff alles desjenigen, was zum Wesen und zur Natur des Menschen gehört.

§. 206.

Der Mensch *ist* ein mit einem Körper verbundener Geist, *hat*, als solcher, ein Gemüth und einen Leib, und *besteht* aus Seele und Materie. — Dies ist das *Wesentliche* (essen-

(essentialia) des Menschen, und bestimmt also sein Wesen.

§. 207.

Als Geist hat der Mensch ein *Vorstellungsvermögen* — *Erkenntnisvermögen*, *Sinnlichkeit*, *Verstand* — *Vernunft* — *Begehrungsvermögen*, *Willen*, *Begehrungsvermögen im engeren Sinn*.

§. 208.

Diese Vermögen (§. 207.) sind mit, ihnen entsprechenden, *Kräften* im menschlichen Gemüthe verknüpft — *Vorstellungskraft* — *Erkenntnisskraft* — *Begehrungskraft* u. s. w. Das Medium dieser Verknüpfung zwischen den Vermögen und Kräften des menschlichen Gemüths, heißt *Trieb*. — *Vorstellungstrieb* — *Erkenntnistrieb* — *Begehrungstrieb* u. s. w.

Anm. Besondere Modificationen des Vorstellungsvermögens sind z. B. *Gedächtnis*, *Erinnerungsvermögen*, *Einbildungsvermögen*, *Vorhersehungsvermögen* — *Speculative* und *practische Vernunft* — *Urtheilskraft*, *Gefühlvermögen*. —

§. 209.

Als Körper hat der Mensch mechanische, organische und animalische Vermögen, Kräfte und Triebe, und ist den (physischen, chemischen, mechanischen, organischen, animalischen) Gesetzen der materiellen Natur unterworfen.

§. 210.

§. 210.

Der Mensch hat, als *vernünftiges Wesen*, das Vermögen, seinen Willen durchs *moralische Gesetz* (§. 111.) selbst zu bestimmen; er ist also ein moralisches Wesen, und, als solches, *Zweck an sich selbst* (§. 184.), mithin eine *Person* (persona).

Kant's Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, S. 64. ff.

— Kritik der practischen Vernunft, S. 237.

— Kritik der Urtheilskraft, S. 391. ff.

§. 211.

Als *sinnliches Wesen* ist der Mensch *Naturgesetzen* unterworfen (§. 110.), und durch sie beschränkt (endlich). Er hat daher nicht die höchste Vollkommenheit und Glückseligkeit; aber doch ein Vermögen, sich jener zu nähern, und einen Trieb und Fähigkeit, sich diese zu erwerben.

§. 212.

Da der Mensch, als endliches Wesen, nicht im Besitz des höchsten Guts ist, aber doch, als vernünftiges Wesen, nach demselben streben und sich ihm nähern kann (§. 24.); so ist er der — moralischen, geistigen, körperlichen — *Bildung* oder der *Vervollkommnung* fähig.

§. 213.

Die *Bedingungen* dieser Bildung (welche, in wie ferne sie einem guten Zwecke näher

näher bringt, *Verbesserung*, in wie ferne sie dem höchsten Gute zuführt, *Veredlung*, und in wie fern sie der Vollkommenheit nähert, *Vervollkommnung* heisst) sind lebendige Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit, und wirkfame Antriebe zu ihrer Betreibung. Das Mittel derselben ist zweckmässige, d. i. harmonische Uebung der mannigfaltigen Kräfte im Menschen; und die einzige sichere Fühlerin im Gebrauche dieser Mittel, deutliche Erkenntniß der Bestimmung des Menschen, d. h. *Aufklärung*.

Anm. Wichtig in dieser Hinsicht, vermöge der Beschaffenheit der menschlichen Natur, sind *Erziehung, Unterricht, Beyspiel*, und vor allen Dingen *Religion*.

§. 214.

Da der Mensch, als ein endliches Wesen, nicht alle Hülfsmittel der Vervollkommnung und alle Quellen der Glückseligkeit in sich selbst hat, oder durch sich selbst haben kann, so hat er *Bedürfnisse* und darauf sich beziehende *Begehrungstriebe*.

§. 215.

Diese Bedürfnisse und die ihnen angehörenden Triebe (§. 214.) sind entweder *ursprüngliche* oder *hinzugekommene*, *allgemeine* oder *besondere* oder *einzelne*, und beziehen sich auf *andre Menschen* oder auf *Sachen*.

Anm. Bedürfnis der Gesellschaft. *Geselligkeit* (*socialitas*). Bedürfnis der äussern Dinge

Dinge zur Erhaltung, Vergnügung, Bequemlichkeit — Trieb zur Erhaltung — zur Fortpflanzung des Geschlechts — zum Vergnügen, zur Bequemlichkeit u. f. w.

§. 216.

Die Bedingung der gemeinschaftlichen Wirksamkeit des Geistigen und Körperlichen im Menschen, also die Bedingung des irdischen Seyns des Menschen, ist das *Leben*. — Der *Tod* macht dem Leben ein Ende, hebt also auch alles das auf, wovon das Leben die nothwendige Bedingung ist.



Zweyter Titel.

Kritik des Naturstandes.

Man vergl. *meine* Schrift de principio Juris Naturae, cap. 1. §. 1. sqq.

§. 217.

Der *Naturstand* (status naturalis) ist ein Hauptgegenstand der Polemik des Naturrechts gewesen, wie aus den unter diesem Paragraph angeführten Schriften erhellt, die bey weitem noch nicht alles enthalten, was je über diesen Punct gedacht und geschrieben ist.

Hobbes Elementa Philosophica de cive. Libertas. cap. 1. 19. Desselben *Leviathan*, Th. 1. de homine c. 13.

Pufen-

Pufendorf de jure naturae et gentium.

l. 2. c. 2.

Thomasii Institutiones Jurisprud. divinae.

L. 1. c. 2. §. 47. fqq.

Montesquieu de l'esprit des loix, l. 1. c. 2.

Rousseau Discours sur l'origine et les fondemens de l'inégalité parmi les hommes.

Zweybr. Ausg. tom. 1. S. 60.

u. a. a. O.

(*Wieland's*) Beyträge zur geheimen Geschichte des menschlichen Verstandes und Herzens. vornehmlich das 4te und die folgenden Bücher.

Iselin über die Geschichte der Menschheit,

B. 2. S. 118. ff.

(*Dietz*) der Stand der Natur.

(*Hissmann*) vom Stande der Natur.

Platner's philosophische Aphorismen, Th.

2. §. 316. ff.

Garve's Abhandlung über die Verbindung der Moral mit der Politik, S. 3. f.

Hufeland's Versuch über den Grundsatz des Naturrechts, Seite 190 — 196.

u. v. a. m.

§. 218.

Der *unbestimmte Begriff* und *vieldeutige Name* unsrer Wissenschaft ist eine der vornehmsten Ursachen des vielen Streits über den Naturstand gewesen. Das *Naturrecht*, so schloß man, ist dem *positiven* Rechte ent-

Schaum. Naturr.

K

gegen-

gegengesetzt; nun aber erörtert *dieses* die Rechtsverhältnisse, in welchen die Menschen in dem itzigen *bürgerlichen Stande* (statu civili) stehen, mithin muß das *Naturrecht* die Rechte und Verbindlichkeiten zum Gegenstand haben, welche in dem *vorherigen nicht bürgerlichen Stande* stattfanden.

§. 219.

Unter diesem nicht bürgerlichen (außer-bürgerlichen) Stand der Menschen (§. 218.) läßt sich nun mancherley verstehen, und ist auch mancherley verstanden worden. Einige dachten sich den außergesellschaftlichen (status extrafocialis), andre den Stand der isolirten Menschen (status solitudinis f. extrafocialis in specie), andre den Stand der Wildheit darunter.

Anm. Status in sensu philosophico. Status in sensu juridico. St. physicus. moralis. Status naturalis f. originarius et adventitius. Status absolutus f. mere naturalis et hypotheticus.

§. 220.

Darin stimmen fast alle Naturrechtslehrer überein, daß unter *Naturstand* der Stand der Menschen zu verstehen sey, welcher *der Zeit nach* der bürgerlichen Gesellschaft *vorhergeht*; und hiedurch eröffnen sie dann Hypothesen und Dichtungen ein weites Feld. Der *eine* characterisirt seinen Naturstand durch
das

das bellum omnium contra omnes; ihm widerspricht *ein andrer*, und behauptet, der status primaevus sey ein Stand der Unschuld (status innocentiae, integritatis) gewesen. — Noch *ein andrer* meynt, im ursprünglichen Stande seyen die Menschen bloß sinnliche Geschöpfe gewesen, und die Vernunft erst eine Wirkung der bürgerlichen Gesellschaft: aber ihm widerspricht *eine neue Hypothese*, und setzt fest, daß die Menschen im ursprünglichen Naturstande, da sie erst eben aus den Händen der Götter gekommen wären (a diis recentes), auch viri alti spiritus gewesen seyn müßten. Um die aus diesen widerstrebenden Behauptungen entstehende Verwirrung zu vollenden, tritt endlich ein *Skeptiker* auf, und meynt, so etwas, als der Naturstand seyn solle, habe nie existirt, und sey mithin eine Chimäre.

§. 221.

So fruchtbar die Untersuchungen über die mannigfaltigen Stände der Menschen vor der Errichtung von Staaten für die *Geschichte* des Rechts und der bürgerlichen Gesellschaft auch sind; so unbrauchbar sind sie für das wissenschaftliche Naturrecht, dessen Object (§. 150.) nicht *empirisch* (historisch) aus Veränderungen in Zeit und Raum, sondern durch das über alle Bedingungen der Sinnlichkeit erhabne *Sittengesetz* und die Beziehung des-

selben auf die Idee der Menschheit bestimmt wird.

Anm. So unwissenschaftlich die Hypothesen vom Naturstande sind, so großem practischen Misbrauch sind sie ausgesetzt. — Der *Despot* findet in ihnen treffliche Argumente für seinen Despotismus, und der *Pöbel* für seine, alle Gesetze und Ordnung zerstörende, Raserey.

§. 222.

Will man den Begriff Naturstand für das Naturrecht behalten, so darf man sich in demselben nichts anders denken, als den durch die Menschheit bestimmten Stand des Menschen (die Eigenschaften, Beschaffenheiten, Verhältnisse des Menschen, die — abgesehen von aller bürgerlichen oder irgend einer andern positiven Einrichtung und Veränderung — aus dem bloßen Begriff Mensch bestimmbar sind). Am rathsamsten ist es, diesen Begriff ganz aus unsrer Wissenschaft zu verbannen.

Anm. 1. *Schlettwein* und *Hufeland* haben unter allen Naturrechtslehrern den Begriff des Naturstandes noch der Wissenschaft am gemäsesten bestimmt. S. *Schlettwein's Rechte der Menschheit* S. 120. §. 68. und *Hufeland's Lehrsätze des Naturrechts* S. 6. §. 10. 11. vergl. mit *Desselben* Recension meiner Schrift *de principio juris naturae* in der *Allgem. Literaturzeitung* 1791. 347stem Stück.

2. Genau genommen ist der wahre Naturstand, d. h. der der Natur des Menschen (dem Menschen, wie er beschaffen ist) angemessene Stand, kein anderer, als der Staat.



Zweyte Abtheilung.

Theorie der ursprünglichen Rechte
des Menschen,

oder

Thetisches Naturrecht.

§. 223.

B e g r i f f.

Das *thetische Naturrecht* (*Jus Naturae theticum*, absolutum, primarium, originarium, connatum §. 21.) ist ein System von Lehrsätzen, welche die Rechte bestimmen, die dem Menschen als Menschen (unter der alleinigen Voraussetzung der Menschheit) zukommen. Das Object des thetischen Naturrechts sind also die *Rechte der Menschheit*.

Anm. Unterschied zwischen „*Rechte der Menschheit*“ und „*Rechte der Menschen*.“, Verwechslung dieser beiden Begriffe und dadurch veranlaßter oder beschönigter

Unfug in der Politik und im Handel und Wandel. Sehr bequem nennt H. Schmalz die nichts als die Menschheit voraussetzenden Rechte, *Urrechte* des Menschen. S. Schmalz reines Naturrecht §. 39.

§. 224.

T h e i l e.

Das thetische Naturrecht (§. 223.) zerfällt in drey Theile:

- 1) *Rechte in Beziehung auf unser eignes Subject.*
- 2) *Rechte in Beziehung auf andre (menschliche) Subjecte.*
- 3) *Rechte in Beziehung auf die vernunftlose Natur.*



E r s t e r T i t e l.

Rechte in Beziehung auf unser eignes Subject.

§. 225.

Die Rechte in Beziehung auf unser eignes Subject werden durch das Gesetz bestimmt:

Du hast ein Recht, die Menschheit in dir zu erhalten und zu vervollkommen (§. 192.).

§. 226.

§. 226.

Beweis der Gültigkeit dieses Gesetzes.

Dafs dieses Gesetz allgemeingültig sey, erhellt aus folgendem Schluffe: Was mit der Würde der Menschen als Zwecke an sich selbst bestehen kann, dazu hat der Mensch ein Recht (§. 187.). Nun kann die Erhaltung und Vervollkommnung der Menschheit in dem einzelnen Menschen mit der Würde der Menschen als Zwecke an sich selbst bestehen; Also hat der Mensch auch ein Recht dazu.

§. 227.

Da das *Leben* die Bedingung der gemeinschaftlichen Wirksamkeit des Geistigen und Körperlichen im Menschen ist (§. 216.); Erhaltung und Vervollkommnung der Menschheit also ohne Leben dem Menschen unmöglich ist: so fließt aus jenem allgemeinen Gesetze (§. 225.) das nachfolgende:

Du hast ein Recht, dein Leben zu erhalten.

§. 228.

Dieses Recht des Menschen, sein Leben zu erhalten (§. 227.), schließt das Recht in sich, die zur Erhaltung des Lebens dienlichen *Mittel* zu gebrauchen.

Anm. Recht, was dem Leben Gefahr droht, zu entfernen; was demselben förderlich ist, zu nutzen. *Gesundheit. Krankheit. Wohlbefinden. Schmerz. psychologische, pharmaceutische, chirurgische Mittel und Heilmittel.*

§. 229.

Menschheit ist innige Vereinigung eines Geistes und eines Körpers (§. 205. 206.); der Mensch hat daher (§. 225.) ein *Recht*, seinen Geist und seinen Körper zu erhalten und zu vervollkommen.

§. 230.

Dasjenige Vermögen des Geistes, welches sich, als über alles andre erhaben, dem Selbstbewußtseyn ankündigt, dem Menschen seine Würde giebt, und allen übrigen in dem Menschen befindlichen Vermögen, Kräften, Trieben u. s. w. ihren Werth bestimmt, ist das *Vermögen der Sittlichkeit*.

§. 231.

Der Mensch hat also (§. 229. 230.) ein *Recht*, das Vermögen der Sittlichkeit zu erhalten, und für die Ausbildung desselben thätig zu seyn.

§. 232.

Dasjenige, was den Menschen zum moralischen Wesen macht, ist *Vernunft*, *Wille*, und *Freyheit*; er ist demnach berechtigt, diese Vermögen in sich zu erhalten und auszubilden.

§. 233.

Zur Erhaltung und Ausbildung dieser Vermögen und der mit ihnen verbundenen Kräfte und Triebe (§. 208.) ist *Uebung* ein nothwendiges Mittel, der Mensch mithin berech-

berechtigt, seine Vernunft, seinen Willen, seine Freyheit und alle auf sie sich beziehenden Kräfte in Handlungen zu üben.

§. 234.

Aufklärung (§. 213.) allein kann den Kräften und Trieben des Menschen die Richtung geben, welche den Zwecken der Sittlichkeit gemäß ist; jeder Mensch hat daher ein Recht, nach derselben zu streben.

§. 235.

Das vorzüglichste Hülfsmittel der Sittlichkeit ist *Religion*; sehr viel für moralische Bildung wirken gute *Erziehung*, *Belehrung* und *Beyspiel*; der Mensch hat daher ein Recht auf Religion, ein Recht, die Vortheile der Erziehung, der Belehrung und des Beyspiels zu benutzen.

§. 236.

Auch die übrigen Vermögen, Kräfte und Triebe des Geistes (§. 207. 208. Anm.) ist der Mensch zu erhalten und zu vervollkommen berechtigt (§. 229.).

Anm. Denkfreyheit, Freyheit, so viel zu lernen, als man will. Freyheit, die Gegenstände seines Denkens und Lernens selbst zu wählen.

§. 237.

Dasselbe gilt von den Vermögen, Kräften und Trieben des Körpers im Ganzen und in seinen einzelnen Theilen.

§. 238.

Der Trieb nach *Glückseligkeit* ist ein wesentliches Stück der Menschheit, der Mensch demnach berechtigt, nach Glückseligkeit zu streben, und die Mittel derselben zu benutzen.

§. 239.

Glückseligkeit ist nicht möglich ohne Befriedigung der Bedürfnisse des Geistes, des Herzens und des Körpers; jeder Mensch hat also ein Recht, für die Befriedigung dieser Bedürfnisse, so weit es ihm physisch und moralisch möglich ist, zu sorgen.

Ann. Recht, nach *Wahrheit* zu forschen, *Gesellschaft* zu suchen, sich einen guten *Namen* zu erwerben, *Kränkung* und *Verdruss* von sich zu entfernen, für geistiges und körperliches *Vergnügen*, *Bequemlichkeit* u. s. w. zu sorgen.

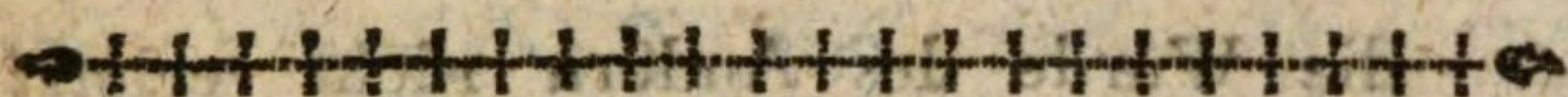
§. 240.

Alles, was dem Ich eines Menschen als Theil oder Mittel zugehört, heisst das *Seine* (suum).

§. 241.

Ein jeder hat das Recht, das *Seine* zu erhalten und zu verbessern.

Ann. *Suum* (*Meum*) *formaliter tale. virtualiter tale.*



Zweyter Titel.

Rechte in Beziehung auf andere (menschliche) Subjecte.

§. 242.

Die Abhandlung über die Rechte des Menschen in Beziehung auf andere menschliche Subjecte theilt sich in drey Abschnitte.

I. Rechte für Andere.

II. Rechtliche Verhältnisse des Einen gegen den Andern.

III. Rechte gegen Andere, oder Recht zu zwingen.

Abschnitt I.

Rechte für Andere.

§. 243.

Das allgemeine Gesetz, welchem gemäß die Rechte des Menschen für Andere zu bestimmen sind, ist in der Formel enthalten:

Du hast ein Recht, für die Erhaltung und Vervollkommnung der Menschheit in Andern thätig zu seyn.

Anm. Ich habe aus diesem Grundgesetz den gewöhnlichen Zusatz — nur muß dadurch die

die Würde des Andern nicht verletzt werden — weggelassen; weil er sich von selbst versteht; denn Erhaltung und Vervollkommnung der Menschheit in Andern durch Verletzung eben dieser Menschheit ist widersprechend.

§. 244.

Jeder Mensch hat ein Recht, für die Erhaltung des *Lebens* Anderer thätig zu seyn.

Ann. Recht, vom *Selbstmorde* abzuhalten.

— Einige Naturrechtslehrer, unter andern H. Ulrich, behaupten, daß der Mensch, als Mensch, kein Recht habe, einen andern vom Selbstmorde abzuhalten. (Immo et Autochirias jus quoddam (?) est in statu absoluto. Ulrich Initia philosophiae justae. S. 106. vergl. S. 61. §. 72. not.). — Dies wird freylich der, welcher gar kein Gesetz, als seine Naturtriebe, anerkennt, (der Mensch in dem — gewöhnlich vorausgesetzten — Naturstande) gegen den, der ihn vom Selbstmorde abhalten will, behaupten; das Urtheil des Naturrechts aber, welches die Handlungen (ihrer Materie nach) aufs Sittengesetz bezieht, muß diesem widersprechend seyn.

§. 245.

Jeder Mensch ist berechtigt, zur Erhaltung und Vervollkommnung des *Geistes* und *Körpers* Anderer — für ihre Sittlichkeit, Aufklärung, Verstandesbildung, Glückseligkeit u. s. w. — thätig zu seyn.

§. 246.

§. 246.

Der Mensch hat ein Recht, die Beforgung der Rechte solcher Personen zu übernehmen, welche *nicht* oder *noch nicht* im Gebrauch der Vermögen und Kräfte sind, die wesentliche Stücke der Menschheit ausmachen und die Würde derselben begründen.

Ann. 1. Rechtsforge für Kinder (*infantes*), Verstandesberaubte, völlig berauschte oder durch Affect verrückte.

2. Was unter diesem und dem vorhergehenden Titel (§. 225 — 244.) als *Recht* der Menschheit dargestellt ist, lehrt die Moral als *Pflicht*: denn so erscheint es in *Foro interno*. Das Naturrecht indess bezieht alles dies bloß auf das *Forum externum*, und vor diesem erscheint auch das, was *innerlich* Pflicht ist, als ein bloßes Recht.

Abschnitt II.

Rechtliche Verhältnisse des Einen gegen den Andern.

§. 247.

Jeder Mensch ist Zweck an sich selbst (§. 210.): keiner also dem andern als Mittel untergeordnet. Ein Mensch ist in dieser Hinsicht eben das, was der Andere ist. Alle einander gleich.

Ann. 1.

Ann. 1. Hierin, und nur hierin allein, besteht das, was man *Gleichheit der Menschen* (*aequalitas, status aequalitatis*) nennt. Nur in *dieser* Beziehung kann man sagen, daß alle Menschen gleiches Recht haben. Kein Rechtsatz ist in unsern Tagen und seit *Roussseau* mehr gemisbraucht worden, als dieser: indem man ihn — unverständlich genug — so auslegte: alle Menschen haben *gleiche Ansprüche auf Vorzüge, Ansehn, Macht u. s. w.* da er doch nichts mehr, *aber auch nichts weniger* sagt, als dies: ein Mensch ist ein moralisches Wesen, wie der andere; niemand also darf irgend einen Menschen, wie ein vernunftloses Naturding, nach bloßen Naturgesetzen behandeln. — Wer außer diesem Rechte, das mit der Menschheit als Zweck für sich durchs moralische Gesetz unzertrennlich verknüpft ist, noch *mehrere* haben will, der muß sie sich *verdienen* oder auf andere rechtmäßige Weise *erwerben*. Kann der *Einfältige* auf Rechte Anspruch machen, die *Klugheit*; der *Thor* auf solche, die *Weisheit*; der *Bösewicht* auf die, welche *Sittlichkeit* voraussetzen? Kann für den *Pöbel* wol alles das moralisch-möglich seyn, was es für den *gebildeten* ist? — Alle Argumente, worauf die politischen Declamateurs unsrer Zeit ihre Philippicas gegen Unterschied der Stände, Adel und Fürsten gegründet haben, erscheinen vor einer gründlichen, nach reinen Principien des Rechts urtheilenden Kritik, als elende Sophismen, und wer-

werden an *Seichtigkeit* kaum von denjenigen übertroffen, mit welchen ein nicht unberühmter Gelehrter — auch noch in seinem *neuesten* Werke und nach *Wilberforce's* Sieg im englischen Parlamente — darthun will, daß der Europäer ein Recht habe, mit Negern, als mit Waaren, zu handeln.

2. Viel gutes sagt H. *Tetens* in seinen Philosophischen Versuchen über die menschliche Natur und ihre Entwicklung. im XIV. Verf. *Vierten* Abschn. V. über die Gleichheit und Ungleichheit der Menschen. Ich kann nicht umhin, eine Stelle, deren Wahrheit die Geschichte unsrer Zeit bewiesen hat, hier anzuführen. S. 685. des IIten Theils heißt es unter andern: Wenn die Gleichheit der Menschen verkannt wird, so wird Stolz, Menschenverachtung, Unterdrückungsgeist und Tyranney genährt. *Allein Miskennntniß der Grenzen dieser Gleichheit kann einen gewissen menschenfeindlichen (soll wahrscheinlich „menschenfreundlichen“, heißen) Fanatismus erzeugen, der in seinen Folgen vielleicht eben so schädlich werden möchte, als jene entgegengesetzte Fehler geworden sind — wenn's nur möglich wäre, daß er eben so leicht und so weit sich ausbreiten könnte (?)*. Zum Glück ist dies letztere nicht sehr zu besorgen (?)

§. 248.

Jeder Mensch hat also ein Recht, zu fordern, daß man ihn als *Mensch*, d. h. als *Subject des Moralgesetzes*, achte. Hierauf
grün-

gründet sich der ursprüngliche, von keiner Zeitbedingung abhängige, absolute Werth des Menschen: *Guter Name* (*existimatio bona*), *Ehre* (*honor externus*) und *Rang* (*praecedentia*) setzen Erscheinungen und Anerkennung von Güte und Vorzügen einer Person; ihre Gegentheile Erscheinungen und Bemerkung der Schlechtigkeit und Erniedrigung, als Bedingungen voraus. Jene also sowohl als diese erfordern Handlungen zu ihrem rechtlichen Grunde. — Jeder Mensch hat das Recht, sich guten Namen, Ehre und Rang zu erwerben (§. 239. A.).

Ann. So muß der Rechtsatz der Ehre und des Ranges gefaßt werden: nicht, wie gewöhnlich: Im Naturstande giebt es keinen Rang und keine *famam auctam*, oder: nach dem ursprünglichen Naturrechte ist kein Rang. — Versteht man unter *Naturstand*, wie gewöhnlich, den der Zeit nach vor der bürgerlichen Gesellschaft vorhergehenden Stand, in welchem es noch keine Ordnung, keine gesetzmäßige Auszeichnung etc. giebt, so ist jener Satz freylich in so weit wahr, als er nichts weiter behauptet, als dies: Vor Einrichtung einer bürgerlichen Gesellschaft giebt es noch keinen bürgerlichen Rang. Dehnt man ihn aber weiter aus, und will man behaupten, daß es in diesem Naturstande gar keinen Ehrenunterschied u. s. w. gebe, so ist der Satz falsch; denn in jedem *bestimmten* Stande der

der Menschen *muß* es eine Verschiedenheit der äußern Ehre, des Ranges, des Namens geben, weil dies eine nothwendige Folge der allenthalben stattfindenden natürlichen oder hinzugekommenen, innern oder äußern Unterschiede ist. —

2. *Existimatio simplex et intensiva. Fama simplex et aucta. honor externus. Proedria.*

§. 249.

Der Mensch, als Zweck an sich selbst, steht unter keinem andern Gesetz, als dem Moralgesetz, welchem seine eigne Vernunft ihn unterordnet. Er ist daher nicht der Willkühr andrer unterworfen: er hat das *Recht der Unabhängigkeit*.

Ann. 1. Darin besteht also die sogenannte unumschränkte Freyheit des Menschen, daß er das Recht hat, sich von keinem andern zu dessen eigennützigen Absichten gebrauchen zu lassen: nicht darin, daß er thun kann, was seiner Laune oder Leidenschaft beliebt: denn diesen setzt sowol das Forum internum als externum Schranken.

2. Man hat den *Aristoteles* wegen seiner Behauptung „ὅτι μὲν εἰσι φύσει τινὲς, οἱ μὲν ἐλεύθεροι, οἱ δὲ δοῦλοι“, oft und mannigfaltig getadelt: indess, ob er gleich wegen der Unbestimmtheit seiner Behauptung Vorwürfe verdient, so ist dieselbe doch so ketzerisch nicht, als sie auf den ersten Anblick scheint. Er sagt nichts weiter, als dies: „Es läßt sich sowol

Schaum. Naturr.

L

a pri-

a priori, als a posteriori (οὐ χαλεπὸν καὶ τῷ λόγῳ θεωρῆσαι καὶ ἐκ τῶν γινομένων καταμαθεῖν) einsehen, daß *einige* Menschen vermöge ihrer natürlichen Anlagen u. s. w. zum *herrschen* geschickter sind, daß es für andre hingegen besser ist, wenn sie *beherrscht* werden., Dies wird niemand leugnen. — Allein die Folgerung, welche der Stagirit aus diesen Praemissen zieht „daß also einige von Natur zu Sklaven bestimmt sind“, ist unphilosophisch und unbestimmt: indem aus jenen Sätzen nicht folgt, daß die Bessern sich die Schlechtern (χείρονες) unterwerfen dürfen, sondern bloß dies, daß die, für welche es besser ist, sich von andern leiten zu lassen, recht thun, wenn sie sich dieser Leitung überlassen. — Nachdem der Philosoph im Vorhergehenden durch Induction gezeigt hat, daß allenthalben der Bessere über die Schlechtern — die Seele über den Leib, der Mensch über die Thiere, der Mann über das Weib — herrsche, führt er den Beweis seiner Behauptung so: Ὅσοι μὲν οὖν τοσοῦτον διεσῶσιν, ὅσον ψυχὴ σώματος, καὶ ἄνθρωπος θηρίῳ· δικάσονται δὲ τοῦτον τὸν τρόπον. ὅσων ἐστὶν ἔργον ἢ τοῦ σώματος χρῆσις καὶ τοῦτ' ἐστὶν ἀπ' αὐτῶν βέλτιστον· οὗτοι μὲν εἰσι φύσει δοῦλοι· οἷς βέλτιόν ἐστιν ἄρχεσθαι ταύτην τὴν ἀρχὴν, εἴπερ καὶ τοῖς εἰρυμένοις· ἔστι γὰρ φύσει δοῦλος, ὁ δυνάμενος ἄλλου εἶναι· διὸ καὶ ἄλλου ἐστὶ u. s. w. S. Aristotelis Politica L. 1. c. 3. vergl. c. 4.

Tetens oben (§. 247. A. 2.) angeführte Schrift, Th. II. S. 689. f.

§. 250.

Jeder Mensch hat also das Recht, in Handlungen, die blos ihn betreffen, seiner eignen Einsicht zu folgen. Keiner darf der moralischen, geistigen oder körperlichen Bildung des Andern Schranken setzen; ihm eine bestimmte Erkenntnißart, bestimmte Religionsvorstellungen, oder eine bestimmte Art der Glückseligkeit aufdringen.

A b s c h n i t t III.

Rechte gegen Andre, oder Rechte zu zwingen.

§. 251.

Schaden (damnum) ist das, wodurch der Zustand eines Dinges verschlechtert wird; die Zufügung des Schadens heisst *Beschädigung*.

Anm. Damnum positivum et privativum. damnum emergens et quod per se adest. Lucrum cessans. Id quod interest. D. physicum et morale. D. casuale. D. directum et indirectum s. in consequentiam veniens. D. immediatum et mediatum.

§. 252.

Verschlechterung des Zustandes (Beschädigung §. 251.) einer Person heisst *Verletzung* (laesio).

Anm. Verletzer (laedens). Verletzter (laesus).

 §. 253.

Die Handlung, welche Verletzung (§. 252.) zum Zweck hat, heisst *Angriff* (*ag-gressio*): das Subject des Angriffs, der *An-greifer* (*aggressor*); und das Object desselben, der *Angegriffene* (*aggressus*).

§. 254.

Der Anfang des Angriffs (§. 253.) heisst *Anfall* (*invasio*): das Subject des Anfalls, der *Anfallende* (*invadens*): das Object desselben, der *Angefallene* (*invasus*). — Die Rüstung zu einem Anfall heisst *Attentat* (*laesio atten-tata*).

Ann. Laesio consummata. Conatus laedendi. Conatus remotus s. primi generis. C. pro-ximus s. secundi generis.

§. 255.

Die durch andre geschehende Verschlech-terung des Zustandes eines Menschen heisst Verletzung desselben (§. 252.), und in wie ferne sie gegen das natürliche Recht des Men-schen läuft, *rechtswidrig* (*injuria sensu la-tiori*).

§. 256.

Allgemeines Gesetz für das Recht zu zwingen.

Du hast ein Recht, gegen rechtswi-drige Verletzungen (§. 255.) Zwang zu ge-brauchen.

Be-

B e w e i s .

Denn jeder hat ein Recht, sich und das Seinige in statu quo zu erhalten (§. 225 — 241.). Dieses Recht ist ein Zwangsrecht (§. 188.), schließt mithin die *Möglichkeit* in sich, im *Fall des Angriffs* Zwang zu gebrauchen (§. 147. A.). Tritt demnach der Fall des Angriffs *wirklich* ein, so erhält dadurch der Angegriffene auch ein Recht zu zwingen.

Ann. Unter Zwang und zwingen wird hier nicht bloß die Nöthigung durch körperliche Gewalt, sondern jede Bestimmung verstanden, die nicht von der moralischen Selbstthätigkeit des Gezwungenen herkömmt.

§. 257.

Jeder Mensch hat ein Recht, den, der ihn als bloßes Mittel gebrauchen will, mit Zwang abzuhalten (§. 247. vgl. 256.).

Ann. Recht des Weibes, den, der sie gewaltsam schänden will, zu zwingen.

§. 258.

Jeder Mensch hat ein Recht, den, der auf sein *Leben* Angriffe macht, zu zwingen.

§. 259.

Ein jeder ist berechtigt, den, welcher etwas wider seine *geistige Natur* (§. 229 — 236.) unternimmt, mit Zwang abzuhalten.

Ann. Recht, den *Betrüger, Verführer, Religionsstörer* u. s. w. zwangsmässig zu behandeln.

§. 260.

Eben dieses gilt auch in Hinsicht der Angriffe auf die körperliche Natur (§. 237.) des Menschen.

§. 261.

Jeder Mensch hat ein Recht, den, welcher seiner *Bildung* (§. 213.) in den Weg tritt, mit Zwang abzuhalten.

§. 262.

Jeder hat ein Recht, den, welcher gegen seine *Glückseligkeit* (§. 211. 214.) etwas unternimmt, zwangsmässig zu behandeln.

Anm. 1. Recht gegen den, der mich verleumdete, ärgert, vexirt u. s. w.

2. *Injurie* (*Injuria seu strictiori*). Beschimpfung. *Injuria symbolica. verbalis. (scripta et nuncupativa). realis. — Injuria mediata et immediata. directa et indirecta. Injuria atrox et simplex. Schmähschrift (libellus famosus). — Animus injuriandi.*

§. 263.

Ein jeder ist berechtigt, gegen die Angriffe auf das *Seine* (§. 240. 241.) Zwang zu gebrauchen.

§. 264.

Eben diese Rechte (§. 256 — 263.) hat der Mensch auch für *Andre* (§. 243 — 246.) (*Quilibet est juris alterius vindex et executor.*)

§. 265.

§. 265.

Schutzrecht (jus praefidii) heisst das Recht, etwas durch Abwendung von Schaden (§. 251.) in seinem Zustande zu erhalten. Jeder Mensch hat also das Schutzrecht sowol für sich als für andre (§. 256 — 264.).

§. 266.

Dieses Schutzrecht (§. 265.) hat man gegen wirklich geschehene Verletzungen (§. 252.), gegen Angriffe (§. 253.), Anfälle und Attentate (§. 254.).

§. 267.

Ist eine Verletzung wirklich geschehen, so kann der verletzte Gegenstand nur dadurch in seinem Zustande erhalten werden, dass die schädliche Wirkung der Verletzung wieder aufgehoben, also der verschlechterte Zustand wieder gut gemacht wird. Das Recht, die Wiederherstellung des durch eine Verletzung verschlechterten Zustandes zu fordern, heisst *Recht auf Entschädigung* (jus indemnitatis).

Anm. Restitutio in integrum. Reparatio damni. damnum reparabile. irreparabile. Wiedererstattung. Ersetzung. Aequivalent. — Satisfactio.

§. 268.

Das Schutzrecht des Angegriffenen gegen den Angreifer (§. 253.), oder das Recht

jenes, sich gegen diesen zu wehren, heißt das *Recht der Vertheidigung* (jus defendendi): das Schutzrecht gegen den Anfallenden, oder das Recht, den, der angreifen *will*, *erst* anzugreifen, heißt das Recht des *Zuvorkommens* (jus praeveniendi): das Schutzrecht gegen Attentate endlich, oder das Recht, die Rüstungen zu einem Anfall zu vereiteln, heißt das *Recht der Vorkehrung* (jus antevertendi).

§. 269.

Jeder Mensch hat demnach, im Fall einer wirklich geschehenen Verletzung, das *Recht auf Entschädigung* (§. 267.): im Fall eines wirklichen Angriffs oder Anfalls, das *Recht der Vertheidigung und des Zuvorkommens*; im Fall eines offenbaren Attentats, das *Recht der Vorkehrung* (§. 268.).

Anm. Einige Naturrechtslehrer bestreiten das Recht, Ersatz zu fordern, oder schränken es doch nur auf die Fälle ein, wo der Gegenstand, durch dessen Beraubung die Verletzung geschah, noch existirt. — Allein was kann dieses — zufällige — Existiren oder Nichtexistiren auf das *Recht* für einen Einfluß haben? S. *Hufeland's* Versuch über den Grundsatz d. N. R. §. 258. ff. und *Deff.* Lehrrsätze des N. R. S. 48. §. 93. ff. vergl. mit *meiner* Dissertation de Principio Juris Naturae S. 53. ff.

§. 270.

§. 270.

Strafe (poena) ist das an eine Handlung, zum Zeichen des Verlangens ihrer künftigen Unterlassung, geknüpfte Uebel. Der Act, wodurch dies Uebel an eine Handlung geknüpft wird, heisst *Bestrafung* (punitio).

§. 271.

Jeder Mensch hat das Recht, den, welcher ihn verletzt oder verletzen will, zu *bestrafen*. Denn er ist, vermöge des Schutzrechts, berechtigt, sich nicht verletzen zu lassen; hat also auch das Recht, um sich sicher zu stellen, den, welcher ihn einmal verletzte oder verletzen wollte, durch Bestrafung von ähnlichen Handlungen für die Zukunft abzuhalten.

Anm. Weil die Strafe materialiter der Rache gleich ist, indem diese, wie jene, den verletzt, der mich verletzt hat, so hat man das *Strafrecht* (jus puniendi) auch *Recht sich zu rächen* (jus ultionis s. vindictae) genannt — Allein sehr unrichtig. Denn obgleich das Naturrecht (vor dessen Forum die *Gefinnung* nicht gehört) jede *Strafe*, auch wenn sie aus rachsüchtigen Absichten des Strafenden fließt, für rechtsgemäß erklärt, wenn sie nur die *äusserlichen* Rechtsgründe für sich hat; so erlaubt es doch niemandem, dem Verletzer, *ausser* der zur Sicherheit nothwendigen *Strafe*, noch *andre* Uebel aus *Rache* zuzufügen.

 §. 272.

Das Recht der Bestrafung (§. 271.) setzt voraus, daß die *Causalität der Verletzung* in dem *Willen des Subjects* derselben liege. —

Denn, wenn die Verletzung von dem Willen des Verletzers nicht ursächlich abhängt, so ist ja gar kein Grund, zu fürchten, daß durch denselben künftig ähnliche Verletzungen geschehen werden; mithin gar kein *rechtlicher* Grund, ihm durch Zufügung von Uebeln die Neigung zu künftigen Verletzungen zu nehmen. Wenn die Verletzung also nicht in dem Willen des Verletzers gegründet ist, kann man kein Recht, ihn zu bestrafen, haben. Wo dieses Recht seyn soll, muß der freye Wille des Verletzers zur Verletzung ursächlich mitgewirkt haben.

§. 273.

Wer also den, der ihn verletzte, strafen will, muß gewiß seyn, daß die Verletzung von dem Willen des Verletzers ursächlich abhing. — Dies führt auf die Theorie der *Zurechnung*.

§. 274.

Zurechnung (imputatio) ist die Beziehung einer Handlung auf das Subject als freywillige Ursache (Urheber) derselben.

Anm. *Imputatio facti.* *Imputatio juris* s. *meriti.*

§. 275.

§. 275.

Die *Beziehlichkeit* einer Handlung auf eine freywillige Ursache, heist *Zurechnungsfähigkeit* (imputativitas).

§. 276.

Die freywillige Ursache der Handlung heist *Urheber* (auctor): wer zur *Ausführung* einer Handlung *mitwirkt*, *Geselle* (complice, focius): wer den oder die Handelnden in der Ausführung der Handlung unterstützt, *Begünstiger* (fautor).

Anm. 1. Auctor late et stricte sic dictus. coauctores. Imputatio simplex et permutatoria.

2. Jussio, consilium, consensus, palpo, recursus,

Participans, mutus, non obstans, non manifestans.

§. 277.

Allgemeiner Grundsatz der Zurechnung.

Nur solche Handlungen, die von dem Willen eines Subjects ursächlich abhängen, können überhaupt zugerechnet werden, und auch *diese* nur dann und in so fern, wann und in wie fern sie wirklich in einer freywilligen Ursache gegründet sind.

§. 278.

Soll eine bestimmte Handlung jemanden imputirt werden, so wird dazu erfordert:

1) dafs das Object der Imputation (die Handlung selbst) existire,

2) dafs

2) dafs das handelnde Subject in Beziehung auf die existirende Handlung eine freywillige Ursache gewesen sey.

Ann. 1. Zur Imputation wird also Kenntnifs der zu imputirenden Handlung und ihrer und ihres Urhebers Umstände erfordert. *Species facti completa et incompleta. determinata et indeterminata. Judicia proxima et remota.*

2. *Abficht* (§. 284.) und *Attentat* (§. 254.) können also zugerechnet werden, aber nur *als solche*, nicht als *vollendete Handlungen* (§. 277.).

§. 279.

Soll jemand die freywillige Ursach einer bestimmten Handlung gewesen seyn (§. 278. 2.), so mufs derselbe

1) das *Vermögen* und die *Kräfte* gehabt haben, überhaupt freywillig zu handeln,

2) *sich selbst bestimmt haben*, grade *diese* Handlung auszuüben.

Ann. Handlungen der Schlafwandler, Vernunftlosen, unmündiger Kinder, u. s. w.

§. 280.

Soll jemand sich selbst bestimmt haben, grade *diese* Handlung auszuüben, so mufs

1) die Handlung, so wie sie geschehen ist, mit allen ihren Verhältnissen und Folgen (so weit dieselben mit der Imputation in Beziehung stehen) in der *Vorstellung* des Subjects gewesen seyn,

2) das

2) das Subject die vorgestellte Handlung auch *gewollt* haben.

§. 281.

Wenn jemanden eine Handlung imputirt werden kann, so können ihm auch die *in der Handlung zureichend gegründeten Folgen* zugerechnet werden — denn er ist auch in Beziehung auf sie eine freywillige Ursache.

§. 282.

Weil der Wille einer Person *mehr oder weniger* zur Wirklichkeit einer Handlung mitwirken kann; so lassen sich *Grade der Imputation* (gradus imputationis) gedenken.

§. 283.

Um die Gesetze, welche die Grade der Zurechnung (§. 282.) bestimmen, richtig anzugeben, ist die Erörterung der Begriffe von *Absicht*, *Bosheit* und *Schuld* erforderlich.

§. 284.

Absicht (intentio) ist die Vorstellung, nach welcher die Handlung gerichtet wird, oder die Regel einer Handlung. Auch nimmt man diesen Begriff objective für das, was man durch eine Handlung bewirken will (*die Absicht*).

Ann. 1. Intentio mediata et immediata. primaria et secundaria. simplex s. interna et qualificata s. externa.

2. Decretum. Propositum.

§. 285.

§. 285.

Bosheit (dolus) ist das Wollen einer als böse erkannten Handlung. Die Handlung, welche aus Bosheit fließt, heisst *vorsetzlich böse* (actio dolosa).

Ann. Dolus directus et indirectus. D. antecedens s. ex proposito. D. consequens s. ex re. D. clandestinus et manifestus. D. bonus et malus.

§. 286.

Das Wollen einer üblen Handlung aus dem *vermeidlichen* Nichtbewusstseyn ihrer üblen Beschaffenheit, heisst *Schuld* (culpa). Eine Handlung aus Schuld, ein *Versehen* (actio culpofa).

Ann. Culpa lata. levis. levissima. Grobes. mässiges. geringes Versehen. Diligentia et negligentia summa, media, minima. Incogitantia (Unachtsamkeit). Inconsiderantia (Unbedachtsamkeit). Improvidentia (Unvorsichtigkeit). Praecipitantia (Uebereilung). Ignorantia vincibilis et invincibilis. Error vincibilis et invincibilis. — Culpa in abstracto et in concreto. — Sehr gut erläutern die Römischen Rechtsgelehrten die verschiedenen Grade der Schuld durch die Vergleichung der Schuldigen mit sehr genauen, rechtlichen und liederlichen Hausvätern. L. 18. D. commod. — L. 32. D. depof. — L. 213. §. 1. L. 223. D. de V. S. L. pen. §. 2. de jur. et fact. ign. u. s. w.

§. 287.

§. 287.

Alle üble Handlungen freywilliger Personen geschehen entweder *im Bewusstseyn* der üblen Beschaffenheit derselben (*ex dolo* §. 285.), oder *ohne* dasselbe (*ex culpa* (§. 286.)). Je *größer* in *jenem* Fall die Selbstthätigkeit der Person ist, die Handlung *hervorzubringen*, und je *geringer* sie in *diesem* Fall ist, die Handlung *zu verhüten*, desto *mehr* ist diese dem Handelnden zu imputiren.

§. 288.

Je mehr einer selbstthätig ist, eine böse Handlung hervorzubringen, und je weniger er selbstthätig ist, dieselbe zu verhüten; desto *wirksamer* ist sein *Wille* fürs Böse. — Hieraus ergiebt sich das allgemeine Gesetz für die Bestimmung des *Grades* der Zurechnung:

Je wirksamer der Wille des Handelnden für das Geschehen der üblen Handlung ist, desto mehr ist diese dem Handelnden zu imputiren.

§. 289.

Aus diesem allgemeinen Gesetz (§. 288.) fließen folgende besondere Regeln:

1) *Vorsätzlich böse* Handlungen (*actiones dolosae*) sind *mehr* zu imputiren, als *Versehen* (*actiones culposae*) §. 285. 286.

2) Handlungen aus *directer* Bosheit *mehr*, als Handlungen aus *indirecter* (§. 285.).

3) Hand-

3) Handlungen aus *vorhergehender* Bosheit (*dolus antecedens*) *mehr*, als Handlungen aus *nachfolgender* (*dol. consequens*) *das*.

4) Handlungen aus *heimlicher* Bosheit *mehr*, als Handlungen aus *offenbarer* (*das*).

5) *Ueberlegte* Handlungen (*a. deliberatae*) sind *mehr* zu imputiren, als *unüberlegte* (*indeliberatae*).

6) *Willige* Handlungen (*voluntariae*) *mehr*, als *unwillige* (*invitae*).

7) Handlungen, deren *Ausübung leicht ist*, sind *weniger* zuzurechnen, als die, bey deren Ausübung *Schwierigkeiten zu überwinden* sind (*factum simplex et compositum*).

8) Handlungen, welche *viel Gegengründe* hatten, sind *imputabler*, als andre.

9) Handlungen, zu denen man *viel Antriebe oder Reize* hatte, *nicht so imputabel*, als andre.

10) Je *weniger Antriebe oder Reize* zu einer Handlung, desto *mehr* ist sie zu imputiren.

11) *Culpa lata aequiparatur dolo malo*.

12) Ein *mässiges Versehen* ist *mehr* zu imputiren, als ein *geringes* (§. 286.).

13) Je *mehr Kräfte* der Handelnde zur *Sorgfalt und Ueberlegung* hatte, desto *mehr* wird ein Versehen ihm zugerechnet.

14) Je

14) Je mehr Antriebe der Handelnde zur Sorgfalt und Ueberlegung hatte, desto imputabler ist sein Versehen.

15) Wiederholte Handlungen werden mehr imputirt, als einmal geschehene.

16) Eine vollendete Handlung wird mehr imputirt, als ein Attentat (§. 254.), dieses mehr, als eine Absicht (§. 284.).

17) Eine Hauptabsicht und die mit ihr zusammenhängende Handlung wird mehr zugerechnet, als eine Nebenabsicht und die Handlung, die aus dieser floß, u. s. w.

Anm. Ueber die Lehre von der Imputation vergleiche man:

Wolfii Philosophia practica universalis,
P. I. c. 6. §. 526. sqq.

Beccaria dei delitti e delle pene. §. 6. 7.

Basedow's Philalethie, erster Bd. §. 60. ff.

Mendelssohn über das sittlich- und physich-Gute. In der Berlinischen Monatschrift v. 1784. Octob. S. 290. ff.

Feders Untersuchungen über den menschlichen Willen, 3. Th. §. 70. ff.

Allgemeines Gesetzbuch für die preussischen Staaten, Th. II. Tit. XX. Abschnitt I.

§. 290.

Die allgemeine Regel der Zurechnung fremder Handlungen ist:

Je wirksamer der Einfluss meines Willens in die fremde Handlung ist, desto mehr ist sie mir zu imputiren (§. 288.).

Schaum. Naturr.

M

Anm.

Ann. Ist der Herr eines Thieres verpflichtet, den Schaden, den dieses anrichtete, zu ersetzen? — *Actio quadrupedaria.*

§. 291.

Die *Grenze* und die *Mittel* des *Zwingers* werden bestimmt, bey der vollendeten Verletzung (§. 252. 267.) durch die *Wiederherstellung in den vorigen Stand* (*restitutio in integrum*), bey dem Angriff und Anfall (§. 253. 264.) durch das völlige *Sicherseyn* (*in tuto esse*), bey Attentaten (das.) durch das völlige *Unbesorgtseyn* (*plenaria securitas*).

Ann. Wie ist der von mehreren Naturrechtslehrern vorgetragne Satz „*Das Recht des Beleidigten ist unendlich*“, zu verstehen? S. *Wolfii Jus Nat. P.* 1. §. 978. vgl. *Schlettweins Rechte der Menschheit*, 2. Theil §. 183.

§. 292.

Wer die Grenze des Zwingers überschreitet, oder Mittel dazu gebraucht, welche auf den Zweck des Rechts zu zwingen gar keine Beziehung haben, wird hiedurch selbst *Angreifer* (§. 253.), und giebt also dem andern ein Recht, ihn mit Zwang abzuhalten (*termini defensionis, poenae etc. non sunt transgrediendi*).

§. 293.

Wenn es also offenbar ist, daß man durch *gelindere* Zwangsmittel (*remedia mitiora*) den Zweck des Schutzrechts erreichen kann,

kann, hat man die Zwangspflicht, diese zu gebrauchen. Wer in einem solchen Fall *härtere* Zwangsmittel (*remedia duriora*) gebraucht, ist *Angreifer* (§. 292.).

Anm. Beweis (*probatio*). gütliche Beylegung (*amicabilis compositio*). Vergleich (*transactio*). Compromiss (*compromissum*). Schiedsrichter (*arbiter*). Vermittler (*mediator*). Loos (*lors*). Entscheidungskampf (*bellum deciforium*).

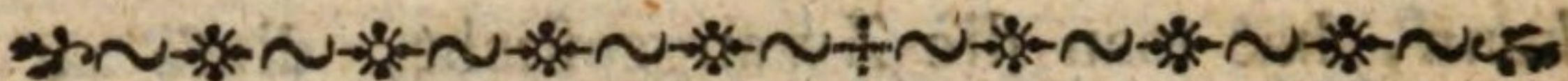
§. 294.

Eine *nicht rechtswidrige* Verletzung giebt kein Recht, gegen den Urheber derselben Zwang auszuüben. Denn dieses Recht hat man nur gegen Verletzungen seines strengen natürlichen Rechts, also gegen solche Angriffe, welche dem Angreifer verboten (*moralisch unmöglich*) sind. — Wenn also ein Angriff dem Angreifer nicht verboten, die daraus entstehende Verletzung also nicht rechtswidrig ist, so erhält der Verletzte kein Recht zu zwingen.

Anm. Qui utitur jure suo, nemini facit injuriam.

Qui utitur re sua, nemini facit injuriam.

Volenti non fit injuria.



Dritter Titel.

Rechte in Beziehung auf die vernunftlose Natur.

§. 295.

In wie fern etwas ein Mittel zu einem außer ihm liegenden Zweck ist, in so fern heißt es eine *Sache* (res). Alles also, worauf Menschen ein Recht erlangen, d. h. worüber sie kraft des moralischen Gesetzes nach Naturtrieben disponiren können, heißt *Sache* im naturrechtlichen Sinne (res in sensu juridico).

Ann. 1. Eine Sache kann man gebrauchen, d. h. sie für seine Zwecke nutzen: eine *Person* (§. 210.) kann niemals *Sache* werden, ob sie gleich einiges, was zu ihr gehört (etwas von dem Ihrigen), andern zum Gebrauch überlassen kann.

2. *Substanz* der Sache (substantia rei). res corporalis et incorporalis. mobilis et immobilis. moventia. necessaria. utilis. voluptuaria. — naturalis, industrialis. mixta — fungibilis, non fungibilis. Man vergl. *Allgem. Gesetzb. f. d. preuss. St. Th. I. Tit. II. §. 1. ff.* — Die römischen Rechtsgelehrten nennen *Res*, quae ejus sunt naturae, ut in bonis esse possint, und bringen noch manche andre Eintheilungen bey. S. *Höpfner's theoretisch-practischen Com-*

Commentar über die Heineccischen Institutionen Lib. II. Tit. 1. u. a m.

§. 296.

Die Individuen der vernunftlosen Natur sind *Sachen* in Beziehung auf den Menschen. —

Denn da die Individuen der vernunftlosen Natur keine moralische Wesen, mithin keine Personen sind (§. 210.), so sind sie nicht Zweck an sich selbst; können demnach als Mittel zu Zwecken außer ihnen (der Menschen) gebraucht werden, und sind also Sachen.

§. 297.

Allgemeines Gesetz der Rechte in Beziehung auf die vernunftlose Natur.

Du hast ein Recht, die Individuen der vernunftlosen Natur als Mittel für die Zwecke der Menschheit zu gebrauchen (§. 295. 296.).

§. 298.

Jeder Mensch hat also ein Recht, die thierische Schöpfung für seine Zwecke, z. B. der Erhaltung, Bequemlichkeit, des Vergnügens u. f. w. — als Mittel zu gebrauchen.

§. 299.

Jeder Mensch hat ein Recht, die leblosen Naturdinge für seine Zwecke zu nutzen.

§. 300.

Jeder Mensch hat ein Recht, den Schaden, der ihm durch Thiere oder andre Na-

turdinge entstehen kann, auf die in Rücksicht dieser Dinge allein mögliche Weise, d. h. durch Zwang abzuwenden.

§. 301.

Schluss anmerkung.

Alle diese thetischen Rechte — Rechte der Menschheit — sind *unverlierbar* (§. 189.), *unveränderlich* und *unveräußerlich*; denn sie hängen von keiner *Zeitbedingung* (keinem *status primævus*, oder irgend einem andern bestimmten Stand) ab; und da sie alle mit dem *moralischen* (über alle empirische Bedingungen erhabnen) Stande des Menschen, vermöge dessen er Zweck an sich selbst ist, innig verknüpft sind, so müßte sich der Mensch dieses Standes begeben (*capitis deminutio maxima*), wenn er sich der Rechte der Menschheit entäußern wollte, welches unmöglich ist. Es haben also die Rechte der Menschheit — das *Suum cuique* und *Neminem laedere* — sowol *im* Staate, als *außer* demselben, in was immer für einem bestimmten Zustande des Menschen, *volle Gültigkeit*; er kann in Rücksicht der sinnlichen Erscheinungen derselben *nachlassen*, aber ihr moralischer Grund, mithin sie selbst, sind ewig und unveränderlich, wie das Sittengesetz.

Diese Behauptungen können freylich diejenigen Naturrechtslehrer nicht unterschreiben,

ben, welche die Urrechte der Menschheit mit Hülfe eines der Zeit nach dem Staate vorhergehenden Zustandes deduciren. Allein, was kümmern den Lehrer einer *rationalen* Wissenschaft *frühere* oder *spätere* (empirische) Verhältnisse, die bloß ein Object der historischen Nachforschung sind? Was nutzen dem Naturrecht die *Zeitbegriffe* vom *status primarius*, *communio primaeva*, *positiva* vel *negativa*, und die diesen ähnlich sind? Wer würde es der *Moral* erlauten, zur Deduction der Pflichten den *Stand der Unschuld* zu Hülfe zu rufen? Nur durch die allgemeiner werdende Nachahmung der reinen Methode der *Moral* im Naturrecht, kann dieses zu der wissenschaftlichen Würde erhoben werden, deren sich die Königin der Wissenschaften schon längst erfreut!



Dritte Abtheilung.

Theorie der erwerblichen Rechte des Menschen,

oder

Hypothetisches Naturrecht.

§. 302.

B e g r i f f.

Das *hypothetische Naturrecht* (*Jus naturae hypotheticum, secundarium, adventitium, acquisitum*) ist ein System von Lehrsätzen, welche die erwerblichen Rechte des Menschen, als Menschen, bestimmen.

§. 303.

Rechte *erwerben* (*acquirere*) heisst, zu der Summe seiner Rechte neue hinzuzufügen; die Thatfache, wodurch Rechte erworben werden, heisst *Erwerbung* (*acquisitio*); ein Recht, in wie ferne es zur Summe andrer Rechte hinzugefügt ist, *erworben* (*acquisitum*); in wie ferne es zu derselben hinzugefügt werden kann, *erwerblich* (*acquisibile*).

§. 304.

§. 304.

Dasjenige, was man *hat*, braucht man nicht erst zu erwerben (§. 303.); die *Rechte der Menschheit* also (§. 223. A.) brauchen nicht erst erworben zu werden.

§. 305.

Rechte, welche nicht zu den Rechten der Menschheit gehören, müssen erworben werden, wenn der Mensch sie haben will.

§. 306.

Erwerblich (§. 303.) sind diejenigen Rechte, mit welchen — zwar nicht unter der bloßen Voraussetzung der Menschheit, aber doch — unter Voraussetzung einer (adquisitorischen) Thatfache andere Menschen, als Zwecke an sich selbst, bestehen können.

§. 307.

Der Gegenstand eines Rechts, welches zwar für sich (unter der bloßen Voraussetzung der Menschheit) der Würde andrer, als Zwecke an sich selbst betrachtet, widerstreiten würde, aber doch unter Voraussetzung einer Thatfache mit dieser Würde vereinbar ist, gehört *entweder gar nicht zu der Sphäre der Zwecke andrer, oder er gehört dazu*. Im ersten Fall kann das auf ihn sich beziehende Recht erworben werden, wenn er mit den Zwecken *des Rechterwerbenden* verknüpft wird: im zweyten Fall, wenn *die, mit deren Zwecken er verknüpft ist, erklä-*

ren, daß sie das Recht des Rechteerwerbenden auf denselben *als mit ihren Zwecken vereinbar* ansehen. (*adquisitio originaria et derivativa.*)

§. 308.

Theile des hypothetischen Naturrechts.

Das hypothetische Naturrecht (§. 303.) zerfällt in drey Capitel:

- 1) *Rechtliche Theorie des Eigenthums.*
- 2) *Rechtliche Theorie der Verträge.*
- 3) *Rechtliche Theorie der Gesellschaft.*

Anm. Jus naturae factitium et pactitium.



E r s t e s C a p i t e l.

Rechtliche Theorie des Eigenthums.

Instit. de rerum divisione et acquirendo ipsarum dominio.

D. de acquirendo rerum dominio.

Allgem. Gesetzb. für d. pr. St. Th. I. Tit. 8. 9.

* * *

E r s t e r T i t e l.

G r u n d b e g r i f f e.

§. 309.

E*igenthum* (*proprietas*) ist das Verhältniß einer Sache (§. 295.) zu einer Person (§. 210.), vermittelt dessen jene von dieser *ausschliessend* gebraucht wird. Die *Sache*,
welche

welche von der Person ausschliessend gebraucht wird, heisst *das Eigenthum* (proprium), und ist *eigenthümlich* (res propria). Die *Person*, welche die Sache ausschliessend gebraucht, heisst *Eigenthümer* (proprietaryus).

Ann. 1. *Res mea* (meine Sache). *Res alius* (Sache eines andern). *Res propria* (meine eigne Sache). *Res aliena* (fremde Sache).

2. *Form und Materie des Eigenthums.*

§. 310.

Eigenthum muss *erworben* werden (§. 303.). — Denn es ist zwar ein Recht der Menschheit (§. 223. A.), die Individuen der vernunftlosen Natur als Mittel zu gebrauchen (§. 297.); allein durch dieses Recht wird noch keine *bestimmte* Sache einem *bestimmten* Menschen zu eigen gegeben, sondern diesem blos das (moralische) Vermögen ertheilt, sich irgend eine Sache als Mittel für seine Zwecke zu verschaffen. Soll daher ein *Eigenthum* an einer Sache entstehen, so muss etwas geschehen, wodurch dieselbe nun wirklich mit dem Seinen eines Menschen verknüpft, und diesem zugleich das Vermögen ertheilt wird, andre von ihrem Gebrauch auszuschliessen — d. h. *Eigenthum* muss *erworben* werden.

Ann. Was ist also von der, bey Gelegenheit der französischen Neuerungen oft vorgebrachten, Behauptung zu halten, dass jeder Mensch (wenigstens *Mann*; denn das

das weibliche Geschlecht scheint nach den Theorien der neuen Vertheidiger der Menschheitsrechte an der Gleichheit aller Menschen nicht Theil zu haben) einen gleichen Antheil an dem Erdboden habe? —

§. 311.

Ein jeder Mensch hat das Recht, *sich Eigenthum zu erwerben*. — Denn jeder ist berechtigt, die Naturdinge als Mittel für seine Zwecke zu gebrauchen; sie also auch ausschliessend mit dem Seinigen zu verknüpfen, so weit dies ohne Verletzung der Rechte anderer geschehen kann.

Anm. Der Grund des Rechts zum Eigenthum ist weder in den *Bedürfnissen* der Menschen, noch *darin* zu suchen, daß viele Sachen, ohne eigenthümlich zu seyn, nicht gebraucht werden können, noch *darin*, daß bey einer allgemeinen *communio bonorum* der beste Gebrauch von allen Sachen nicht möglich ist. Alles dies kann die Menschen *veranlassen*, sich etwas eigenthümlich zu erwerben, aber ist nicht der *Grund* dieses Rechts.

§. 312.

Nur *Sachen* (§. 295.), nicht *Personen* (§. 210.), können Gegenstände des Eigenthums werden. Auch können diejenigen Sachen, von deren Gebrauch niemand ohne Angriff auf seine unverlierbaren Rechte ausgeschlossen werden kann, von keinem Einzelnen sich zu eigen gemacht werden.

Anm.

Anm. 1. Die *Luft*, das *Licht* u. s. w. kann niemand eigenthümlich erwerben.

2. Die Grenzen des Rechts zum Eigenthum werden weder durch die Bedürfnisse des Erwerbers, noch durch irgend etwas anderes empirisches, sondern einzig und allein durch das *Alium non laedere* bestimmt.

§. 313.

Eigenthumsrecht ist das Recht, eine Sache ausschliessend zu gebrauchen.

Zweyter Titel.

Erwerbung des Eigenthums.

§. 314.

Der Grund der moralischen Möglichkeit der Erwerbung eines Rechts heisst der *Rechtstitel*. Die *Thatfache*, wodurch ein Recht wirklich erworben wird, *Erwerbungsart* (*modus acquirendi*).

Anm. 1. *Titulus justus et injustus. verus. falsus. putativus. Causa juris acquirendi.*

2. *Modus acquirendi originarius et derivativus. M. a. juris naturalis et juris civilis. Causa facti acquirendi.*

§. 315.

Eine Sache (§. 295.), welche niemandem zugehört (von keinem als Mittel zu feinen Zwecken gebraucht wird), heisst *herrenlos* (*res nullius*).

Anm. Res jactae. derelictae. amissae.

§. 316.

§. 316.

Die Handlung, wodurch man eine herrenlose (§. 315.) Sache, in der Absicht, sie ausschliessend zu gebrauchen, mit dem Seinigen verknüpft, heisst *Einnehmung* (Occupatio).

Ann. Occupatio vera. falsa. putativa.

§. 317.

Der *Titel* (§. 314.) des Eigenthumsrechts auf eine Sache (§. 313.) ist: dass sie herrenlos (§. 315.) sey: die *Erwerbungsart* des Eigenthumsrechts auf eine Sache ist die *Occupation* (§. 316.).

Ann. 1. Res nullius cedit occupanti.

2. Fast alle meine Vorgänger fangen die rechtliche Theorie des Eigenthums mit einer Untersuchung über das Verhältniss des Menschen zu den Sachen vor wirklicher Einführung des Eigenthums an, und weichen (wie es bey einer solchen in Hypothesen sich verlierenden Untersuchung nicht anders seyn kann) sehr von einander ab. *Grotius* (de jure belli et pacis, L. 2. c. 2. §. 2. 1.) nimmt eine *communem positivam*: *Pufendorf* (de jure naturae et gentium l. 4. c. 4. §. 5. und de officio hominis et civis, l. 1. c. 12. §. 2. vergl. *Treuer's* Anmerkungen zu dieser Stelle) eine *communem negativam* an. *Hobbes* (de cive, c. 1. §. 11.) nennt das Verhältniss der Menschen im Naturstande zu den Sachen ein *Jus omnium in omnia*, und *Kulpis* (in collegio Grotiano S. 36.) lässt die ersten Menschen mit den
äufsern

äußern Gütern beschenkt werden, und diese dann durch Vererbung auf die Nachwelt übergehen. Noch andre, z. B. *Schlettwein* (in *Rechten der Menschheit* S. 164.), behaupten, daß alle lebende Menschen über alle äußerliche Sachen zur Erhaltung und Vervollkommnung des Menschenlebens völlig einerley Rechte und Verbindlichkeiten haben, oder geben, wie *Fischer* (in *Geschichte der deutschen Erbfolge* S. 4. 5.), den Menschen überhaupt ein Gemeintheigenthum an Grund und Boden; den Einzelnen aber ein Eigenthumsrecht an den Producten der Erde. — Alle diese Hypothesen verwirren dem Naturrechtslehrer seine Gesichtspuncte, und sind für ihn ganz unfruchtbar: indem es ihm ganz gleichgültig seyn kann, wie das Verhältniß des ersten Menschen zu den Sachen der Welt gewesen ist, da er es blos mit der Frage zu thun hat, wie ein Mensch sich auf eine rechtsgemäße Weise Eigenthum erwerben könne, er lebe nun in einem bürgerlichen oder außerbürgerlichen Stande. (vgl. §. 301.)

3. So verschieden das ursprüngliche Verhältniß der Menschen zu den Sachen im Naturstande bestimmt wurde; so verschieden mußte natürlich auch die Erwerbung des Eigenthums angegeben werden. Einige gründeten dieselbe daher auf eine (stillschweigende) Einwilligung der übrigen Menschen, wie *Grotius* und *Pufendorf*; andre auf Erbschaft, wie *Kulpis*. Noch andre, z. B. *Garve* (in *Philosophi-*

sophischen Anmerkungen und Abhandlungen zu Cicero de officiis, Th. 3. S. 175.) meynten und meynen, ein wahres Eigenthum könne ohne eine gesellschaftliche Verbindung der Menschen gar nicht gedacht werden. Unter diese letztern ist von einigen auch *Montesquieu* wegen seiner Aeufserungen in der Schrift *de l'esprit des loix*, livre XXVI. chap. XV. gezählt worden. Aber mit Unrecht: denn er behauptet weiter nichts, als daß das Eigenthum nur in einer bürgerlichen Gesellschaft vor den Angriffen andrer völlig gesichert sey. *La loi civile*, sagt er, *est le palladium de la propriété*.

4. Mehrere Naturrechtslehrer haben die Frage „*wie Eigenthum erworben werde?*“, mit der Frage verwechselt: „*wie die Occupation der einzelnen Sachen geschehen müsse?*“, — Daher *Feder's*, *Schlettwein's*, *Mendelssohn's*, *Höpfner's* von einander abweichende Antworten. Die letztere Frage geht die Naturrechtslehrer nichts an, sondern muß von der Klugheitslehre beantwortet werden. — *Labor. custodia. melioratio. inclusio. occupatio rei mobilis et immobilis.*

5. Viel Streits ist im Naturrecht auch über die Zeichen des Eigenthums gewesen (m. s. *Hufeland's*, *Garve's* u. a. hieher gehörige Schriften) — wiederum also ein Streit über einen Gegenstand, der gar nicht ins Naturrecht gehört, aber durch die Hypothese von einem Naturstand erregt werden mußte. — Zur Erwerbung des Eigenthums ist ein Zeichen noth-

nothwendig: aber zur *Sicherung* desselben und zur *Warnung* für andre, sich keine vergebliche Occupationsmühe zu machen, allerdings. — Allein was geht das Naturrecht diese Cautionsregel an? —

6. Ist der bloße *Wille*, eine Sache eigenthümlich zu haben, für eine rechtskräftige Occupation zu achten? — Ueber diese Frage ist ebenfalls viel controvertirt worden. Man muß die Frage *bestimmen*, wenn man sie richtig beantworten will. Soll sie soviel heißen: „Ist mein eigensinniges Verlangen, eine Sache zu haben, hinreichend, andre von der Occupation derselben abzuhalten? —“, so ist sie zu verneinen. Bedeutet sie aber: „Habe ich ein Recht, eine Sache, die ich wirklich occupirte, auch wenn ich diesen Act durch kein äußeres Merkmal bezeichnete, als mein Eigenthum anzusehen? —“, so ist sie zu bejahen. — Also mein bloßes Wort, einem nullius haben zu wollen (occupiren zu wollen), legt andern, die in eben dem Verhältniß zu dieser Sache stehen, keine Einschränkung auf: aber mein bloßes (wahres) Wort, eine Sache occupirt zu haben, macht es ihnen unmöglich, auf dieselbe Ansprüche zu machen. Wie ich andre von der Wahrheit dieses meines Worts überzeugen möge, darüber kann ich keine Instruction vom Naturrecht, sondern lediglich von der Klugheit verlangen. Labor, custodia, melioratio u. d. gl. kann hiezu dienen. — Daß diese Ueberzeugung in dem sogenannten Naturstande besonders schwierig, und

das Eigenthum in demselben überhaupt *unsicher* sey, ist eine Bemerkung, die leicht zu machen ist, aber in unsre Wissenschaft nicht gehört.

7. *Venatio, piscatio, aucupium.*

§. 318.

Verlassene und weggeworfene Sachen (§. 315. A.) hat man also zu occupiren ein Recht, denn sie sind herrenlos (§. 315.); und man kann sie demnach durch die wirkliche Occupation zu seinem Eigenthum machen. *Verlohrne Sachen* aber (daf.) sind nicht herrenlos: das *Finden* (inventio) derselben also keine rechtsgültige Erwerbungsart des Eigenthums.

Ann. Strandrecht (jus litoris). *Beute* (praeda). *Kriegsoccupation* (occupatio bellica). *Thesaurus.*

Dritter Titel.

Rechte des Eigenthümers.

§. 319.

Durch die Occupation (§. 316.) erwirbt man sich das Recht, die occupirte Sache als Mittel für seine Zwecke ausschliessend zu gebrauchen, d. h. man wird *Herr* (dominus) der Sache, und tritt in das Verhältniß der *Herrschaft* (dominium) zu derselben. Bey diesem Rechte versteht sich keine andre Einschränkung.

schränkung von selbst, als die, welche aus dem *Alium non laedere* fließt.

Ann. Dominium verum. falsum. putativum. Quasi - dominium.

§. 320.

Vermittelt des Rechts, Herr über seine Sache zu seyn (§. 319.), hat der Eigenthümer folgende besondere Rechte. 1) Das Recht, über die Sache seinen Zwecken gemäß zu verfügen (*jus disponendi*). 2) Das Recht, dieselbe als Mittel für seine Zwecke zu gebrauchen (*jus utendi*). 3) Das Recht, andre von der Verfügung über die Sache und den Gebrauch derselben abzuhalten (*jus excludendi quemcunque alium non - dominum ab usu rerum suarum*).

§. 321.

Vermöge des erstern Rechts (§. 320.) ist der Eigenthümer berechtigt, über die *Substanz* und die *Accidenzen* der Sache nach seinen Zwecken zu schalten und zu walten (*nuda proprietas*), berechtigt also, die Sache ihrer Materie und Form nach zu verändern (*jus mutandi*), sie ungenutzt zu vernichten (*jus destruendi*), sie zu verbrauchen (*jus abutendi*), sein *Eigenthum* an derselben — ganz oder zum Theil, entgeltlich oder unentgeltlich — wegzuthun (*jus relinquendi*).

Ann. 1. Hieraus fließen nun viele andre besondere Rechte, z. B. das Recht, die Sache zu verbessern oder zu verschlim-

mern — das Recht, die Sache zu *verlassen* (j. *derelinquendi*) — das Recht, sie zu *veräußern* (*alienandi*) — zu *verschenken* und zu *verkaufen* (j. *donandi et vendendi*) — d. R., sie zu *vermiethen* und zu *verleihen* (*mutuandi et commodandi*). — *Jus limitandi dominium. J. minuendi dominium. J. imponendi rei onera realia u. f. w.*

2. Ob nun aber gleich der *Eigenthümer* sich des *Eigenthums* an seiner Sache begeben und sie dadurch zu einer herrenlosen Sache machen kann: so wird sie *dadurch allein* doch noch nicht das *Eigenthum* einer andern *bestimmten Person*; wenn gleich der *Eigenthümer* sich in Hinsicht auf diese Person seines *Eigenthums* begab. Denn dazu, daß eine *res nullius* das *Eigenthum* einer bestimmten Person werde, ist *Occupation* derselben von Seiten *dieser* nothwendig (§. 317.). *Testamente* also sind an und für sich selbst kein rechtliches Mittel, auf jemand ein *Eigenthum* überzutragen: ob sie gleich dazu durch Gesetze und Uebereinkunft der Menschen gemacht werden können. — Die meisten *Naturrechtslehrer* drücken ihr Urtheil über *Testamente* und verwandte Gegenstände, z. B. *Verjährung* (§. 330. A. 3.), *Successio ab intestato* u. f. w. so aus: *Testamente u. d. gl. haben nach dem Naturrechte keine Gültigkeit.* Dies ist unrichtig, und würde zu viel beweisen: denn was nach dem *Naturrechte* keine Gültigkeit hat, gilt überhaupt nicht. Man muß den *Lehrsatz* über die *Testamente u. d. gl.* so

so fassen: Testamente, und was dem ähnlich ist, sind nach den Principien der Rechtswissenschaft, *ohne ein Gesetz oder eine Uebereinkunft*, welche sie dazu machen, keine rechtliche Arten und Weisen, ein Eigenthum auf eine bestimmte Person überzutragen. Wo aber ein solches Gesetz oder eine solche Uebereinkunft existirt, da sind sie auch nach naturrechtlichen Grundsätzen *justi modi dominium transferendi*. — Es ist demnach freylich eine Wahrheit, aber eine sehr triviale Wahrheit, daß die Testamente in einem Stande, wo kein Gesetz und keine Uebereinkunft sie sanctionirt hat, d. h. im *Naturstande*, nicht gelten. —

3. Vorthelle der Einführung der Testamente, die ihren Ursprung den Griechen verdanken. Durch die Sanctionirung der Testamente wurden, wie *Plutarch* in *Solons* Leben sich ausdrückt, die *κρηματα* der Athenienser erst *κτηματα*.

A. Pr. G. Th. 1. Tit. 12. Abschn. 1.

§. 322.

Vermöge des zweyten Rechts (§. 320.) ist der Eigenthümer berechtigt, die Sache für seine nothwendigen und zufälligen Bedürfnisse zu benutzen (Recht des Nießbrauchs, *jus utendi fruendi*), und auch die *Früchte* (*fructus*) derselben für sich zu gebrauchen.

Ann. *Jus utendi fruendi causale et formale* — *Fructus naturales et industriales* — *pendentes et percepti. extantes* (physice aut morali-

raliter). *consumti. ordinarii et extraordinarii. naturales et civiles.*

§. 323.

Vermöge des dritten Rechts (§. 320.) ist der Eigenthümer berechtigt, seine eigenthümliche Sache zu bewahren (*jus custodiendi*), jeden Angriff auf dieselbe als eine rechtswidrige Verletzung (§. 255.) anzusehen, und sie von dem, der sie ihm *genommen*, wiederzufordern (*jus vindicandi*).

Anm. Nothgebrauch. Fur. latro. furtum usus. Damnum datum. Lucrum interceptum.

Vierter Titel.

Gewahrsam und Besitz.

*D. de acquirenda vel amittenda possessione.
A. P. G. Th. I. Tit. 7.*

§. 324.

Der Act, wodurch eine Person eine Sache in physische Verknüpfung mit sich setzt, heisst *Ergreifung* (*apprehensio*).

§. 325.

Das Verhältniß einer Sache zu einer Person, welches es dieser physisch möglich macht, über jene zu verfügen, heisst *Gewahrsam* (*detentio*) — und die Person, welche eine Sache in Gewahrsam hat, *Innhaber*.

§. 326.

§. 326.

Gewahrsam (§. 325.) einer Sache, mit der Absicht, über dieselbe *seinen eignen Zwecken gemäß* zu verfügen, heißt *Besitz* (possessio), und die Person, welche eine Sache im Besitz hat, *Besitzer* (posseffor). Die Ergreifung einer Sache, in der Absicht, sie zu besitzen, heißt *Besitznehmung* (apprehensio possessionis).

Anm. 1. Possessio vera et analogica s. quasi-possessio. *Besitzstand.*

2. L. III. §. 1. ff. de adq. vel amitt. poss. Et apiscimur possessionem corpore et animo, neque per se animo aut per se corpore. — L. XLI. ff. de a. vel a. p. Qui jure familiaritatis amici fundum ingreditur, non videtur possidere; quia non eo animo ingressus est, ut possideat, licet corpore in fundo sit.

3. Possessio est *facti*, non *juris*.

§. 327.

Jeder Eigenthümer hat das Recht zum Besitz seiner eigenthümlichen Sache (jus possidendi (§. 319. ff.).

Anm. Unterschied unter *jus possidendi* und *jus possessionis*. *Jus possidendi causale* und *formale*.

§. 328.

Der Besitz ist entweder *Civilbesitz* (possessio civilis) oder *natürlicher Besitz* (p. naturalis) — *körperlicher Besitz* (possessio corporalis) oder *geistiger Besitz* (p. mentalis) —

titulirter oder nicht titulirter Besitz (possessio titulata et non titulata). vollständiger oder unvollständiger Besitz (possessio plena et minus plena).

Ann. 1. Causa possessionis. Nemo sibi ipse causam possessionis inutare potest. Beatitudines possessionis. Possessor beatus in jure.

2. Die Theorie des positiven Rechts vom Besitz ist theils durch die Unbestimmtheit der hieher gehörigen gesetzlichen Begriffe, theils durch die unlogische Behandlung der Rechtsgelehrten sehr verwirrt worden. S. *Leyseri Meditatt. ad Pand. Spec. 451. M. 4.*

§. 329.

Der besitzende Eigenthümer einer Sache ist im Civilbesitz (§. 328.) desselben; er hat aber auch das Recht, den Besitz seines Eigenthums einem andern zu überlassen (§. 321. A-). Alsdann ist er blos im *Mentalbesitz* (solo animo possidet); der aber, dem er den Besitz überliefs, *blos im körperlichen Besitz* der Sache (solo corpore possidet). (vergl. §. 326. A. 2. und 328.).

§. 330.

Das Eigenthumsrecht (§. 313. u. 317.) hängt nicht vom Besitz (§. 326.) als seiner rechtlichen Ursache ab. Es wird daher auch durch den *Verlust* des Besitzes nicht *aufgehoben*, so wenig, als es durch den bloßen Besitz *erworben* wird.

Ann. 1.

Ann. 1. Was ist Rechtens, wenn eine eigenthümliche Sache so ganz aus den Händen des Eigenthümers gekommen ist, daß sie vogelfrey geworden zu seyn scheint? Was Rechtens z. B. wenn ein zahngemachtes Reh entsprungen, oder ein Vogel aus dem Käfig entflohen ist? Ist dieses Factum hinreichend, dem Eigenthümer sein Eigenthum zu nehmen? u. s. w.

2. *Jus in re non est momentaneum. Jus postliminii.*

3. *Verjährung (usucapio, praescriptio) giebt und nimmt also an und für sich kein Eigenthum; kann aber naturrechtlichen Grundsätzen gemäß durch Gesetze und Uebereinkunft diese rechtliche Wirkung erhalten (s. §. 321. A. 2.). — Vortheile ihrer Einführung in die bürgerliche Gesellschaft. Erwerbende (acquisitiva). Löschen- de (extinctiva) Verjährung. A. Pr. G. Th. 1. Tit. 9. Abschn. 9.*

§. 331.

Wenn jemand eine Sache, die wirklich schon das Eigenthum eines andern ist, von ihm aber für herrenlos gehalten wird, in Besitz nimmt; so ist seine Besitznehmung (§. 326.) in Beziehung auf ihn *rechtsgemäß*, und der daraus entstehende Besitz ein *redlicher* (possessio bonae fidei). Nimmt aber jemand mit Wissen und Willen eine *fremde* Sache in Besitz; so ist seine Besitznehmung *rechtswidrig*, und der daraus entstehende Besitz ein *unredlicher* (possessio malae fidei).

§. 332.

Ein Besitzer, welcher glaubt, seine Besitznehmung sey rechtsgemäfs (§. 331.) gewesen, heifst ein *redlicher* Besitzer (*possessor bonae fidei*): wer diesen Glauben nicht haben kann, ein *unredlicher* (*possessor malae fidei*).

Ann. 1. Vom redlichen und unredlichen Besitzer ist der *rechtfertige* und *unrechtfertige* wohl zu unterscheiden.

2. Wie lange ist einer *redlicher* Besitzer? — Was hat der redliche Besitzer für Rechte? —

3. *Dolo possidere desii. Dominium intermisticum.*

§. 333.

Sowol von dem *unredlichen* als von dem *redlichen* Besitzer (§. 332.) ist der wahre Eigenthümer das Seinige wiederzufordern berechtigt (§. 323.). Auf jenen hat er überdies noch der rechtswidrigen Verletzung wegen Ansprüche: und ein Zwangsrecht, Wiedererstattung oder Ersatz der Vortheile, die der unredliche Besitzer aus dem Eigenthum gezogen, und des ihm entgangenen Gewinns zu fordern. Gegen den redlichen Besitzer aber hat der Eigenthümer *dieses* Zwangsrecht nicht, weil er sich nicht über *Kränkung seiner Rechte durch jenen*, sondern bloß über *Unglück* zu beklagen hat.

Ann. Aus der im Text gemachten Bestimmung lassen sich alle hier vorkommende Fra-

Fragen leicht beantworten; z. B.: Gründet das *Finden* einer Sache einen redlichen Besitz? Welches sind die Zwangspflichten des Finders? — Muß der *redliche* Besitzer die Sache *unentgeltlich* herausgeben? auch die *fructus pendentes* oder *exstantes*? Muß er die *verzehrten* Früchte *ersetzen*? für den *Zufall* stehen? Was ist Rechtens in Rücksicht auf *gemachte Verbesserungen*, *verwendete Kosten*, *Lasten*, *Deteriorationen*? Was für Rechte hat in allen diesen Rücksichten der Eigenthümer gegen den unredlichen Besitzer? — —

§. 333.

Dauer und *Ende* des Besitzes bestimmen sich aus dem vorhergehenden von selbst (§. 326. ff.).

Fünfter Titel.

A c c e s s i o n.

§. 19. sqq. *Inst. de rer. div. et adq. ips. dom.*

L. 6. ff. d. adq. r. d.

A. P. G. Th. 1. Tit. 9. Abschn. 6.

§. 334.

Die Vermehrung des Werths einer Sache durch etwas hinzukommendes heißt *Zuwachs* (*accessio*). Die Sache, zu welcher etwas hinzugekommen ist, *Hauptsache* (*res principalis*): das hinzugekommene aber der *Zuwachs*

wachs in sensu concreto (accessorium, res accessoria).

§. 335.

Die Vermehrung des Werths einer Sache durch eine hinzukommende *Form* heisst *Accession der Form*: die Vermehrung des Werths einer Sache durch etwas hinzukommendes *materielles*, *Accession der Materie*.

§. 336.

Die *Accession der Form* (§. 335.) heisst die *Specification* (*Specificatio*, *Façonirung*), die *Accession der Materie* ist mancherley Art (§. 337. ff.).

§. 337.

Das materielle *Accessorium* (§. 334.) entsteht *entweder* aus der *eigenen Wirksamkeit* der Hauptsache (§. 334.), *oder* kömmt von *aussen her* zu derselben hinzu. — *Nothwendige und zufällige Accession*.

§. 338.

Die *nothwendige Accession* (§. 337.) findet statt, wenn etwas *in* oder *an* der Sache, als *Accidenz*, oder *aus* derselben als *Wirkung* entsteht (*accessio productiva et effectiva*).

§. 339.

Die *zufällige Accession* (§. 337.) wird *entweder* durch *absichtliche Veränderungen* (der Menschen), oder durch *Naturveränderungen*.

rungen bewirkt (*accessio artificialis* f. *industrialis* et *accessio naturalis* f. *casualis*).

§. 340.

Unter diese Begriffe (§. 334 — 339.) werden sich die verschiedenen Arten der *Accession* leicht subsumiren lassen. Es gehören hieher *Entstehung einer Insel* (*insula* f. *nativitas insulae in fluvio*), *Anspülung* (*alluvio*), *Abreissung* (*avulsio* f. *vis fluminis*), *Veränderung des Flussbettes* (*alvei mutatio*) — *Fruchtbringung* (*foetura, fructificatio*) — *Säen und Pflanzen* (*satio et plantatio*) — *Vereinigung* (*unio*), *Verbindung* (*adjunctio*), *Vermengung* (*commixtio*), *Vermischung* (*confusio*), *Anschweissung* (*adferruminatio*), *Anlöthung* (*adplumbatura*), *Schreiben, Mahlen, u. v. a. m.*

§. 341.

Das *Accessorium* (§. 334.) ist in rechtlicher Hinsicht entweder 1) eine dem *Eigenthümer schon gehörende*, oder 2) eine *herrenlose Sache*, oder endlich 3) das *Eigenthum eines andern*.

§. 342.

Im ersten Fall des vorigen §. verbleibt das *Accessorium* nach wie vor dem *Eigenthümer der Hauptsache* (§. 334): im zweyten Fall wird es das seinige, wenn er es occupirt, und im dritten Fall entscheidet das Gesetz: *Suum cuique*.

Ann. 1.

Ann. 1. Der Eigenthümer kann das Accessorium — sowol das, worauf er nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur hoffen, als das, was ihm durch außerordentliche Begünstigungen derselben zu Theil werden kann — schon vor der Existenz desselben occupiren: und daß er dies gethan habe, wird so lange praesumirt, bis das Gegentheil klar ist, denn er hat ein Recht dazu. Niemand also darf die zu jemandes Eigenthum accessorisch hinzugekommene, herrenlose Sache occupiren, bevor er nicht weiß, daß der Eigenthümer selbst sie nicht occupiren wolle. *Occupatio accessoria.*

2. In dem positiven Rechte ist seit der Zeit der *Sabinianer* und *Proculejaner* (L. 7. §. 7. ff. d. a. r. d. §. 25. I. h. t.) über die Frage, *quid juris?* bey den Accessionen, namentlich der Specification, viel gestritten und bestritten worden. Die Entscheidungen sind zum Theil höchst sonderbar und allen Rechtsprincipien zuwider. Offenbar ließen sich *Justinian* und seine Juristen und die nachherigen Bearbeiter dieser Materie, durch die Schwierigkeiten der völligen Ausgleichung der Accessionsstreitigkeiten in gewissen Fällen, in ihren Rechtsbestimmungen irreführen. Wie hätten sonst Sätze, wie diese: wenn die Materie stärker ist, als die Form, wenn die Form stärker ist, als die Materie u. d. gl. zu Prämissen einer rechtlichen Bestimmung gebraucht werden können? — Die Unterscheidung der *agrorum arcifiniorum* und *limitatorum* und der *limitato-*
rum

rum str. f. d. und *assignatorum* bey der *Alluvion* ist nicht unnütz. — *Aechte Rechtsätze* hat unser Gesetzbuch auch über diese Gegenstände.

3. *Redlichkeit* und *Unredlichkeit* des Besitzes (§. 331.) macht auch hier einen Rechtsunterschied; doch kann man mit einigen nicht behaupten, daß bey einer Unmöglichkeit der Trennung des *Accessorium* von der Hauptsache (?) der sein Eigenthum verlieren müsse, der an der Vereinigung Schuld war. — *Accessorium sequitur suum Principale?* —

Sechster Titel.

Arten des Eigenthums.

§. 343.

Ein Eigenthum ist in Hinsicht auf seinen rechtlichen Inhalt entweder *vollständig* oder *unvollständig* (*dominium plenum, et minus plenum f. divisum f. dimidium*).

§. 344.

Unvollständiges Eigenthum (§. 343.) ist wiederum entweder *Obereigenthum* (*dominium directum*), oder *Nutzeigenthum* (*dominium utile*). Auch gehören hieher das *Feudum*, die *Emphyteusis* und *Superficies*.

Ann. A. P. G. Th. I. Tit. 18. u. 21.

§. 345.

§. 345.

In Beziehung auf seinen Gebrauch ist ein Eigenthum entweder *beschränkt* (*limitatum*), oder *nicht beschränkt* (*illimitatum*).

Ann. 1. Servitutes reales. Praedium dominans et serviens. Servitutes urbanae et rusticae. affirmativae et negativae. Bannrechte (jura bannaria). Vergl. A. Pr. G. Th. 1. Tit. 22. 23.

2. Als Beyspiel eines beschränkten Eigenthums führen mehrere das Eigenthum an einem gedruckten Buche an. Allein das Eigenthum an dem Buche, als Buche, ist gar nicht beschränkt; ich kann es für meine geistigen und körperlichen Zwecke beliebig gebrauchen. — Aber ich kann es nicht *nachdrucken*? — Auch das; nur darf ich den Nachdruck nicht als Mittel gebrauchen, dem Verfasser oder Verleger den Gewinn, den sie für das Buch zu ziehen berechtigt sind, und auf den mir gar kein Recht gegeben ist, diebischer Weise zu entwenden. — Alle Schriften für und wider den diebischen Nachdruck sind nicht befriedigend. Die Frage, ob der Nachdruck nutze oder schade, gehört gar nicht zur Frage *quid juris*; die Analogieen, die die eine oder die andre Partey für ihre Meinung aufstellt, thun zum *Beweise* nichts. Was sollen auch da diese hinkenden Anstalten, wo man *unmittelbar* zum Ziel kommen kann? —

§. 346.

In Rücksicht auf das Verhältniß des Eigenthumsrechts zur Ausübung ist ein Eigenthum entweder *völliges* (completum), oder *nicht völliges* (incompletum).

§. 347.

In Rücksicht auf die Zahl der Eigenthümer einer Sache, ist ein Eigenthum entweder *Alleineigenthum* (dom. solitarium), oder *Miteigenthum* (condominium f. communio).

Ann. 1. Condominium plenum et minus plenum. directum et utile. completum et incompletum — aequale et inaequale. — Condominium universale f. communio bonorum universalis, et condominium particulare f. communio bonorum particularis. A. P. G. Th. I. Tit. 17.

2. Das Miteigenthum kann *ursprünglich* seyn und durch die gleichzeitige Occupation mehrerer entstehen, oder *hinzugekommen* seyn, und seinen rechtlichen Grund in der Mittheilung des ursprünglichen Eigenthümers haben.

§. 348.

Jeder Eigenthümer hat ein Recht, sein vollständiges Eigenthum zum unvollständigen (§. 343.), das unbeschränkte zum beschränkten (§. 345.), das völlige zu einem nicht-völligen (§. 346.), das Alleineigenthum zum Miteigenthum (§. 343.) zu machen (§. 321.).

Siebenter Titel.

Endigung des Eigenthums.

§. 349.

Da Eigenthum ein Verhältniß einer Person zu einer Sache (§. 309.) ist, so kann dasselbe aufhören, entweder durch Vernichtung der Gegenstände, welche im Eigenthum auf einander bezogen werden, oder durch Aufhebung des Verhältnisses, in welchem diese Gegenstände mittelst des Eigenthums zu einander stehen.

§. 350.

Es wird daher ein Eigenthum geendigt, (modi tollendi dominium) 1) wenn der Eigenthümer stirbt, 2) wenn die Sache untergeht, 3) wenn der Eigenthümer die eigenthümliche Sache nicht mehr als Mittel für seine Zwecke ausschliessend haben will oder kann.

Zweytes Capitel.

Rechtliche Theorie der Verträge.

Instit. de obligationibus, quibus modis re contrahitur obl., de verb. obl. u. f. w.

D. de pactis, de obl. et actt., de verb. oblig., de duobus reis constit., de stipul. servand. u. f. w.

A. P. G. Th. 1. Tit. 4. 5.

* * *

Erster Titel.

G r u n d b e g r i f f e.

§. 351.

Wille im engern Sinne (Geneigtseyn) ist die Bestimmung einer Person *für etwas*; die Aeufserung seines Willens durch Zeichen (Thatfache, wodurch man seinen Willen zu erkennen giebt) heisst *Willenserklärung* (declaratio voluntatis).

§. 352.

Einwilligung (consensus) ist die Einstimmung des Willens einer Person in den Willen einer andern: Aeufserung dieser Einwilligung durch Zeichen heisst *Erklärung der Einwilligung* (declaratio consensus).

Anm. Consensus bilateralis, reciprocus, mutuus — unilateralis? —

§. 353.

Leisten (praeftare) heist zu einem Zweck als Mittel wirken. *Einem etwas leisten* (praeftare alicui aliquid) heist für die Zwecke irgend Eines etwas als Mittel verwenden.

§. 354.

Niemand hat ein Recht, einen andern anzuhalten, dafs er ihm etwas leiste (§. 353. vergl. §. 247. ff.).

§. 355.

Der Mensch hat ein Recht, einem andern etwas zu leisten (§. 243. ff.).

§. 356.

Versprechen (promissio) ist eine Willenserklärung (§. 351.), dafs man etwas leisten (§. 353.) wolle. Derjenige, welcher ein Versprechen giebt, heist der *Versprechende* (promittens): der, welcher ein Versprechen erhält, der *Promissar* (promissarius): der Gegenstand des Versprechens, das *Versprochene* (promissum). — *Gegenversprechen* (repromissio) ist die Willenserklärung, dafs man für das, was der andre leistet, wieder etwas leisten wolle.

§. 357.

Der Mensch hat ein Recht, einem andern ein Versprechen oder ein Gegenversprechen zu geben (§. 355.).

§. 358.

§. 358.

Die Einwilligung (§. 352.) in ein Versprechen (§. 356.) heisst *Annahme* (acceptatio).

§. 359.

Der Mensch hat ein Recht, ein Versprechen zu acceptiren.

§. 360.

Aber niemand ist berechtigt, den Versprechenden *wider dessen Willen* zur Erfüllung des acceptirten Versprechens zu *zwingen*. Denn er würde ihn auf diese Weise zum bloßen Mittel herabwürdigen.

Ann. 1. Wollte jemand hiebey bemerken: aber auch der Versprechende, der mir nicht Wort hält, würdigt *mich* zum bloßen Mittel herab; so erwiedre ich: dies ist ungegründet; denn nur *unter der Bedingung des guten Willens* (Geneigtseyns) des Versprechenden konnte *ich* das Versprochne als Mittel für meine Zwecke ansehen; ich kann daher im Fall der aus geändertem Willen erfolgenden Nichterfüllung des Versprechens nicht behaupten, daß der Versprecher mir ein Mittel für meine Zwecke entwendet, weil mit dieser Willensänderung das Versprochne von selbst aufhörte, ein Mittel für meine Zwecke zu seyn. Der Versprecher hat bloß seine Zwecke den meinigen vorge setzt, und dazu hat er ein Recht. In diese Behauptung stimmt auch das Urtheil des graden Menschenverstandes

des ein: Wenn einer das Versprechen einer Person, ihn von einem Spaziergange abzuhalten, acceptirt hat, und die Person hält ihr Versprechen nicht, so beklagt er sich wol über *Unart* und *Unbilligkeit*; aber nicht über *Unrecht* und *Ungeerechtigkeit*. — Man vergesse übrigens nicht bey diesen Untersuchungen den *Gegenstand des Naturrechts*; und bedenke demnach, daß hier nicht vom *innerlichen Rechte* die Rede sey.

2. Sehr richtig ist die Regel des positiven Rechts: *Die Paciscenten werden durch den Vertrag so und nicht anders verbunden, als sie sich haben verbinden wollen.*

§. 361.

Das Zusammenstimmen des Willens mehrerer heißt *Uebereinkunft* (conventio): die Uebereinkunft über etwas zu leistendes, ein *Vertrag* (pactum nudum): die Schließung des Vertrages, das *Vertragen* (pactio): die Personen, welche den Vertrag schliessen, heißen *Paciscenten* (paciscentes).

Ann. 1. L. 1. §. 1. sq. D. de pactis. Pactum autem a pactione dicitur: inde etiam pacis nomen appellatum est. §. 2. Et est pactio, duorum pluriumve in idem placitum consensus. §. 3. Conventiois verbum generale est, ad omnia pertinens de quibus negotii contrahendi transigendique causa consentiant, qui inter se agant: nam sicuti convenire dicuntur, qui ex diversis locis in unum (locum) colliguntur et veniunt; ita et qui ex diversis animi
moti-

motibus in unum consentiunt, id est, in unam sententiam decurrunt.

2. Ganz richtig sagt man also, dafs zu einem Vertrage ein *Versprechen* (§. 356.) und *Annehmung* des V. (§. 358.) erforderlich sey.

§. 362.

Durch einen blofsen Vertrag (§. 361.) erwirbt man kein Zwangsrecht, und wird dem Versprechenden keine *Zwangspflicht* aufgelegt (§. 360.).

§. 363.

Der Mensch hat ein Recht, einen Vertrag zu schliessen (§. 359. 355.).

§. 364.

Die Willenserklärung (§. 351.), dafs man einem ein Recht, eine Leistung zu fordern, geben wolle, oder das Versprechen eines Rechts, heisst *rechtliches* (förmliches) *Versprechen* (promissio legitima s. juridica), und in wie fern dadurch dem Promissar etwas zuerkannt wird, eine *rechtliche* (förmliche) *Zusage*. Die in einem rechtlichen Versprechen zugesagte Leistung heisst *rechtliche Leistung*.

§. 365.

Der Mensch hat ein Recht, dem andern etwas rechtlich zu versprechen (§. 357.).

§. 366.

Die Einwilligung in ein rechtliches Versprechen (§. 364.) heisst *rechtliche* (förm-

liche) *Annehmung* (acceptatio legitima f. juridica). Die Uebereinkunft über eine rechtliche Leistung heisst *rechtlicher* (förmlicher) *Vertrag* oder *Contract* (pactum legitimum, juridicum, f. contractus). Die Personen, welche den rechtlichen Vertrag schliessen, nennt man die *Contrahenten* (contrahentes).

Anm. *Quasi - contractus.* *Form und Materie des Vertrags.*

§. 367.

Der Mensch hat ein Recht, einen rechtlichen Vertrag (§. 366.) zu schliessen: und es kann derselbe ein rechtmässiges Mittel, sich Rechte zu erwerben, seyn (modus acquirendi derivativus). §. 303. 307.

§. 368.

Vertragsrecht (jus contractum) heisst ein Recht, dessen Bedingung ein Vertrag ist: *Vertragspflicht* (officium contractum) eine Pflicht, deren Bedingung ein Vertrag ist. — Vertragsrechte müssen *erworben* und Vertragspflichten *übernommen* seyn, wenn diese oder jene in Hinsicht auf eine bestimmte Person stattfinden sollen.

Anm. Heiligkeit der Verträge bey unsern deutschen Vätern. *Taciti Annal.* L. XIII. c. 54. et de moribus Germ. . Ein Wort, ein Wort: Ein Mann, ein Mann: und, Zusage macht Schuld. S. *Schwabenspiegel*, C. 259. vergl. *Hert. paroemia juris*, Lib. I. par. 8.

Zwey-

Zweyter Titel.

Rechtliche Folgen eines rechtlichen Vertrags.

§. 369.

Durch einen rechtlichen Vertrag (§. 367.) erhält der Promissar ein Zwangsrecht auf den Promittenten, oder das Recht, diesen zur wirklichen Leistung des Versprochenen anzuhalten. — Denn der Promittent erklärt in dem Contracte, daß er geneigt sey, d. h. es mit seinen Zwecken vereinbar finde, dem andern ein Recht auf sich zu geben: der Promissar acceptirt diese Willenserklärung, d. h. nimmt das ihm von dem andern gegebne Recht in die Summe seiner Rechte auf, und hiemit also zugleich das sittliche Vermögen, den Versprechenden zur Leistung zu zwingen, d. i. ihn in Hinsicht des contractmässig abgetretenen Rechts nach Naturgesetzen (als Mittel für seine Zwecke) zu behandeln.

Anm. 1. Es würde des Streits über den Grund der Verträge viel weniger gewesen seyn, wenn man an den Unterschied zwischen *bloßen Verträgen* (*pactis nudis*) und zwischen *förmlichen Contracten* gedacht hätte, wozu doch das positive Recht und der Sprachgebrauch des gemeinen Lebens so leicht hätte veranlassen können. — *Ursprünglich* oder ohne Voraussetzung ist niemand der Natur eines andern

andern unterworfen, weil alle unter dem Sittengesetze stehen, und also Zwecke an sich selbst sind: *ursprünglich* also *hat niemand* auf einen andern *ein Recht*. Wo dieses stattfinden soll, da muß erst jenes Hinderniß, das *Zweckseyn* des andern, weggeräumt werden, und dies *kann nur durch den andern selbst geschehen*, und *geschieht wirklich*, wenn er erklärt, daß er mein Recht auf sich mit seinen eignen Zwecken vereinbar finde, und sich in Rücksicht dessen, was er rechtlich versprochen, als ein Mittel für meine Zwecke betrachten *wolle*. Durch diese Erklärung wird es nun *moralisch-möglich*, sich dieses Recht auf den andern zu erwerben, und man *hat es erworben*, wenn man sein Versprechen acceptirt. — Diese Deduction der zwangsmäßigen Verpflichtung der Verträge scheint der verewigte *Mendelssohn* im Sinne gehabt zu haben, wenn er (im *Phädon* S. 219. und *Jerusalem* S. 52. ff.) den rechtlichen Grund der Verträge in die Erhebung einer Gewissenspflicht zu einer Zwangspflicht setzt. — Die Deduction ist nur nicht allgemein, indem der angegebne Grund wol auf die zu *rechtlichen* Verträgen (*pacta non nuda*) erhobnen *bloßen* Verträge (*pacta nuda*), nicht aber auf die sogleich contractmäßig abgeschlossnen Verträge paßt. — Die Freunde und Feinde des *Nachdrucks* können durch diese Deduction auf eine neue Wendung in ihrem Streit über die Rechtmäßigkeit desselben in einem *Staate* (wo keine positive Gesetze darüber sind) geführt werden.

2. Einige Naturrechtslehrer verwechseln die *empirischen*, andere die *moralischen* Gründe der Verträge mit den *rechtlichen*. — *Rousseau* in seinem *Emile* u. a. giebt den Grund, warum die Menschen *geneigt* sind, Verträge zu schliessen — *Hobbes* (*Ell. ph. de cive* c. 2. sq. und *Leviathan* c. 14. sq.) und *Garve* (*A. und A. zu Cicero* v. d. *Pfl. Th.* 1. S. 94. f. und A. S. 96 — 98.) geben *politische* Gründe der Verträge — *Feder* den (empirischen) Grund der *Pflicht*, andern sein Wort zu halten, statt der rechtlichen Gründe.

§. 370.

Wenn also der Promittent den Vertrag nicht erfüllen will, so hat der Promissar ein Recht, ihn zu zwingen.

§. 371.

Es ist eine Zwangspflicht des Promittenten bey einem Contracte, weder ganz noch zum Theil zu poenitiren; wer ein Recht hiezu haben will, muß es sich bey Abschließung des Contracts vorbehalten.

Ann. 1. pactum revocabile. irrevocabile.

2. *Rechtswohlthat* (*beneficium juris* im *naturrechtlichen* Sinn) ist die Aufhebung einer schwächern Pflicht durch ein stärkeres Recht. Diese *Rechtswohlthat* kömmt auch dem Promittenten zu.

Beneficium competentiae, deliberandi, divisionis, ordinis u. d. g. m.

§. 372.

Wenn der Promittent gegen den Promissar *trenlos* handelt, so erhält dieser ein Recht,

Recht, ihn zu zwingen; kann also, in dem Fall, daß er ihm auch ein Versprechen gegeben hat, dieses unerfüllt lassen.

§. 373.

Auch gegen jeden Dritten erhält der Promissar ein Schutzrecht (§. 265.) für das, was er sich in einem rechtlichen Vertrage erworben hat.

§. 374.

So wie man überhaupt für andre Menschen Rechte erwerben kann; so kann man auch für einen Dritten Vertragsrechte erwerben.

Anm. Adjectus.

Dritter Titel.

Erfordernisse eines rechtlichen Vertrags.

§. 375.

Die *Erfordernisse* eines rechtlichen Vertrags betreffen entweder seine *Möglichkeit* oder seine *Wirklichkeit*, und sind entweder *äußere* oder *innere*.

§. 376.

Das *äußere* Erfordernis (§. 375.) der *Möglichkeit* eines Contracts sind *mehrere Personen* und ein *Object* (rechtliche Leistung); die *innern* Erfordernisse derselben ein *rechtliches*.

liches Versprechen (§. 364.) und eine rechtliche Annahme (§. 366.).

Anm. Pollicitationen also und Gelübde (vota) sind gar nicht nach den Regeln der Contracte zu beurtheilen, weil sie keine Contracte sind.

§. 377.

Die äussern Erfordernisse der *Wirklichkeit* eines Contracts sind eine *versprechende Person* und eine *acceptirende Person* und ein *versprochenes und acceptirtes Object*. Die innern Erfordernisse derselben ein *wirkliches Versprechen* und eine *wirkliche Acceptation*.

Anm. Verträge also, die keinen Gegenstand, oder so gut, als keinen Gegenstand haben, sind keine moralische Verträge. Pacta indiscreta. aleam continentia.

§. 378.

Ein *wirkliches Versprechen* findet nur da statt, wo die *Erklärung* gegeben ist, dass man zu einer rechtlichen Leistung (§. 364.) gegen den andern geneigt sey.

§. 379.

Diese *Erklärung* (§. 378.) kann *ausdrücklich* (expresse) oder *stillschweigend* (tacite) gegeben seyn.

Anm. 1. Pactum expressum et tacitum. Consensus expressus et tacitus. Facta concludentia.

2. Die *stillschweigende Erklärung* muss nicht mit dem *Stillschweigen* (silentium) verwechselt werden, welches letztere nur eine

eine *Art* der stillschweigenden Erklärung ist.

§. 380.

Die *Vermuthung*, daß jemand worin einwilligen oder etwas versprechen werde, oder eingewilligt und versprochen habe, kann so wenig, als die *Erwartung* einer Einwilligung oder eines Versprechens, für *wirkliche* Einwilligung und *wirkliches* Versprechen angesehen werden. — Ein *erdichtetes* Versprechen ist gar kein Versprechen.

Anm. *Consensus certus, probabilis, praesumptus.* — *Consensus verus et fictus.*

§. 381.

Eine wirkliche Acceptation findet nur da statt, wo die Erklärung gegeben ist, daß man gewillet sey, ein Recht auf eine *versprochne* rechtliche Leistung zu haben.

§. 382.

Auch diese Erklärung (§. 381.) kann sowol *ausdrücklich* als *stillschweigend* gegeben seyn; sie setzt aber ein wirkliches Versprechen als nothwendige Bedingung zum voraus.

§. 383.

Vermuthung, Erwartung oder Erdichtung können auch hier nicht für Wirklichkeit gelten.

§. 384.

Gültigkeit (valor) des Vertrages ist die Beschaffenheit desselben, vermöge deren er ein

ein Grund von Zwangsrechten ist, Ein Vertrag, der diese Beschaffenheit hat, heisst ein *gültiger Vertrag* (*pactum validum*). Ein Vertrag, der diese Beschaffenheit nicht hat, heisst *nicht gültig* (*invalidum*).

§. 385.

Ungültigkeit des Vertrages ist die Beschaffenheit desselben, vermöge deren er kein Grund von Zwangsrechten seyn kann. Ein Vertrag, der diese Beschaffenheit nicht hat, heisst ein *ungültiger Vertrag* (*pactum nullum*).

Anm. P. absolute nullum. secundum quid nullum.

§. 386.

Erfordernisse der Gültigkeit eines Vertrags (§. 384.) sind die Bedingungen, unter welchen er ein Grund von Zwangsrechten ist. Sie sind theils *äussere*, theils *innere*. Jene beziehen sich auf die *Contrahenten* und den *Gegenstand* des Contracts: diese auf die *Uebereinkunft* selbst.

§. 387.

Die *Contrahenten* müssen im Stande seyn, die Sphäre ihrer Zwecke und das Verhältniss derselben zu dem Contract zu übersehen, und sich selbst bestimmen (§. 369. A. 1.).

§. 388.

Personen also, welche sich in einem Zustande befinden, wo sie durch blinde Natur.

turgesetze bestimmt werden, können nicht contrahiren, und der mit ihnen geschlossene Vertrag hat keine Gültigkeit.

§. 389.

Unmündige Kinder und Menschen, die für eine längre Zeit, wie z. B. Wahnsinnige, oder doch zur Zeit der Vertragsschließung, wie z. B. durch Trunkenheit oder Affect Verrückte, des Gebrauchs ihrer Vernunft ermangeln, können keine gültige Contracte schliessen.

Ann. Haben vernünftige Menschen, welche dergleichen Personen etwas contractmäßig versprochen, eine Zwangspflicht, ihr Versprechen zu halten? — Kann das, was denen, die nicht im Gebrauch der Vernunft sind, zur Fähigkeit einen Vertrag zu schliessen fehlt, von andern supplirt werden? —

§. 390.

Der *Gegenstand* des Contracts muß so beschaffen seyn, daß er dem Einen von dem Andern als Mittel für seine Zwecke überlassen werden kann und darf.

§. 391.

Ueber Gegenstände also, die weder versprochen noch acceptirt werden können, kann kein gültiger Contract geschlossen werden.

Ann. *Physisch-unmögliche Gegenstände. Unterordnung der Wirksamkeit des Verstandes und der Vernunft unter fremde Willkühr. u. s. w.*

§. 392.

§. 392.

Ueber Gegenstände, die weder versprochen noch acceptirt werden *dürfen*, kann kein gültiger Contract geschlossen werden.

Ann. In wie fern können *Personen* Gegenstand eines Contracts seyn? — Kann man sich zu *verbotnen Handlungen*, z. B. Verletzungen andrer, in einem Contracte anheischig machen? —

§. 393.

In wie fern Gegenstände der Disposition der Contrahenten nicht unterworfen sind, in so fern können sie über dieselben keinen gültigen Contract schliessen.

Ann. Sachen und Handlungen eines Dritten.

Res sacrae. religiosae. publicae.

§. 394.

Das erste *innere* Erforderniß (§. 386.) zur Gültigkeit eines Contracts ist seine *Wirklichkeit* (§. 375 — 383.). Bloss *vermuthete* oder *erwartete* Acceptationen und Versprechen können keinen gültigen Vertrag begründen.

§. 395.

Das Daseyn eines förmlichen Versprechens und einer förmlichen Acceptation ist aber zur Gültigkeit des Contracts nicht genug; es muß, wo diese stattfinden soll, auch eine *wirkliche Uebereinkunft*, also *wirkliche Einwilligung* in Rücksicht der rechtlichen Leistung seyn. — Denn nur dann kann ein Contract Grund von Rechten auf einen an-

Schann. Naturr.

P

dern

dern feyn, wann dieser dies Recht mit seinen Zwecken vereinbar findet, und also wirklich gewillet ist, es dem andern zu geben oder von ihm anzunehmen.

§. 396.

Zu einer wirklichen Einwilligung (§. 395.) wird 1) eine *Vorstellung* von der Leistung, auf welche man ein Recht geben oder annehmen will, erfordert; 2) aber auch der *Wille* (das wirkliche Geneigtseyn [§. 351.]), dieses Recht anzunehmen oder zu geben.

§. 397.

Irrthum (error) ist die Nichtübereinstimmung einer Vorstellung mit dem Objecte; in wie fern also Irrthum bey dem Vertrage obwaltet, in so fern ist derselbe *nicht gültig* (§. 384. und 396, 1.).

Ann. 1. Error efficax et non efficax. vincibilis, invincibilis.

2. Der Irrthum kann entweder die äußern Bedingungen des Contracts (die Person oder den Gegenstand und dessen Eigenschaften), oder die innern Bedingungen desselben betreffen. — Zwischen positivem Recht und Naturrecht kann übrigens hier so wenig, als sonst ein *Widerspruch* seyn. L. 57. ff. de obl. et act.

§. 398.

In wie fern der Irrthum (§. 397.) seinen Grund in der Schuld des Irrenden hat, und dem andern Contrahenten einen Nachtheil

theil verursacht; in so fern kann dieser Wiedergutmachung seines Schadens von dem Irrenden fordern; denn er wurde durch dessen Schuld verletzt.

§. 399.

Zwang (§. 131.) nach psychologischen Gesetzen heißt *List*, und in wie fern jemand dadurch verletzt (zu seinem Schaden irregeleitet) wird, *Betrug* (fraus): in wie fern also Betrug bey einem Vertrage obwaltet, in so fern ist der Vertrag *ungültig* (§. 385. und 396, 2.), und giebt dem Betrognen gegen den Betrüger ein Recht zu zwingen (§. 256.)

Anm. 1. *Dolus causam dans. D. incidens.*

2. Was ist Rechtens, wenn ein *Dritter* den Betrug verursacht? (§. 397. u. 399.)

3. *Pactum, ne dolus futurus praestetur.* —

§. 400.

Zwang (§. 131.) nach mechanischen Gesetzen heißt *Gewalt* (vis), und in wie fern jemand dadurch verletzt (nach körperlichen Naturgesetzen behandelt) wird, *Gewaltthätigkeit* (violentia): in wie fern also Gewaltthätigkeit bey einem Vertrage obwaltet, in so fern ist derselbe *ungültig* (§. 385. und 396, 2.), und giebt dem gewaltsam behandelten gegen den Gewaltthätigen ein Recht zu zwingen (§. 256.).

Anm. 1. *Vis justa et injusta. metus injustus et justus. Minae. Metus, qui in virum fortem cadit?*

2. Kann es erzwungne Verträge geben, die gültig sind? —
3. Was ist Rechtens, wenn der Vertrag aus Furcht vor einem Dritten eingegangen wurde?

§. 401.

Thatsachen, welche eine Uebereinkunft zur Folge haben können, und Aeufserungen, welche dem Buchstaben nach Einwilligung erklären, aber nicht für eine förmliche Einwilligung genommen seyn wollen, setzen eine nicht wirkliche Uebereinkunft und Einwilligung voraus, und können demnach nicht als Contracte gelten (§. 395.).

Ann. Tractaten — Complimente. Scherzhafte Aeufserungen. Versprechungen, bey welchen an kein Zwangsrecht gedacht wird, die z. B. in einer gesellschaftlichen Unterhaltung vorkommen, u. s. w.

§. 402.

Die Beurtheilung, ob ein Vertrag ein Grund von Zwangsrechten sey, erfordert eine Prüfung der innern und äufsern Erfordernisse seiner Gültigkeit. Die Beurtheilung, was für Rechte er begründe, ist ein Geschäft der Auslegung (interpretatio).

Ann. 1. Regeln der Auslegung. Das allgemeine Gesetz der Auslegung ist: Diejenige Einwilligung, welche die unmittelbaren oder mittelbaren Zeichen des Vertrags als nothwendige Bedingung voraussetzen, ist für die wirkliche zu nehmen, und nach
ihr

*ihr sind die auf den Contract gegründeten
Zwangsrechte zu beurtheilen.*

2. Wo sich solche Zeichen, die einen bestimmten Sinn als nothwendige Bedingung voraussetzen, nicht finden, da kann durch Auslegung nichts entschieden werden. Die Entscheidung muß in diesem Fall nach den allgemeinen Gesetzen des Rechts mit Beziehung auf die Sache quaest. geschehen. Man vgl. A. P. G. Th. I. Tit. IV. §. 65 - 74.

Vierter Titel.

Bestimmungen der rechtlichen Verträge.

§. 403.

Was in Beziehung auf einen rechtlichen Vertrag festgesetzt ist, heißt eine *Bestimmung* des Vertrages.

§. 404.

Die Bestimmungen eines Vertrags (§. 403.) sind entweder *nothwendige* oder *zufällige*. Zu jenen gehören die *wesentlichen* (essentialia); zu diesen die *gewöhnlichen* (naturalia) und *ganz beliebigen* (zufällige im engen Sinn. accidentalia).

§. 405.

Eine Thatsache, von welcher die Gültigkeit des Vertrags abhängt, heißt *Bedingung* (conditio).

§. 406.

Die Bedingungen werden getheilt 1) in *affirmative* und *negative* (*affirmativae et negativae*), 2) in (physisch- und moralisch-) *mögliche* und *unmögliche* (*possibiles et impossibiles*), 3) in *casuales*, *potestativae* und *mixtae* (je nachdem das Eintreten der Bedingung von der Macht des Promissars abhängt, oder nicht abhängt, oder nur zum Theil abhängt), 4) in *ausschiebende* oder *aufhebende* (*suspensivae et resolutivae*), 5) in solche, die in einem *vergangnen*, *gegenwärtigen* oder *zukünftigen* Zeitpunkt liegen (*conditio in praeteritum, in praesens, in futurum collata*).

Ann. 1. Conditio absolute impossibilis. C. de facto, per accidens, ex suppositione impossibilis. C. difficilis.

2. Conditio existit, deficit, pendet, evanescit.

§. 407.

Die Verträge sind entweder *bedingte* (*conditionata*) oder *unbedingte* (*pura*), je nachdem ihre Gültigkeit von irgend einer Thatfache abhängt, oder ganz unabhängig ist. Die Regeln der bedingten Verträge ergeben sich aus der Beziehung der verschiedenen Arten der Bedingungen auf die Regeln der Gültigkeit der Verträge überhaupt.

Ann. 1. Pacta sub conditione suspensiva et resolutiva. Regeln beider, je nachdem die Bedingung schwebt, existirt, oder fehlt, möglich oder unmöglich ist.

2. Con-

2. *Conventio de spe.* C. de spe stricte sic dicta. C. de re sperata.

3. Hazardspiele, Lotterie. Bodmerey. Assurance. Wette u. s. w. A. P. G. Th. II. Tit. VIII.

§. 408.

Die bestimmte Zeit der Gültigkeit eines Vertrags heisst *Termin* (dies), und die Verträge, in welchen die Zeit ihrer Gültigkeit bestimmt ist, nennt man *pacta sub die* (an eine Zeit gebundene V.). Sie sind entweder *pacta ex die* oder *pacta in diem*, je nachdem das wie lange oder wie früh in Rücksicht auf sie bestimmt ist.

Anm. In Beziehung auf das *pactum ex die*, hat man die positive Regel: *dies statim cedit, sed venit demum tempore lapso* — in Beziehung auf das *pactum in diem*: *dies statim cedit et venit; sed obligatio tempore lapso expirat.*

§. 409.

Die Bestimmung des Zwecks, zu welchem man dem Promissar etwas leisten will, heisst *Zielfetzung* (*determinatio modi*), und ein Vertrag, dem eine Zielfetzung beygefügt ist, ein *zielfetzlicher Vertrag* (*pactum modale* s. *sub modo*).

Anm. Wie ist das *pactum modale* von dem *pacto sub conditione resolutive* zu unterscheiden? *Modus non suspendit obligationem.*

Fünfter Titel.

Arten der rechtlichen Verträge.

§. 410.

Ein rechtlicher Vertrag hat *entweder* sowol *quantitative* als *qualitative Einheit*, oder ist zwar der Quantität nach *Eins*, der Qualität nach aber eine *Vielheit*. — Jener heist ein *einfacher*, dieser ein *vielfacher* Vertrag (*pactum simplex et multiplex*),

Anm. Pactum principale et accessorium.

§. 411.

In einem rechtlichen Vertrage wird *entweder* nur *einseitig* oder aber *gegenseitig* eine rechtliche Leistung (§. 364.) versprochen. Der Vertrag heist in jenem Fall ein *einseitiger* (*pactum unilaterale*), in diesem ein *gegenseitiger* Vertrag (*pactum bilaterale*).

§. 412.

Die versprochne rechtliche Leistung (§. 364.) besteht *entweder* in der *Befreyung* von einer *Zwangspflicht*, oder in der *Uebergabung* eines *Zwangsrechts*. Je nachdem das erste oder das letzte stattfindet, ist der Vertrag ein *losagender* (*pactum liberatorium*), oder ein *zusagender* (*pactum obligatorium*).

§. 413.

Die rechtliche Leistung wird *entweder* gegen eine *Gegenleistung* oder *umsonst* versprochen.

sprochen. Ist jenes, so entsteht ein *entgeltlicher* (*pactum remuneratorium*); ist aber dieses, ein *unentgeltlicher Vertrag* (*pactum gratuitum*).

Anm. Pactum beneficium. onerosum. Ein entgeltlicher Vertrag kann *einseitig*, aber auch *gegenseitig* (§. 411.) seyn.

§. 414.

Was die Materie der rechtlichen Leistung, d. h. das, was geleistet wird oder geleistet werden soll, betrifft; so ist dasselbe im allgemeinen entweder etwas, was mit der leistenden Person wie Wirkung mit der Ursach zusammenhängt; oder etwas, was mit ihr wie ein Mittel zu Zwecken verknüpft ist — entweder eine *Handlung* oder eine *Sache*. —

Anm. Betrifft die Leistung eine Sache, so kann entweder *die Sache selbst* oder bloß *der Gebrauch derselben* zugesagt werden.

§. 415.

Aus der Verbindung der beiden in den vorigen §§. (§. 413. 414.) characterisirten Vertragsarten ergeben sich folgende besondere Formen derselben: I) *Kauf* (*emptio venditio*) und *Schenkung* (*donatio*). II) *Leihcontract* (*commodatum*) und *Miethe* (*locatio conductio*). III) *Hinterlegung* (*depositum*) und *Verdingung* (*locatio conductio operis*). IV) *Bevollmächtigung* (*mandatum*) und *Vermiethung seiner Dienste* (*locatio conductio operarum*).

§. 416.

Da man in den entgeldlichen Verträgen (§. 413.) eins gegen das andre verspricht, und, in wie fern die Verträge entgeldlich sind, für seine Leistung eine andre haben will, die eben so viel gilt, d. h. eben so viel werth ist, so erfordert die Theorie der entgeldlichen Verträge die Erörterung der auf den Werth der Dinge sich beziehenden Begriffe.

§. 417.

Unter *Werth* (valor) eines Dinges überhaupt versteht man das Verhältniß desselben zu den Zwecken des Menschen. *Werth* im engern Sinn bedeutet die *Tauglichkeit* eines Dinges zu Zwecken.

Anm. Absoluter und relativer Werth. Subjectiver und objectiver Werth.

§. 418.

Den Werth (§. 417.) eines Dinges bestimmen, heisst *schätzen* (taxiren): der bestimmte Werth eines Dinges, *Preis* (pretium).

Anm. Schätzbarkeit. Marktpreis. Affectionspreis. Pretium eminens et vulgare. Pretium conventionale et legale.

§. 419.

Geld (pecunia) ist ein allgemeines Maass des Preisses der Dinge: metallisches und mit dem Zeichen seines Werths versehenes Geld heisst *Münze* (moneta).

Anm. 1.

Anm. 1. In wie fern kann man sagen, daß in einem entgeltlichen Vertrage die gegenseitigen Leistungen von gleichem Werth seyn müssen? —

2. Ueber Geld, Münze u. d. g. S. Versuch zur Entwicklung fester Begriffe von Arbeit und Handel — von Geld und Vermögen u. s. w. von J. Zoëga, Kopenhagen. Büsch und Ebelings Handlungsbibliothek. v. Eggers deutsches Magazin, Hamb. vgl. Allg. Liter. Zeit. v. J. 1791. St. 275 — 286. und 315 — 323.

§. 420.

Der *Kaufcontract* (*emptio venditio*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent das Eigenthumsrecht seiner Sache dem andern gegen Geld übergiebt.

Anm. 1. Waare (*merx*). Kauffschilling (*pretium*). *Essentialia des Kaufcontracts.* Ist Geld ein *essentiale des Kaufs*? — §. 2. J. de *emt. et vend.* L. pen. C. eod. tit. — ἀρρυσθαι, ὀνειδισθαι, πολεῖν. — *Homeri Ilias* η. v. 472 ff. cf. *Mureti Var. Lectt.* X. 3.

2. *Emptio str. s. d. Emptio spei, rei speratae.* E. in genere, in specie. E. ad mensuram, per *aversionem* (in Pausch und Bogen, über Hauf).

3. Wann wird der Käufer Eigenthümer der gekauften Sache? Wer trägt die Gefahr? Muss der Verkäufer *Eviction* leisten? *Wiederkauf.* *Vorkauf.* *Pactum constituti possessorii.* *addictionis in diem.* *commissorium.* A. P. G. Theil 1. Tit. XI. Abschn. I. — Tit. XX. Abschn. II.

§. 421.

§. 421.

Der *Schenkungscontract* (*donatio*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine der Contrahenten das Eigenthumsrecht seiner Sache dem andern ohne *Entgelt* übergiebt.

Ann. 1. Donans. Donatarius. Donatio inter vivos. D. mortis causa. D. simplex. relata. D. remuneratoria. modalis.

2. Wann geht das Eigenthumsrecht der geschenkten Sache wirklich über? — Ist bey der Schenkung die *Acceptation* erforderlich? Kann eine Schenkung widerrufen werden? — A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abschn. 9.

§. 422.

Der *Miethcontract* (*locatio conductio rerum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent das Gebrauchsrecht seiner Sache dem andern gegen Geld übergiebt.

Ann. 1. Locator. Conductor. Essentialia des Miethcontracts. Locarium.

2. Wann ist dieser Contract vollkommen abgeschlossen (*consummatum*)? Wer trägt die Gefahr? In wie fern kann man sagen, Kauf bricht Miethe? Kann der Miethsmann *Remission* fordern? *Relocatio. Sublocatio.* Ist er zu der letztern berechtigt? — A. P. G. Th. I. Tit. XXI. Abschn. III. 1.

§. 423.

Der *Leihcontract* (*commodatum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent das Gebrauchsrecht seiner Sache dem andern ohne *Entgelt* übergiebt.

Ann. 1.

Ann. 1. Commodans. Commodatarius. Commodatum im engern Sinn, und Precarium.

2. Was erhält der Commodatarius für Rechte? — Wer muß die Sache erhalten? — Kann der Eigenthümer die Sache zurückfordern, wenn er ihrer selbst bedarf? — A. P. G. Th. I. Tit. XXI. Abschn. III. 2.

§. 424.

Der *Darlehnscontract* (*mutuum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent dem andern eine fungible Sache gegen die Versicherung der Wiedergabe einer andern von gleicher Art und gleichem Werthe zum Verbrauchen übergiebt.

Ann. 1. Mutuans. Mutuatarius. Essentialia des Darlehns. Unterschied vom Leihcontract.

2. Darlehn in Gelde. In welcher Münze muß es wiederbezahlt werden?

3. Zins (usura). Ist der Gläubiger berechtigt Zinsen zu nehmen? Verzinsbares und unverzinsbares Darlehn. Landübliche Zinsen.

4. Wucher (foenus). Ist der Wucher rechtswidrig? — S. v. Sonnenfels über Wucher und Wuchergesetze. Wien. — Desselben: Was ist Wucher, und welches sind die besten Mittel demselben ohne Strafgesetze Einhalt zu thun? Wien. — Vornehmlich J. Günthers Versuch einer vollständigen Untersuchung über Wucher und Wuchergesetze, und die besten Mittel, demselben ohne Strafgesetze Einhalt zu thun. Hamburg. vgl. Hugo's civilistisches Magazin, 2. B. 2. St. — A. P. G. Th. II. Tit. XX. Abschn. XV. I. —

5. A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abschn. VII.

§. 425.

§. 425.

Der *Hinterlegungscontract* (*depositum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent die Verwahrung einer Sache des andern ohne Entgelt übernimmt.

Ann. 1. Deponens. Depositarius. Essentialia der Hinterlegung. Depositum miserabile.

2. Kann der Depositär das *Depositum* gebrauchen? Wann muß er es wiedergeben? in wiefern für den Schaden stehen? — A. P. G. Th. I. Tit. XIV. Abschn. I.

§. 426.

Der *Verdingungscontract* (*locatio conductio operis*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent die Verfertigung einer Sache für den andern gegen Entgelt übernimmt.

Ann. 1. Locator. Conductor s. redemptor.

2. Muß der redemptor operis das Werk selbst verfertigen? Muß er es zur bestimmten Zeit abliefern? — Wer trägt die Gefahr? Wer steht für den Schaden? — A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abschn. VIII.

§. 427.

Der *Bevollmächtigungsvertrag* (*mandatum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent die Beforgung von Geschäften des andern anstatt und im Namen dieses unentgeltlich übernimmt.

Ann. 1. Mandans (Principalis). Mandatarius (Procurator). Mandatum universale et particulare. M. generale s. cum libera, et speciale. M. expressum et tacitum.

2. Muß

2. *Muss der Mandans für die Handlungen des Mandatarius stehen? Muss er die Handlungen desselben ratihabiren? Wer trägt den Schaden? Honorarium. u. s. w.* A. P. G. Th. I. Tit. XIII. Abschn. I.

3. *Negotiorum gestio. Negotiorum gestor. In welchen Rechtsverhältnissen steht der Negotiorum gestor gegen den, dessen Geschäft er führte? — Nützliche Verwendungen.* A. P. G. Th. I. Tit. XIII. Abs. II. und III.

§. 428.

Der *Vermiethungscontract* (*locatio conductio operarum*) ist derjenige Vertrag, in welchem der eine Contrahent die Bedienung des andern gegen Entgelt übernimmt.

Ann. 1. Locator. Conductor. Essentialia dieses Vertrags. Merces.

2. *Muss der gemiethete Arbeiter nach der Vorschrift des Herrn handeln? In wie fern muss er für den Schaden haften? Kann er einen andern für sich stellen? Kann er vor der bestimmten Zeit abtreten? —* A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abs. VIII. §. 894. ff. — Tit. XXI. Abschn. III. III. — Th. II. Tit. V.

§. 429.

Alle übrigen Contracte, in welchen etwas gegen etwas anders — gegen *Vergeltung* — geleistet oder versprochen wird (ausgetauscht wird), lassen sich in dem Begriff des *Tauschcontracts* (*permutatio*) zusammenfassen, und in Rücksicht des Förmlichen durch diese vier Formeln bestimmen:

I) *Do*

- 1) *Do ut des.*
- 2) *Do ut facias.*
- 3) *Facio ut facias.*
- 4) *Facio ut des.*

§. 430.

Von diesen Verträgen (§. 429.) lassen sich nun im einzelnen (in Rücksicht des materiellen) so viele gedenken, als es Handlungen und Sachen giebt, über welche sie geschlossen werden können. Weil aber bey allen diesen das *Förmliche* (was in rechtliche Erwägung kömmt) *gleich* ist, so können die *allgemeinen Rechtsbestimmungen* derselben nicht *namentlich* verschieden seyn. Daher die Eintheilung der Contracte in *namentliche* (*nominati*) und *nicht namentliche* (*innominati*), von welchen *jene* Contracte sind, die wegen ihrer *eigenthümlichen* Form auch eigenthümliche Rechtsbestimmungen (im Allgemeinen) zulassen; *diese* aber solche, über die im allgemeinen keine ausdrückliche Rechtsbestimmungen gemacht werden können.

Ann. 1. Dies ist der allgemeine Begriff, welcher auch dieser Eintheilung der Contracte im römischen Recht zum Grunde liegt. *Contractus nominatus* ist nach der Bestimmung der Lehrer des röm. Rechts, *qui producit actionem propriam et cognominem*, (in Beziehung auf welchen schon im Allgemeinen die ihm eigne Form der Klage bestimmt werden kann, weil er eine

eine ihm eigne Form hat). Z. B. aus dem *Darlehnscontracte* (§. 424.) entsteht die *condictio certi ex mutuo* — aus dem *Kaufcontracte* (§. 420.) die *actio emti* und *actio venditi*. — *Contractus innominatus* heisst nach den meisten Rechtslehrern derjenige, der nur eine *actionem praescriptis verbis*, die er mit mehreren gemein hat, zulässt, (in Beziehung auf welchen im Allgemeinen keine besondere Form der gerichtlichen Action angegeben werden kann, weil er keine ihm ausschliessend gehörige Rechtsform hat). — Die *benannten Contracte* heissen auch *Contractus certi*, die *unbenannten*, *incerti*. L. 9. pr. ff. de reb. cred. Auch heissen die letztern wol im Gegensatz gegen die erstern, *alii contractus*, die andern Contracte, L. 7. §. 2. ff. de pactis. — Da der *Tausch* im weitern Sinne der allgemeine Begriff ist, unter welchen sich alle *contractus innominati* bringen lassen (§. 429.), so sieht man, warum auch dieser unter dieselben gezählt wird. — Ganz unrichtig verfahren also die Rechtslehrer nicht, welche sagen, *contr. innominati* sind die, welche keinen eignen Namen haben, (*Hufeland's* *Lehrf. d. N. R.* §. 635.); so wenig als diejenigen ganz richtig *definiren*, welche sie so bestimmen, wie ich oben angeführt habe. (*Höpfner's* *Commentar* über die *Instit.* S. 625 ff.)

2. Werden einige dieser nicht namentlichen Verträge, wegen der Beschaffenheit der Objecte, worauf sie sich beziehen, oder wegen ihres Einflusses auf andre Rechte,

für die bürgerliche Gesellschaft, von besonderer Wichtigkeit, so muß sich natürlich der Gesetzgeber veranlaßt finden, in Hinsicht ihrer besondere Verfügungen zu treffen — und so erhalten denn manche nicht namentliche Contracte, wegen der eigenthümlichen Form, die ihnen durch den Gesetzgeber gegeben ist, auch eigne Namen und Gesetze, z. B. *contractus aestimatorius* (Trödelcontract), *contractus suffragii*, *Verlagsvertrag* u. s. w. A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abschn. II. V. VIII.

§. 431.

Die gemeinschaftliche Form aller rechtsgültigen Contracte ist die *wirkliche Uebereinkunft*; in Rücksicht auf *diese* lassen sich also keine verschiedene Arten der Contracte gedenken. Aber wol in Rücksicht der *Zeichen dieser Uebereinkunft*, und dieser Eintheilungsgrund ist es auch, aus welchem das positive Recht die in der Anmerkung vorkommenden Arten der Verträge ableitet. — *Das Naturrecht* begnügt sich mit dem allgemeinen Gesetz: Die Uebereinkunft muß *wirklich*, und es müssen also *Zeichen* da seyn, aus welchen sie erkannt werden kann: diese können übrigens sehr verschieden, nur müssen sie alle so beschaffen seyn, daß aus ihnen ihr Bezeichnetes erkannt werden kann: *die Politik* rath von den verschiedenen möglichen Zeichen diejenigen für gültig zu erklären, aus denen sich am sichersten auf die wirkliche Con-

Convention schliessen läßt: und das *positive Recht* verordnet endlich durch den Mund der Gesetzgeber: Diese oder jene Zeichen sollen als Zeichen der wirklichen Uebereinkunft in unserm Forum angesehen werden, und die bürgerliche Gültigkeit des Vertrages beweisen.

Anm. 1. Wann und in wie fern die (bürgerliche) Gültigkeit eines Contracts von *förmlichen Zeichen* der Uebereinkunft *ausschliessend* abhängt, dann und in so fern heisst er *Contractus stricti juris* *f. formularius*, und ist, je nachdem diese förmlichen Zeichen *schriftliche* oder *mündliche* sind, entweder *Contractus literalis* *f. chirographarius*, z. B. *datio dotis*, oder *C. verbalis* *f. nuncupativus*, z. B. *Stipulatio*.

2. Wann und in wie fern die (bürgerliche) Gültigkeit eines Contracts überhaupt nur von der *völligen Uebereinkunft* abhängt, dann und in so fern heisst er *Contractus bonae fidei*, — und ist entweder *Contractus realis* oder *consensualis*, je nachdem zur völligen Uebereinkunft eine in Hinsicht auf den Contract schon geschehene Leistung, oder die bloße Einwilligung erforderlich ist. — *Mutuum* (§. 424.), *commodatum* (§. 423.), *depositum* (§. 425.) — *emptio* (§. 420.), *locatio* (§. 422.), *mandatum* (§. 427.)

Sechster Titel.

Veränderung, Aufhebung, Endigung der Verträge.

J. quibus modis tollitur obligatio.

D. de Novationibus et delegationibus, de solutionibus et liberationibus, de acceptilatione.

A. P. G. Th. I. Tit. XVI.

§. 432.

Ein Vertrag wird *verändert*, wenn in die Stelle vorheriger Bestimmungen (§. 403.) desselben neue kommen. Da nun die Bestimmungen eines Vertrags entweder die Personen oder den Gegenstand desselben afficiren; so geschieht auch eine Veränderung des Vertrags entweder in Hinsicht auf jene, oder in Hinsicht auf diesen.

§. 433.

Keiner der Contrahenten ist berechtigt, den Contract eigenmächtig zu verändern: es werden mithin besondere Verträge hiezu erfordert.

§. 434.

Dergleichen Verträge sind die *Expromission*, *Delegation*, *Assignment*, *Cession* und *Novation*.

§. 435.

§. 435.

Expromission ist Uebernehmung der Zwangspflicht eines Contrahenten, um dieselben davon zu befreuen.

Anm. Kann die *Expromission* ohne Vorwissen, kann sie gegen den Willen des Verpflichteten geschehen? —

§. 436.

Delegation (Ueberweisung) ist Uebertragung seiner Zwangspflichten gegen den andern Contrahenten auf einen dritten.

Anm. *Delegans. Delegatus. Delegatarius.*

§. 437.

Assignment (Anweisung) ist die dem berechtigten Contrahenten von dem verpflichteten gegebne Zusicherung eines dem letztern auf einen dritten zukommenden Rechts.

Anm. *Assignans. Assignatus. Assignatarius.*

A. P. G. Th. II. Tit. VIII. Abschn. IX.

§. 438.

Cession ist Abtretung seiner Rechte an einen dritten,

Anm. *Cedens. Cessus. Cessionarius. Valuta bey Cessionen.* A. P. G. Th. I. Tit. XI. Abs. III.

§. 439.

Novation (Umschaffung) ist Veränderung in den Bestimmungen des Gegenstandes des Vertrags.

Anm. *Novatio privativa et cumulativa. Animus novandi.*

§. 440.

Ein Vertrag wird *aufgehoben* (*tollitur*), wenn er noch vor der in ihm begründeten rechtlichen Leistung seine Gültigkeit verliert. Dieses aber kann durch die mittelbare oder unmittelbare Zernichtung der innern oder äufsern Erfordernisse der Wirklichkeit oder Gültigkeit des Contracts bewirkt werden (§. 375 — 395.).

§. 441.

Ursachen der Aufhebung eines Vertrags (*modi tollendi contractus*) sind der *Tod* eines oder aller Contrahenten, der *Untergang des Objects* des Vertrags (*interitus rei*), die *Confusion*, *Veränderung* der auf den Vertrag sich beziehenden Umstände, — *Remission*, *Transaction* — *Dissensus mutuus*.

Anm. Modi tollendi communes et proprii.

§. 442.

Durch den *Tod* beider oder eines von beiden Contrahenten wird der Vertrag aufgehoben, denn er selbst wird durch die Vernichtung einer wesentlichen äufsern Bedingung vertilgt (§. 377.). — Nur in dem Falle, wenn die Contrahenten (ausdrücklich oder stillschweigend) festsetzten, dafs das Vertragsrecht oder die Vertragspflicht nach dem Tode eines Contrahenten auf einen andern übergehen solle, wird durch den Todesfall

fall der Vertrag nicht aufgehoben, sondern
 bloß verändert (§. 432.).

§. 443.

Ist der Vertrag über einen bestimmten
 Gegenstand geschlossen, und dieser geht un-
 ter, so wird der Vertrag dadurch aufgehoben,
 denn es ist eine wesentliche äußere Be-
 dingung desselben vernichtet (§. 377.). —
 In wie fern indess der zur Leistung dieses
 Gegenstandes verpflichtete Contrahent Schuld
 an dem Untergange desselben war, in so fern
 kann der Berechtigte Ersatz von ihm fordern.

*Ann. Debitor speciei liberatur casuali interitu
 rei. — Genus et quantitates perire non
 censentur.*

§. 444.

Confusion ist Vereinigung der in dem
 Vertrage gegründeten Rechte und Pflichten in
 einer Person. Sie hebt den Vertrag auf,
 denn sie vernichtet ein wesentliches äußeres
 Erforderniß des Vertrags (§. 377.).

§. 445.

Ist der Vertrag noch außerdem von ge-
 wissen äußern Umständen, als Bedingungen,
 seiner Wirklichkeit oder Gültigkeit nach ab-
 hängig, so wird er aufgehoben, wenn eine
 solche Veränderung der Umstände geschieht,
 daß dadurch diese Bedingungen des Vertrags
 vernichtet werden.

§. 446.

Remission ist Aufhebung des in dem Vertrage gegründeten Zwangsrechts: sie hebt den Vertrag auf, indem sie eins der wesentlichen innern Erfordernisse — die Acceptation — vernichtet (§. 377.).

§. 447.

Transaction ist Aufhebung des in dem Vertrage gegründeten Zwangsrechts gegen einen Theil der Leistung. Sie hat die Wirkung der Remission (§. 446.).

§. 448.

Gegenseitiger Wille, die rechtliche Uebereinkunft nichtig zu machen, hebt den Contract auf; denn es wird dadurch die wesentliche innere Bedingung desselben vertilgt (§. 377.).

Ann. Acceptilatio. Pactum de non petendo s. remissorium.

§. 449.

Ein Vertrag wird geendigt (*finitur*), wenn das, wozu er berechtigte und verpflichtete, völlig geleistet ist.

§. 450.

Zahlung (*solutio*) ist Leistung desjenigen, wozu man sich im Vertrage verpflichtete. Sie endigt also den Vertrag.

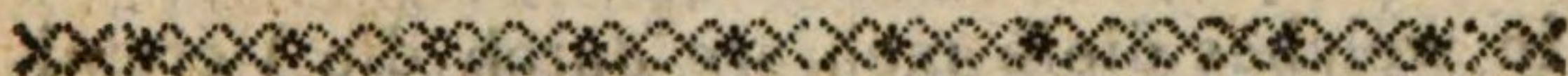
Ann. Datio in solutum. Gebung an Zahlungsstatt. Stückzahlung. Oblatio realis. Obfignatio. Depositio. Depositio solennis et minus solennis.

§. 441.

§. 451.

Gegenrechnung (compensatio) ist Zahlung (§. 450.) durch die Befreyung des Berechtigten von einer ihrem Gegenstande nach der unfrigen gleichen Zwangspflicht. — Durch sie wird, wie durch die Zahlung im eigentlichen Sinn, ein Vertrag wirklich geendigt.

Ann. Erfordernisse einer gültigen Compensation. Compensatio necessaria ac voluntaria. Man vgl. über die rechtliche Theorie der Verträge auch: A. D. Weber's Systematische Entwicklung der Lehre von der natürlichen Verbindlichkeit und deren gerichtlicher Wirkung u. s. w. Schwerin etc.



Drittes Capitel.

Rechtliche Theorie der Gesellschaft.

J. de societate.

D. pro socio u. a. T.

A. P. G. Th. I. Tit. XVII. Abschn. III.

Christ. Wolfii Jus Naturae methodo Scientifica pertractatum, Tom. VII.

Henr. Köhleri Juris socialis et gentium ad Jus Naturae revocati Specim. VII.

Joh. Fr. Langemack's allgemeines gesellschaftliches Recht.

G. Fr. Meier's Lehre von den natürlichen gesellschaftlichen Rechten und Pflichten der Menschen.

Erster Titel.

Grundbegriffe und Grundsätze.

§. 452.

Der Mensch ist *allein* (solus) im rechtlichen Sinne, in wie ferne seine Zwecke sich bloß auf seine einzelne Person beziehen; er ist mit andern *zusammen* (cum aliis), in wie ferne seine Zwecke mit den Zwecken andrer verknüpft sind.

§. 453.

Die Thatfache, wodurch die Zwecke mehrerer mit einander verknüpft werden, heißt *Vereinigung* (unio): das Verhältniß, in welches diese mehrere durch die Vereinigung zu einander gesetzt werden, *Gemeinschaft* (communio).

§. 454.

Gesellschaft (societas) ist die durch gemeinschaftliche Zwecke bestimmte Einheit mehrerer.

Ann. 1. Form und Materie der Gesellschaft.
Einfache und zusammengesetzte G. (societas simplex et composita).

2. Gesellschaft überhaupt heißt Einheit mehrerer: und diese mehreren heißen *vereinigte* Personen, und in wie fern auch ein räumliches Vereinigtseyn unter ihnen stattfindet, *Versammlete*. — Wer mit andern etwas *leistet*, heißt *Gesell*; wer mit andern etwas *genießet*, *Genosse*; wer mit
an-

andern überhaupt *Veränderungen theilt, Gefürthe.* — Es werden diese Begriffe hier deswegen gegeben, um auf das so nothwendige „*distinguendum est*“, aufmerksam zu machen, ohne welches es durchaus unmöglich ist, das, zur systematischen Bestimmung der einzelnen Lehren erforderliche, leitende Princip zu erhalten.

3. Die Summe der mehreren, welche eine Gesellschaft ausmachen, heisst *die Gesellschaft* (*Societas materialiter spectata*).

§. 455.

Der Mensch hat ein Recht, in Gesellschaft (§. 454.) zu treten.

§. 456.

Eine Person heisst *Gesellschafter* (*focius*), in wie fern sie zu einer Gesellschaft (*societas formaliter spectata*) gehört: *Mitglied der Gesellschaft* (*membrum societatis*), in wie fern sie zu denen gehört, die die Gesellschaft (*societas materialiter spectata*) ausmachen. — *Auswärtige* (*extranei*) heissen diejenigen, welche und in wie fern sie nicht zu einer Gesellschaft gehören.

Ann. Socii originarii et adventitii.

§. 457.

Gesellschaftliche Rechte (*jura socialia*) heissen diejenigen Rechte, deren Bedingung eine Gesellschaft ist (§. 454.). Sie heissen *einheimische* (*jura domestica*), in wie fern sie sich

sich auf die Mitglieder der Gesellschaft (§. 456.) beziehen; *auswärtige* (j. *extranea*), in wie fern sie Auswärtige (§. 456.) betreffen.

§. 458.

Gesellschaftliche Rechte (§. 451.) müssen erworben werden, und sind *erwerblich* (§. 305. ff.).

§. 459.

Gesellschaftliche Pflichten (*officia socialia*) sind diejenigen Pflichten, deren Bedingung eine Gesellschaft ist. Sie können, wie die gesellschaftlichen Rechte (§. 457.), in *einheimische* und *auswärtige* getheilt werden: und setzen zu ihrem Daseyn in einer bestimmten Person *Uebernehmung* von Seiten dieser voraus.

§. 460.

Wie Gesellschaften *der Zeit nach* (*empirisch*) *entstehen*, läßt das wissenschaftliche Naturrecht ununtersucht: und forscht lediglich dem Grunde der gesellschaftlichen Rechte und Pflichten (§. 457. 459.) nach.

Ann. Der Theil des w. N. R., der die gesellschaftlichen R. und P. zu seinem Gegenstande hat, heißt das Gesellschaftsrecht (*Jus sociale*), und wird, wie sein Gegenstand, in das äußere und innere G. R. getheilt. (*Jus sociale domesticum et extraneum.*)

§. 461.

§. 461.

Der Grund der gesellschaftlichen Rechte und Pflichten ist Uebereinkunft derer, zwischen welchen sie Statt haben. Diese Uebereinkunft heisst *der gesellschaftliche Vertrag* (*contractus socialis, contrat social*); und in wie fern derselbe das Resultat der Einwilligung aller ist, der *Gesamtwille* (*volonté general*).

Anm. 1. Es kann diese Uebereinkunft eine *ausdrückliche* oder *stillschweigende*, *unmittelbare* oder *mittelbare* seyn.

2. Auf welche Weise kann ein Auswärtiger Mitglied der Gesellschaft werden?

§. 462.

Die gesellschaftlichen Rechte und Pflichten werden durch diese beiden Gesetze bestimmt: *Du hast diejenigen Rechte, welche dir durch den gesellschaftlichen Vertrag gegeben sind. Du hast diejenigen Pflichten, welche du im gesellschaftlichen Vertrag übernommen hast.*

§. 463.

Rechte der Gesellschaft (*jura societatis*) sind diejenigen Rechte, welche der Gesellschaft, als solcher, zukommen. Sie heißen *innere* (*immanentia*), wenn ihr Gegenstand in der Sphäre der Gesellschaft, *äussere* (*trans-euntia*), wenn er ausserhalb derselben liegt.

§. 464.

In wie fern die Gesellschaft aus mehreren zu einer Einheit verknüpften Personen be-

besteht (§. 454. A. 2.), in so fern kann man sie eine *moralische Person* (*persona mystica*), oder ein *moralisches Ganze* (*corpus mysticum*) nennen.

Ann. 1. Dafs man die *moralische Person* nicht mit einer *einzelnen*, die Rechte *jener* also nicht mit den Rechten *dieser* verwechseln müsse, bedarf wol kaum einer Erinnerung.

2. Was ist *Rechtens*, wenn ein *Gesellschaftsglied* einen *Auswärtigen* verletzt? —

§. 465.

In wie fern die Gesellschaft *Personenwürde* hat, in so fern hat sie auch *Personenrechte*, welche sich nach demselben Grundsätze bestimmen lassen, der die Rechte der Menschen überhaupt bestimmt (§. 187.).

§. 466.

Die Rechte der Gesellschaft sind entweder *thetische* (*jura thetica*, unbedingte), oder *hypothetische* (*j. hypothetica*, bedingte).

§. 467.

Zu den Rechten, welche die Gesellschaft an und für sich selbst (ohne weitere Voraussetzung) hat, gehört das Recht der Erhaltung, Vervollkommnung und der Mittel dazu: gehören die Rechte für andre und gegen andre (Verletzer), und überhaupt die oben (§. 225. ff.) dargestellten Rechte der Menschheit.

Ann.

Anm. Was ist Rechtens, wenn ein einzelnes Glied oder ein Theil der Gesellschaft von andern verletzt wird? —

§. 468.

Die Gesellschaft kann sich *Eigenthums-* (§. 313.) und *Vertragsrechte* (§. 368.) erwerben.

Anm. Res societatis stricte sic dictae. Res patrimoniales. Patrimonium societatis. Aerarium societatis. Fiscus.

§. 469.

Den Inbegriff der Rechte der Gesellschaft nennt man die *gesellschaftliche Macht* (*Potestas societatis*), und die Wirksamkeit dieser gesellschaftlichen Macht, das *Regiment der Gesellschaft* (*regimen societatis*).

§. 470.

Das bestimmte Verhältniß der Gesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder zu dem gemeinschaftlichen Zwecke heisst *Einrichtung* der Gesellschaft: die Regeln, nach welchen diese Einrichtung bestimmt wird, heißen *Gesetze der Gesellschaft*.

§. 471.

Diejenige Einrichtung der Gesellschaft (§. 470.), welcher alle übrigen gemäß seyn müssen, ist die *Grundeinrichtung*, und heisst die *Verfassung* der Gesellschaft (*constitutio*); die Gesetze, welche diese Verfassung bestimmen, heißen *Grundgesetze* oder *Verfassungsgesetze* (*leges fundamentales* s. *constitutionales*).

les). Die Grundgesetze, und mit ihnen die Verfassung bestimmt der Gesamtwille (§. 461.), die übrigen Gesetze und Einrichtungen der Wille des - oder derjenigen, welche der Gesamtwille in der Verfassung dazu autorisirt hat.

§. 472.

Der gemeinschaftliche Zweck der Gesellschaft ist das gemeinschaftliche Gut derselben, und heisst *das gemeine Beste* (bonum commune): die besondern Zwecke der einzelnen Gesellschaftsmitglieder sind ein besondres Gut, und heissen *das Beste der Einzelnen* (bonum singulare).

§. 473.

Der gute Zustand der Gesellschaft in Beziehung auf ihren Zweck, heisst die *gemeinschaftliche Wohlfahrt* (salus communis): der gute Zustand der Einzelnen in Beziehung auf ihre besondern Zwecke, die *Wohlfahrt der Einzelnen* (salus singularis).

§. 474.

Gesellschaftliche Rechte und Pflichten, die auf einer *bloßen* (nicht rechtlichen) *Uebereinkunft* (§. 361.) beruhen, gelten nur unter der Bedingung des guten Willens des Rechtgebenden und Pflichten übernehmenden (§. 362.), und sind daher nicht mit Zwang verknüpft. Gesellschaftliche Rechte und Pflichten

ten aber, die eine *rechtliche* Uebereinkunft (§. 366.) zum Grunde haben, sind *wirkliche*, d. h. Zwangsrechte und Pflichten, und von diesen ist in einer *rechtlichen* Theorie der Gesellschaft allein die Rede.

Anm. Societas imperfecta (sensu juridico).

§. 475.

Jedes Gesellschaftsglied ist *berechtigt*, seinem Verhältniß zum gemeinschaftlichen Zwecke gemäß, an der gemeinschaftlichen Wohlfahrt (§. 473.) Theil zu nehmen; aber auch *verpflichtet*, seinem Verhältniß zum gemeinschaftlichen Zwecke gemäß, für die gemeinschaftliche Wohlfahrt zu sorgen.

Anm. 1. Diese Verpflichtung betrifft *negative* auch die bloßen Genossen (§. 454. A. 2.)

2. Ist ein Gesellschaftsglied *berechtigt*, nach Gefallen aus der Gesellschaft zu treten? — Was ist *Rechtens*, wenn ein Gesellschaftsglied von der Gesellschaft oder von andern Gesellschaftsgliedern verletzt wird?

§. 476.

In wie fern einer Mitglied der Gesellschaft ist, ist er verpflichtet, seine besondern Zwecke dem gemeinschaftlichen Zwecke unterzuordnen (§. 472.). *Nothfälle* sind nach den allgemeinen Gesetzen derselben zu entscheiden (§. 201.).

Anm. 1. Was hiebey die Gesellschafts-Moral und Politik erinnern, daß (die Sorgfalt der Gesellschaft das Wohl aller einzelnen Glieder umfassen solle, und ohne Wohl

Schaum. Naturr.

R

des

des Einzelnen das gemeinschaftliche Gut nicht erreicht werden könne, ist sehr wichtig und wahr; gehört aber nicht in die Rechtswissenschaft.

2. Kann einer zugleich ein Mitglied mehrerer Gesellschaften seyn? —

Zweyter Titel.

Bedingungen einer Gesellschaft.

§. 477.

Die *äußern* Bedingungen der *Möglichkeit* einer Gesellschaft sind mehrere Personen und ein Zweck: die *innere* Bedingung derselben ist Uebereinkunft in Hinsicht auf Zwecke.

§. 478.

Die *äußern* Bedingungen der *Wirklichkeit* einer Gesellschaft sind mehrere sich vereinigende Personen, und gemeinschaftliche Zwecke: die *innere* Bedingung derselben ist wirkliche Vereinigung der Personen in Beziehung auf die gemeinschaftlichen Zwecke.

§. 479.

Soll eine Gesellschaft rechtskräftig seyn, so wird dazu erfordert 1) eine rechtsgemäße Vereinigung mehrerer, 2) ein rechtsgemäßer Zweck, 3) eine rechtsgemäße Vereinigung über diesen Zweck.

Ann. 1. Erlaubte und unerlaubte Gesellschaften (societates licitae et illicitae). —

2. Frey-

2. *Freywillige und nothwendige G.* (S. *voluntariae et necessariae*). Eintheilung der nothwendigen in *gesetzliche* (*legales*) und *erzwungene G.* (S. *coactae*). — In wiefern sind nothwendige Gesellschaften rechtskräftig? — *Gewaltsame Werbungen.* —

§. 480.

Auch die Einrichtung einer Gesellschaft (§. 470.) muß rechtsgemäfs seyn.

§. 481.

Organisation ist die Einrichtung eines Dinges, mittelst welcher das Ganze und seine Theile wechselseitig Mittel und Zweck find.

§. 482.

Die Einrichtung einer Gesellschaft muß eine *Organisation* (§. 481.), sie selbst also *organisirt* seyn.

Ann. 1. *Kant's Kritik der Urtheilskraft* S. 280 ff. u. 290. A.

2. *Societas Leonina.*

§. 483.

Der gesellschaftliche Vertrag kann, wie die Verträge überhaupt, Bestimmungen unterworfen, und von zufälligen Bedingungen, Umständen, Zeit u. f. w. abhängig gemacht werden.

Ann. *Bedingte und unbedingte* Gesellschaften. *Temporaire, immerwährende, ewige G.* (S. *temporariae, perpetuae, aeternae*).

Dritter Titel.

Gleiche und ungleiche Gesellschaften.

§. 484.

In Hinsicht auf die *Rechte der Menschheit* sind und bleiben alle Mitglieder der Gesellschaft einander gleich (§. 301.); aber in Hinsicht auf die *gesellschaftlichen* Rechte und Pflichten läßt sich ein Unterschied unter ihnen denken.

Anm. 1. Wozu hier wiederum die pur historische Vergleichung des gesellschaftlichen Zustandes mit einem Naturstande, und die triviale Bemerkung, daß die *libertas naturalis* in einer Gesellschaft eingeschränkt werde? — Denn trivial kann doch wol eine Bemerkung heißen, die nichts sagt, als dies: Wenn der Mensch in einem Verhältniß lebt, wo er nicht in allen Stücken seinen Naturtrieben folgen darf, so darf er seinen Naturtrieben nicht in allen Stücken folgen.

2. Practische Mißdeutung dieser unwissenschaftlichen Parallele zwischen der rechtlichen Gesellschaft und einem — erdichteten — Naturstande.

§. 485.

Gleich im rechtlichen Sinne (*societas aequalis*) heißt eine Gesellschaft, unter deren rechtsfähigen Mitgliedern die *gesellschaftliche Macht* (§. 469.) *ebemäässig* vertheilt ist.

Anm. Societas aequalis cum potestate et sine potestate.

§. 486.

§. 486.

Ob eine Gesellschaft eine *gleiche* sey (§. 485.), ist aus den Grundgesetzen derselben (§. 471.) zu beurtheilen, aus welchen auch zu bestimmen ist, *wer* in gesellschaftlicher Hinsicht für rechtsfähig zu halten sey, und *wie* er dies werden könne.

§. 487.

Es stehen demnach in einer gleichen Gesellschaft alle wirkliche Gesellschaftsglieder in gleichem rechtlichen Verhältniß zu dem gemeinschaftlichen Zwecke: keiner ist in gesellschaftlicher Hinsicht dem Eigenwillen des andern unterworfen: aber alle sind dem Gesetz der gemeinschaftlichen Wohlfahrt (§. 473.) untergeordnet.

§. 488.

Jedes Mitglied einer gleichen Gesellschaft hat also das Recht zu fordern, daß bey Bestimmung der Mittel zum gemeinschaftlichen Zwecke, und der Art, wie jeder einzelne für denselben wirksam seyn soll, *auf seine Einwilligung Rücksicht genommen werde* — das *Stimmrecht* (*jus suffragii*).

Ann. 1. Votum affirmativum. negativum. V. categoricum s. purum et hypotheticum s. conditionatum. V. consultativum, deliberativum et decisivum. V. decisivum im engern Sinn. V. virile et curiatum — Calculus Minervae.

2. Ob zu gesellschaftlichen Verfügungen die Einwilligung aller Einzelnen rechtlich

nothwendig sey? Was als Wille der Gesellschaft angesehen, was bey verschiedenen Meinungen der Einzelnen entscheiden, *wie* überhaupt jeder zu den gesellschaftlichen Geschäften mitwirken solle? u. s. w. das hängt von den hierüber vorhandenen Gesetzen ab. — Was in dieser Hinsicht am besten und rathsamsten sey, bestimmt die Gesellschaftspolitik, nicht das Gesellschaftsrecht, welches blos das allgemeine Gesetz giebt: *Jeder muss sich dem fügen, was über diese Puncte rechtmässig festgesetzt ist.*

3. *Directorium societatis aequalis. Jura directoria. Director. Officiales societatis. Membra societatis vulgaria et non vulgaria.*

§. 489.

Ungleich im rechtlichen Sinne (*societas inaequalis*) heisst eine Gesellschaft, unter deren rechtsfähigen Mitgliedern die gesellschaftliche Macht ungleich vertheilt ist. — Dafs eine Gesellschaft ungleich sey, muss aus den Grundgesetzen bewiesen; und wie diese Ungleichheit beschaffen sey, aus den darüber vertragsmässig gemachten Bestimmungen erkannt werden.

§. 490.

Oberherrschaft (*imperium*) ist ein Verhältniss von Personen zu Personen, vermöge dessen der Wille jener diese bestimmt. — Personen, deren Wille andre bestimmt, heissen *Oberherren* (*imperantes*): diejenigen, welche

che durch den Willen der Oberherren bestimmt werden, heißen *Unterthanen* (subditi).

§. 491.

Der Zeit nach kann die Oberherrschaft (§. 490.) auf sehr verschiedene Weise entstehen; das wissenschaftliche Naturrecht hat bloß den *rechtlichen Grund* derselben zu bestimmen, und dieser kann nichts anders seyn, als ein Vertrag, welcher, in wie fern sich in demselben einige dem Willen andrer unterwerfen, der *Unterwerfungsvertrag* (pactum subjectionis) genannt wird, und wiederum ausdrücklich oder stillschweigend, unmittelbar oder mittelbar, vorhergehend oder nachfolgend geschlossen seyn kann.

§. 492.

Man theilt die *Oberherrschaft* in die *beschränkte* (limitatum) und *unbeschränkte* (illimitatum); in die *bedingte* (hypotheticum) und *unbedingte* (absolutum); in die *höchste* (summum) und in die *untergeordnete* (subordinatum); in die *vollständige* (plenum) und *unvollständige* (minus plenum); in die *getheilte* (divisum) und *ungetheilte* (indivisum); in die *alleinige* (solitarium) und *gemeinschaftliche* (coimperium).

§. 493.

Eine ungleiche Gesellschaft, in welcher eine Oberherrschaft (§. 490.) stattfindet, heißt eine *oberherrliche Gesellschaft* (societas

rectoria), und setzt einen Unterwerfungsvertrag (§. 491.) voraus.

§. 494.

Was für eine Art der Oberherrschaft in einer oberherrlichen Gesellschaft Statt habe, ist aus den hierauf sich beziehenden vertragsmäßigen Bestimmungen zu beurtheilen. Im Allgemeinen kann darüber folgendes festgesetzt werden:

Ein Oberherr ist berechtigt, dem Unterwerfungsvertrage gemäß zu bestimmen, was die übrigen Gesellschaftsglieder für den gemeinschaftlichen Zweck leisten, und wie sie dies leisten sollen; und die Unterthanen sind verpflichtet, dem Unterwerfungsvertrage gemäß, dem Oberherrn Gehorsam zu leisten.

Anm. 1. Der gemeinschaftliche Zweck bestimmt also die Gränze der oberherrlichen Gewalt, welche sich demnach auf die socialiter indifferentia nicht erstreckt.

2. Despotismus ist da, wo man andre Menschen ausschliessend nach seinem Eigenswillen bestimmt, sie also blos als Mittel für seine Zwecke gebraucht. — Despot. Slav. — Kann Despotismus je als rechtsgemäß gedacht werden? —

§. 495.

In wie fern ein Oberherr die vornehmste Person und gleichsam die Seele der Gesellschaft ist, in so fern wird er das *Oberhaupt* der Gesellschaft genannt: und hat, als solches,

ches, ein Recht, aufser dem völligen Gehorsam, auch die ihm gebührende *Ehrerbietung* zu fordern.

Anm. In wie fern kann man sagen, dass ein Oberherr über die Gesetze der Gesellschaft *erhaben* sey? — Ist er auch über die *Grundgesetze* *erhaben*? —

§. 496.

Ein Oberherr kann so wenig *blos* seiner besondern Zwecke wegen *abdanken*, als die Unterthanen ihn nach bloßem Belieben *absetzen* können.

Anm. 1. *Rechtskräftige Ursachen der Abdankung und Absetzung.*

2. *Wenn kann man sagen, dass der Oberherr die Gesellschaft verletze? — Was ist Rechts, wenn er einen oder einige aus der Gesellschaft verletzt? — Ist der Oberherr blos der erste Bediente der Gesellschaft? Ist er der Gesellschaft verantwortlich? — Von der letztern Frage muß man ja die Frage unterscheiden: Wer hat ein Recht, den Oberherrn zur Verantwortung zu ziehen? — und überhaupt bey Anwendung der Gesetze des strengen Rechts auf Handel und Wandel die hier besonders wichtige Regel nicht vergessen: *Summum jus summa injuria.**

*Vierter Titel.***Veränderung, Aufhebung und Endigung einer Gesellschaft.**

Man vergl. des II. Cap. VI. Tit. §. 432. ff.

§. 497.

Eine Gesellschaft wird verändert, wenn an die Stelle bisheriger — wesentlicher oder zufälliger — Bestimmungen neue gesetzt werden. Kein Gesellschaftsglied ist berechtigt, die Gesellschaft eigenmächtig zu verändern: dies kann nur entweder durch den *Gesamtwillen*, oder durch den, welcher von diesem dazu bevollmächtigt ist, geschehen.

§. 498.

Die Gesellschaft wird aufgehoben, wenn die Bedingungen ihrer Möglichkeit, Wirklichkeit oder rechtlichen Gültigkeit (§. 477.) zernichtet werden.

§. 499.

Arten die Gesellschaft aufzuheben sind demnach 1) Tod oder Zerstreuung ihrer Mitglieder, 2) Vernichtung ihres Zwecks, oder Unmöglichkeit, ihn zu erreichen, 3) gemeinschaftliche Einwilligung, 4) das Aufhören ihrer rechtlichen Gültigkeit.

§. 500.

Geendigt wird die Gesellschaft, wenn der Zweck, für den sie gestiftet wurde, völlig

lig erreicht ist, oder der Zeitpunkt eintritt, welcher nach dem Willen der Gesellschaftsglieder das Ende der Gesellschaft bestimmen sollte.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

A n h a n g

zum eigentlichen Naturrecht.

Von Cautionen oder Sicherheitsleistungen.

J. de fidejussoribus.

D. de fidej. et mandat. etc., de pignoribus et hypothecis etc., de jurejurando sive voluntario, sive necessario, sive judiciali.

A. P. G. Th. I. Tit. XIV. Abschn. III. — Tit. XX. Abschn. I.

§. 501.

S*icherheitsleistung* ist die Handlung, welche den Zweck hat, jemandem in Rücksicht seines Rechts alle Beforgniss zu nehmen. Diesen Zweck kann die S. L. *entweder* dadurch erreichen, dafs sie überhaupt die Beforgniss nimmt, dafs einem Rechte nicht Genüge geleistet werde, *oder* dadurch, dafs sie die Befürchtung eines Schadens im Fall der Nichtgenügeleistung aufhebt.

Ann. 1. Caution findet sowol bey thetischen als hypothetischen Rechten statt. — Sie kann sowol durch einen Vertrag, als ohne den-

denselben geleistet werden. — Die Materie der Caution kann eine Person oder eine Sache seyn. — *Jus principale et subsidarium.*

2. Erfordernisse einer gültigen Caution.

§. 502.

Jeder hat ein Recht, zur Sicherheit seiner Rechte Caution zu fordern.

§. 503.

Das Mittel, wodurch Sicherheit gegeben wird, ist entweder eine *Person*, oder eine *Sache*. *Persönlich* wird mir ein Recht entweder durch den *Verpflichteten selbst* oder durch einen andern gesichert. *Dingliche* Caution wird entweder durch eine *körperliche* oder *unkörperliche* Sache gegeben.

§. 504.

Bestimmte Cautionsmittel sind demnach *Verpflichtung zur Strafe* und *persönlicher Arrest* — *Bürgschaft* — *Pfand* — *Eid*.

§. 505.

Bürgschaft (*fidejussio*) ist ein Vertrag, wodurch sich ein dritter, auf den Fall, daß der eigentlich Verpflichtete nicht leisten sollte, zur Leistung verpflichtet.

Anm. 1. Debitor principalis et subsidiarius.

2. *Wer kann sich verbürgen? Für wen und wofür kann man sich verbürgen? Wie kann man sich verbürgen? Muß der Bürge sich immer zu einer Leistung verpflichten, die der Hauptleistung (materialiter) gleich ist? —*

3. *Beneficium ordinis s. excussionis. B. cedendarum actionum. B. divisionis. Mitbürge. Rückbürge.*

§. 506.

Verpfändung (oppignoratio) ist ein Vertrag, durch welchen der Verpflichtete dem, welchem er verpflichtet ist, zur Sicherheit ein Recht auf eine Sache giebt.

Ann. 1. Pfand im eigentlichen Sinn (Faustpfand), und Hypothek — Pfandrecht (jus pignoris), Hypothekenrecht (jus hypothecae). Pignus generale und speciale —

2. *Was entstehen aus der Pfandgebung für Rechtsverhältnisse zwischen dem Gläubiger und Schuldner, zwischen jenem und andern? — Was kann zu Pfand gegeben werden? — Was ist Rechtens, wenn das Pfand durch Zufall; was, wenn es durch Schuld des Inhabers zu Grunde geht? — Darf ein Pfand für ein anderweitiges Recht zurückbehalten werden, wenn dem Rechte, wofür es eigentlich gegeben wurde, Genüge geleistet ist? — Pactum commissorium — Pactum antichreticum.*

§. 507.

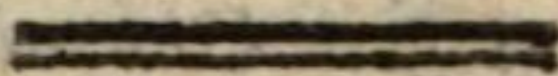
Eid (juramentum) ist die Versicherung der Ehrlichkeit bey dem, was uns heilig ist. Er versichert entweder die Ehrlichkeit im *Worthalten* (Redlichkeit), und dann heisst er *promissorisch*; oder die Ehrlichkeit im *Reden* überhaupt (Wahrhaftigkeit), und dann heisst er *assertorisch*.

Ann. 1.

Anm. 1. Zweck des Eides. Wer kann durch einen Eid Sicherheit leisten? In welche Formel ist der Eid zu fassen? Warum muss er gehalten werden? Gelten reservationes mentales und die satisfactio per cavillationem? Wenn und von wem kann ein Eid gefordert werden? —

2. Einfluss des Eides in die Verpflichtung des Schwörenden. Wird diese dadurch verstärkt?

3. Welcher Eid ist gültig? Müssen auch erzwungene Eide gehalten werden? Cicero de off. l. 3. c. 31. Garve philos. Abh. u. Anm. zu Cic. Buch v. d. Pflichten Th. 3. S. 267 ff.



Wissenschaftliches
N a t u r r e c h t.

Dritter Theil.

Kritische Einleitung
in die allgemeinsten und wichtigsten po-
sitiven Verhältnisse der Menschen.

Ἐπειδὴ πᾶσαν πόλιν ὁρῶμεν κοινωνίαν τινὰ οὔσαν,
καὶ πᾶσαν κοινωνίαν ἀγαθοῦ τινος ἐνεκεν συνεσηκυῖαν· —
τοῦ γὰρ εἶναι δοκοῦντος ἀγαθοῦ χάριν πάντα πράττει
πάντες· — δῆλον ὡς πᾶσαι μὲν ἀγαθῷ τινος σοχάζον-
ται· μάλιστα δέ, καὶ τοῦ κυριωτάτου πάντων ἢ πασῶν
κυριωτάτη καὶ πάσας περιέχουσα τὰς ἄλλας. —

Aristotelis Politic. l. I. c. I.

Wissenschaftliches

Nachrichte

Dritter Theil

Kritische Einleitung

in die allgemeinen und wichtigsten
Lehren der Mathematik

von
Johann Heinrich Lambert
Lehrer der Mathematik
an der Universität
zu Göttingen
Herausgegeben von
Johann Heinrich Lambert
Lehrer der Mathematik
an der Universität
zu Göttingen



Des
wissenschaftlichen Naturrechts
Dritter Theil.

Kritische Einleitung
in die allgemeinsten und wichtigsten positiven
Verhältnisse der Menschen.

Plan dieser Abhandlung.

§. 508.

Alle auf der Erde lebende Menschen zusammen-
genommen, machen das aus, was
man *die Welt* (Menschenwelt) nennt. Diese
Menschenwelt ist theils durch äussere Urfa-
chen, z. B. Meer, Klima, Gebirge, Wälder,
Ströme u. s. w., theils durch sich selbst
(durch zufällige Entschlüsse, Leidenschaft,
Uneinigkeit) in verschiedene, für sich beste-
hende, Menschengangen abgesondert, wel-
che *Völker* heissen. Ein solches, für sich
bestehendes, Menschenganze oder Volk (*gens*)
macht eine *bürgerliche Gesellschaft* (*societas*
civilis) aus, wenn die dazu gehörigen Men-
schen sich über gewisse gegenseitige Leistun-

Schaum. Naturr.

S

gen

gen vereinigt haben, damit alle und jede auf die Erreichung ihrer Zwecke hoffen können.

Ann. In wie fern alle auf der Erde lebende Menschen von einem ursprünglichen Menschenpaare abgeleitet werden, in so fern kann man die Menschenwelt auch *Menschenfamilie* nennen.

§. 509.

Die bürgerliche Gesellschaft (§. 508.) ist in Hinsicht auf den gemeinsamen Zweck aller und jeder Mitglieder zwar nur *ein Ganzes*; indess lassen sich *neben* dem *gemeinsamen Zweck* auch noch *besondre* (ausschließende) Zwecke; *in* diesem *einen* Ganzen und *in* dieser bürgerlichen Gesellschaft also, auch noch *besondre* Ganze und *besondre* Gesellschaften denken.

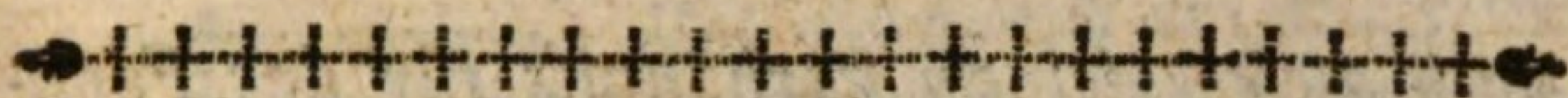
Ann. *Gemeines Wesen* (res publica). *Besondres Wesen* (res privata).

§. 510.

Dergleichen *besondre* Gesellschaften (§. 509.) sind die *Familien* und *Gemeinden*.

§. 511.

Nach Maafsgabe der vorigen §§. (§. 508 — 510.) zerfällt dieser dritte Theil des w. N. R. in vier Capitel: 1) Kritische Einleitung in das *Recht der Familiengesellschaften*. 2) K. E. in das *Recht der Gemeinden*. 3) K. E. in das *Recht der bürgerlichen Gesellschaften*. 4) K. E. in das *Völkerrecht*.



Erstes Capitel.

Kritische Einleitung in das Recht der Familiengesellschaften.

* * *

Erster Titel.

F a m i l i e.

§. 512.

Familie (familia) ist ein Inbegriff von Personen eines Geschlechts. Was sich auf eine Familie ausschliessend bezieht, heisst in so fern *häuslich* (domesticum), und *Familiengesellschaft* (societas domestica f. domus) ist also die durch häusliche Zwecke bestimmte Einheit mehrerer.

Ann. Form und Materie der Familiengesellschaft. Bedingungen derselben. Familia perfecta et imperfecta. Was bedeutet Familia im Römischen Recht? L. 195. ff. de V. S. — Familienwohl. Familienrechte. Rechte der Familie.

§. 513.

Die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Familie werden durch dieses allgemeine Gesetz bestimmt: *Du bist berechtigt, nach deinem Verhältniss in der Familie an dem Familienwohl Theil zu nehmen: und verpflichtet,*

S 2

nach

nach diesem deinem Verhältniss für das Familienwohl thätig zu seyn.

Anm. Familienhaupt. Paterfamilias. Materfamilias. Filiusfamilias. Agnati. Cognati. Grade der Verwandtschaft. Familienerbfolge. J. de hereditatibus, quae ab intestato deferuntur, sqq. D. de gradibus et affinitatibus. A. P. G. Th. I. Tit. I. §. 40. ff. Th. II. Tit. II. Abschn. V. Tit. III. IV.

§. 514.

Die in einer vollkommenen Familiengesellschaft enthaltenen einfachen Gesellschaften sind die *eheliche*, *elterliche* und *dienstherrliche Gesellschaft* (§. 515. ff.).

Zweyter Titel.

Eheliche Gesellschaft.

J. de nuptiis. C. eod. tit. u. a.
D. de sponsalibus, de ritu nuptiarum u. s. w.
A. P. G. Th. II. Tit. I.
J. Ph. Engelhard's Versuch über den wahren Begriff der Ehe u. s. w.
C. W. Robert's Rechtliche Gedanken über den Begriff der Ehe u. s. w.

§. 515.

Ehe (connubium) ist die durch den Zweck der Menschenerzeugung bestimmte Einheit mehrerer.

Anm. Aeussere und innere Bedingungen. Form und Materie der Ehe. Zweck derselben (finis operis et f. operantium). Matrimonium hono-

honorarium. Unterscheidung des römischen Rechts unter *connubium*, *matrimonium*, *contubernium*.

§. 516.

Die Ehe setzt, als Bedingung ihrer rechtlichen Gültigkeit, einen Vertrag zwischen den Personen, welche sie schliessen wollen, voraus. Man nennt diesen Vertrag das *Ehegelöbniss* (*sponsalia*).

Ann. *Sponsalia de praesenti et de futuro.* *Sponsus et Sponsa.* *Nuptiae* (*γάμος*. J. Pollucis *Onomasticon* l. 3. f. 44.). *Arrha sponsalitia.* *Conjuges.*

§. 517.

Das Ehegelöbniss muß alle Erfordernisse eines gültigen Vertrags (§. 386. ff.), und die Ehe alle Erfordernisse einer gültigen Gesellschaft (§. 435. ff.) haben, wenn das eine und die andre selbst rechtsgültig seyn sollen. Beide haben die rechtlichen Folgen eines Vertrags und einer Gesellschaft überhaupt, welche sich ihrer Materie nach dem Zweck der ehelichen Gesellschaft gemäfs modificiren.

Ann. 1. *Bedingte und unbedingte Ehegelöbnisse.*

Ist dazu Einwilligung eines Dritten, z. B. der Eltern, erforderlich? Ja-Wort. *Verlobungsgeschenke* (*sponsalitia largitas*). *Mitgift* (*dos*). *Ehepacten.* (Ehestiftungen, Ehezärter). *Morgengabe, Witthum* u. f. w.

2. *Monogamie. Polygamie* (Polyandrie, Polygynie). *Gemeinschaft der Weiber.* Sind diese verschiednen Arten der Ehe alle erlaubt? *Concubinatus, Pellicatus* u. f. w. Ist über-

haupt unehelicher Beyschlaf erlaubt? Matrimonium conscientiae. M. inaequale s. disparagium (Mesalliance). M. ad talacho s. Amazonicum. M. ad morganaticam s. ex lege Salica (Ehe zur linken Hand). Nuptiae indecorae et noxiae. — Ist die religiöse Sanction zu einer vollgültigen Ehe nöthig? S. drey Abhandl. in der Berl. Monatschr. 1783. 265 ff. 508 ff. u. 1784. 236.

3. *Verbotne Grade (gradus prohibiti). nuptiae incestae. Temporaire. lebenslängliche Ehen.*

§. 518.

Jeder Ehegatte ist im Allgemeinen berechtigt, von dem andern zu fordern, daß er ihm das leiste, was er in dem Ehecontract versprochen hat. Seine etwanigen besondern Rechte sind aus dem Inhalt des Ehecontracts zu beurtheilen.

Ann. Die ehelichen Rechte sind jura personalissima. Eheliche Oberherrschaft. Wem kommt sie zu? Jus in corpus. Eheliche Treue. Mutuum adjutorium. Gemeinschaft der Güter. Gemeinschaft des Erwerbs. Schulden. Erbschatz. bona paraphernalia (παράφερνα). b. receptitia.

§. 519.

Kein Verlobter hat ein Recht, eigenwillig das Ehegelöbnis aufzuheben. Nur dann ist er hiezu berechtigt, wenn Gründe da sind, die die Aufhebung eines rechtlichen Vertrags überhaupt rechtfertigen.

Ann. Repudium voluntarium et necessarium. Ursachen des Rücktritts. Folgen. Mehrere Ehe-

Ehegelöbniſſe. Iſt Verluſt der Jungfrauſchaft ein rechtsgültiger Grund zum Rücktritt?

§. 520.

Eine wirklich ſchon eingegangne Ehe wird aufgehoben, wenn die äufſern oder innern Bedingungen derſelben zernichtet werden. Arten der Aufhebung der Ehe (*modi connubium ſolvendi*) ſind demnach 1) Tod, 2) Unmöglichkeit der Erreichung des ehelichen Zwecks, 3) Verletzung weſentlicher ehelicher Pflichten, 4) gegenseitige Einwilligung, und 5) bey bedingten Ehen die Thatſache, von welcher die Aufhebung der Ehe abhängig gemacht iſt.

Ann. 1. Divortium (Eheſcheidung). Impedimenta matrimonii dirimentia (privata, publica) et impedientia. L. 8. §. 2. L. 10. 11. §. 2. C. de repud. Nov. 22. c. 5 — 8. 14. 15. N. 117. c. 8. — Adulterium (ſimplex et qualificatum). Böſliche Verlaſſung, Unvermögen. Verſagung der ehelichen Pflicht. Raſerey. u. ſ. w. Folgen der Eheſcheidung. Separatio quoad thorum et menſam.

2. *Tacit. de moribus Germ. c. 18. Severa illic matrimonia. nec ullam morum partem magis laudaveris. vgl. c. 19. 20.*

Dritter Titel.

Elterliche Gesellschaft.

J. de patria potestate. C. eod. tit. J. quibus modis patr. pot. solvitur.

D. de his, qui sui vel alieni juris sunt etc.

A. P. G. Th. II. Tit. II.

Dissertations sur l'autorité paternelle etc. von Villaume, Daunou, Klein.

Caesars philosophische Annalen Th. II. B. 1. v. Globig über die Gründe und Grenzen der väterlichen Gewalt.

§. 521.

Elterliche Gesellschaft (*societas parentalis*) ist die durch den Zweck der Menschenbildung bestimmte Einheit der Erzeuger und Erzeugten.

Ann. Aeussere und innere Bedingungen, Form und Materie dieser Gesellschaft.

§. 522.

Kinder (*infantes*) können selbst noch keinen Vertrag schliessen und eine rechtliche Leistung versprechen oder sich versprechen lassen; aber sie *sollen* (so spricht das Sittengesetz) ernährt und aufgezogen werden. Das ist eine *Zwangspflicht* andrer Menschen.

§. 523.

Diese Zwangspflicht (§. 522.) liegt zu *allernächst den Eltern* der Kinder ob: denn da sie die Ursache des Entstehens derselben sind, so würden sie bey Wegwerfung der

der Kinder auch die Ursache seyn, daß ein moralisches Wesen zum Naturdinge herabgewürdigt und dem blinden Zufall preisgegeben würde. Die Eltern können daher von andern mit Zwang angehalten werden, daß sie den Kindern ihr Recht gewähren.

§. 524.

Sind die Eltern nicht im Stande, ihre Kinder aufzuziehen, so *muß* dieses Geschäft von andern übernommen werden. Dies macht das Sittengesetz zu einer Zwangspflicht für die Menschheit.

Anm. 1. Das „*Wer?*“, wird hier freylich, besonders in einem *Naturstande*, Schwierigkeiten haben. Alle, welche das Vermögen zur Auferziehung haben, sind gleich stark, keiner ausschliessend, dazu verpflichtet. Es wird daher freylich in solchem Stande sehr oft das Kind, über dem Streiten der Menschen, wer das Gebot des Sittengesetzes befolgen solle, umkommen; aber diese Schwierigkeit und dieser Zufall hebt die Zwangspflicht nicht auf. Um dieser Schwierigkeit abzuhefen, bestimmt das positive Recht nach Regeln der Politik, z. B. nach den Graden der Verwandtschaft u. d. gl., wer im Fall des Unvermögens der Eltern die Auferziehung übernehmen solle. L. 4. 5. ff. de agnoscendis et alendis liberis et parentibus etc. S. auch *Pufendorf* d. j. n. et g. L. IV. c. XI. §. 4.

2. Können die Kinder eine standesmässige Erziehung, einen Antheil an dem Vermögen

der Eltern u. s. w. verlangen? Können die Eltern sich die Auferziehungskosten aus dem Vermögen des Kindes ersetzen lassen? Ist unter ehelichen und unehelichen Kindern ein rechtlicher Unterschied? Pflichten des Vaters. Pflichten der Mutter.

§. 525.

So wie der Mensch überhaupt das Recht hat, für die Erhaltung und Bildung der Menschheit in andern thätig zu seyn (§. 243.); so hat er dieses Recht auch in Hinsicht unmündiger Kinder.

§. 526.

Dieses Recht ist nun zwar kein *ausschließliches* Recht *bestimmter* Personen: doch aber darf niemand es den Eltern der Kinder nehmen, so lange es nicht klar ist, daß diese es nicht haben wollen oder nicht haben können. Denn die Eltern sind, vermöge des Urrechts der Menschen, für ihre Glückseligkeit alle rechtsgemäße Mittel zu gebrauchen, berechtigt, durch die Auferziehung der Kinder ihre physische oder moralische Neigung zu denselben zu befriedigen, oder irgend einem andern an die Kinder geknüpften Interesse Genüge zu thun. Nur müssen die Rechte der Kinder dabey ungekränkt bleiben. Geschieht dies nicht, so haben andere ein Recht, gegen die rechtswidrig handelnden Personen, als Verletzer, zu verfahren.

fahren, und ihnen, wenn es erforderlich ist, das gemißsbrauchte Recht zu nehmen.

Anm. Hugo Grotius (de jure Belli ac pacis L. 2. c. 5. §. 1.) gründet das Recht der Eltern über die Kinder auf die *Erzeugung* (generatio), unterscheidet übrigens sehr richtig in den folgenden §§. unter *tempus imperfecti judicii* und *perfecti judicii*, und in Rücksicht der letztern wiederum *dum filius pars manet familiae parentum* und *postquam ex ea familia excessit*. Nach Hobbes (de Cive c. 9. §. 3.) und einigen Neuern gründet sich das Recht der Eltern auf *Occupation*. Nach Pufendorf (de J. N. et G. L. VI. c. 2. §. 4.) auf der *Pflicht der Socialität* und dem *präsumirten Consens* der Kinder, als *causis secundis et proximis*: übrigens auf *Gott* als *causa universali*: Nach Gebauer (de patria potest. 1. §. 9.) auf *physischer Priorität* der Eltern: Nach Glafey (Recht d. Vernunft S. 1179.) auf dem *Vergnügen des Beyschlafs* u. s. w. Weder das eine, noch die andern sind das wahre Fundament der elterlichen Rechte.

§. 527.

Den Inbegriff der Rechte der Eltern über die Kinder nennt man die *elterliche Macht* (potestas parentalis). Sie ist, wenn nicht etwas anders rechtsgemäfs bestimmt ist, zwischen den Eltern getheilt.

§. 528.

Die *Grenzen* der elterlichen Macht (§. 527.) werden durch die moralische Würde der

der Kinder, die, gleich andern Menschen, wie Zwecke an sich selbst zu betrachten sind, bestimmt: und es begreift demnach die elterliche Macht *theils* diejenigen Rechte in sich, welche zur Bildung des Kindes zum Menschen nothwendig sind, *theils* diejenigen, welche mit der Würde des Kindes, als Zweck an sich selbst betrachtet, bestehen können.

§. 529.

In der *erstern* Rücksicht (§. 528.) haben die Eltern ein Recht zur physischen, geistigen und moralischen Erziehung der Kinder und zu allen hiezu dienlichen Mitteln (*imperium paedagogicum*).

Ann. Recht, über die Diät, das Betragen, den Umgang der Kinder zu wachen. Recht, die Kinder zur Schule anzuhalten, sie einem Erzieher zu übergeben. Recht der Züchtigung (*potestas scholastica, correctoria*). — Recht den vollkommensten Gehorsam zu fordern.

§. 530.

In der *zweyten* Rücksicht (§. 528.) sind die Eltern berechtigt, sowol für sich alle rechtsgemäßen Vorthelle aus ihrem Verhältniß zu den Kindern zu ziehen, als auch für die Zwecke (das Interesse) dieser auf die Zukunft zu sorgen.

Ann. 1. Recht, die Kinder für sich arbeiten zu lassen; Recht, sie in einer bestimmten Religion unterweisen zu lassen; Recht, sie für ein bestimmtes Fach unterrichten zu lassen,

sen, sie in ein Kloster oder eine andre Verbindung zu kaufen. *Potestas domestica.*

2. Aber haben die Eltern auch ein Recht, die Kinder zu verkaufen? das *jus vitae et necis*? *jus noxae dandi*? —

§. 531.

Wie man überhaupt niemandes Rechten zu nahe treten darf; so dürfen auch Fremde die elterliche Macht nicht angreifen. Es können aber andre sich dieselbe auf eine rechtsgemäße Weise erwerben (§. 526.).

Ann. Vormund. Vormundschaft. (tutor. tutela.) Pflegevater und Pflegemutter. Adoptio. Adrogatio. Curator. Curatela.

§. 532.

Das bisher betrachtete rechtliche Verhältniß der Eltern und Kinder gegen einander kann sehr passend mit dem Namen einer *gesetzlichen*, d. h. durchs moralische Gesetz unmittelbar bestimmten Gesellschaft bezeichnet werden.

§. 533.

Diese gesetzliche Gesellschaft (§. 532.) besteht indeß nur, so lange die Minderjährigkeit der Kinder (*minorennitas*) dauert. Sobald die Kinder *großjährig* (*maiores*) werden, treten sie zu ihren Eltern, oder zu denen, die Elternstelle vertreten, in das Verhältniß mündiger Menschen zu mündigen Menschen. Von diesem Zeitpunkt an erfordern die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Eltern und Kinder den Consens der da-

bey

bey interessirten Personen, der übrigens hier, wie sonst, stillschweigend oder ausdrücklich, mittelbar oder unmittelbar, erklärt seyn kann.

Anm. 1. Wann ist ein Kind für grossjährig zu achten? Emancipatio. Auf welche Weise wird die elterliche Macht aufgehoben? Sind die Kinder schuldig ihren Eltern Unterhalt zu geben? Haben sie rechtliche Ansprüche auf die Beerbung der Eltern? Pflichttheil. Schulden der Kinder. Können die Kinder von den Eltern enterbt werden? Wie verhält sich das positive Recht zum Naturrecht in Bestimmung der Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern?

2. *Simplicii Comment. in Epicteti Enchirid. C. 37. Οἱ ἔτι παλαιότεροι τοσῶτον τοὺς γονέας ἐσέφθησαν, ὥς καὶ θεὸς αὐτοὺς ὁρμῆσαι καλεῖν· εὐλαβηθέντες δὲ τὴν θεῖαν ὑπεροχὴν τοὺς τῶν γονέων ἀδελφὸς θεῖος ἐκάλεσαν, ἐνδεικνύμενοι τὴν τάξιν, ἣν τοὺς γονέας ἔχειν πρὸς τοὺς παῖδας τοὺς ἑαυτῶν ὑπελάμβανον. vgl. Epicteti Enchirid. c. 37. — Carinen Pythagor. v. 1. ff. Gellii Noctes Atticae 4. 13. u. a. m.*

Vierter Titel.

Dienstherrliche Gesellschaft.

A. P. G. Th. II. Tit. V.

§. 534.

Die dienstherrliche Gesellschaft (*societas herilis*) ist die Vereinigung mehrerer, vermögenderen

deren ein Theil für die häuslichen Zwecke des andern wirksam ist.

Ann. Nur von dieser Art der dienstherrlichen Gesellschaft, d. h. von der hausherrlichen, kann hier die Rede seyn, wenn man systematisch vortragen will. — *Form und Materie. Bedingungen dieser Gesellschaft.*

§. 535.

Derjenige Theil der dienstherrlichen Gesellschaft, für dessen Zwecke der andere wirksam ist, heist die *Herrschaft*; der für die Zwecke der Herrschaft arbeitende Theil, das *Gesinde*.

Ann. Diener (famulus). Dienstbothe (apparitor). Bedienter (minister). Knecht (serviens).

§. 536.

Eine solche dienstherrliche Gesellschaft ist erlaubt; setzt aber einen Contract unter den dabey interessirten Theilen voraus.

Ann. Wer kann sich in den Gesindestand begeben? Wozu kann man seine Dienste versprechen? Wann ist der Contract als völlig abgeschlossen anzusehen? Kann der Contract eigenwillig aufgehoben werden? Mancherley Bestimmungen dieser Contracte.

§. 537.

Sowol die Herrschaft als das Gesinde (§. 535.) ist zu dem berechtigt und verpflichtet, was in dem unter ihnen abgeschlossnen Vertrage ausdrücklich oder stillschweigend verabredet ist.

Ann

Ann. Allgemeine Rechte und Pflichten der Herrschaft. Allgemeine Rechte und Pflichten des Gefindes. — Was ist rechtlich zu präsumiren, wenn es zweifelhaft ist, ob einer umsonst oder für eine Vergeltung seine Dienste versprochen habe? Hat ein Gefinde Recht, Geschenke zu fordern? Miethpfenning.

§. 538.

Die Art und Weise, wie die dienstherrliche Gesellschaft aufgehoben wird, bestimmt sich aus dem, was über die Aufhebung einer Gesellschaft überhaupt bemerkt ist, von selbst.

Ann. Entlassung des Gefindes. Verlassung des Dienstes. Aufkündigung. Gültige Ursachen der Entlassung und Verlassung des Dienstes. Rechtliche Folge des einen und des andern. — Manumissio.

§. 539.

Ein *Sklave* (*fervus*) ist derjenige, welcher dem Eigenwillen andrer unterworfen ist, mithin als blosses Mittel für Zwecke, die ausser ihm liegen, gebraucht wird. Kein Mensch kann zum Sklaven andrer herabgewürdigt werden (§. 210.); kein Gefinde ist daher Sklave der Herrschaft, oder darf von dieser sklavisch behandelt werden.

Ann. Wie sind Leibeigne (homines proprii) von Sklaven unterschieden? Ist die Leibeigenschaft rechtlich denkbar?



Zweytes Capitel.

Kritische Einleitung in das Recht der Gemeinden.

J. de Societate.

D. de collegiis et corporationibus, — quod
cujuscunque universitatis nomine vel con-
tra eam agatur — de decretis ab ordine
faciendis etc.

A. P. G. Th. II. Tit. VI. §. 25. ff.

* * *

Erster Titel.

G e m e i n d e.

§. 540.

Unter einer *Gemeinde* versteht man die
durch einen gemeinschaftlichen Zweck
bestimmte Einheit mehrerer Personen ver-
schiedner Familien. Die Gemeinden stehen
also in der Mitte zwischen der häuslichen
und zwischen der bürgerlichen Gesellschaft.
Ihre Sphäre ist nicht auf die Mitglieder eines
Geschlechts eingeschränkt, aber doch auch
nicht so weitumfassend, als die Sphäre der
bürgerlichen Gesellschaft.

§. 541.

So verschieden der Zweck oder die Ein-
richtung oder die Mitglieder einer Gemeinde

Schaum. Naturr.

T

seyen

seyn können, so verschieden können auch die Gemeinden seyn. Die Regeln, nach welchen die Einrichtung einer Gemeinde bestimmt ist, heißen die *Statuten* (*statuta*) derselben.

Anm. Societates quaestuariae (Malscopey). *non quaestuariae. universales et corporales. Universitates personarum. Collegia. Corporaciones. Collegia repraesentativa. Deputationes.*

§. 542.

Die allgemeinen Rechtsgesetze für die Gemeinden ergeben sich aus der Beziehung der Principien des Gesellschaftsrechts auf den Zweck und die Verfassung der Gemeinden. Die besondern Rechte und Pflichten der Gemeinde und der einzelnen Mitglieder derselben sind aus dem Inhalt des Vereinigungsvertrags zu bestimmen.

Anm. Bona universitatum. Res universitatis strictae sic dictae. Res universitatis patrimoniales. bona originaria et acquisita. — Jura universitatis s. jura collegialia originaria et contracta. Jura singulorum ex universitate. — Privilegia universitatis. Poenae conventionales. Conventus et conclusa. u. s. w.

§. 543.

Beyspiele von Gemeinden sind die *Zünfte und Innungen der Handwerker — Schulen und Universitäten — Erziehungsanstalten — Gelehrte Gesellschaften — Club's, Ressourcen —*
Hand-

Handlungscompagnieen u. d. gl. m. Sobald der Zweck dieser verschiednen Gemeinden und die Urkunden derselben bekannt sind, lassen sich die bey ihnen vorkommenden Rechtsfragen aus den allgemeinen Principien des Gesellschaftsrechts sehr leicht beantworten. — Hier begnügt man sich, die rechtliche Theorie der *Kirchengemeinden* wegen ihrer Eigenthümlichkeit und Wichtigkeit etwas umständlicher zu entwerfen.

Zweyter Titel.

Kirchliche Gemeinde.

A. P. G. Th. II. Tit. XI.

§. 544.

Unter *Religion* im allgemeinsten Sinne versteht man das moralische Verhältniß der Menschen zu einem göttlichen Wesen. Religion im *objectiven* Sinne heist der Inbegriff von Vorstellungen, welche das moralische Verhältniß des Menschen zu einem göttlichen Wesen bestimmen: Religion im *subjectiven* Sinne aber bedeutet das moralische Verhältniß, worin ein bestimmtes Individuum zu einem göttlichen Wesen steht. Was sich auf Religion bezieht, wird *religiös* genannt.

§. 545.

Unter *Religion* im engern Sinne (*religiositas*) versteht man den Glauben an ein moralisches Verhältniß des Menschen zu einem göttlichen Wesen. *Objective* bedeutet Religion in diesem Sinne den Inbegriff von Vorstellungen, wodurch dieser Glaube bestimmt wird: *subjective* aber den Glauben eines bestimmten Individuums an sein moralisches Verhältniß zu einem göttlichen Wesen.

Anm. 1. Irreligion. Irreligiosität. — natürliche, geoffenbarte Religion. christliche, jüdische Religion u. s. w. Theoretische, practische Religion. Gottesverehrung. Gottesdienst.

2. In wiefern etwas mit dem moralischen Verhältniß des Menschen zu einem göttlichen Wesen zusammenhängt, heißt es *heilig* (*sacrum*). *Sacra interna et externa. Credenda et agenda. Secularia et profana.*

§. 546.

Jeder Mensch hat ein Recht, über sein Verhältniß zur Gottheit nachzudenken, und seinen religiösen Glauben und sein religiöses Leben nach seinem besten Wissen und Gewissen zu bestimmen. Kein Fremder ist in diesem Punct Richter des Menschen. Alles ist dem eignen Gewissen des Individuums überlassen, welchem zuwider keiner den andern zwangsmässig bestimmen darf.

Anm. 1. Hieraus ergiebt sich der richtige Begriff von Gewissensfreyheit (libertas conscientiae).

scientiae), sie ist nemlich die Freyheit, seine Denk- und Sinnesart in Beziehung auf Religion *seinem Gewissen gemäß* zu bestimmen: *nicht aber* die Freyheit, *ohne Gewissen* über und wider Religion sich zu äußern. Dies letztere haben viele Neuerer und sich so nennende Aufklärer für Gewissensfreyheit verkauft, und unter diesem Titel, aus Eitelkeit, Gewinnsucht u. s. w. die ehrwürdigsten Gegenstände auf eine höchst leichtsinnige, oft sehr scurrilische Weise behandelt. Ich darf hier keine Beyspiele anführen, aber einem jeden ruhigen Untersucher springt es in die Augen, daß grade *diese* Männer, die sich das Ansehn von Vertheidigern der Gewissensfreyheit geben wollten, durch den recht bitteren Spott und die wegwerfenden Urtheile über andere, die *aus Gewissen* sogenannte Orthodoxen waren, dies heilige Recht der Gewissensfreyheit am meisten gekränkt haben. — Keiner unsrer *würdigen* Theologen und Philosophen, kein Nösselt, Morus, Griesbach u. s. w.; kein Kant, Rehberg u. s. w. hat sich dergleichen — sogenannte *freye* — Aeufserungen über religiöse Gegenstände erlaubt: Theologen und Nicht-Theologen ohne theologische Gelehrsamkeit und philosophische Einsicht waren und sind es, die, mit einigen gangbaren philosophischen Dogmen und Namen ausstaffirt, einem kleinlichen Kitzel zu Liebe in der Theologie und Religion den Braven spielten und spielen. — *Heilige Tyranny* (tyrannis in conscientias).

2. Kann einer zur Religion überhaupt, kann er zu einer bestimmten Religion gezwungen werden? Kann die gewissenhafte Prüfung angenommener Religionsvorstellungen gewehrt? kann man verpflichtet werden, niemals seine Ueberzeugung in Hinsicht bestimmter Religionsfätze zu ändern? *Jus privatorum sacrorum.*

§. 546.

Obgleich niemand berechtigt ist, andere zu einem religiösen Glauben oder Leben zwangsmässig zu bestimmen (§. 545.); so hat doch ein jeder Mensch, sowol für sich als in Verbindung mit andern, ein Recht, für die Ausbreitung gewisser, nach seiner besten Ueberzeugung als wahr erkannter, Religionsvorstellungen und Gefinnungen auf eine rechtsgemäße Weise wirksam zu seyn.

Anm. Gesellschaft zur Beförderung der reinen Lehre. Missionsanstalten. Ist die pia fraus erlaubt? Heilige sie in deiner Wahrheit, dein Wort ist die Wahrheit. Joh. 17. v. 17. vgl. cap. 14. v. 16. 17.

§. 547.

Religionsgesellschaft ist die durch gemeinschaftliche religiöse Zwecke bestimmte Einheit mehrerer. Eine solche Gesellschaft ist erlaubt, setzt aber, wie jede andre, einen Vertrag voraus, dessen Gültigkeit von den Bedingungen der Gültigkeit der Verträge überhaupt (§. 386. ff.) abhängig ist.

§. 548.

§. 548.

Religionsübung (*exercitium religionis*) ist das (innere und äußere) religiöse Handeln. Die einzelnen religiösen Handlungen werden *Religionsübungen* (*actus religiosi*) genannt.

Ann. Opera pietatis. Functiones religiosae. Caerimoniae etc.

§. 549.

Die durch den Zweck der gemeinschaftlichen Religionsübung bestimmte Einheit mehrerer heißt *Kirche* (*ecclesia*). Der Inbegriff der mehreren, welche zu der Kirche gehören, die *Kirchengemeinde*: jede einzelne Person dieser Gemeinde, ein *Mitglied der Kirche* (*membrum ecclesiae*).

Ann. Kirchlich. kirchliche Verfassung. kirchliche Einrichtung. Wohl der Kirche. kirchliche Rechte. Rechte der Kirche. kirchliche Pflichten. Pflichten der Kirche.

§. 550.

Die in der kirchlichen Verbindung gegründeten Rechte heißen *kirchliche Collegialrechte* (*jura ecclesiastica collegialia*); der Inbegriff der kirchlichen Collegialrechte heißt die *kirchliche Macht* (*potestas ecclesiastica*); und die Wirksamkeit der kirchlichen Macht, das *kirchliche Regiment* (*regimen ecclesiasticum*).

Ann. Einheimische und auswärtige Collegialrechte.

§. 551.

Die Rechte und Pflichten der Kirchenmitglieder bestimmt das Gesetz: Jedes Kirchenmitglied ist *berechtigt*, an dem Wohl der Kirche verhältnismässigen Antheil zu nehmen, und *verpflichtet*, für das Wohl der Kirche verhältnismässig wirksam zu seyn.

§. 552.

Die der Kirche, als solcher, zukommenden Rechte heissen *Rechte der Kirche* (*jura ecclesiae*), und sind theils *äussere* (*transeuntia*), theils *innere* (*immanentia*), theils *ursprüngliche* (*originaria*), theils *erworbene* (*contracta*). Die ursprünglichen Rechte der Kirche bestimmen sich aus dem obersten Grundsatz des Rechts, die erworbenen aus den Thatfachen, auf welche sie gegründet werden.

§. 553.

Die *Religionsübung* (§. 548.) wird durch *Religionsvorstellungen* bestimmt: gemeinschaftliche Religionsübung setzt daher Uebereinstimmung in den Vorstellungen, welche sich in dem religiösen Handeln ausdrücken, voraus. Die nothwendige innere Bedingung einer Kirche ist daher Einhelligkeit der Kirchenmitglieder in den Vorstellungen, welche sich in der gemeinschaftlichen Religionsübung ausdrücken.

§. 554.

§. 554.

Die Kirche hat, wie jede andre Gesellschaft, das Recht, alle nothwendige Mittel zur Erreichung ihres Zwecks zu gebrauchen; sie ist daher auch berechtigt, für die Einhelligkeit ihrer Mitglieder in den gemeinschaftlichen Religionsübungen und in den Religionsvorstellungen, wie fern dieselben sich in dem religiösen Handeln ausdrücken, Sorge zu tragen. Sie hat, mit einem Worte, ein Recht, dahin zu sehen, daß *ein Geist* ihre gemeinschaftlichen Religionsübungen befeele.

§. 555.

Jede Kirche ist daher auch berechtigt, 1) jede wirkliche Störung ihrer gemeinschaftlichen Religionsübungen mit Zwang zu verhindern, 2) es abzuwenden, daß ihre Mitglieder in ihren Religionsvorstellungen *irre* gemacht werden.

Ann. Recht der kirchlichen Aufsicht und Zucht, Recht der Censur.

§. 556.

Wer durch Thatfachen zu erkennen giebt, daß seine Religionsvorstellungen denen, welche den Religionsübungen der Kirche zum Grunde liegen, *widerstreiten*, stört die Einhelligkeit der Kirche, und kann nicht oder nicht mehr Mitglied der Kirche seyn. Sie hat das Recht, ihn nicht dafür anzuerkennen.

- Ann. 1. Jus excommunicandi. In wie fern kann ein excommunicirtes Mitglied der Kirche auch anderer Rechte, deren Gegenstand nicht blos kirchlich ist, verlustig erklärt werden? Ketzer (haereticus). Rechtgläubiger (orthodoxus).*
2. Kein Jude z. B., kein Mahomedaner, keiner, dem die Offenbarung eine Thorheit und Christus ein Spott ist, kann Mitglied einer christlichen Kirche seyn.
3. Ein Mitglied der Kirche, welches durch Thatfachen (der Begehung oder Unterlassung) zu erkennen giebt, daß es gleichgültig oder leichtsinnig in Hinsicht auf kirchliche Religionsübungen sey, giebt dadurch allein der Kirche noch kein Recht zu zwingen. Sie muß diese blos die Gesinnung betreffende Sache dem *Foro conscientiae* überlassen: und kann nichts weiter thun, als durch liberale Belehrung und Ermahnung auf dieses Forum verweisen, und, ebenfalls auf eine liberale Weise, dafür sorgen, daß dem Wohl der Kirche daraus kein Schade entstehe.
4. Luther in seiner Erklärung des 82. Psalms sagt sehr richtig: Man muß das christliche, wie das bürgerliche Bürgerrecht halten, und wer nicht glauben und bekennen will, was andre glauben, der behalte es auf seine Gefahr in seinem Herzen und bändige seine Zunge: oder wer das nicht kann, der gehe zur Stadt (Kirche) heraus! —

§. 557.

So unumgänglich nothwendig es ist, daß ein Geist die Kirchenmitglieder beseele und

und in der *religiösen* Denkungsart kein störender *Widerstreit* sey; so wenig ist es erforderlich — wenn es auch möglich wäre — daß alle und jede Mitglieder der Kirche über alle und jede Objecte der kirchlichen Religionsübung *völlig dieselben* Vorstellungen haben. Es ist genug, wenn die (der Natur des Menschen gemäß in *jedem* einzelnen, sowohl dem Grade der Vollkommenheit, als dem Partial-Inhalte nach, verschiedenen) Vorstellungen der Kirchenglieder in Hinsicht auf den kirchlichen Zweck *mit einander bestehen* können. Die Kirche hat daher auch kein Recht, zu fordern, daß alle und jede, die zu ihr gehören, über die kirchlichen Objecte *buchstäblich* gleiche Meinungen haben: denn dies ist unmöglich, und zum Einklang der kirchlichen Uebungen nicht nothwendig.

Anm. Aber eben so wenig haben nun auch *einzelne Kirchenmitglieder* das Recht, zu verlangen, daß die Kirche *ihre* individuellen Vorstellungen annehme, und ihnen gemäß die gemeinschaftlichen Religionsübungen bestimme: das Recht z. B. über den Prediger zu spotten, der Lehrsätze vorträgt, die ihnen zu alt scheinen; ein Gesangbuch abzuschaffen, weil es nicht im neuern Stil und Geiste abgefaßt ist. — Aber, hat man hier eingeworfen, welcher Aufgeklärte kann sich bey Anhörung der gewöhnlichen Predigten und Absingung der gewöhnlichen Lieder *erbauen*? Die-

Diesem Einwurf kann ich nicht besser antworten, als mit einem Ausspruche von *Jesus Christus*: Selig sind, die da *hungert* und *dürstet* nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden. Ev. Matth. 5. v. 6. vgl. c. 7. v. 7. und den goldnen Worten des *philosophischen Luthers*: Sorget ihr aber nicht dafür, daß ihr vorher wenigstens auf dem halben Wege *gute Menschen* werdet, so könnet ihr auch niemals *aufrichtig gläubige Menschen* werden. Kritik d. r. V. S. 858. A.

§. 558.

Die höchste Erkenntnißquelle der Religionsvorstellungen einer Kirche nennt man die *heiligen Urkunden*, und die Schriften, in welchen dieselben aufgezeichnet sind, die *heiligen Bücher* (*biblia sacra*). Die Kirche ist verpflichtet, ihren Mitgliedern diese heiligen Bücher mitzutheilen, aber auch berechtigt zu fordern, daß sie heilig gehalten werden.

Ann. Naturalisten. Supernaturalisten.

§. 559.

So sehr die Kirche berechtigt ist, von ihren Mitgliedern und auswärtigen zu fordern, daß sie ihre heiligen Urkunden (§. 558,) heilig halten, d. h. dieselben nicht zum Object des Spottes, Witzes oder einer andern Leidenschaft und Laune machen (weil dadurch die Kirche selbst zu einem Mittel der Befriedigung sinnlicher Triebe herabgewürdigt wür-

würde); so wenig hat sie ein Recht, eine *gewissenhafte Prüfung* derselben (Forschung in der Schrift) zu unterfagen, und zu fordern, daß die von ihr oder ihren Vätern festgesetzten Meinungen über den Ursprung oder Inhalt der heiligen Bücher für ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Glieder und für Fremde als bindende Vorschriften gelten.

Anm. Eine ganz eigne — von den meisten übersehene — Schwierigkeit in der Untersuchung über die Rechte des Menschen in Bezug auf Religionsprüfung entsteht da, wo der Glaube ist, daß gewisse Religionsvorstellungen nicht durch Vernunft gegeben, sondern unmittelbares Gotteswort (geoffenbart) seyen. Wo dieser Glaube ist, da kann leicht die Prüfung solcher geoffenbarten Religionsvorstellungen durch *Vernunft*, als eine *Anmaßung* dieser, wozu sie nicht berechtigt ist, angesehen werden. — Allein diese Schwierigkeit löst sich, und die aus dem Offenbarungsglauben zum Nachtheil der Vernunft abgeleitete Folgerung erscheint als inconsequent, wenn man erwägt: 1) daß doch *dieser Glaube selbst* sich nirgends sonst, als *in der Vernunft* (Vorstellungsvermögen) finden könne, nach den Gesetzen derselben entstanden seyn, auf Gründen beruhen, und also eine Darstellung und Prüfung dieser Gründe (Grundforschung), und eine Kritik seiner selbst (seines Entstehens, seiner Möglichkeit) zu lassen müsse: 2) daß — wenn nun auch

evi-

evident ist, daß gewisse R. V. nicht durch Vernunft (das Uebernaturliche in uns), sondern durch Offenbarung (das Uebernaturliche außer uns) *gegeben* sind — die Vernunft sie doch müsse *empfangen*, mithin bey ihrer Offenbarung *mitgewirkt* haben, und in Hinsicht dieses *Vernunftgeschäfts* also gefragt werden könne, *α)* ob es der Vernunft *möglich* sey, eine Offenbarung zu empfangen, *β)* ob sie bestimmte Religionsvorstellungen *wirklich* aus Gottes Mund empfangen *habe*: 3) daß endlich Gotteswort dem Menschen doch nicht *unmittelbar*, sondern nur durch *Zeichen*, die den Menschen verständlich sind, gegeben werden könne; Anwendung der Vernunft, um das göttliche Wort zu verstehen, also durchaus *nothwendig* sey, und jedem Menschen freystehen müsse, durch Prüfung der Schrift, den wahren Sinn derselben, zu erforschen. — Hieraus ergiebt sich denn aber auch, daß jede Prüfung einer geoffenbarten Religion, die nicht mit der Kritik aller Offenbarung anfängt, unzweckmäßig sey, und die Ungeschicklichkeit ihres Urhebers zu diesem Geschäfte verrathe.

§. 560.

Die bestimmten Religionsvorstellungen einer Kirche nennt man das *Symbol* derselben, und die Schriften, in welchen dies Symbol aufgezeichnet ist, die *symbolischen Bücher* (*libri symbolici*).

§. 561.

§. 561.

Da die symbolischen Bücher diejenigen Religionsvorstellungen enthalten, welche den *Vereinigungspunct* der Kirchenglieder in kirchlicher Hinsicht geben; so hat die Kirche in Beziehung auf sie folgende Rechte: 1) Sie kann von jedem, der ihr Mitglied seyn will, fordern, daß er ihr Symbol *annehme*, und *demselben treu bleibe*, d. h. sein kirchliches Handeln so einrichte, daß es mit dem kirchlichen Symbol bestehen könne. 2) Sie kann verlangen, daß ihr Symbol, welches ein *Vereinigungsmittel* seyn soll, nicht zu einem *Verwirrungsmittel* gemisbraucht werde. 3) Sie ist berechtigt, ihr Symbol seinem Zweck, der Vereinigungspunct aller ihrer Glieder zu seyn, immer angemessner zu machen.

Anm. 1. Kann die Kirche fordern, daß alle ihre Mitglieder bey dem Buchstaben des Symbols dasselbe denken? daß sie ihre Ueberzeugung in Rücksicht derselben niemals ändern? daß sie ihr Gewissen und ihre Vernunft demselben unterwerfen? (§. 545. A.)

2. Irrlehrer sind diejenigen, welche Vorstellungen verbreiten, die die Kirchenglieder vom Zweck der Kirche abführen, die z. B. die Formeln des Symbols zur Sectirerey misbrauchen, oder durch Vermischung heterogener Vorstellungen mit den eigenthümlichen Vorstellungen der Kirche (reinen Lehre) Verwirrung in die Ge-

Gemeinde bringen. Hat die Kirche ein Recht gegen diese Irrlehrer? Was hat sie für Rechte und Pflichten gegen Irrende? Kann sie jede Aeufserung einer von ihrem Symbol abweichenden Meynung als Irrthum ansehen? Wenn es zweifelhaft ist, ob eine in ihrem Symbol enthaltene Vorstellung wahr oder falsch sey, wornach ist dann dieser Zweifel zu lösen?

3. Kann die Kirche ihr Symbol verändern? Kann sie sich einem Fremden verpflichten, mit ihrem Symbol nie eine Veränderung vorzunehmen? Veränderungen des Symbols müssen allemal den heiligen Büchern der Kirche und dem Geist der Kirchengemeinde gemäfs geschehen. Ist immer eine ausdrückliche Veränderung des Kirchensymbols nothwendig, um es seinem wahren Zweck angemessen zu machen? Hat ein Theil der Kirche das Recht, von dem andern zu fordern, dass das Symbol nach seinem Gutdünken modificirt werde? Religionsedicte.

§. 562.

Alle Religionsübungen der Kirche lassen sich in *theoretische* und *practische* eintheilen. *Theoretisch* heissen sie, in wie fern sie auf *Erkenntniss* des moralischen Verhältnisses der Menschen zur Gottheit abzwecken (belehren): *practisch*, in wie fern sie darauf abzielen, den Glauben an das moralische Verhältniss des Menschen zur Gottheit für *practische* (moralische) Zwecke zu benutzen (erbauen).

§. 563.

§. 563.

Die Kirche hat das Recht, die Regeln zu entwerfen, nach welchen die — theoretischen und practischen — Religionsübungen einzurichten sind. Gewisse *äußere* (unwesentliche) Bestimmungen derselben, z. B. Zeit, Ort u. d. g. können auch von der Willkühr eines Fremden abhängen.

Anm. Recht der Kirche, die Norm vorzuschreiben, nach welcher die kirchlichen Vorträge eingerichtet werden sollen — Recht der Kirche, die die Religionsübung betreffenden Schriften etc. zu bestimmen; die äußere Form der Religionsübung festzusetzen (jus liturgicum) — die Personen zu wählen, welche diese oder jene Art der kirchlichen Geschäfte besorgen sollen u. s. w.

§. 564.

Diejenigen Mitglieder der Kirche, welchen das Geschäft der Belehrung und Erbauung übergeben ist, heißen *Prediger*. Die Kirche hat das Recht, von ihnen zu fordern, daß sie ihr Geschäft dem Zwecke der Kirche gemäß betreiben.

Anm. 1. Der Prediger ist demnach verpflichtet, keine Irrlehren (§. 561. A. 1.) zu verbreiten; sich in seinem Geschäft nicht nach seinen individuellen Hypothesen u. s. w., sondern nach dem Geist der Kirche zu richten; niemandem durch eigenmächtige und unzeitige Neuerungen ein Aergerniß zu geben; in Lehre und Beyspiel ein Orthodox im eigentlichen Sinne des Worts zu seyn. Für

Schaum. Naturr.

U

ihn

ihn gilt vornehmlich das so oft aus Miß-
 verstand verspottete Gesetz: *Du sollst in*
deinen religiösen Handlungen deinen Witz
(Vernunft) dem Gewissen (Glauben),
die theoretische Vernunft der practischen
unterordnen. Dafs dieses Gesetz in seiner
 gewöhnlichen Formel: Man muß die
 Vernunft unter den Glauben gefangen-
 nehmen; von Hierarchie, Despotismus
 und Verfolgungsgeist gemißbraucht ist
 und wohl noch gemißbraucht wird, kann
 seiner Wahrheit nicht schaden: man be-
 denke nur, dafs der Sinn dieses Gesetzes
 nicht ist: Du sollst deine Vernunft (das
 Göttliche in dir) dem kirchlichen Glauben
 (menschlichen Meynungen) blindlings un-
 terwerfen: sondern dafs es blos gebet:
 Du sollst in deinem religiösen Handeln
 und Denken gewissenhaft seyn, d. h.
 Gotte mehr gehorchen als den Menschen.

2. Da der Kirche vorzüglich daran liegen
 muß, dafs die Prediger ihre kirchlichen
 Pflichten treulich erfüllen, so ist sie be-
 rechtigt, sich ihrer Treue so fest als mög-
 lich zu versichern. Daher das Recht,
 von den Predigern den *Religionseid* (jura-
 mentum religionis) zu fordern. Dieser
 Eid darf sich freylich auf nichts unmög-
 liches beziehen; aber heist denn das et-
 was *unmögliches* versprechen, wenn man
 gelobt, dem Symbol einer Kirche *gemäfs*
 zu lehren, d. h. nichts vorzutragen, was
 die Mitglieder der Kirche in ihrer Reli-
 gion irre machen könnte? Etwas un-
 mögliches und unsinniges würde die Kir-
 che nur dann von ihrem Prediger for-
 dern,

dern, wenn er beschwören sollte, daß
 er, so lange er denken könnte, bey den
 Worten des Symbols völlig dieselben Vor-
 stellungen haben wolle, keine deutliche-
 re, keine andere, als in dem Augen-
 blicke des Schwörens! — Diese Forde-
 rung indess, ob sie wol — zur Schande
 der Menschheit und gewiß nicht zu Eh-
 ren Gottes — von manchen geistlichen
 Tyrannen gethan ist, finde ich in keinem
 der Eidesformulare, die ich kenne. Ich
 habe so eben noch das *Sächsische* vor mir
 liegen, über das sich wegen der Rück-
 sichten auf Papisten, Calvinisten u. s. w.
 und überhaupt des Inhalts wegen, man-
 cherley Anmerkungen machen ließen;
 allein selbst in diesem wird an keine
 Beschwörung der *innern Ueberzeugung*
 gedacht; sondern es fordert blos dies:
 „Ihr sollet geloben und schwören, daß
 ihr — bey der reinen *Lehre* und *christ-*
lichem Bekenntnisse dieser Lande — —
 beständig ohne einigen Falsch verblei-
 ben und verharren, darwider nichts
 heimliches und öffentliches *practiciren*
 wollet u. s. w., Es drängen sich mir in
 diesem Augenblicke so manche Gedan-
 ken und Bemerkungen auf, die hier viel-
 leicht nicht ohne Nutzen eine Stelle ein-
 nähmen; indess, ich darf nicht vergessen,
 daß ich ein System des Naturrechts
 schreibe, und alles, was zur Moral und
 Politik gehört, hier also keinen Platz fin-
 den kann. — Plura tamen coram! —

3. *Membra ecclesiae vulgaria et non vulgaria.*
Episcopi. Ministerium ecclesiasticum etc.

§. 565.

Die Kirchen können *einfache* und *zusammengesetzte* seyn, und sich, wie jede andre Gesellschaft, Rechte erwerben.

Ann. 1. *Parochien. Diöcesen u. s. w. Res ecclesiae. Patrimonium ecclesiae. Res religiosae.*

2. Die Rechte der Kirche sind den allgemeinen Rechtsgesetzen unterworfen: Rechte daher, welche eine Kirche unter *Bedingungen* erwarb, können ihr, wenn diese Bedingungen deficiren, nicht mehr zukommen u. s. w.

§. 566.

Auch die bey Aufhebung und Endigung einer Kirchengemeinde vorkommenden Fragen beantworten sich aus den über diesen Punct im allgemeinen Gesellschaftsrecht dargestellten Principien.

Ann. Von den vielen Schriften über die Rechte der Kirche und ihrer Glieder nenne ich hier nur folgende:

Moses Mendelssohn's Jerusalem, vgl. (*Krause*) über kirchliche Gewalt. Berlin.

Hufeland über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen.

Rehberg's Fernere Untersuchungen über allgemeine Toleranz und Freyheit in Glaubenssachen. Berlin. Monatschr. von 1789.

Wieland's Gedanken von der Freyheit in Glaubenssachen zu philosophiren.

Drittes Capitel.

Kritische Einleitung in das Recht der bürgerlichen Gesellschaft.

* * *

Erster Titel.

Grundbegriffe.

§. 567.

Eine Einheit (ein Zusammenleben) mehrerer, deren jeder *seine* Zwecke nach seinem Gutdünken (natürlichen Trieben) verfolgt, heisst eine *natürliche Gesellschaft* (societas naturalis).

Anm. Homeri Odyss. I. 10. v. 112.

Τοῖσιν δ' ἔτ' ἀγοραὶ βεληφόροι, ἔτε θεμιστεῖ.

Ἀλλ' οἷγ' ὑψηλῶν ὀρέων ναίεσσι κάνηρα

Ἐν σπέσσι γλαφυροῖσι. θεμιστεύει δὲ ἕκαστος

Παίδων ἢ δ' ἀλόχων ἔδ' ἀλλήλων ἀλέγχει.

§. 568.

Eine Einheit (Verbindung) mehrerer, die verpflichtet sind, einander gegenseitig die Erreichung ihrer Zwecke zu sichern, heisst eine *bürgerliche Gesellschaft* (societas civilis).

Anm. Form und Materie einer bürgerlichen Gesellschaft. Aeussere und innere Bedingungen derselben.

 §. 569.

Die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft heißen *Bürger* (cives), und alles, was oder in wie fern es die bürgerliche Gesellschaft betrifft, *bürgerlich* (civilis).

§. 570.

Die Menschen haben ein Recht, eine bürgerliche Gesellschaft zu gründen.

§. 571.

Da die bürgerliche Gesellschaft im allgemeinen den Zweck hat, jeglichem Mitgliede die Erreichung seiner Zwecke möglichst zu sichern, so ist sie in so fern eine *öffentliche Sache* (res publica), und wird daher auch *Republik* im weitesten Sinne des Worts genannt. Sie schließt indess die *besondern Sachen* (Zwecke, res privatae) nicht aus, sondern ist vielmehr eben dadurch eine öffentliche Sache, daß sie die *besondern Sachen* des Einzelnen unterstützt, und verlangt nur, daß ihre Mitglieder nicht ausschliessend auf ihre *Privatzwecke* Acht haben sollen.

Anm. Wohl der bürgerlichen Gesellschaft. Salus publica. Bonum publicum. Salus privata. Bonum privatum. Ist die öffentliche Wohlfarth dem Privatwohlseyn, oder dieses jenem untergeordnet?

§. 572.

Die Beantwortung der Fragen: *Wie bürgerliche Gesellschaften entstehen und entstehen*

den sind, oder, was die einzelnen Menschen bewege, in eine bürgerliche Gesellschaft zu treten u. f. w. überlassen wir dem Historiker, oder dem, welcher die Beschaffenheiten, Verhältnisse, Rechte u. f. w. einer bestimmten bürgerlichen Gesellschaft *historisch* erörtern will. Der Grund der Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Gesellschaft aber ist und kann kein andrer seyn, als — ausdrückliche oder stillschweigende, unmittelbare oder mittelbare, freywillige oder nothwendige — *Einwilligung*.

Anm. 1. Es ist seit *Rousseau* so unendlich oft gesagt und nachgesagt worden, alle bürgerliche Gesellschaften gründeten sich *der Zeit nach* auf einen Vertrag. Ich möchte doch den sehen, der den *Beweis* dieser, für axiomatisch gehaltenen, Behauptung übernehmen wollte und könnte! Seine Quelle kann nichts anders, als die *Geschichte* seyn; aus dieser aber erhellet gradezu das *Gegentheil*. Πρώτη μὲν, sagt der philosophische *Polybius* (*Histor. l. 6, 2.*) ἀνατασκέυως καὶ φουσικῶς συνίσταται μοναρχία.

2. Was heisst *pactum unionis*? In wie fern ist dasselbe zur bürgerlichen Gesellschaft erforderlich? Was die einzelnen Menschen zum Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft (empirisch) bewege, anzugeben, ist nicht möglich (*quot capita, tot sensus*) und nicht nöthig. Die bürgerliche Gesellschaft hat, weil Sicherung der Zwecke eines Jeden ihr Zweck ist, das Eigne, das sie für die heterogensten Zwecke paßt, und daher

für Menschen mit den verschiedenartigsten Zwecken einen Vereinigungspunct abgiebt.

§. 573.

In einer bürgerlichen Gesellschaft ist es entweder dem (*subjectiven*) Gutdünken der Bürger überlassen, was sie für die öffentliche Sache (§. 571.) thun wollen: oder es wird durch *objective* Vorschriften bestimmt, was sie für dieselbe thun sollen. Wo das erstere der Fall ist, ist die bürgerliche Gesellschaft eine *Anarchie*: wo das letzte stattfindet, ist sie ein *Staat* (*status*).

§. 574.

Bey der Anarchie (§. 573.) kann der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft (§. 568. 571.) durchaus nicht erreicht werden: soll dies geschehen, so muß diese Gesellschaft ein *Staat* seyn. — Denn „der Mensch ist „ein *Thier*, das, wenn es unter andern seiner Gattung lebt, *einen Herrn nöthig hat*. „Denn er mißbraucht gewiss seine Freyheit „in Ansehung anderer seines gleichen; und, „ob er gleich, als vernünftiges Geschöpf, „ein Gesetz wünscht, welches der Freyheit „Aller Schranken setze; so verleitet ihn „doch seine selbstfüchtige thierische Neigung, wo er darf, sich selbst auszunehmen. Er bedarf also einen Herrn, der ihm „den eignen Willen breche, und ihn nöthige, „ge,

„ge, einem allgemein-gültigen Willen, da-
 „bey jeder frey seyn kann, zu gehorchen.,,
Kant's Ideen zu einer allgemeinen Geschichte
 in weltbürgerlicher Absicht. Sechster Satz.

Ann. Xenophon's Oeconom. 8. 8. Ἡ δ' ἀταξία
 ὁμοίον τι μοι δοκεῖ εἶναι, οἷον περ εἰ γεωργὸς ὁμοῦ
 ἐμβάλοι κριθὰς καὶ πυροῦς καὶ ὄσπρια καί περ τε,
 ὅποτε δέοι ἢ μάτης, ἢ ἄρτου, ἢ ὄψου, διαλέγειν
 δέοι αὐτῷ, ἀντὶ τοῦ λαβόντα διευκρινημένοις
 χρῆσθαι.

§. 575.

Ein Staat, in welchem sich die Bürger
 die objectiven Vorschriften (Gesetze) ihrer
 Wirksamkeit für die öffentliche Sache selbst
 geben, heisst ein *Freystaat* (Republik im en-
 gern Sinne): wo den Bürgern aber diese ob-
 jectiven Vorschriften gegeben werden, ist ein
Reich (regnum, Staat in der engern Bedeu-
 tung). In jedem Staate ist *Oberherrschaft* (§.
 573.) und *Unterordnung* (daf.): sind Ober-
 herren und Unterthanen.

Ann. Politische Freyheit. Bürgerliche Frey-
 heit. Form und Materie des Staats. Aeussere
 und innere Bedingungen desselben. Pactum
 subjectionis. Staatsverfassung.

§. 576.

Ein System von Lehrsätzen, welche
 die Rechtsverhältnisse der Menschen im Staa-
 te bestimmen, heisst *Staaten-Recht* (jus ci-
 vitatis).

Ann. Jus civitatis universale et particulare.
 intrinsecum et extrinsecum.

§. 577.

Bey einem Staate kommen zunächst in rechtlicher Hinsicht zwey Fragen vor: 1) Welches sind die gegenseitigen Rechtsverhältnisse des Staats und der Bürger? und 2) In welchen Rechtsverhältnissen stehen die Bürger, als Bürger, zu einander? Die erste bezieht sich auf die öffentliche Sache aller, die zweyte nimmt auf die besondern Sachen (Zwecke) der Einzelnen Rücksicht.

§. 578.

Ein System von Lehrsätzen, welche die gegenseitigen Rechtsverhältnisse des Staats und seiner Bürger bestimmen, heisst *Staatsrecht* (Jus civitatis im engern Sinn, Jus publicum): ein System von Lehrsätzen, welche die Rechtsverhältnisse der Bürger, als Bürger, zu einander, bestimmen, *Bürgerliches Recht* (Jus civile f. privatum).

Anm. 1. Jus publicum universale et particulare. absolutum et hypotheticum. *Geschichte des Staatsrechts. Nutzen desselben.*

2. Einige neuere Staatsrechtslehrer haben dem Staatsrecht, als Einleitung, *metapolitische* Betrachtungen vorangeschickt. Allein dies ist der reinen Methode unsrer Wissenschaft zuwider. Denn *Metapolitik* ist nach der eignen Erklärung derer, welche sie ins Staatsrecht aufgenommen haben, ein *Innbegriff von Erfahrungsfätzen* u. f. w. (S. Hufeland's Lehrsätze d. N. R. §. 358.): wie können aber *Erfahrungsfätze* eine

eine *Rechtswissenschaft* einleiten? — Dafs man die Unzweckmäfsigkeit dieser metapolitischen Betrachtungen im Staatsrecht bisher nicht bemerkte, kam wol nur daher, dafs man zur Deduction der Rechte des Menschen im Staate den Naturstand zu Hülfe rufen zu müssen glaubte. Auch der Name ist für den angegebenen Begriff nicht gut gewählt: denn das *Meta* zeigt etwas *metaphysisches* an; kann mithin nicht für einen Innbegriff von *Erfahrungssätzen* gebraucht werden. Man wird mir diese Bemerkung nicht für Sylbenstecherey auslegen; es hängt viel wichtiges an diesen Sylben. Denn eine von den Hauptursachen der Verachtung und des Mißbrauchs der Metaphysik liegt darin, dafs man diesen erhabnen Namen für jede Art von Philosophirerey gebraucht hat. Selbst unter den sogenannten metaphysischen Lehrbüchern academischer Philosophen sind, ausser dem Baumgartenschen, wenige, die wirklich Metaphysik enthalten. — Durch diese Benennung will ich indess den Namen und den Begriff *Metapolitik* keinesweges exiliren: Metapolitik giebt die Idee einer sehr wichtigen Wissenschaft, und ist ein sehr passender Name für die *metaphysischen Anfangsgründe der Politik*. — Es sey mir bey dieser Gelegenheit erlaubt, hier den Begriff dieser wichtigen Wissenschaft genauer zu bestimmen, als ich oben gethan habe (§. 11. A. 3.). *Klugheitslehre* ist die *Wissenschaft der natürlichen Mittel für Zwecke*. Diese Klugheitslehre theilt sich in *Politik* (Staats-

(Staatsklugheitslehre) und *Privatklugheitslehre* (Lebensklugheit). Jene ist die *Wissenschaft der natürlichen Mittel für bürgerliche Zwecke*, und diese, die *W. d. n. M. für Privatzwecke* (für Zwecke des gemeinen Lebens). — Kann wol nach diesem einzig richtigen Begriff der Politik von einer *Verbindung* der *Moral* mit der *Politik* die Rede seyn?

§. 579.

Aus leicht zu findenden Ursachen kommen literarische Producte fürs Staatsrecht erst lange nach Entstehung der Staaten hervor, und ist die Literatur dieser Wissenschaft, Revolutionszeiten ausgenommen, sehr einförmig. Das vorige und itzige Jahrzehend hat staatsrechtliche Schriften mancherley Art hervorgebracht, deren größtem Theil weiter nichts fehlt, als daß ihre Verfasser vom Staatsrecht keine Idee, und zur gründlichen Bestimmung der Rechte und Pflichten des Menschen und des Bürgers nicht Kenntniß und Kraft genug hatten. Man werfe einen flüchtigen Blick auf die Schreibereyen der *Campe*, *Bahrdt* u. f. w. von der einen, und der *Hoffmann*, *Schirache* u. f. w. von der andern Seite: und suche Gewinn für die Wissenschaft aus den Schriften unfres *Rehberg's*, *Wieland's*, *Brändes*, *Hufeland's* u. a. m.

Anm. 1. Ausser den oben genannten allgemeinen Schriften gehören folgende zur Literatur des Staatsrechts:

Jo. Bodini de Republica Libri IV. Lutet. Paris.

Thomae Hobbesii Leviathan, or concerning Commonwealth. London.

Ulrici Huberi de jure civitatis libb. III. Franequerae. — Cum commentariis Nic. L. B. de Lyncker, suppletis cura J. C. Fischeri. Francof. et Lips.

John Locke two Treatises of Government etc. London. — Deutsch. Jena — Französisch. Brüssel u. Amsterdam.

Algernon Sidney Discourses concerning Government. London. — Französisch. Haag und Paris.

Just. Henning. Boehmeri Introductio in Jus publicum universale. Halae.

Chr. Wolfius de imperio publico, seu jure civitatis etc. — J. N. P. VIII. Francof. et Lips.

J. J. Rousseau du contract social ou principes de droit politique.

P. Ph. Gudin Supplement au contract social. Paris.

J. H. G. von Justi die Natur und das Wesen der Staaten. Berlin. Mit Anmerkungen von H. G. Scheidemantel. Mietau.

Mercier de la Riviere L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques. Londres. vgl. *Mably* Doutes contre l'ordre naturel etc. à la Haye.

C. A. de Martini Positiones de jure civitatis. Vindobonae.

H. G. Scheidemantel's Staatsrecht nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten Völker betrachtet. Jena.

Def-

Desselben Allgemeines Staatsrecht überhaupt und nach der Regierungsform.
Jena.

Jos. Fr. Loth. Schrodts Systema juris publici universalis. Bamberg.

2. Die französischen Neuerungen haben eine große Menge in das Staatsrecht eingreifender Schriften hervorgebracht, in Rücksicht derer ich auf die klassischen Anzeigen und Beurtheilungen in der allgemeinen Literaturzeitung und auf die nächstens erscheinende Sammlung derselben von *H. Rehberg* verweisen kann.

Zweyter Titel.

S t a a t s r e c h t.

Erster Abschnitt.

Rechte der Oberherren im Staate überhaupt.

A. P. G. Th. II. Tit. XIII. XIV. XV.
XVI. XVII.

§. 580.

Der Inbegriff der Rechte, welche dem Oberherrn des Staats zukommen, heisst die *Staatsoberherrliche Macht* (potestas civilis).

§. 581.

In wie fern der Oberherr in rechtlicher Hinsicht der *Grösste* im Staat ist, in so fern hat er die *Majestät*. Die einzelnen aus der
Maje.

Majestät fließenden Rechte, werden *Majestätsrechte* (*jura majestatica*) genannt.

Ann. 1. Verschiedne Eintheilungen der Majestät. Vornehmlich ist die Eintheilung in persönliche und reelle Majestät zu merken.

2. Man hat viel über den Satz gestritten: Dem Oberherrn kömmt blos die persönliche, dem Volke die reelle Majestät zu. Hätte man es der Mühe werth gehalten, vor dem Streiten sich deutliche Begriffe von den Objecten desselben zu bilden; hätte man den Unterschied zwischen Volk in Beziehung auf den Oberherrn (Summe der Unterthanen), und einem Volke in Beziehung auf Fremde (Oberherrn und Unterthanen zusammen genommen als eine freye bürgerliche Gesellschaft betrachtet) nicht übersehen, so hätte sich der *status controversiae* leichter bestimmen, also der Streit selbst leichter endigen lassen.

3. In wie fern kann man sagen, die bürgerliche Oberherrschaft ist nicht ohne von Gott? Röm. c. 13. v. 1. ff. vgl. Psalm 82. 1. ff. Joh. 10. v. 34.

4. *Jura majestatica essentialia et accidentalia. immanentia et transeuntia. Unterschied zwischen Majestätsrechten und Regalien. Hohe und niedre Regalien (regalia majora et minora).*

5. Die Staatsoberherrschaft kann, wie die Oberherrschaft überhaupt, eingeschränkt oder uneingeschränkt, getheilt oder ungetheilt, vollständig oder unvollständig, unabhängig oder abhängig seyn. — Was heisst *Souveraineté* und *Souverain*? In wie fern kann
man

man sagen: La souveraineté est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible; elle appartient à la nation; aucune section du peuple, ni aucun individu, ne peut s'en attribuer l'exercice. La constitution Française, Titre III. Article I.

6. *Macht die Lehnverknüpfung (nexus feodalis), Tribut, Verstattung eines Vorrechts, oder das jus clientelare die Oberherrschaft abhängig? — Schirmgerechtigkeit giebt keine Obrigkeit.*

7. *Unterschied zwischen einem wirklichen Oberherrn (imperans) und einem Verwalter der Oberherrschaft (merus rector civitatis). Ist der Satz wahr, daß jeder Oberherr nichts weiter sey, als der erste Staatsbediente? Ist Staatsbedienter und Staatsdiener ganz einerley? Woher die Meynung, daß ein temporärer Regent kein eigentlicher Oberherr sey? S. Böhmeri Introd. in J. P. universale, Pars specialis L. 1. c. 4. §. 33. y.*

§. 582.

Die Majestätsrechte des Oberherrn werden durch diesen Satz bestimmt: Das Oberhaupt eines Staats hat diejenigen Rechte, ohne welche es in seinem Verhältniß die Erreichung des Staatszwecks nicht fördern kann, und kann sich überdies auf eine rechtsgemäße Weise noch andre Rechte erwerben.

§. 583.

Die Grenzen der Staatsoberherrschaft werden durch den Satz bestimmt: Jeder Mensch,

Mensch, also auch jeder Staatsbürger, ist Zweck an sich selbst (§. 184.).

Ann. 1. Salus populi suprema lex esto. — „Er soll sein Herz nicht erheben über seine Brüder, und soll nicht weichen von dem Gebot weder zur Rechten noch zur Linken.“ 5 Mos. c. 17. v. 20. —

2. *Monarchomachi. Machiavellistae.* Bey der Kritik der Meinungen der einen und der andern Parthey ist man nicht immer kritisch genug zu Werke gegangen. Die meisten Schriften der sogenannten Regimentsstürmer sowol, als der Machiavellisten, sind *Streit-*, wenigstens *Gelegenheits-* *Schriften*, und die Verfasser haben sich daher in denselben so ausgedrückt, daß man ihre reine Meinung nicht nach dem Ausdruck derselben (den der Affect oder der Wunsch, recht nachdrücklich gegen die gegentheiligen Behauptungen zu wirken, oft sehr stark und grell gemacht hat) bestimmen darf. — Ita enim comparatum est cum natura humani generis, sagt *Böbmer* sehr wahr, ut quo gravius aliquid fugimus et reprobamus, eo fortius etiam in alteram partem inclinare soleamus. — Der edle *Machiavelli* ist durch *Conring*, *Robinet*, *Linguet*, *Rousseau*, und noch neuerlich durch den *deutschen Merkur* (6tes St. 1792.) hinlänglich gerechtfertigt worden; eben so leicht läßt sich *Hobbes* und *Adrianus Floutuynus* rechtfertigen. Dieser spricht laut genug von *Pflichten* der Oberherren, als daß man ihn über die Grenzenlosigkeit der Ober-

herrschaft mißverstehen könne: und *je-*
ner giebt es deutlich genug zu erkennen,
 daß er manches nur *aus Rücksichten* oder
 aus *Bekümmerniß* über sein leidendes Va-
 terland so und nicht anders ausgedruckt
 habe, und einen *vorsichtigen* Gebrauch
 seiner Schriften wünsche. Es heißt am
 Schluß der Vorrede zu der Schrift *de*
cive: Quapropter, si aliqua inveneritis aut
minus certa, aut *magis*, quam necesse erit,
acriter dicta, cum non partium, sed pacis
 studio et ab eo dicta sint, cujus propter pa-
 triae praesentem calamitatem dolori justo
 aliquid condonari aequum est, ea ut ae-
 quo animo ferre dignemini, oro postu-
 loque: und am Schluß der Vorrede zum
Leviathan (holländ. Ausg.): Vaert wel en
 gebruykt dit Boek *vorsigtelyck*. — Auch
 die Bibel hat man zur Unterstützung ma-
 chiavellistischer Grundsätze mißbrauchen
 wollen; allein Böhmer hat schon die
 Hauptstelle 1 Sam. 8. v. 11. so exeget, daß
 ich nichts hinzuzufügen brauche.

Zweyter Abschnitt.

Besondrer Majestätsrechte.

§. 584.

Die besondern Majestätsrechte lassen sich un-
 ter zwey Rubriken bringen: unter die *vor-*
schreibende und die *ausführende Macht* (pote-
 stas rectoria et executoria).

Anm. Die Ursachen, warum bey der Anar-
 chie (§. 573.) der Zweck der bürgerli-
 chen

chen Gesellschaft nicht erreicht werden kann, liegen 1) in dem immerwährenden Widerstreit des Willens der Einzelnen, 2) in dem Mangel an Macht, die zur Erreichung des Zwecks der bürgerlichen Gesellschaft durchaus nothwendig ist. — Es müssen daher mit der Staatsoberherrschaft die Rechte verknüpft seyn, wodurch der anarchischen Unvollkommenheit abgeholfen werden kann, und das sind die beiden im Text genannten, denn vermittelt derselben kann die nothwendige *Einheit des Willens* und *Macht* hervorgebracht werden.

§. 585.

Bürgerliche Gesetze (leges civiles) sind Vorschriften, welche die Rechte und Verbindlichkeiten der Staatsbürger bestimmen. Der Oberherr hat das *Recht der bürgerlichen Gesetzgebung* (potestas civilis legislativa).

Anm. 1. Positive Vorschriften, da sie mit Hülfe der Politik durch veränderliche Verhältnisse und Umstände bestimmt, und von *Menschen* gegeben werden, können ihrer Natur nach nicht die Allgemeinheit und Unveränderlichkeit moralischer Gesetze haben. — Daher muß mit der gesetzgebenden Macht des Oberherrn das Recht, die Gesetze zu modificiren, sie abzuändern, abzuschaffen u. s. w. verknüpft seyn.

2. *Jus leges interpretandi. Jus peregrinis legibus aut consuetudini vim legum civilium tribuendi. — Jus privilegia concedendi et dispensandi. Jus mandandi. Jus reformandi.*

3. *Wenn haben die Gesetze des Oberherrn verbindliche Kraft? Verbinden sie blos den wirklichen Staatsbürger oder auch Fremde? Sind auch vergangne Thatsachen nach nachherigen Gesetzen zu beurtheilen?*
4. *Grenzen der gesetzgebenden Macht. Auf welche Gegenstände können sich die positiven Gesetze beziehen? Kann man wol schicklich behaupten, dass der Oberherr die Gesetze des Naturrechts entweder bestätigen oder aber ändern könne? Kann der Oberherr die Grundgesetze des Staats ändern oder aufheben? Vattel Questions de droit naturel §. 120.*
5. *Pflichten der Oberherren in Beziehung auf die bürgerliche Gesetzgebung. — Δεῖ δὲ τοὺς εὐπολιτευμένους ἔτι τὰς σοὰς ἐμπιπλάνας γραμμάτων, ἀλλ' ἐν ταῖς ψυχαῖς ἔχειν τὸ δίκαιον. Οὐ γὰρ τοῖς ψηφίσμασιν, ἀλλὰ τοῖς ἡθεσι, καλῶς οἰκεῖσθαι τὰς πόλεις. καὶ τοὺς μὲν κακῶς τετραμμένους καὶ τοὺς ἀκριβῶς τῶν νόμων ἀναγεγραμμένους τολμήσειν παραβαίνειν. τοὺς δ' ἀσφαλῶς πεπαιδευμένους καὶ τοῖς καλῶς κειμένοις θελήσειν ἐμμένειν. Isocrates. vgl. Cicero de invent. Rhetor. l. 1. cap. 38.*

§. 586.

Der Zweck des Staats kann nicht erreicht werden, wenn nicht in dem Staate selbst Kräfte sind, die für seine Erreichung in Wirksamkeit gesetzt werden können, und wenn diese Kräfte nicht jenem Zwecke gemäß gerichtet und gebildet werden. Dem Oberherrn muß daher, vermöge seines Rechts, den Willen und die Kräfte des Staatsbürgers dem Staatswohl gemäß zu bestimmen, auch

auch das Recht zukommen, für die Erhaltung, Richtung und Bildung der innern Staatskräfte Veranstaltungen zu treffen. Dies ist es, was man das *Recht der Policey* (*jus politiae*) nennt.

Ann. 1. Vermöge der Policeygewalt haben die Oberherren das Recht, I) *für den Wohlstand der Einzelnen zu sorgen*, und dies theils durch Beförderung des Guten, theils durch Abwendung des Uebeln. Hieher gehört z. B. das Recht, für die Sicherheit der Bürger, vor Menschen, Thieren und leblosen Sachen, zu sorgen, über die Preise der Lebensmittel etwas festzusetzen, Industrie zu befördern, Almosenanstalten zu treffen, über das Forst-, Jagd-, Oeconomiewesen Verfügungen zu machen, für das Vergnügen und die Bequemlichkeit der Unterthanen zu sorgen — das Recht, Sanitätsverfügungen zu machen, für Reinlichkeit u. s. w. besorgt zu seyn — das Recht, für die geistige Cultur thätig zu seyn, Schulen, Universitäten anzulegen — das Recht endlich, für die *sittliche* Bildung zu sorgen, sich um die moralische Erziehung, den Religionszustand zu bekümmern, auf verdächtige Häuser, Verführer u. s. w. aufmerksam zu seyn. — II) gehört zur Policeygewalt das Recht, dafür zu sorgen, daß der *Wohlstand der Einzelnen Mittel zum Wohlstande des Ganzen* werde. — Daher das Recht, für die Bevölkerung zu sorgen, Anbauer ins Land zu ziehen — das Recht, den Patriotismus zu be-

lohnem, verdiente Bürger auszuzeichnen — das Recht, die Nation in Classen, Districte zu theilen — den Unterschied der Stände einzuführen — Zünfte und Innungen anzuordnen — Streitigkeiten, Factionen, Verbrechen zu verhüten, u. s. w.

2. *Hat der Oberherr ein Recht, öffentliche Wollusthäuser anzulegen und zu privilegiren? Darf er den Geburtsadel einführen? Kritik der Sophistereyen gegen den Adel.* Cicero pro Sextio c. 9. Omnes boni nobilitati favemus, et quia utile est reipublicae nobiles homines esse dignos majoribus suis, et quia valet apud nos clarorum hominum et bene de republica meritorum memoria etiam mortuorum.

3. *Grenzen der Policygewalt. Welche Mittel müssen zur Ausübung des Policyrechts angewendet werden?*

§. 587.

Es ist unmöglich, daß der Oberherr die Erhaltung, Bildung und Richtung der Staatskräfte besorge, und seine gesetzgebende Gewalt dem Staatszwecke gemäß brauche, wenn er keine Kenntniß von der Beschaffenheit jener Kräfte und dem Verhältniß und Benehmen der Einzelnen in Beziehung auf das Gemeinewesen hat. Daher muß dem Oberherrn das Recht zukommen, über den Staat und das Verhältniß der Staatsbürger zu ihm, zu wachen — *das Recht der bürgerlichen Oberaufsicht* (potestas civilis inspectoria).

Anm. I.

Anm. 1. Hieher gehört das Recht, sich über die Umstände der Bürger zu unterrichten; Acht zu geben, ob die Handlungen der Unterthanen, so weit sie durch Staatsgesetze bestimmt werden dürfen, diesen gemäß sind; Vorsichtigmittel anzuwenden, daß etwas, was einen großen Einfluß auf den Staat hat, demselben nicht gefährlich werde, z. B. Büchercensur — das Recht, Unteraufseher, Visitatoren etc. zu bestellen u. s. w.

2. Insonderheit bezieht sich das *jus supremæ inspectionis* auch auf die besondern, in einem Staate sich formirenden Verbindungen, z. B. auf Religionsgesellschaften, und gesellschaftliche Verbindungen überhaupt.

3. Sind *geheime Gesellschaften* erlaubt? Was heißt *status in statu*? Darf er gestattet werden? Erstreckt sich das Recht der Oberaufsicht auch auf Fremde?

4. Grenzen dieses Rechts. *civiliter indifferentia*. Nothwendigkeit dieses Majestätsrechts. Wichtigkeit desselben. Weisheit in seiner Ausübung. Pütter's Beyträge zum teutsch. Staatsrecht, II. B. Seite 181. — Wehe dem Staat, der den besten Wächter seines Wohls nicht in dem Herzen der Unterthanen hat!

§. 588.

Der Oberherr hat das Recht, den Plan vorzuschreiben, nach welchem für den Zweck des Staats gewirkt werden soll: aber er bedarf theils zur Anlegung, theils zur Ausführung desselben, des Raths und der Mit-

wirkung anderer. Er hat daher das Recht, solche Einrichtungen zu machen, wodurch ihm diese Unterstützung zu Theil wird, und Personen zu bestellen, die ihm durch Rath und That beystehen. — *Das Recht, bürgerliche Aemter einzurichten und Beamte zu setzen* (*Jus munerum civilium s. publicorum*).

Anm. 1. Ministri, administri Principis. Officiales civiles sind zu unterscheiden von Officiatibus privatis Principis. Commissionen. Commissarien.

2. Der Oberherr bleibt die Seele aller Staatsgeschäfte: ihm kömmt demnach das Recht der letzten Bestimmung und Beurtheilung der Amtsgeschäfte seiner Officialen zu. Daher das Recht, den Beamten eine Instruction zu geben, die Aufsicht über sie zu führen, Rechenschaft von ihnen zu fordern, sie zu wählen und zu dimittiren. —
3. Zu diesem Rechte des Oberherrn gehört ferner das Recht, die Candidaten zu prüfen, ihnen vor Uebernehmung des Amts einen bestimmten Cursus vorzuschreiben, Zeugnisse von ihnen zu verlangen u. s. w.
4. In welchen Rechtsverhältnissen stehen der Oberherr und die Beamten zu einander? Müssen die Beamten allemal Unterthanen seyn, oder werden sie es durch Uebernehmung des Amts?
5. Grenzen dieses Majestätsrechts in Beziehung auf die Beamten und in Beziehung auf die Staatsbürger.

§. 589.

Im Staate kann es nicht dem subjectiven Ermessen der Einzelnen überlassen seyn, zu bestimmen, was bürgerlich rechtsgemäfs oder rechtswidrig sey; sondern sowol die Beurtheilung als Verfolgung des Rechts, muß den objectiven Vorschriften gemäfs geschehen, die darüber von dem veranstaltet werden, welcher die vorschreibende Gewalt hat. Der Oberherr also hat das Recht, dafür zu sorgen, daß bürgerliches Recht und Gerechtigkeit im Staate gehandhabt werde, d. h. er hat die *oberstrichterliche Gewalt* (*potestas civilis judiciaria*).

- Anm. 1.* Hieher gehört 1) das Recht, dahin zu sehen, daß der Ungerechtigkeit möglichst gesteuert, und hieraus entspringenden Streitigkeiten vorgebeugt werde. — *Einrichtung des Processus. Festsetzung von Formalitäten bey gewissen rechtlichen Handlungen. Bestimmung dessen, was als Beweisgrund eines Rechts vor dem bürgerlichen Forum gelten soll. Förmliches und wirkliches Recht u. s. w.* 2) Das Recht, bey vorkommenden Streitigkeiten über Recht und Unrecht, dafür zu sorgen, daß sie den Gesetzen gemäfs ausgeglichen werden. Daher das *Jus, causam cognoscendi, sententiam ferendi, eamque exequendi*. Das Recht, andern das Richteramt aufzutragen. *Jurisdictio subordinata. Leuteratio. Appellatio. Remissio. Jus appellandi, et privilegium de non appellando.*

2. *Jurisdictio voluntaria* (mera et mixta) et contentiosa, (civilis et criminalis) u. s. w.
3. Ist es dem Unterthan erlaubt, sein eigener Richter zu seyn? Kann Selbsthülfe durchaus untersagt werden? Sind die Duellc erlaubt?
4. Grenzen der oberstrichterlichen Gewalt. Kann ein Oberherr in seiner eignen Sache Richter seyn? Darf er von den gesetzlichen Förmlichkeiten abweichen? *pro lubitu* entscheiden? Cicero de legg. l. 3. c. 1. Videtis igitur, magistratus hanc esse vim, ut praesit, praescribatque recta et utilia et conjuncta cum legibus. Ut enim magistratibus leges, ita populo praesunt magistratus, vereque dici potest: *Magistratum legem esse loquentem, legem autem nutum magistratum.* — Hesiodi Theogon. v. 88 — 90.

Τούνεκα γὰρ βασιλῆες ἐχέφρονες, οὔνεκα λαοῖς
 Βλαπτομένοις ἀγχοῖσι μετὰ τροπὰ ἔργα τελεῦσι
 Πηιδίως — — —

§. 590.

Kraft der oberstrichterlichen Gewalt (§. 589.) hat der Oberherr auch das *Strafrecht* (jus puniendi). Denn er ist berechtigt, darauf zu sehen, daß bürgerliches Recht und Gerechtigkeit gehandhabt werde; ihm muß es daher auch zukommen, die Mittel anzuwenden, wodurch Handlungen, die bürgerlich rechtswidrig sind, zurückgehalten und feltner gemacht werden.

Ann. 1. Recht, Strafgesetze (leges poenales) zu geben. Recht der Inquisition.

2. Ist

2. Ist Tortur, Territion u. s. w. ein erlaubtes Inquisitionsmittel? Häufige Verwechslung der Tortur mit Bestrafung des offenbaren Ungehorsams des Inquisiten.
3. Welches ist der Zweck der bürgerlichen Strafen? S. meine Ideen zu einer Kriminalpsychologie S. 70 ff. Welche Handlungen dürfen bestraft werden? Was ist für ein bürgerliches Verbrechen zu halten? Wornach muss das Maass der Strafen bestimmt werden? Bürgerliche Imputation.
4. Erlaubte und unerlaubte Strafen. Hat der Staat ein Recht, den Verbrecher am Leben zu strafen? Kritik der Argumente für und wider die Rechtmässigkeit der Todesstrafen. Der grösste Theil der hieher gehörigen Polemik d. N. R. ist mehr politisch, als juristisch. — Recht zu begnadigen (jus aggratiandi).
5. Grenzen dieses Majestätsrechts. Nothwendigkeit und grosse Wichtigkeit desselben. Bonus princeps non alio animo debet esse in suos cives, quam bonus paterfamilias in suos domesticos. Quid enim aliud est regnum, quam magna familia, quid rex nisi plurimorum pater? Erasmus de justit. princ. vgl. Ovidii libr. Trist. 2.

§. 591.

Erreichung des Staatszwecks ist ohne Kraft und Wirksamkeit unmöglich: zu diesen aber sind, als Mittel, äussere Güter nothwendig. Der Oberherr hat daher das Recht, für die Herbeyerschaffung dieser äussern Güter zu sorgen, und von den Staatsbürgern zu fordern,

dern, daß jeder hiezu verhältnißmäßig beytrage — das Cameral- und Besteuerungsrecht (potestas cameralis et tributaria).

Ann. 1. Fiscus. Aerarium. Domanialia. Regalia.

2. Staatseigenthum. *patrimonium civitatis.* Sind die herrenlosen Sachen (*ἀδικοπύρα*) ipso jure ein Eigenthum des Staats? Quicquid est in territorio, praesumitur quoque esse de territorio. Was für Rechte hat der Oberherr in Beziehung auf eigentliche Staatsgüter und Domainen? Privatvermögen des Oberherrn.

3. *Onera publica.* Contributionen. Accise. Zölle. Ist irgend ein Stand oder Bürger ipso jure von den öffentlichen Abgaben frey?

4. Grenzen dieses Majestätsrechts.

§. 592.

Damit die Oberherren in ihrem Verhältniß für die Erreichung des Staatszwecks sorgen können, müssen sie das Recht haben, die zum Schutze des Staats dienlichen Zwangsmittel anzuschaffen, und die Anwendung derselben zu bestimmen — das Recht des Kriegs und des Friedens (*Jus belli et pacis*).

Ann. 1. Jus armandiae s. arimanniae. Jus foederum et pactorum.

2. Kann der Oberherr die Unterthanen zum Kriegsdienst zwingen? Kann er für seine Privatzwecke die Bürger zu den Waffen rufen?

3. Wann ist ein Fremder für einen Feind des Staats, wann ein Unterthan für einen Rebellen zu halten?

4. Grenzen des Waffenrechts.

§. 593.

Aus dem Oberherrn spricht der allgemeine Wille des Staats: er hat demnach das Recht, den Staat zu repräsentiren (*jus repraesentationis*).

Anm. Recht, die Geschäfte des Staats innerhalb und ausserhalb desselben zu besorgen — Gesandte zu senden und anzunehmen. — Grenzen dieses Rechts.

§. 594.

Die bisher (§. 584 — 593.) dargestellten Majestätsrechte des Oberherrn heissen *ordentliche* (*j. m. ordinaria f. vulgaria*). Weil es indess Fälle geben kann, wo die durch die ordentlichen Majestätsrechte ihm verliehenen Mittel für den Staatszweck nicht zureichen; so hat der Oberherr das Recht, in den Fällen, wo es *unmöglich* ist mit den ordentlichen Mitteln auszukommen, *ausserordentliche* Mittel anzuwenden und von den Unterthanen zu fordern. Dies Recht nennt man die *äusserste Gewalt* (*potestas eminens*) des Oberherrn.

Anm. 1. *Jus eminens. Dominium eminens. ratio status* (*raison d'état*).

2. Es ist dieses *äusserste Recht* des Oberherrn nichts anders, als was oben (§. 151.) *Nothrecht* genannt wurde, das Recht nemlich, dann, wenn es physisch unmöglich

lich ist nach bürgerlichen Gesetzen zu verfahren, nach blos physischen Gesetzen (dem Recht der Stärkern) zu handeln und zu behandeln. — Die Ausübung dieses Rechts kann zwar für Einzelne sehr drückend seyn; deswegen darf man es aber noch nicht für ein besonders gefährliches Recht erklären; es ist um nichts gefährlicher, als jedes andre Majestätsrecht, denn auch dieses kann von einem Tyrannen zum Druck der Unterthanen gemißbraucht werden. Wer durch das äußerste Recht des Oberherrn zu Aufopferungen, die ihm peinlich sind, genöthigt wird; kann sich blos über Unglück, nicht über Unrecht beklagen. Man muß nur dieses jus eminens nicht mit einer despotischen Ueberschreitung der Grenzen der oberherrlichen Rechte verwechseln. Ueber diese ist der Tyrann verantwortlich, über jenes das Schicksal.

§. 595.

Der Oberherr kann seine Rechte und Pflichten nicht dem Staatszwecke gemäß ausüben, wenn er nicht als eine *ungemeine* und *über alle Staatsbürger erhabne* Person geachtet wird. Er ist *heilig* und *unverletzlich* (*sanctus et inviolabilis*).

Anm. 1. Ἡμῖν δὲ, sagt der Perser Artabanus, πολλῶν νόμων καὶ καλῶν ὄντων, κάλλιστος οὗτός ἐστι, τὸ τιμᾶν βασιλέα, καὶ προσκυνεῖν εἰκόνας θεοῦ, τοῦ τὰ πάντα σώζοντος.

2. *Crimen laesae majestatis.*

§. 596.

Der Oberherr hat das Recht, den Willen aller Staatsglieder in einen Punct zu vereinigen; er ist daher auch berechtigt, von seinen Unterthanen zu fordern, daß sie ihm *unbedingten Gehorsam* leisten, und ihr Eigenwille seinem oberherrlichen Rechte nicht in den Weg trete.

§. 597.

In unsern Rechtsverhältnissen zu andern Personen darf unser Eigenwille keine einseitige Aenderung machen. Der Oberherr hat daher kein Recht, seine Oberherrschaft *nach Laune niederzulegen*, oder *an einen andern überzutragen*.

§. 598.

Außer den Majestätsrechten hat der Oberherr, als Mensch, die Rechte der Menschheit, und kann sich auf eine rechtsgültige Weise noch anderweitige Rechte erwerben (§. 582.).

Anm. Jus privatum principis.

Dritter Abschnitt.

Rechte der Unterthanen.

§. 599.

Ein jeder Unterthan hat das Recht auf einen verhältnismäßigen Antheil an dem Staatswohl.

§. 600.

§. 600.

Jeder Unterthan hat die unverlierbaren Rechte der Menschheit, und kann sich der bürgerlichen Ordnung gemäß Rechte erwerben.

Ann. Kein Unterthan ist ein Slave. — Seelenverkäuferey! — —

§. 601.

Jeder Unterthan hat das Recht, zu verlangen, daß ihm bürgerliches Recht und Gerechtigkeit zu Theil werde.

Ann. Sicherheit des Eigenthums, der Person, der Wohnungen, der Verträge u. f. w.

§. 602.

Jeder Unterthan kann fordern, daß ihm bürgerlicher Schutz gegen einheimische oder auswärtige Angriffe geleistet werde, und hat das Recht der Selbsthülfe, wo der bürgerliche Schutz ihn nicht decken kann.

§. 603.

Jeder Unterthan hat das Recht, für seine bürgerlich gleichgültigen Zwecke auf rechtsgemäße Art thätig zu seyn, und in Rücksicht derselben seinem eignen Willen zu folgen.

§. 604.

Jeder einzelne Staatsbürger und alle zusammen sind berechtigt von dem Oberherrn zu fordern, daß er seine bürgerlichen Pflichten erfülle, und, im Fall er dieselben verletzte, ihr Recht gegen ihn auf die *verfassungsmäßige Weise* geltend zu machen.

Ann. I.

Ann. 1. Aber auch hiebey darf die *Heiligkeit* der Person des Oberherrn nicht außer Acht gelassen werden (§. 595.), sonst kann die Handlung, die in Beziehung auf ihren Zweck *rechtsgemäß* ist, durch die *Mittel rechtswidrig* und ein *bürgerliches Verbrechen* werden.

2. Großen Gefahren ist der Staat ausgesetzt, wo die Form, in welcher die Unterthanen ihr Recht gegen den Oberherrn suchen sollen, nicht bestimmt ist! Wehe ihm, wenn er von einem Tyrannen beherrscht, und das Volk so lange gedrückt wird, bis es ohne Form sein Recht zu verfolgen anfängt!

§. 605.

Nicht jeder einzelne Unterthan hat das Recht, von dem Oberherrn Rechenschaft über sein Betragen zu fordern: dies kömmt nur denen zu, welche die Grundverfassung dazu autorisirt hat. *Ganz unabhängige* Oberherren sind keinem menschlichen Richterstuhl unterworfen.

Ann. Man vergesse nicht, daß hier nur von dem *äußerlichen* Rechte die Rede ist: und daß hiedurch nicht geleugnet wird, daß es Pflicht des Oberherrn sey, seine Handlungen so einzurichten, daß er selbst mit Freuden Rechenschaft von ihnen geben kann. — Wem sollte wol das *Forum internum* heiliger seyn, als dem Oberherrn, der über das *Forum externum* entweder ganz erhaben ist, oder sich doch demselben so leicht und so oft ent-

ziehen kann? — Man denke hiebey an den Streit zwischen Hrn. *Klein* und *Hugo* bey Gelegenheit der Streitschrift des erstern über die Zwangs- und Gewissenspflichten.

§. 606.

In wie fern gegen den, seine bürgerliche Pflicht verletzenden, Oberherrn Zwang ausgeübt werden dürfe, ist aus der Verfassung des Staats zu bestimmen. *Nothfälle* können nicht nach Gesetzen beurtheilt werden, deren Sphäre nur das umfaßt, was zum moralischen Gebiete gehört.

§. 607.

Kein Unterthan hat das Recht, nach eigenwilligem Belieben seine Verknüpfung mit dem Staate aufzuheben; er ist auch in Rücksicht dieses Puncts an die Bestimmungen gebunden, die darüber in den positiven Gesetzen vorhanden sind.

Anm. 1. Ob die Bürger *ursprünglich* Staatsbürger (*cives originarii*), oder *im Staate* gebohren sind, macht hier keinen Unterschied. Man vgl. *R. A.* von den Jahren 1512, 1544, 1551. — *A. B. c.* 16. de Phalburgeris.

2. Die Frage, ob es gut und also rathsam sey, den Bürgern die Auswanderung aus dem Staate zu erschweren oder zu untersagen, gehört gar nicht hieher. — *Cicero* pro L. C. Balbo: *Haec sunt enim fundamenta firmissima nostrae libertatis, sui quem-*

quemque juris et retinendi et dimittendi
esse dominum.

§. 608.

Partiale oder *totale Revolutionen*, d. h. gewaltsame Neuerungen in Rücksicht der Staatsverfassung, sind weder dem Oberherrn, noch den Unterthanen, vielweniger einem Theile der letztern erlaubt. *Wirkliche Nothfälle* gehören nicht unter dieses Gesetz. (§. 606.) *Staatsreformen* sind rechtlich möglich, aber auch diese müssen auf die rechtsgemäße Weise zu Stande gebracht werden.

Anm. 1. Pohlens Staatsreform vom 3ten May 1791. — Französische Revolution.

2. Man vgl. über diesen ganzen Abschnitt: *Klein's Freyheit und Eigenthum*, Berlin; und vornehmlich (*Jacobi's*) *Etwas*, das *Lessing* gesagt hat, Berlin; und *Spinozae Tractatus Theologico - Politicus*.

Vierter Abschnitt.

Von den Regierungsformen.

§. 609.

Die Ausübung der oberherrlichen Staatsgewalt heisst *die Regierung des Staats* (*regimen civitatis*). Die bestimmte Art und Weise der Staatsregierung nennt man die *Regierungsform* (*forma regiminis civilis*).

 §. 610.

Die Regierungsformen unterscheiden sich theils durch die Personen, welche die Regierung führen, theils durch die Dauer der Regierung, theils durch den Umfang der Regierungsrechte, theils durch die Art und Weise, wie der Abgang der Regenten ersetzt wird.

§. 611.

In der ersten Hinsicht (§. 610.) ist der Staat entweder eine *Democratie* oder ein *Reich* (regnum): und dieses entweder eine *Monarchie* oder eine *Polyarchie*.

Anm. 1. Ich weiß nicht, was man für die gewöhnliche Trichotomie der Regierungsformen in Monarchie, Aristocratie, Demokratie, für einen logischen Eintheilungsgrund gehabt hat. Die Zahl der Personen kann es wenigstens nicht seyn, denn bey *Aristocratie* (von ἀριστος) wird nicht an die Zahl, sondern an eine Beschaffenheit der regierenden Personen gedacht.

2. Ochlokratie. Oligarchie. Tyranny.

§. 612.

Der Dauer nach sind die Regierungen entweder *immerwährend* (perpetua), oder *temporär* (temporaria).

§. 613.

Ferner sind die Regierungen entweder *eingeschränkt* (limitata) oder *uneingeschränkt* (illimitata).

§. 614.

§. 614.

Staaten, wo der Fall eintreten kann, daß die Regierung vacant wird, können entweder *Wahlstaaten* (civitates electitiae), oder *Erbstaaten* (c. hereditariae), oder *Patrimonialstaaten* (c. patrimoniales) seyn.

§. 615.

Noch find die Regierungsformen entweder *einfache* (simplices) oder *zusammengesetzte* (compositae).

§. 616.

Der Zeitraum zwischen dem Abgang des alten und Antritt des neuen Regenten heist *Zwischenreich* (interregnum). Wie in dem Zwischenreich die Regierung des Staats geführt werden solle, ist entweder aus der Verfassung, oder, wenn diese nichts darüber festgesetzt hat, durch den Gesamtwillen der Nation zu bestimmen.

Anm. 1. Reichsverweser (Vicarius regni). — Tutor publicus.

2. Welche der möglichen Regierungsformen die *beste* sey, untersucht die *Staatsklugheit*. Mehrere der alten Politiker (z. B. Polybius Histor. I, 1. ad 8. u. a. m.) vertheidigen die vermischte Regierungsform — Menschenkenntniß und Erfahrung sprechen für Ulysses Meynung (Homeri Iliad. β. v. 204. 205. —)

Οὐκ ἀγαθὸν πολυκοιρανίῃ· εἰς κοίρανος ἔστω,

Εἰς βασιλεὺς.

3. Zur Literatur der Regierungsformen gehören: *Jasias to'r Straten* Systematische Abhandlung von den Regierungsformen. Flensburg. — *Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des Souverains*; in *Oeuvres posthumes de Frederic II.* T. VI. — *Mounier's Considerations sur les gouvernemens.* Paris. — Deutsch mit einer Einleitung, Anmerkungen und Zusätzen von *Hufeland.* Jena. — *Necker du pouvoir executif dans les grands Etats.* Paris. u. a. m.

Fünfter Abschnitt.

Staatenverbindungen.

§. 617.

Mehrere Staaten können sich zu gewissen Zwecken mit einander verbinden; so entsteht eine *Staaten-Gesellschaft* (*societas civitatum*), und die Staaten selbst werden *verbundene Staaten* (*civitates confociatae*) genannt. Ein *neuer Staat* kann aus einer solchen Verbindung nicht anders entstehen, als wenn einer oder der andre der verbundnen Staaten aufhört für sich ein Staat zu seyn, und sich zu einem Theil des andern Staats macht.

§. 618.

Aus einer durch immerwährende Zwecke bestimmten, und in die Verfassung der einzelnen Staaten verwebten Staatenverbindung

—
 dung, entsteht ein *Staaten-system* (*Systema civitatum, corpus foederatum civitatum, systema rerum publicarum Achaicarum*).

Anm. Die Schweizercanton's — die vereinigten Niederlande — die 13 americanischen Provinzen.

§. 619.

Wenn sich mehrere Staaten, die *einzelne Staaten bleiben*, (Länder,) zu einem gemeinschaftlichen größern Staate (Reiche) verbinden, so entsteht ein zusammengesetzter Staatskörper (*civitas composita*), den man eine *Republik vereinigter Provinzen* nennen kann.

Anm. Das Deutsche Reich. S. Pütter's historische Entwicklung der deutschen Staatsverfassung, B. II. S. 155 ff.

§. 620.

Staaten, welche einer Oberherrschaft unterworfen sind, heißen *unirte Staaten* (*civitates unitae*). Sie stehen in *gleicher Union* (*unio aequalis*), wenn sie in staatsrechtlicher Hinsicht einander gleich sind: in *ungleicher Union* aber, (*unio inaequalis*) wenn einer der unirten Staaten dem andern als Theil untergeordnet ist. Die Thatfache, wodurch ein Staat (aufhört, selbst Staat zu seyn und,) Theil eines andern Staats wird, heißt *Einverleibung* (*incorporatio*.)

Anm. England, Schottland, Irland — Frankreich und Navarra.

Dritter Titel.

Allgemeines Privatrecht.

§. 621.

Das *Privatrecht* (*jus privatum*) bestimmt die gegenseitigen Rechtsverhältnisse der Bürger in Beziehung auf die besondern (*privata*) Zwecke derselben (§. 577. 578.)

Anm. Dahin gehört daher die Lehre von den Verträgen, Heirathen, Erbfolge, Gesellschaften u. s. w.

§. 622.

Allgemeines Privatrecht kann nichts anders bedeuten, als Theorie der *Principien*, aus welchen die Gesetze des Privatrechts geschöpft werden.

§. 623.

Das Principium aller Privatgesetzgebung ist der *Wille des Gesetzgebers* (§. 585.). Dieser Satz, der selbst schon aus dem Staatsrecht geschöpft ist, ist der ganze Inhalt des allgemeinen Privatrechts: denn alle übrigen allgemeinen Fragen des Privatrechts müssen theils aus dem Naturrecht im eigentlichen Sinn, theils aus dem Staatsrecht beantwortet werden.

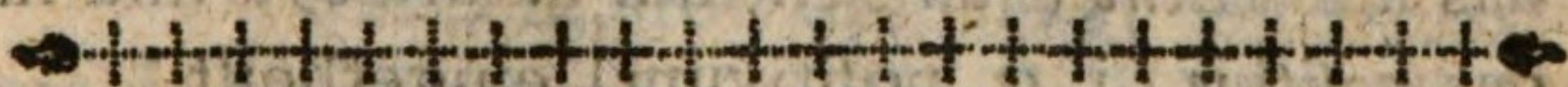
Anm. Alle Naturrechtslehrer, bis auf H. Hufeland, haben sich begnügt, in ihrem System die Idee des Privatrechts anzugeben, und weiter nichts zu bemerken, als

als daß die Bürger gegen einander die Rechte der Menschheit hätten, und ihre bürgerlichen Rechte durch die positive Gesetzgebung bestimmt würden. Mehr konnten sie auch, nach meiner Meinung, wenn sie systematisch verfahren wollten, nicht beybringen. Denn die Rechte der Menschheit hier noch einmal aufzuzählen, wäre *überflüssig*; was der Wille des Gesetzgebers als bürgerliches Privatrecht sanctioniren möchte, a priori anzugeben, *unmöglich*. — Indefs, einer unsrer achtungswürdigsten Schriftsteller, H. Prof. *Hufeland* in Jena, ist in diesem Puncte von seinen Vorgängern und der gewöhnlichen Methode abgewichen, und hat unter dem Titel: „Allgemeines bürgerliches Recht,, folgende drey Fragen beantwortet: 1) Was *ändert* der Eintritt der Menschen in den Staat an den Rechten der einzelnen, die sie außer demselben hatten? 2) Was *darf* der Staat an denselben ändern? 3) Was *muß* der Staat an denselben ändern? So sehr ich von der Wichtigkeit dieser drey Fragen überzeugt bin, und so sehr es gewiß mit mir ein jeder meinem verehrungswürdigen Lehrer Dank weiß, daß er diese Fragen so ausdrücklich und bestimmt aufgestellt hat; so wenig kann ich mich doch überzeugen, daß es einer logischnrichtigen Methode gemäß sey, ihre Beantwortung zum Stoff des allgemeinen bürgerlichen Rechts (Privatrechts) zu machen. Hier sind meine Gründe:

1) Die *erste* und *dritte* Frage sind, so wie sie hier gefasst worden, gar keine *Rechtsfragen*. Denn die erste kann nicht anders als *bistorisch*, die dritte nur aus der *Politik* beantwortet werden, indem beide sich zwar auf Rechte *beziehen*, aber jene etwas zum nächsten Gegenstand hat, was in der Zeit geschieht (was *ändert?*): diese etwas, was nach *physischen* Gesetzen geschehen muß (was *muß* d. St. ändern? d. h. was ist, wenn der Staat einmal ist, *physisch* nothwendig zu ändern?). Beide Fragen sind indess nicht unnütz für die Rechtswissenschaft; aber auch wirklich fast von allen Naturrechtslehrern beantwortet worden, indem ihre Beantwortung die Resultate giebt, welche dem Schlusssatz: „Ein Staat ist rechtlich möglich,“ zu Prämissen dienen.

2) Die *zweyte* Frage ist freylich eine Rechtsfrage; gehört aber in's *Staatsrecht*. Denn in dem „was *darf* der Staat (d. h. hier, der Gesetzgeber des Staats) an den Privatrechten ändern?,“ wird ja offenbar nach einem Rechtsverhältnisse zwischen *Staatsoberherrn* und *Bürgern* gefragt. — Auch diese Frage ist bisher nicht übergangen worden. Die Untersuchungen über die *Grenzen* der oberherrlichen Gewalt enthalten eben das, was sie beantwortet wissen will. — Noch wünschte ich, daß bey der so philosophischen Beantwortung dieser Fragen weniger Rücksicht auf den sogenannten *Naturstand* genommen wäre: denn sie kann, wenn man alle Rechte in Verhältniß zum Na-
tur-

turstande bestimmt, entweder nur für diejenigen passen, die wirklich aus einer natürlichen Gesellschaft in eine bürgerliche übergegangen sind; oder sie muß manches unfruchtbare, unbestimmte und einseitige enthalten, welches nur von dem Scharfsinn eines *Hufeland* so glücklich vermieden werden konnte. — Bey der Literatur des allgemeinen bürgerlichen Rechts ist dem würdigen Verfasser *Böhmer's* *Introductio in J. P. U.* entgangen. Es werden in diesem schätzbaren Buche alle die Gegenstände behandelt, welche *H. Hufeland* dem a. b. R. zugeeignet hat. Man sehe *Partis specialis L. I. c. 4. de summa Imperantis potestate. c. 5. de Limitibus summae in republica potestatis. — L. III. c. 1. de statu Subditorum vario. c. 3. de jure et obligatione civium, qua talium, inter se.*



Viertes Capitel.

Kritische Einleitung in das Völkerrecht.

* * *

Erster Titel.

Grundbegriffe.

§. 624.

Eine Summe von Menschen, in wie fern sie in bürgerlicher Rücksicht ein für sich bestehendes Ganzes ausmachen, nennt man ein *Volk* (*gens*).

Anm. 1.

Anm. 1. Es kann daher Menschenganze geben (z. B. das spanische America), die in einer Beziehung ein Volk sind, in einer andern nicht.

2. *Gens libera. Gens non libera.*

3. Unterschied des Begriffs „ein Volk“, von dem, was man im Staatsrecht *das Volk* (die Nation) nennt; von Volk im Sinn der Geschichte der Menschheit; von Staat, Staatenystem u. s. w.

§. 625.

Ein System von Lehrrsätzen, welche die Rechte eines Volks, als solches, bestimmen, nennt man *Völkerrecht* (*jus gentium*).

§. 626.

Das Völkerrecht (§. 625.) wird, wie die Rechtswissenschaft (§. 7.) überhaupt, in das *natürliche* (*jus gentium naturale*), und in das *positive* (*j. g. positivum*) eingetheilt.

Anm. 1. *Allgemeines und besonderes Völkerrecht* (*j. g. universale et particulare*). *Willkührliches, vertragsmäßiges, Gewohnheits-Völkerrecht* (*j. g. voluntarium, pactitium, consuetudinarium*). — *Reines natürliches und modificirtes natürliches V. R.? v. Ompteda* Literatur des gesammten etc. V. R. S. 9. ff.

2. *Züge zur Geschichte des V. R. — Nützlichkeit und Wichtigkeit desselben.*

§. 627.

Zu den literarischen Hülfsmitteln des Völkerrechts (§. 625.) gehören — außer den oben (§. 32. ff.) genannten allgemeinen Ab-

Abhandlungen, Systemen und Compendien, folgende Schriften:

Richardi Zouchaei Juris et judicii fecialis, feu juris inter gentes et quaestionum de eo, explicatio. Oxon. u. a. w. — Der größte Theil dieser Schrift ist, deutsch übersetzt, edirt zu Frankfurt.

J. Wolfgangi Textoris Synopsis juris gentium. Basileae.

J. Adami ab Ickstat Elementa juris gentium. Wirzeburgi.

Christ. Wolfii Jus gentium methodo scientificè pertractatum etc. Halae.

Adam Friedr. Glasen's Völkerrecht, nach dem Recht der Vernunft bearbeitet. Nürnberg, Frankfurt und Leipzig.

De Vattel le droit des Gens, ou principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains. Neufchatel.

de la Maillardiere Precis du Droit des des Gens, de la Guerre, de la Paix et des ambassades. Paris.

J. Franz. Lotharii Schrodt Systema juris gentium. Bamberg.

J. J. Moser's Grundsätze des jetzt üblichen europäischen Völkerrechts in Friedenszeiten. Nürnberg.

Des-

Desselben Grundsätze des europäischen V. R. in Kriegszeiten. Tübingen.

Carl Friedrich von Moser kleine Schriften zur Erläuterung des Staats- und Völkerrechts u. s. w. Frankfurt.

Desselben Beyträge zu dem Staats- und Völkerrecht und der Geschichte. Frcf.

de Martens primae lineae juris gentium europaearum practici. Göttingen.

C. G. Günther's Europäisches Völkerrecht in Friedenszeiten, nach Vernunft, Verträgen und Herkommen. Altenb.

A. G. Wenckii Codex juris gentium recentissimi e tabulariorum exemplorumque fide dignorum monumentis compositus. Lipsiae.

A. L. von Ompteda Literatur des gesammten sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts u. s. w. Regensburg.

Zweyter Titel.

Thetisches Völkerrecht.

§. 628.

Ein Volk ist, als *Summe von Menschen*, wie eine (moralische) Person zu betrachten, und hat also — alle die Rechte, welche einer Person, als solcher, zukommen.

§. 629.

§. 629.

Ein Volk hat demnach das Recht, sich und das Seine zu erhalten und zu vervollkommen, und die zu diesem Zwecke dienlichen Mittel zu gebrauchen (§. 225-241.).

Anm. 1. Das Volk. Volksverbindung. Volkswohl. Politisches Leben, politischer Tod eines Volks.

2. Erhaltung und Reformirung der Volksverfassung. Bemühung um Aufklärung und Cultur. Credit. Industrie. Anlegung von Fabriken und Manufacturen. — Jedes Volk kann sich auf eine rechtsgemäße Weise Rechte erwerben.

§. 630.

Jedes Volk hat das Recht, zum Besten andrer Menschen und Völker thätig zu seyn. (§. 243-246.)

Anm. Recht, sich eines unterdrückten Volkes anzunehmen; dem unterdrückten Unterthan gegen einen Nero, dem verletzten Oberherrn gegen eine catilinarische Rotte beyzustehen. — Gustav Adolph im 30jährigen Kriege. Expedition der Preussen gegen die Holländischen Patrioten; der verbündeten Mächte gegen die französischen Ochlokraten. — Russlands Unterstützung pohlischer Nicht-Patrioten. — Missionsanstalten. — Carls des Grossen Sachsenbekehrung. Spanische Schwerdtbekehrung in America. — S. Garve's Abhandl. über die Verbindung der Moral mit der Politik, S. 70 ff.

§. 631.

§. 631.

Ein Volk ist eine moralische Person so gut, wie das andre; keins der Willkühr des andern unterworfen und ihm als Mittel zu Zwecken untergeordnet. (§. 247-250).

Anm. Jedes Volk ist sein eigener Herr und Richter. Jedes Volk kann die einer moralischen Person zukommende Achtung fordern. — Tribut, Rang u. dergl. setzen rechtsgültige Verträge voraus. — Schirmrecht ist kein Sturmrecht!

§. 632.

Jedes Volk hat das Recht, gegen rechtswidrige Verletzungen Zwang zu gebrauchen. (§. 251 — 294.).

Anm. Hieher gehört das Recht, sich gegen etwaige Anfälle sicher zu stellen. Festungen, Magazine, Zeughäuser anzulegen, eine stehende Armee einzurichten und zu erhalten, mit andern Völkern Bündnisse zu schließen u. f. w.

§. 633.

Jedes Volk ist berechtigt, die Individua der vernunftlosen Natur als Mittel für seine Zwecke zu gebrauchen (§. 295-300.).

§. 634.

Die beiden ursprünglichen Rechte eines Volks, — das Recht mit andern Völkern zu unterhandeln, und das Recht, gegen rechtswidrige Verletzungen Zwang zu gebrauchen — verdienen mancher Nebenuntersuchungen wegen eine besondere Betrachtung, die

die unter den beiden nachfolgenden Titeln (Tit. III. und IV.) angestellt werden soll.

Ann. Ich begreife nicht, aus welchem Grunde man das Gesandtschafts- und Kriegerrecht dem hypothetischen Völkerrecht zugeordnet hat, denn beides sind Rechte, welche ein Volk nicht erst erwerben darf, sondern hat. Dafs bey dem Gesandtschaftsrechte manches *vorkömmt*, was ins hypothetische V. R. eingreift, und dafs das Kriegerrecht, um *ausgeübt* zu werden, *Thatfachen* (Verletzungen, *keinen modus acquirendi*) voraussetzt, ist freylich wahr, aber reicht nur nicht zu, beiden ihre systematische Stelle zu nehmen.

Dritter Titel.

Gesandtschaftsrecht.

Albericus Gentilis de legationibus L. III. Londini.

de Wiquefort L'Ambassadeur et ses fonctions. A la Haye.

Traité des Ambassades et des Ambassadeurs. Rotterdam.

J. Eberh. Rösler de juribus legatorum ex jurisprudentia naturali demonstratis. Tübingae.

von Pacass Einleitung in die sämtlichen Gesandtschaftsrechte. Wien.

C. G. Ahnert Lehrbegriff der Wissenschaften, Erfordernisse und Rechte der Gesandten. Dresden.

von Römer Versuch einer Einleitung in die rechtlichen, moralischen und politischen Grundsätze über die Gesandtschaften u. s. w. Gotha.

* * *

§. 635.

Ein Volk kann es seinen Zwecken angemessen finden, mit einem andern Volke zu unterhandeln, und es hat in diesem Falle das Recht, Personen zu bestellen, diese Unterhandlung zu betreiben.

§. 636.

Eine Person, welche an Auswärtige abgesandt wird, um mit diesen im Namen des sendenden Volks zu unterhandeln, heisst ein *Gesandter* (legatus).

Anm. Von den Gesandten müssen die Agenten, Consuln, Commissarien, Deputirte unterschieden werden.

§. 637.

Jedes Volk hat das Recht, Gesandte zu bestellen.

Anm. Wer aus dem Volke den Gesandten bestellen und zu seinen Unterhandlungen authorisiren könne, hängt von der Verfassung des Volks ab, und ist im Staatsrecht zu untersuchen.

§. 638.

§. 638.

Kein Volk ist berechtigt, Auswärtige zu zwingen, daß sie seinen Gesandten annehmen, denn niemand hat das Recht, andre zu zwingen, daß sie sich seinen Zwecken, als Mittel, unterordnen.

Anm. Ist die rejectio legati als eine Beleidigung des sendenden Volks anzusehen?

§. 639.

Ist ein Gesandter aber einmal angenommen worden; so hat das sendende Volk das Recht zu fordern, daß man ihn, als Repräsentanten des Volks achte. Leistungen, welche auf den Repräsentativcharacter des Gesandten keine nothwendige Beziehung haben, können ohne rechtlichen Vertrag nicht gefordert werden.

Anm. Welche Beleidigungen des Gesandten kann das sendende Volk, als solche, die ihm selbst zugefügt sind, ansehen?

§. 640.

Auch von jedem Dritten kann ein Volk verlangen, daß es die öffentliche Würde seiner Gesandten nicht verletze. Anderweitige Forderungen setzen zu ihrer Rechtsgültigkeit einen Contract voraus.

Anm. Hat ein Volk das Recht, für seinen Gesandten die Durchreise durch das Gebiet eines Dritten zu fordern? u. s. w.

 §. 641.

Die Gesandten unterscheiden sich 1) durch die äußere Würde, die ihnen beygelegt ist, 2) durch die Rechte, welche ihnen in Rücksicht ihrer Geschäftsführung verstattet worden, 3) durch den Umfang, 4) durch die Art ihrer Geschäfte.

Ann. 1. Gesandten vom ersten und zweyten Range. Ambassadeurs. Bothschafter. Envoyés. Alegati. Residenten. — Eingeschränkte und uneingeschränkte Gesandten. Plenipotentiairs. — Ordentliche und außerordentliche Gesandten. — Friedensgesandten. Mediationsgesandten. Comitialgesandten u. s. w.

2. Character repraesentativus generalis et specialis. Functiones excubitoriae et officiosae.

§. 642.

Ein jeder, der die zu den Geschäften und Verhältnissen eines Gesandten erforderlichen Eigenschaften und Beschaffenheiten hat, kann zum Gesandten bestellt werden.

§. 643.

Da das Volk, an welches ein Gesandter abgefertigt wird, diesen als eine ihr Volk repräsentirende Person anerkennen und mit ihm unterhandeln soll; so muß es von seiner Würde und dem Gegenstande und den Grenzen seiner Unterhandlung benachrichtigt werden.

Ann.

Ann. Creditiv (literae credentiales). *Vollmacht* (mandatum). *Recreditiv* (literae recedentiales). — *Instruction* (öffentliche und geheime).

§. 644.

Der Gesandte erhält durch die Annahme alle Rechte, welche seine Würde und sein Auftrag als nothwendige Bedingungen erfordern, und ist, als Mitglied einer für sich bestehenden Gesellschaft, nicht wie ein Unterthan des Landes, wohin er gesandt ist, zu betrachten.

Ann. 1. In diesem Sinne ist also ein Gesandter allerdings *extritorial*. Man muß diesen Ausdruck nur nicht mißdeuten und falsche Consequenzen auf seine Rechnung machen. Der Gesandte ist und bleibt, als solcher, ein Unterthan seines Landes, und kann von dem Volke, an welches er geschickt ist, nicht als ein einheimisches Volksmitglied betrachtet werden, d. h. er hat das Recht der *Exterritorialität*: aber deswegen ist er nun nicht befugt, die Gesetze des Landes, wo er sich aufhält, zu verhöhnen, und *prohibitu* wider dieselben zu handeln: sondern er muß vielmehr alle Verfügungen, die nicht bloß den Unterthan, als solchen, sondern auch Nichtunterthanen angehn, respectiren. —

2. *Recht des Gesandten, Audienz zu fordern. Heiligkeit, Unverletzlichkeit, Immunität des Gesandten.*

3. *Gesandtschaftspersonen* (homines legati). Haben diese Antheil an den Rechten des Gesandten? Sachen des Gesandten. Sind sie geradezu zoll- oder arrestfrey?
4. Nach welchen Gesetzen sind die rechtlichen Handlungen zu beurtheilen, welche der Gesandte mit Bürgern des Volks unternimmt, bey dem er sich aufhält?

§. 645.

Aufgehoben oder geendigt wird eine Gesandtschaft 1) durch Tod, 2) durch Zurückberufung, 3) durch Wegschickung, 4) durch den Eintritt der Bedingungen, welche das Ende der Gesandtschaft bestimmen.

*Vierter Titel.***K r i e g s r e c h t.**

§. 646.

Da ein Volk das Recht hat, sich gegen rechtswidrige Verletzungen mit Zwang zu schützen (§. 632.); und da es immer möglich ist, daß einer oder der andre eine solche Verletzung unternehme; so ist ein Volk berechtigt, sich gegen etwanige Angriffe mit schützenden und vertheidigenden Zwangsmitteln zu versehen (§. 632. A.).

§. 647.

§. 647.

Zum Gebrauch dieser Zwangsmittel aber ist es nur dann und in so fern berechtigt, wann und in wie fern es eine *wirkliche Verletzung* wirklich zu befürchten oder dieselbe erlitten hat. Auch darf nur gegen denjenigen Zwang ausgeübt werden, welcher wirklich verletzen will, verletzt hat, oder verletzt.

Anm. Darf ein Volk, weil es von einem gemeinen Mitgliede eines andern Volks verletzt wurde, gegen das ganze Volk Zwang ausüben? — Aber wie, wenn der Volksrepräsentant (der Oberherr) der Verletzer ist?

§. 648.

Wenn es also *zweifelhaft* ist, ob irgend etwas eine wirkliche Verletzung sey, so muß der hierüber entstehende Rechtsstreit erst entschieden seyn, und die Entscheidung die Wirklichkeit der Verletzung unzweifelhaft machen; ehe zu Anwendung von Zwangsmitteln geschritten werden kann.

Anm. Wollte man hier einwerfen: So kann sich ja der Gegner während des Rechtsstreits bis zur Unwiderstehlichkeit rüsten; so antworte ich: Hat man dies *wirklich* (mit Grund) zu befürchten, oder bemerkt man es gar ausdrücklich, so ist ja in dieser Rücksicht gar kein Rechtsstreit, und das *ad arma* allerdings erlaubt.

§. 649.

Gegen den wirklichen, rechtswidrigen Verletzer kann auf zwey Wegen gewirkt werden: 1) auf dem Wege der Güte, 2) auf dem Wege der Gewalt.

§. 650.

Den Weg der Güte geht man, wenn man durch *psychologische Zwangsmittel* den Verletzer dahin zu bringen sucht, daß er den *Entschluß*, die Verletzung auszuüben oder fortzusetzen, aufgebe.

§. 651.

Den Weg der Gewalt geht man, wenn man durch Anwendung *körperlicher Zwangsmittel* (Gewaltthatigkeiten) dem Verletzer die (physische) *Kraft* zu nehmen sucht, die Verletzung auszuüben oder fortzusetzen.

§. 652.

Wenn man die *sichre Hoffnung* hat, daß man auf dem Wege der Güte (§. 650.) die Verletzung abwenden könne, darf man nicht den Weg der Gewalt (§. 651.) einschlagen. — Denn man würde durch Anwendung von Gewalt in diesem Falle zu erkennen geben, daß man *nicht seines Schutzes*, sondern *andrer Absichten wegen*, gewaltsame Zwangs-

Zwangsmittel gebrauchte, mithin selbst rechtswidriger Verletzer wäre.

Anm. Muß man aber seine Operationen gegen einen Verletzer allemal *zuerst* auf dem Wege der Güte versuchen? —

§. 653.

Zu dem Wege der Güte (§. 650.) gehören *Vergleiche, Compromisse, Congresse, Mediationen.*

Anm. Kann ein Dritter sich den Streitenden, als Vermittler, aufdringen? Kann er zur Mediation gezwungen werden? — Was ist Rechtens, wenn die eine Parthey die Vermittlung annimmt, die andre nicht? u. s. w.

§. 654.

Die Gewalt, welche gegen ein Volk ausgeübt wird, ist entweder eine *momentelle und partielle*, oder eine *fortgesetzte und ins allgemeine gehende*. — Zu jener gehören die *Repressalien* und die *Retorsion*: diese giebt den Begriff des *Kriegs*.

Anm. *Anthropolepsia. Retorsio juris injusti. R. juris iniqui s. molesti.*

§. 655.

Wenn man *sichre Hoffnung* hat, sich durch eingeschränktere Gewaltthatigkeiten zu sichern, so darf man nicht zur Ausübung *uneingeschränkterer Gewalt* schreiten. (§. 652.)

§. 656.

Krieg (bellum in sensu concreto) ist fortgesetzte Ausübung von Gewalt gegen ein ganzes Volk. *Der Krieg* (bellum in abstracto) ist das Verhältniß mehrerer Völker zu einander, in welchem eins gegen das andre fortgesetzte Gewalt ausübt.

§. 657.

Die im Kriege (§. 656.) begriffenen Völker heißen *Kriegführende* (belligerantes), und sind, inwiefern das Interesse des einen mit dem Interesse des andern in Widerstreit ist, *Feinde* (hostes). Die Handlungen, wodurch eines dem Interesse des andern Abbruch zu thun sucht, heißen die *Feindseligkeiten* (hostilitates).

§. 658.

Je nachdem man einen Krieg in verschiedenen Rücksichten betrachtet, ist er 1) *Angriffskrieg* oder *Vertheidigungskrieg* (bellum offensivum et defensivum); 2) *eigener Krieg* oder *Hülfskrieg* (bellum proprium et auxiliaire); 3) *Land- oder Seekrieg* (b. pedestre et navale); 4) *gerechter* oder *ungerechter Krieg* (bellum justum et injustum).

Anm. Oeffentlicher Kr. Privatk. gemischter Kr. — Duell, Rencontre, eigentlicher Kr. — Ersatzkr. Strafkr. — Förmlicher und nicht förmlicher Kr. (bellum solemne et minus solemne). u. s. w.

§. 659.

§. 659.

Die einzige *rechtfertigende Ursach* (*causa iustifica*) eines Kriegs ist eine *wirkliche öffentliche Verletzung* (§. 647. 656).

Ann. 1. In wie fern berechtigen Verletzungen durch die Mitglieder eines Volks, in wie fern Verletzungen durch die Oberherrn eines Volks, zum Kriege gegen dasselbe?

2. In wie fern kann die wachsende Macht eines Volks, und die Aufhebung des Gleichgewichts unter mehrern im gegenseitigen Verhältniss stehenden Völkern, eine rechtfertigende Ursache des Krieges seyn?

3. Ist der Strafkrieg erlaubt? Ist Versagung einer Gefälligkeit eine zureichende rechtliche Ursach zum Kriege? Darf man für andre Krieg führen?

4. Deductionen. Kriegsmanifeste.

5. Kriegserklärung (*belli declaratio*). Kriegsankündigung (*belli indictio*). *Clarigatio*. Kriegsdrohung.

6. Kann man so geradezu behaupten, dass zu einem gerechten Kriege die Erklärung desselben nicht erforderlich sey? — Wer für einen Verletzer gelten, und sich unserm Rechte zu zwingen unterwerfen soll, muss doch wol etwas davon wissen, dass er verletzt und ein Recht gegen sich gegeben habe. — Man unterscheide nur förmliche und wirkliche Kriegserklärung.

§. 660.

Mit dem Recht zu einem Kriege erhält man zugleich das Recht zu den Kriegsmitteln:
und

und darf also alle die Mittel wider den Verletzter gebrauchen, wodurch ihm die (physische) Kraft genommen werden kann, die Verletzung auszuüben oder fortzusetzen (§. 65r.)

§. 66r.

Erlaubte Kriegsmittel sind also diejenigen, welche auf Schwächung oder Ueberwältigung der Kraft des Verletzers zielen: alle Mittel aber, die etwas anders zum Ziel haben, sind unerlaubt.

Anm. 1. Gegen welche Personen und gegen welche Sachen des Feindes darf also die Gewalt gerichtet werden?

2. Ist Vergiftung (von Personen oder Sachen), Betrügerey, Aufwiegelung der feindlichen Unterthanen, Meuchelmord u. s. w. erlaubt? — Man lasse sein Urtheil nicht durch den Abscheu, den der Gebrauch aller dieser Mittel gegen Unschuldige erregt, bestimmen, und bedenke, daß hier von einem Verhältnisse die Rede ist, in welchem schlechterdings nicht anders als nach Naturgesetzen gehandelt werden kann.

3. Dürfen Feindseligkeiten auch gegen heilige, d. h. mit der Religion zusammenhängende, Personen und Sachen ausgeübt werden? Man hat diese Frage nach dem beliebten Ton unsers Zeitalters, statt sie zu beantworten, belacht, und höchstens mit einem aufgeklärten „das versteht sich“, beantwortet. Aber das versteht sich nicht.

Noth

Noth schon freylich auch des heiligen nicht; aber außer dieser Noth sind Personen und Sachen, in wie fern sie heilig sind, auch unverletzlich; denn sie hängen in dieser Rücksicht nicht mit der physischen Kraft des Feindes als Mittel derselben, sondern mit der Glückseligkeit und Moralität von Menschen zusammen. — Nach diesen Grundsätzen also kann ein Volk in der Zeit der Noth das Recht haben, sich der Kirchen des Feindes zu Quartieren, Magazinen u. s. w. zu bedienen; Kircheninstrumente u. d. g. zu zerbrechen, um für sich Geld daraus zu münzen; kann es ferner den Priester, der seine Gemeinde zum Angriff auf das kriegende Volk reizt, gefangennehmen und strafen, u. s. w. — Aber niemals kann es ein Recht erlangen, das, was des Feindes Unterthanen für heilig halten, zu schmähen, den Gottesdienst zu stören, an heiligen Oertern sich unheilige Handlungen zu erlauben. — Wahrlich! der Glaube an die Unverletzlichkeit heiliger Sachen, wie oft er auch verlacht ist, ist für die Menschheit sehr wohlthätig gewesen! Möchten die Menschen nur nicht *bloß* das Göttliche, sondern auch das Menschliche heilig halten! —

§. 662.

Alle Kriegsmittel zielen entweder auf *Schwächung* oder auf *Ueberwältigung* der Kraft des Feindes, und werden theils gegen die
Per-

Personen, theils gegen die *Sachen* des Feindes ausgeübt. Die hieher gehörigen Begriffe erörtern die folgenden Paragraphen (§. 663-667.).

§. 663.

Beute (praeda) ist der Inbegriff der dem Feinde (§. 657.) entrissenen beweglichen Güter; die Handlung, mittelst welcher Beute gemacht wird, heisst *Plünderung* (praedatio).

Anm. Erbeutung. Ausplünderung. Brandschatzung.

§. 664.

Eroberung (expugnatio) ist die Besitznehmung unbeweglicher feindlicher Güter: die Handlung, wodurch die Eroberung geschieht, heisst *Einnahme* (occupatio), und der Inbegriff der Anstalten, welche die *Einnahme* zum Zweck haben, *Belagerung*.

§. 665.

Die Handlung, wodurch man feindliche Personen in seine Gewahrsam bringt, heisst *Gefangennehmung*: die Personen, welche gefangen genommen worden, *Gefangne* (captivi).

§. 666.

Die Begebenheit, wodurch man über das Heer des Feindes die Oberhand bekömmt, heisst der *Sieg* (victoria): die Thatfache, welche

che den Sieg zur Folge hat, das *Schlagen*: der Kampf, in welchem ein Heer das andre zu schlagen sucht, *Schlacht*.

§. 667.

Ueberwältigung ist die Unterdrückung der feindlichen Macht, wodurch sie unfähig wird, weiter zu schaden; die Handlung, wodurch die Ueberwältigung geschieht, heisst *Ueberwindung*.

§. 668.

Wenn die Kriegführenden während des Krieges Verträge mit einander schliessen; so sind sie verpflichtet, dieselben zu halten. Dafs die Noth auch hier die Rechtsregel aufheben könne, versteht sich.

Ann. Pacta universalia et particularia.

§. 669.

Dergleichen Verträge sind z. B. *Waffenstillstand*, *Capitulation*, *Sauvegarde*, *Cartelle* u. s. w.

§. 670.

In wie fern einer blofs Bundesgenosse des Feindes ist, in so fern ist er nicht als Feind zu betrachten. Doch hat man das Recht, gegen die Unterstützung, welche er dem Feinde giebt, zu agiren, und die erlaubten Kriegsmittel (§. 661.) gegen sie zu gebrauchen. Die Ausübung dieses Rechts kann

kann von dem Bundesgenossen nicht als ein feindseliger Angriff angesehen werden.

Ann. Die Unterstützung kann mittelbar (durch Subsidien), unmittelbar (durch Volk) gegeben werden.

§. 671.

Neutralität ist das Verhältniß eines Volks zu den Kriegführenden, in welchem es an dem Kriege, als Kriege, keinen Antheil nimmt. Völker, welche in diesem Verhältniß zu den Kriegführenden stehen, heißen *neutrale Völker* (gentes neutrae s. mediae).

§. 672.

In wie fern ein neutrales Volk (§. 671.) gar keinen Einfluss auf den Krieg hat, in so fern darf man keine Feindseligkeiten gegen dasselbe ausüben: auch darf man es nicht zwingen, die Neutralität zu verlassen.

Ann. Bewaffnete Neutralität.

§. 673.

Wenn aber das neutrale Volk auf eine übrigens rechtsgemäße Weise einen solchen Einfluss auf den Krieg hat, durch den die feindliche Kraft verstärkt wird, so hat man ein Recht, diese Wirkung jenes Einflusses, doch ohne Schaden des neutralen Volks, zu zernichten.

Ann. Unterstützt ein neutrales Volk den Feind auf eine rechtswidrige Weise, so hört es auf neutral zu seyn.

§. 674.

§. 674.

Das Verhältniß mehrerer Völker zu einander, in welchem eins gegen das andre keine Feindseligkeiten ausübt, heißt *Friede*. Der Vertrag, wodurch dem Kriege (§. 656.) ein Ende gemacht wird, *Friedensschluss*.

Ann. Friedensvorschläge. Friedenspräliminarien, u. s. w.

§. 675.

Jeder Friede schließt seiner Natur nach die *Amnestie* in sich. Sie kann aber auch dem Friedensschluss ausdrücklich beygefügt werden.

*Fünfter Titel.**Hypothetisches Völkerrecht.*

§. 676.

Ein Volk hat das Recht, sich, gleich einzelnen Personen und Gesellschaften, *Eigenthum* zu erwerben.

§. 676. b.

Was ein Volk eigenthümlich erwerben könne, und *wie* es überhaupt auf eine rechtsgemäße Weise etwas zu seinem Eigenthum mache, ist aus den oben aufgestellten Gesetzen zu beantworten. (§. 309. ff.)

Ann. 1. Kann ein Volk ein Meer eigenthümlich erwerben? Wie ist *dominium maris*

Schaum. Naturr.

Aa

ris

ris von imperium maris unterschieden?

— *Wem gehört der Fluß, welcher zwey Völker von einander trennt?*

2. *Können Erbrecht und Verjährung nach Grundsätzen des Naturrechts als rechtsgültige Erwerbsmittel eingeführt werden? Wie werden sie es? (§. 330. 3.) — Ist Eroberung, Plünderung u. s. w. ein gültiger Titel des Eigenthums?*

§. 677.

Ein Volk hat alle die Rechte, welche in dem Eigenthumsrechte enthalten sind. (§. 319. ff.)

Ann. 1. Völkerservitude. Wie entstehen sie?

2. *Auch in Rücksicht der Accession, des Besitzes u. s. w. gelten hier die obigen Gesetze (§. 334. ff.). — Quicquid est in territorio, est quoque de territorio.*

§. 678.

Jedes Volk muß vor allen Dingen ein *eigenthümliches Gebiet* (territorium) haben. Die Rechte, welche in dem Eigenthumsrechte des Volks an seinem Gebiete enthalten sind, heißen *Territorialrechte* (jura territorialia).

Ann. 1. Hat ein Volk das Recht, Fremden den Durchgang, oder einen andern, auch unschädlichen, Gebrauch seines Territoriums zu verwehren?

2. *Hat es ein Recht, Transito-Zölle anzulegen? das droit d'aubaine einzuführen? u. s. w.*

§. 679.

§. 679.

Veränderung, Aufhebung und Endigung des Eigenthums bestimmen sich nach den oben entworfenen Gesetzen (§. 348. ff.).

§. 680.

Auch *Verträge* zu schliessen, ist ein Volk berechtigt. Ein Vertrag, welchen ein Volk schliesst, heisst ein *Volksvertrag*.

§. 681.

Die rechtliche Theorie der *Volksverträge* bestimmt sich ganz nach der oben aufgestellten Theorie der *Verträge* überhaupt (§. 351. ff.).

§. 682.

Sponsionen sind keine wirkliche *Volksverträge*, und haben daher auch die rechtlichen Folgen derselben nicht.

§. 683.

Von den *Verträgen* im engeren Sinne des Worts sind die *Völkerbündnisse* (*foedera*) zu unterscheiden.

- Ann. 1. Arten der Volksverbündnisse sind Familien-, Freundschaftsbündnisse u. s. w.*
2. Collision der Bündnisse. Casus foederis.

§. 684.

Ein jedes Volk hat das Recht, mit andern in gesellschaftliche Verbindung zu treten.

§. 685.

Auch Völker können ihre Rechte durch Cautionsmittel sichern. Dergleichen Mittel sind: Eid, Bürgschaft, Pfand, Geiseln, Garantie, u. s. w.

§. 686.

Heil dem Volke! dem das Gesetz der Sittlichkeit, und nicht das Schwerdt, Maass seines Rechts ist! Heil der Welt, wenn die Nationen, im heimischen und auswärtigen Handel und Wandel, dem Geist der Moralität huldigen!

Von wem hängt es ab, dass das Reich dieses Geistes auf der Welt ausgebreitet werde?

Eine grosse Betrachtung für die Götter der Erde und ihre Diener!

Druckfehler.

- S. 61. Z. 4. statt *derjenigen* l. *desjenigen*.
- 63. — 5. st. *nöthige* l. *richtige*.
- 192. letzte Zeile st. *ein* l. *kein*.
- 214. Z. 3. st. *abzuhalten* l. *abzuhohlen*.
- 219 — 15. st. *Vertrag* l. *Contract*.
- 221. — 16. st. *moralische* l. *wirkliche*.
- 223. — 10. muss das „nicht“ ausgelöscht werden.



500,-
März 85

Schaumann, Johann Christian Gottlieb,

Wissenschaftliches Naturrecht

Halle 1792

Ph.pr. 1054

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10041770-6

VD18 11365730